

<https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/ex-verfassungsrichter-di-fabio-ueber-freiheit-und-wirtschaftsordnungen-17311246.html?premium>

EX-VERFASSUNGSRICHTER DI FABIO:

## „Im Hintergrund lauert Chinas Modell“

- VON HEIKE GÖBEL
- -AKTUALISIERT AM 30.04.2021-17:28



„Gute Juristen erkennen Ungerechtigkeiten im Einzelfall. Die große Frage nach der Gerechtigkeit überlassen sie der Philosophie“, sagt der ehemalige Verfassungsrichter Udo di Fabio Bild: Matthias Jung/laif

Wer Staatseinfluss begrenzen will, muss Freiheit auch leben, mahnt der frühere Verfassungsrichter. Ein Interview in unserer neuen F.A.Z.-Serie zur Sozialen Marktwirtschaft.

Professor Di Fabio, im zweiten Jahr der Pandemie gibt die Bundesregierung beispiellose Hilfsversprechen, ohne dass die Finanzmärkte viel höhere Risikoprämien für die Schulden verlangen. Spricht daraus in erster Linie Vertrauen in die Feuerkraft des Staates oder Zutrauen in die Widerstandsfähigkeit der Sozialen Marktwirtschaft?

Die Marktwirtschaft hat sich in der Pandemie besser geschlagen, als man erwarten durfte. Gerade in Deutschland war trotz langer und teils intensiver Lockdown-Maßnahmen die Wirtschaft ein Stabilitätsanker. Sie war auch schnell mit innovativen Impfstoffen da, eine positive Überraschung. **Der Staat wirkt stark, weil die Marktwirtschaft stark ist.**

Hat das Marktsystem durch die gigantischen Hilfen an Legitimation verloren?

Die Hilfen sind vor allem für die vom Lockdown besonders betroffenen Branchen, die ein Sonderopfer erbringen: Gastronomen, Hotelgewerbe, stationärer Handel, der Kulturbereich oder der Luftverkehr. Es ist ein präzedenzloses Hilfsprogramm, aber selbst wenn man das Kurzarbeitergeld mitberücksichtigt, wurde nicht die Wirtschaft insgesamt versorgt. Der deutsche Staat ersetzt nicht durch seine Leistungen den Wirtschaftsprozess, das überstiege auch seine Kräfte.

Befürchten Sie nicht doch einen Gewöhnungseffekt an Hilfen, die zumindest den Eindruck erwecken, der Staat verfüge über unbegrenzte Ressourcen? Wir retten auch Kaufhauskonzerne, die vorher nicht gut dastanden.

Durch die Konjunkturstützung und Ausgleichsmaßnahmen ist der Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt in allen Industriestaaten angewachsen. Zudem sind europäische Stabilitätskriterien suspendiert und Kredite beispiellos günstig. **Da könnte der Eindruck entstehen, dass der Staat Leistungen des Wirtschaftsprozesses flächig ersetzen kann. Hier wird der Verfassungsrechtler unruhig.**

Warum?

Nach dem Grundgesetz ist der Staat sektoral begrenzt. Die Entfaltung der Menschen in einer freien Gesellschaft ist das Versprechen der Grundrechte: Der Staat ist Ordnungsgarant, Regelgeber, Akteur für sozialen Zusammenhalt, der Ziele des Gemeinwohls verfolgt, ohne der freien Gesellschaft die Luft zum Atmen zu nehmen. **Der marktwirtschaftliche Prozess ist Teil der freien Gesellschaft. Die Vorstellung, dass sich der Staat, wenn auch auf sanfte Art, wirtschaftsersetzend ausdehnt, liegt dem Verfassungsrecht nicht zugrunde.** So weit sind wir auch nicht. Aber Ihre Frage zielt darauf, ob hier eine Kulisse imposanten Staatshandelns entsteht, das nach der Krise zum Glauben verführt, der Staat könnte andere Transformationsanliegen und Infrastrukturprobleme in großer Regie bewältigen.

Genau!

Der europäische „Green New Deal“ trifft sich im Grunde mit einer solchen Vorstellung. **Viele glauben, dass man die ultraexpansive Fiskalpolitik zumindest mittelfristig ausdehnen könne und müsse.** Die Impulse aus den Vereinigten Staaten gehen in diese Richtung, alle wichtigen westlichen Notenbanken sind extrem expansiv. **Das nährt womöglich den Glauben, der Staat sei wichtiger als die Wirtschaft.** Für mich ist das der Pendelschlag in die Gegenrichtung zum vielgescholtenen Neoliberalismus. Der vor 20 Jahren vorherrschende **Neoliberalismus**, der an die Überlegenheit des Marktes bis in die letzten Verästelungen der Verwaltungen oder Universitäten glaubte, **ging mir zu weit. Jetzt scheint der Neo-Etatismus auf dem Weg. Im Hintergrund lauert ein kaum kritisch durchschautes chinesisches Modell.** Doch **Staatskapitalismus ist nicht meine Interpretation von Sozialer Marktwirtschaft**, ebenso wenig wie eine bis in Investitionsentscheidungen und Preisbildung hinein politisch gelenkte Wirtschaft.

Als Bundesverfassungsrichter haben Sie über **das Grundgesetz gewacht. Es gibt keine bestimmte Wirtschaftsordnung vor**, sondern erlaubt sogar große Verstaatlichungen. Ökonomen hatten vor zwei Jahren angeregt, **die Soziale Marktwirtschaft explizit im Grundgesetz zu verankern.** Anlass war eine Berliner Volksinitiative, um Wohnungsgesellschaften zu enteignen. Damals hatten Sie der F.A.Z. gesagt, das Grundgesetz schütze das Wettbewerbssystem hinreichend. Sind Sie weiter dieser Ansicht?

Ja. **Die geltende grundrechtliche Werteordnung garantiert Privatautonomie und wirtschaftliche Selbstbestimmung ebenso wie den Schutz des Privateigentums. Dem Grundgesetz liegt auch in seiner Zielbestimmung als soziale Demokratie das Modell der marktwirtschaftlichen Ordnung zugrunde.** Die Soziale Marktwirtschaft ist zudem ausdrücklich durch die Europäischen Verträge gewährleistet. Man kann natürlich klarstellend das wie so vieles andere auch in die Verfassung schreiben, aber ich bezweifle, dass damit etwas gewonnen wird.

Was genau ist geschützt?

**Die grundrechtliche Werteordnung schützt die freie Entfaltung der Persönlichkeit auch im wirtschaftlichen Bereich. Ein Kernanliegen ist die Privatautonomie, die eigenen Lebensverhältnisse durch freien Vertragsschluss zu gestalten. Die Möglichkeit, Privateigentum zu bilden und darüber – bei aller Bindung an das Gemeinwohl – privatnützig zu verfügen, ist ein tragender Baustein der Sozialen Marktwirtschaft.** Artikel 14 Absatz 3 und Artikel 15, die beide eine Enteignung zulassen, bewahren den Wert des Eigentums, indem sie eine Entschädigung vorschreiben.

Die Berliner Initiative will nicht Marktwert zahlen...

Wenn man sich die Rechtsprechung anschaut, dann sind Enteignungsvorschriften keine Ermächtigung für den Billigeinkauf; Richtschnur der Entschädigung ist der Marktwert. Würde der Staat zudem anfangen, immer mehr Bereiche der privaten Wirtschaft zu vergesellschaften, käme er in Konflikt mit der Grundstruktur der Sozialen Marktwirtschaft, weil er dann den grundrechtlichen Entfaltungsraum im wirtschaftlichen Bereich unzulässig verengte.

Wann ist das der Fall?

Enteignet ein Land bei drängender Wohnungsnot in innerstädtischen Ballungsräumen einen Teil des Wohnungsbestandes, steht es noch auf dem Boden der Sozialen Marktwirtschaft – solange adäquat entschädigt wird. Wenn Enteignungspolitik aber in der breiten Fläche an die Stelle einer die Kräfte des Marktes nutzenden städtebaulichen Entwicklung tritt, hätte ich verfassungsrechtliche Bedenken.

Bietet das Grundgesetz Handhabe, um den Staat nach der Pandemie zum Rückzug aus der Wirtschaft und Abbau der Hilfen zu veranlassen?

Eingriffe verlieren ihre Rechtfertigung, wenn der Anlass wegfällt. Bei Leistungen gilt das so nicht. **Allerdings hat die Schuldenbremse im Grundgesetz eine mittelbare Steuerungswirkung.** Im fiskalischen Normalfall nimmt sich der Staat einen nicht geringen Anteil von einer prosperierenden Wirtschaft. Er ist indes gut beraten, den Anteil nicht so weit zu steigern, dass die Wachstumskräfte erlahmen. Dieser Mechanismus der Nachhaltigkeit kann man nicht entgehen, es sei denn, man wählt den bequemen Weg über Schulden. **Eine dauerhaft mit Defiziten arbeitende Fiskalpolitik, eine übermäßige öffentliche Verschuldung gefährden über kurz oder lang die Grundlagen des Finanz- und Währungssystems. Die Schuldenbremse schützt diese Grundlagen und begrenzt dadurch den Staatseinfluss.**

Die **Schuldenbremse** ist nach der Pandemie also wichtiger denn je?

Der Staat soll in der Stunde der Not nicht durch ein zu enges Korsett behindert werden, das gilt auch für seine Fähigkeit, auf Notlagen mit zusätzlichen Ausgaben zu reagieren. Die Schuldenbremse erlaubt deshalb in außergewöhnlichen Notlagen die Überschreitung der Kreditobergrenzen. Aber Tilgungsplan und Rückführung gehören dann auch dazu. **Es scheint jedoch Bestrebungen zu geben, hier zu lockern, um womöglich dauerhaftes Defizitpending als Treibmittel großer Transformationsvorhaben zu nutzen.** Wenn hier nicht etwas aus den Fugen geraten soll, ist es ratsam, sehr vorsichtig bei der Änderung solcher Regeln zu sein.

Die Mehrheit der Deutschen ist aktuell zufrieden mit der Wirtschaftsordnung, bescheinigt ihr aber **Defizite bei der Produktion „sozialer Gerechtigkeit“.** Wann ist eine freie Gesellschaft sozial gerecht?

Gute Juristen arbeiten für die Gerechtigkeit durch methodische Anwendung der Gesetze, sie erkennen Ungerechtigkeiten im Einzelfall. **Die große Frage nach der Gerechtigkeit überlassen sie der Philosophie.** Der Wettbewerb produziert natürlich ungleiche Ergebnisse, sonst wäre er keiner. **Zur Idee der Sozialen Marktwirtschaft gehört, dass der Staat ein gewisses Korrektiv bildet. Sozial wird die Marktwirtschaft, wenn die Menschen faire Chancen haben, in die arbeitende Mitte der Gesellschaft zu gelangen, wenn die Bedingungen für wirtschaftliche Teilhabe und für die Eigentumbildung für alle günstig sind.** Die **Förderung der Chancengerechtigkeit und die Minderung sozialer Disparitäten** sind Aufgaben der sozialen Demokratie, **nicht die Herstellung einer Ergebnisgleichheit, die mit der Freiheitsidee nicht vereinbar wäre.**

**Ein Drittel der Wirtschaftsleistung dient staatlich bestimmter sozialer Sicherung.** Der Ausbau des Sozialstaats wird dennoch Wahlkampfthema sein, trotz hoher Schulden und Abgaben. Sie waren kurze Zeit Sozialrichter. Welchen Mindestschutz schreibt das Grundgesetz vor?

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts darf das soziokulturelle Existenzminimum nicht unterschritten werden. Es bemisst sich nach dem individuellen Bedarf, aber auch nach der Leistungsfähigkeit der Gesellschaft und ihrer Volkswirtschaft. Solange wir Wachstum verzeichnen, die Bundesrepublik also wohlhabender wird, besteht weder Grund noch Rechtfertigung zum Rückbau des elementaren Schutzes. Aber die Existenzsicherung ist nur der letzte Rettungsschirm. **Sozialstaat heißt nicht Rundumversorgung für alle. Das soziale Staatsziel will Schwachen gezielt helfen, und zwar –wo immer möglich –, um sie stark zu machen, aus eigener Kraft ein selbstbestimmtes Leben zu führen.**

Neue Leistungen zielen aber oft weit über die Deckung des Existenzminimums auf Lebensstandardsicherung, etwa die Mütterrente oder die Rente mit 63.

Die Rentenausgaben des Bundes für die nicht beitragsgedeckten Leistungen sind schon ein gewaltiger Posten, der durch die demographischen Bedingungen gewiss nicht kleiner wird. Je mehr Steuergeld hier hineinfließt, desto mehr Menschen werden den **Sinn von Sozialversicherungen hinterfragen, die ein tragender Baustein der Sozialen Marktwirtschaft sind**. Es klingt dann sehr modern und scheint den gordischen Knoten zu durchschlagen, wenn man das ganze komplizierte System sozialer Sicherung durch **ein bedingungsloses Grundeinkommen** ersetzen will.

Wäre das verfassungsrechtlich gedeckt?

Die Idee klingt sympathisch, viele Progressive aus der Digitalwirtschaft sind begeistert. Aber das Modell kann weder erworbene Anwartschaften zum Verschwinden bringen noch daran vorbeigehen, dass der soziale Rechtsstaat dann doch wieder in jedem Einzelfall prüfen müssen, ob das bedingungslose Grundeinkommen dem konkreten Lebensbedarf entspricht. Bei eingeschränkten oder pflegebedürftigen Menschen reichen die Summen, die für eine zwanzigjährige voll Erwerbsfähige auskömmlich sind, jedenfalls nicht. **Ein Versorgungsanspruch für alle gegenüber der staatlichen Gemeinschaft verschiebt auch kategorial unser Menschenbild. Wenn nicht die freie Entfaltung als Persönlichkeit am Anfang steht, sondern der Anspruch auf ein staatliches Einkommen, wird die Gemeinschaft mit ihren Herrschaftsinstrumenten, um dafür die Mittel aufzubringen, wichtiger als der Einzelne. Das Grundgesetz verfasst den Staat aber subsidiär, daher stehen die Grundrechte am Anfang, damit wir uns zuerst nach unseren Plänen frei entfalten können. In jeder Freiheit schlummert eine sittliche Pflicht, die Talente zu nutzen, auch damit andere am Erfolg teilhaben können.**

**Mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung gibt der Staat aus.** Ein Durchschnittsverdiener zahlt laut OECD fast **50 Prozent Steuern und Abgaben**. Gibt es eine Belastungsobergrenze?

Die unbefriedigende Auskunft aus Juristenmund lautet: Es gibt die Grenze der Verhältnismäßigkeit, aber man kann in allgemeiner Weise nicht sagen, wo sie genau verläuft. Wenn der Staat das Eigentum belastet, darf er nicht den substantiellen Wert entziehen und muss bei Belastungen der Erworbenen die Privatnützigkeit erhalten. **Die Hälfte schien jedenfalls dem heiligen Martin ein guter Maßstab, als er seinen Mantel zerteilte.**

**Die beste Absicherung gegen Armut ist Arbeit.** Die Politik schraubt die Mindestanforderungen an Arbeitsplätze immer höher. **Mit Mindestlöhnen, Arbeitszeit, Homeoffice-Regeln greift sie tief in die Vertragsfreiheit ein.** Gibt es hier verfassungsrechtliche Schranken?

Der Ausdehnung des Niedriglohnsektors muss der Staat nicht tatenlos zusehen. Wenn er darauf mit Mindestlöhnen reagieren will, ist das als sozialstaatliche Politik verfassungsrechtlich gerechtfertigt, einerseits. Andererseits kommt es darauf an, wie intensiv er das tut. Wie hoch werden Mindestlöhne festgesetzt? Welche Folgen hat das für die Möglichkeit, ein Unternehmen weiterzuführen? Werden Arbeitsplätze vernichtet? Das diskutieren Ökonomen, es ist aber auch eine verfassungsrechtliche Frage, wiederum die nach der **Verhältnismäßigkeit**. Der Staat darf nicht übers Ziel hinausschießen und sollte nicht dirigistisch bis in die Details der Arbeitsverhältnisse hineinregieren – Stichwort: Pflicht zum Homeoffice.

Wozu braucht es noch Gewerkschaften, wenn der Staat so strikte Regeln für „gute Arbeit“ setzt?

Gute Frage. Artikel 9 Absatz 3 des **Grundgesetzes gibt mit der Koalitionsfreiheit und damit der Tarifautonomie ein Verhandlungs- und Ausgleichsmodell für die Wirtschaft vor.** Wird dieses Leitmodell mit immer stärkeren gesetzlichen Vorgaben entkernt oder entbehrlich gemacht, kann das verfassungsrechtlich ein Problem werden. Die Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist doch das ureigene Feld der Tarifautonomie und damit ein weiter Baustein der Sozialen Marktwirtschaft.

Geschieht die Entkernung nicht schon?

Dafür gibt es einige Belege. Man sollte bei der Kritik an einem überaktiven Sozialstaat aber immer bedenken: Eine Freiheit jenseits des Staates wie die Koalitionsfreiheit muss auch gelebt werden, will man den Gesetzgeber nicht einladen, mitzumischen. In manchen Bereichen organisieren sich Arbeitnehmerinnen

und Arbeitnehmer nicht genügend gewerkschaftlich. Dann gibt es keine Tarifverträge. Wenn dann der Staat kommt und mit Allgemeinverbindlichkeitserklärungen sehr randständiger, nicht repräsentativer Tarifverträge die ganze Branche diesen Bestimmungen unterwirft, wird er praktisch zum Tarifgesetzgeber. Ich glaube nicht, dass so die Lücke gefüllt werden darf, aber die Ordnungslücke hat nicht primär der Staat verursacht.

**Ohne wirtschaftliche Freiheit kein Wohlstand. Aber kann Demokratie ohne wirtschaftliche Freiheit funktionieren?**

**Eine Demokratie kann ohne einen Mindeststand von wirtschaftlichen Freiheiten und Eigentumsgewährleistungen nicht funktionieren. Demokratie lebt von einer freien Gesellschaft jenseits des Staates. Wenn wie in Venezuela der Staat die Wirtschaft mehr oder minder komplett in die Hand nimmt oder deformiert, ist auch ganz schnell die Demokratie am Ende. **Es mag Marktwirtschaft ohne Demokratie geben, aber es gibt keine Beispiele für Demokratie ohne ein Mindestbestand an wirtschaftlichen Freiheiten.****

NACH APPELL VON OFFIZIEREN:„

## Ein inakzeptabler Manipulationsversuch“

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 30.04.2021-14:40



Nennt den Appell hoher Offiziere gegen „Horden in der Banlieue“ einen „inakzeptablen Manipulationsversuch“: der französische Generalstabschef François Lecointre Bild: AFP

Der Appell hoher Offiziere gegen „Islamismus und die Horden in der Banlieue“ treibt Frankreich um. Mehr als 8000 Soldaten haben ihn unterzeichnet. Generalstabschef Lecointre kündigt exemplarische Strafen gegen 18 von ihnen an.

Der Skandal in Frankreich um [den Appell hoher Offiziere zu einem entschlossenen Kampf gegen „Islamismus und die Horden in der Banlieue“](#) zieht immer weitere Kreise. Premierminister [Jean Castex](#) hat scharfe Sanktionen gegen die Unterzeichner des Aufrufs angedroht. Nach Angaben der Initiatoren haben mehr als 8000 Soldaten, ein Großteil im Ruhestand, inzwischen den Aufruf gegen den „Zerfall Frankreichs“ unterzeichnet. „Ich verurteile mit größtmöglicher Härte diese Initiative, die den republikanischen Prinzipien und der Ehre der Armee widerspricht“, sagte der Regierungschef.

Generalstabschef François Lecointre kündigte exemplarische Strafen gegen 18 Unterzeichner an, die noch im aktiven Dienst seien. Sie müssten sich vor einem Militärtribunal verantworten. Ruheständler sollten aus den Streitkräften ausgeschlossen werden. „Es handelt sich um einen inakzeptablen Manipulationsversuch“, entrüstete sich der Generalstabschef in einem Gespräch mit der Zeitung „Le Parisien“. „Ich spreche allen das Recht auf politisches Engagement unter Nennung ihres Dienstgrads ab“, sagte Lecointre.

Die frühere Abgeordnete und Enkelin des Front-National-Gründers, Marion Maréchal, bezeichnete die Aufregung als symptomatisch. In einem Gespräch mit dem Fernsehsender BFM-TV sagte sie am Donnerstag: „Ich stelle fest, dass der Appell zu mehr Unruhe bei den Ministern führt als die Ausschreitungen in der Banlieue, die wir jetzt seit mehreren Wochen erleben“, sagte Maréchal. Es handele sich nicht um einen Aufruf zum Putsch, sondern um eine schonungslose Lagebeschreibung.

Sie wies darauf hin, dass der spätere Republikgründer [Charles de Gaulle](#) als Hauptmann mit seinem Buch „Vers l’armée de métier“ (wörtlich: „Auf dem Weg zur Berufsarmee“) 1934 eine ähnlich schonungslose Analyse der damaligen Schwäche der französischen Armee im Vergleich zur deutschen vorgelegt habe. De Gaulle habe sich damals frei äußern können, auch wenn er mit seinen Ideen angeekelt sei.

### Debatte spaltet Frankreich

Die Vereinnahmung des Generals durch die Nachwuchshoffnung der extremen Rechten zeigt, wie sehr die Debatte Frankreich spaltet. Der Meinungsforscher Jérôme Fourquet wies im Radiosender France Inter darauf hin, dass in den Reihen der Sicherheitskräfte die Sympathien für das Rassemblement National besonders

groß seien. Aber die Verunsicherung über die anhaltende Terrorbedrohung gehe quer durch alle Berufsgruppen und treffe das „Frankreich Michel Houellebecqs“ ins Mark.

Darunter versteht Fourquet das Frankreich der kleinen und mittleren Städte, in denen sich islamistische Attacken ereigneten, ob im Polizeirevier von Rambouillet, in der Dorfkirche in der Normandie oder im Supermarkt der Kleinstadt Trèbes. Gegen diese „Verrohung“, die in der Regierung kaum noch wahrgenommen werde, richtet sich der Appell. Die Generäle a.D. verlangen, „Ehre und Pflichtgefühl“ müssten die politische Klasse wieder beseelen. Sollte das nicht geschehen, hätten ihre aktiven Kameraden keine andere Wahl, als „in einer gefährvollen Mission unsere zivilisatorischen Werte und unsere Mitbürger auf dem nationalen Territorium zu schützen“.

Laut einer jüngsten Umfrage unter 1613 Befragten, die vom Meinungsforschungsinstitut Harris Interactive im Auftrag des Fernsehsenders LCI durchgeführt wurde, unterstützen 58 Prozent den Aufruf der Generäle. 84 Prozent geben an, dass die Gewalt in Frankreich zugenommen habe und 73 Prozent sehen einen Zerfall des Landes. Der Antirassismus bewirke oftmals das Gegenteil des erhofften Effektes, äußerten 74 Prozent. 86 Prozent der Befragten gaben an, dass in einigen Großstädten rechtlose Räume entstanden seien.

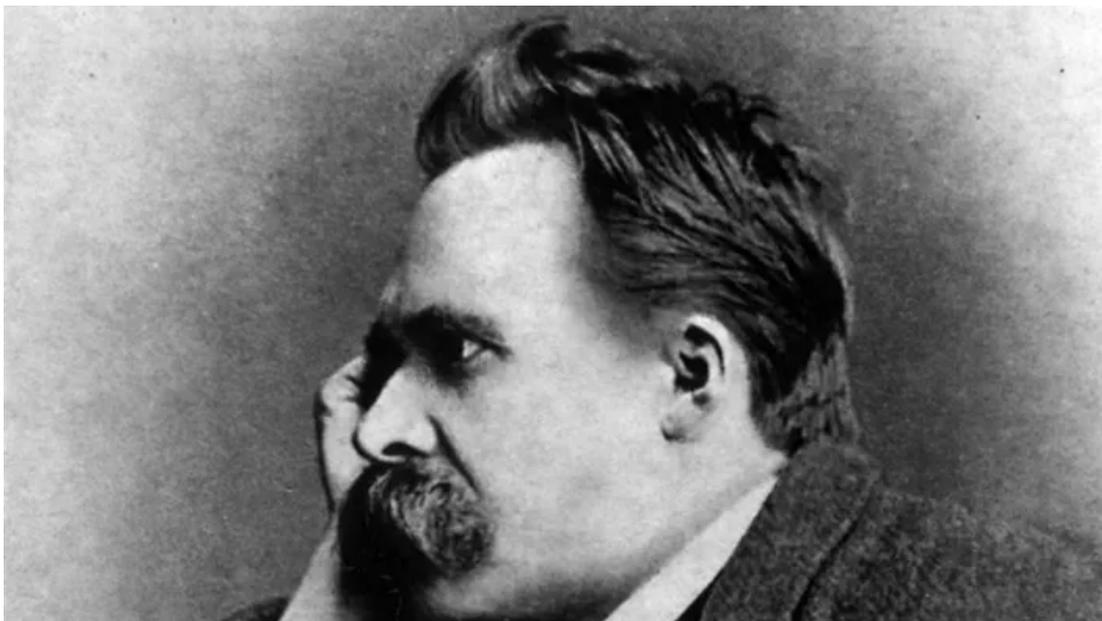
Pierre-André Taguieff:

## «L'idéologie de la déconstruction s'est formée à partir des lectures françaises de Nietzsche»

FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Pierre-André Taguieff a consacré son dernier livre aux différentes réceptions de la pensée de Nietzsche et aux contradictions de ceux qui se réclament de son héritage. Il revient sur l'importance du philosophe allemand dans la généalogie des pensées postmoderne, déconstructionniste et décoloniale.

Par Entretien FigaroVox

Publié il y a 4 heures, mis à jour il y a 4 heures



«Le XXe siècle a été un siècle nietzschéen» *Commons Wikimedia*

*Directeur de recherche honoraire au CNRS, Pierre-André Taguieff est philosophe, politiste et historien des idées. Auteur d'une cinquantaine d'ouvrages, il a récemment publié Les nietzschéens et leurs ennemis. Pour, avec et contre Nietzsche aux Éditions du Cerf.*

---

### **FIGAROVOX. - D'où vous est venue l'idée d'écrire ce livre, qui relève à la fois de l'histoire des idées et de la réflexion philosophique?**

**Pierre-André TAGUIEFF.** - Elle vient de loin, de mes lectures passionnées de Nietzsche au cours de mes études de philosophie, à l'époque où un étudiant vivant à Paris avait la chance de pouvoir suivre les conférences de Jean Granier, Henri Birault, Michel Foucault et Gilles Deleuze sur l'auteur d'*Ainsi parlait Zarathoustra*. Dès le début des années 1970, je me suis interrogé sur la singularité de la pensée nietzschéenne en m'efforçant, sans succès, d'identifier les raisons de son incomparabilité. Il m'est apparu par la suite qu'elle tenait notamment à sa figure de penseur-poète ou de poète-penseur, ce qui autorise à le

rapprocher de Goethe, de Schiller ou de Hölderlin, mais aussi, par exemple, de Valéry. Elle tient aussi au fait qu'en raison de l'écriture aphoristique de Nietzsche, sa pensée est susceptible de faire l'objet d'interprétations diverses et contradictoires, du côté des nietzschéens déclarés comme de celui des antinietzschéens résolus.

Chez les pro-Nietzsche comme chez les anti-Nietzsche, on rencontre des révolutionnaires, des conservateurs et des libéraux, des anarchistes et des réactionnaires, des nationalistes et des cosmopolites, des fascistes et des antifascistes, des antisémites et des anti-antisémites. Ce sont ces héritages et ces traces contradictoires qui font la singularité du phénomène Nietzsche. Depuis la fin du XIXe siècle se succèdent des générations de nietzschéens et d'antinietzschéens qui s'affrontent sur la base d'interprétations et d'évaluations contradictoires qu'on peut trouver justifiées les unes et les autres à la lecture des écrits de Nietzsche - ce qui ne veut pas dire qu'elles le soient. C'est précisément là le problème qui paraît insoluble, et explique les polémiques aussi vives qu'interminables sur la pensée nietzschéenne, inséparables de la diversité de ses interprétations.

En raison de l'écriture aphoristique de Nietzsche, sa pensée est susceptible de faire l'objet d'interprétations diverses et contradictoires

Nietzsche fut un philosophe-artiste qui a pensé le type du philosophe-artiste, qu'il rapporte à la vision tragique de l'existence. En 1888, il définissait ainsi le type de l'artiste tragique, libéré du nihilisme et de l'esprit de vengeance: «*L'artiste tragique n'est pas un pessimiste, il dit oui à tout ce qui est problématique et terrible, il est dionysien...*» Le modèle de la pensée affirmative est le geste de l'artiste créateur, car c'est par le «*jeu de la création*» que peut être pensée la «*totale innocence du devenir*», comme le note Nietzsche dans un fragment posthume de l'hiver 1884-1885. L'affirmation créatrice est ce qui marque la sortie du nihilisme. J'ai voulu comprendre cette pensée tragique, qui refuse à la fois l'optimisme historique des Modernes et le pessimisme tendanciellement nihiliste qui en constitue l'envers, mais qui prend au sérieux l'idée de décadence, faussement simple, trop souvent réduite à un slogan. Ce que Nietzsche a enseigné à ses bons lecteurs, c'est la manière de «*devenir la mauvaise conscience de leur temps*», c'est-à-dire de devenir un philosophe, comme le dit le § 212 de *Par-delà bien et mal*.

### **Que voulez-vous dire quand vous parlez du vingtième siècle comme d'un «siècle nietzschéen»?**

J'ai en effet aussi été conduit à écrire ce livre par l'hypothèse selon laquelle le XXe siècle a été un siècle nietzschéen. Il l'a été à divers égards, et en bien des sens. Mais il l'a été d'abord en ce que la prévision de Nietzsche, telle qu'il la formule en 1886 dans le § 208 de *Par-delà bien et mal*, s'est révélée d'une frappante exactitude: «*Le temps de la petite politique est terminé: le siècle prochain déjà apportera la lutte pour la domination de la terre - l'obligation d'une grande politique.*» Ce siècle n'a pas été celui de la lutte des classes, ni celui de l'entrée dans la société sans classes, encore moins celui, prophétisé par Victor Hugo, du bonheur pour tous, mais celui de la lutte pour la puissance, en vue de la domination du monde. Et c'est sous le signe du nihilisme, mais d'un nihilisme actif, voire activiste, que le XXe siècle s'est déployé. Le siècle de la puissance a été le siècle des tyrans suprêmes, adulés, adorés comme de nouveaux dieux. Les masques trop humains de l'universalisme et de l'égalitarisme ont été pulvérisés par le cours imprévisible et brutal de l'histoire.

De ce long vingtième siècle que certains font commencer avec la Première Guerre mondiale, nous ne sommes pas encore sortis malgré les apparences, celles qui surgissent des flots de rhétorique opiacée déversés par les élites démocratiques. Cette terrible «grande politique» annoncée par Nietzsche peut être réinterprétée de plusieurs manières, soit par le modèle du conflit des idéologies ou des conceptions du monde, soit par le modèle du choc des civilisations.

Nietzsche aura été le premier grand contempteur de la gnose moderne du Progrès comme loi de l'histoire, sans rien devoir à la pensée contre-révolutionnaire ou réactionnaire catholique.

Dans un fragment posthume datant du printemps 1880, Nietzsche relève ce qui lui paraît être un trait majeur de la nouveauté de l'époque moderne, à savoir la «*conviction que n'eut encore aucune époque: la conviction que nous ne possédons pas la vérité*» alors que «*tous les hommes d'autrefois*

“*possédaient la vérité*”: *même les sceptiques*». Or, l’un des traits qui caractérisent les nouveaux fanatiques du XXe siècle et du XXIe, c’est précisément qu’ils croient posséder la vérité. Cette «nouveau» est donc à relativiser. Mais il faut considérer aussi le fait que, dans le monde des élites intellectuelles contemporaines, le nihilisme a acquis des lettres de noblesse.

Rappelons la définition nietzschéenne du nihilisme telle qu’on la trouve dans un fragment posthume de l’automne 1887: «*Nihilisme: le but fait défaut ; la réponse au “pourquoi” fait défaut ; que signifie le nihilisme? - que les valeurs suprêmes se dévalorisent.*» Ainsi défini, le nihilisme constitue un présupposé de la pensée dite postmoderne. Les penseurs postmodernes se sont nourris avant tout de la critique radicale de la religion du progrès linéaire, nécessaire, irréversible et sans fin, qu’ils ont trouvée dans les écrits nietzschéens. Nietzsche aura été le premier grand contempteur de la gnose moderne du Progrès comme loi de l’histoire, sans rien devoir à la pensée contre-révolutionnaire ou réactionnaire catholique.

### **En quel sens peut-on dire que Nietzsche a influencé les penseurs français dits postmodernes, poststructuralistes ou déconstructionnistes?**

Dans cette affaire, l’héritage de Nietzsche n’est pas le seul en cause. L’idéologie de la déconstruction s’est formée à partir des lectures françaises de Nietzsche et de Heidegger au cours des années 1960 et 1970. Le mot «déconstruction» a été forgé par Gérard Granel pour traduire le terme polysémique employé par Heidegger: *Abbau*. Il a été aussitôt repris par Jacques Derrida, qui en a fait un drapeau. La «déconstruction» derridienne a dès lors été régulièrement confondue avec ce que Heidegger, dans *Être et temps* (1927), caractérisait comme «destruction [*Destruktion*] de l’histoire de l’ontologie».

C’est au cours du fameux colloque de Baltimore tenu du 18 au 21 octobre 1966 sur le campus de l’université Johns Hopkins, ouvert par un hommage à l’héritage nietzschéen à la française, qu’est né ce qui sera appelé quelques années plus tard le «poststructuralisme», lequel va être incarné par Derrida, présent au colloque aux côtés de Roland Barthes, Jacques Lacan, Jean Hyppolite, René Girard et Tzvetan Todorov, parmi d’autres représentants de la pensée française. Les deux organisateurs de ce colloque mémorable, Richard Macksey et Eugenio Donato, ont noté en novembre 1971: «*Nietzsche en est venu à occuper la position centrale qui était, depuis les années 1930 (...), celle du Hegel français*». Et d’ajouter que «*dans les œuvres récentes de Foucault, Derrida et Deleuze, l’ombre, la “généalogie” et les espaces vides sont de Nietzsche.*»

La déconstruction des « grands récits » (de la « Raison dans l’histoire », du Progrès, de la libération ou de l’émancipation), qui doit beaucoup à Nietzsche, est à l’origine de la pensée postmoderne

Mais, que le mot «déconstruction» soit employé ou non par les penseurs français étiquetés plus tard «poststructuralistes» ou «postmodernes», il a permis de souligner ce qu’ils avaient en commun: relire les philosophes de la tradition européenne en s’intéressant non pas à leur pensée, mais à leur impensé. Les relire non pas en s’interrogeant sur la valeur de vérité de leurs énoncés, mais en vue de dévoiler leurs présupposés invouables. D’où un nouveau style dans l’interprétation des textes philosophiques: non pas chercher à les comprendre à travers des commentaires, ni rêver de «*déchiffrer une vérité*» (Derrida) qu’ils recèleraient, mais chercher à débusquer ce qui se cacherait derrière les imposants édifices conceptuels qu’ils donnent à lire et qu’il faudrait dès lors mettre en pièces. C’est cette visée critique-démystificatrice, voire destructrice, qui est le moteur du déconstructionnisme.

Dans leurs publications des années 1960, Jacques Derrida et Michel Foucault ont légitimé et banalisé la pratique de la déconstruction, accompagnés par Gilles Deleuze et Jean-François Lyotard. Avec son Nietzsche et la philosophie, publié en 1962, Deleuze a relancé l’intérêt pour la pensée nietzschéenne, définie comme une machine de guerre contre la dialectique socratique, la pensée chrétienne et la philosophie hégélienne de l’histoire. La déconstruction des «grands récits» (de la «Raison dans l’histoire», du Progrès, de la libération ou de l’émancipation, etc.), qui doit beaucoup à Nietzsche, est à l’origine de la pensée postmoderne, fondamentalement relativiste.

La pratique de la déconstruction a pris un sens idéologico-politique en devenant le rite d’initiation du « décolonialisme » comme nouvelle vision révolutionnaire du monde.

Mais, à partir des années 1980, sur les campus américains, on a assisté à l’élargissement du champ de la déconstruction: des déconstructeurs militants se sont attaqués à la civilisation européenne ou occidentale, réduite à une production de la «race blanche» supposée hétéro-patriarcale, impérialiste et raciste. Après la

déconstruction du «logocentrisme» par les émules de Heidegger et d'un Nietzsche heideggérien, suivie par celle du «phallogocentrisme» sous la pression des féministes radicales, en passant par celle du «phallogocentrisme» (Derrida), les déconstructeurs en sont venus à s'attaquer au «leuocentrisme» (de «leukós, «blanc»), en dénonçant le «privilège blanc» et en appelant à «déconstruire l'innocence blanche». La pratique de la déconstruction a pris un sens idéologico-politique en devenant le rite d'initiation du «décolonialisme» comme nouvelle vision révolutionnaire du monde: ceux qui veulent «décoloniser» tous les savoirs et toutes les institutions doivent d'abord apprendre à tout déconstruire. Dans les milieux intellectuels se voulant «de gauche» ou «progressistes», la déconstruction est ainsi devenue le premier geste révolutionnaire.

## **Ne peut-on voir dans cette conclusion «révolutionnaire» l'effet d'un embrigadement politique post mortem de Nietzsche?**

Nous sommes là en effet très loin de Nietzsche, qui se situait aux antipodes d'un quelconque engagement révolutionnaire, mais il faut cependant reconnaître dans les délires idéologiques décoloniaux les traces d'un héritage falsifié de la dernière philosophie de Nietzsche, quand ce dernier invitait ses lecteurs à faire de la philosophie «à coups de marteau». Mais ni le «renversement du platonisme» ni sa volonté d'en finir avec l'héritage chrétien n'impliquaient pour Nietzsche la destruction de la «pensée blanche». C'est que Nietzsche ne pensait pas en termes raciales. Ajoutons au passage qu'avec le mouvement «wokiste» étasunien en cours de mondialisation, qui est un hyper-moralisme et un puritanisme punitif, on se trouve aux antipodes de la pensée nietzschéenne, destinée aux «esprits libres». Dans une lettre à son amie Malvida von Meysenbug datée du 25 octobre 1874, Nietzsche se présente lui-même comme un esprit libre, un anti-wokiste avant la lettre:

*«Par chance je suis dépourvu de toute ambition politique ou sociale, en sorte que je n'ai à craindre aucun danger de ce côté-là, rien qui me retienne, rien qui me force à des transactions et à des ménagements ; bref j'ai le droit de dire tout haut ce que je pense, et je veux une bonne fois tenter l'épreuve qui fera voir jusqu'à quel point nos semblables, si fiers de leur liberté de pensée, supportent de libres pensées.»*

Avec le mouvement « wokiste » étasunien en cours de mondialisation, qui est un hyper-moralisme et un puritanisme punitif, on se trouve aux antipodes de la pensée nietzschéenne

On trouve dans le nietzschéisme politique d'extrême gauche des années 60 et 70 un thème déconstructionniste majeur: faire disparaître, mettre à mort non seulement le sujet ou la conscience, mais aussi le réel et la vérité. Il y a chez les théoriciens de la déconstruction, postmodernes ou poststructuralistes, une «nouvelle fascination pour le subversif», comme l'a souligné Karl-Otto Apel, ainsi qu'une jubilation dans «l'autodestruction de la raison» s'inscrivant dans l'héritage du «pragmatisme nominaliste» de Nietzsche - au sens où l'auteur du *Crépuscule des idoles*, résolument anti-essentialiste, se proposait de réduire les valeurs universelles à des chimères et de détruire les absolus («le Bien», «le Vrai», etc.). C'est ce goût de la «radicalité» dans la critique de la rationalité et de la vérité que les déconstructionnistes contemporains ont cru trouver chez un Nietzsche dénonçant, dans certains textes (contredits par d'autres), ce qu'on appelle «vérité» comme une somme d'erreurs utiles ou d'illusions nuisibles. Il n'y a donc pas de vérités, il n'y a que des croyances.

## **Existe-t-il un lien entre déconstruction et évaluation positive de la décadence?**

Déconstruire, c'est détruire et pousser à détruire. C'est encourager et radicaliser la destruction de toutes les traditions et de tous les systèmes de croyances. Le § 20 du chapitre «Des vieilles et des nouvelles tables», dans la troisième partie (avril 1884) d'*Ainsi parlait Zarathoustra*, est fort explicite: «*Ô mes frères, suis-je donc si cruel? Mais je vous dis: ce qui tombe il faut encore le pousser! Tout ce qui est d'aujourd'hui — tombe et se décompose: qui donc voudrait le retenir? Mais moi — moi je veux encore le pousser!*»

C'est là une nouvelle manière de penser la décadence comme processus global se confondant avec l'histoire de la civilisation occidentale. Rappelons la clarification faite par Nietzsche dans *Ecce Homo* (1888): «*Mes lecteurs savent peut-être à quel point j'ai considéré la dialectique comme symptôme de décadence, par exemple dans le cas le plus célèbre, dans le cas de Socrate.*» Mais il ne s'agit de remonter la pente de la décadence, ni même seulement de la stopper. Et, à cet égard, les néo-nietzschéens

déconstructionnistes s'avèrent de fidèles disciples du Maître. Dans cette perspective déconstructionniste et «subversive», si l'on juge qu'il y a décadence, il faut accélérer le mouvement de décadence. Ce thème n'est nullement fixé à l'extrême gauche intellectuelle à la française. Des penseurs de toutes orientations politiques se réclamant de Nietzsche réentonnent le vieux refrain: «Vive la décadence!». Le sentiment d'assister à une décadence finale et de vivre l'effondrement d'un monde ne débouche pas nécessairement sur le désespoir. La vision morale de la décadence est en effet abandonnée, au profit d'une vision esthétique et vitaliste. L'esthétisation du déclin ou de la décadence se traduit régulièrement par la contemplation d'une «apocalypse joyeuse», produit d'une transfiguration festive du *taedium vitae*, ce dégoût de la vie qu'on rencontre au fond de tout pessimisme anthropologique.

Le sentiment d'assister à une décadence finale et de vivre l'effondrement d'un monde ne débouche pas nécessairement sur le désespoir.

Il faut rappeler comment Nietzsche célèbre lui-même en 1884, avec lyrisme, la contemplation esthétique de l'agonie européenne: *«Un monde qui s'effondre est un plaisir non seulement pour le spectateur, mais aussi pour le destructeur. La mort est non seulement nécessaire, “laide” n'est pas assez dire, il y a de la grandeur, du sublime dans les mondes qui s'effondrent. Des douceurs aussi, des espérances et des couchers de soleil empourprés. L'Europe est un monde qui s'effondre.»*

Accentuer et accélérer le mouvement de décadence, et y prendre plaisir: tel est l'un des thèmes nietzschéens dont on trouve la trace chez les auteurs les plus divers. Ce programme consiste à passer, en termes nietzschéens, du «nihilisme passif» au «nihilisme actif». La dévaluation de toutes les valeurs ne suffit pas, il faut les traiter comme des chimères nuisibles et les éradiquer. En d'autres termes, la mort de Dieu, celle du dieu moral chrétien, est insuffisante. Il faut encore éliminer toutes les traces des croyances monothéistes, détruire toutes les notions et toutes les manières d'argumenter qui en sont dérivées par l'effet de la sécularisation.

La dévaluation de toutes les valeurs ne suffit pas, il faut les traiter comme des chimères nuisibles et les éradiquer.

Dans un texte publié en 1976, «Petite mise en perspective de la décadence et de quelques combats minoritaires à y mener», où il esquisse une politique «nietzschéenne», Lyotard appelle à une radicalisation de la décadence:

*«Voici une ligne politique: durcir, aggraver, accélérer la décadence. Assumer la perspective du nihilisme actif, ne pas en rester au simple constat, dépressif ou admiratif, de la destruction des valeurs: mettre la main à la destruction, aller toujours plus avant dans l'incrédulité, se battre contre la restauration des valeurs. Marchons vite et loin dans cette direction, soyons entreprenants dans la décadence, acceptons par exemple, de détruire la croyance dans la vérité sous toutes ses formes.»*

C'est là s'attaquer directement aux fondements de la tradition rationaliste occidentale, mais aussi, plus largement, appeler à la destruction de toutes les valeurs (le vrai, le bien, le juste, etc.), en assumant ainsi le nihilisme, transformé en une sorte de politique esthétisée. Ce néo-nietzschéisme consiste donc à constater le nihilisme et à le radicaliser, en croyant que l'autodépassement du nihilisme est possible et qu'il constitue une nouvelle méthode de salut. C'est croire que le nihilisme ne peut être dépassé que par plus de nihilisme. Mais cette croyance montre que les déconstructionnistes restent des dialecticiens sans le savoir. Avec l'idée d'un autodépassement (*Selbstaufhebung*), on ne sort pas de la pensée dialectique, dont le moteur est la croyance à la positivité du négatif. La dialectique hégélienne, officiellement congédiée, ne cesse de hanter et d'orienter les raisonnements supposés anti-dialectiques. La dialectique consiste ici à croire qu'une synthèse magique des positions contradictoires est possible, ce qui justifie qu'on puisse affirmer en même temps que le nihilisme est insurmontable et qu'il peut se surmonter lui-même.

## **Peut-on dire que la pensée de Nietzsche est à l'origine du relativisme occidental contemporain?**

Le mot «relativisme» est devenu un fourre-tout et un repoussoir, un terme polémique employé par tous les esprits dogmatiques. Partons du «perspectivisme» de Nietzsche, qui est un pluralisme radical ou un

relativisme généralisé, portant sur les connaissances comme sur les valeurs. La thèse fondamentale de Nietzsche est qu'«il n'y a pas de faits, seulement des interprétations». D'où la multiplication des «points de vue» et des interprétations, qui se ramènent à des expressions diverses de la volonté de puissance. Cette théorie pluraliste de la connaissance implique une vision pluraliste de l'interprétation des phénomènes, qui se refuse à les référer à une «totalité» ou à un principe unique et absolu, ou encore à les intégrer dialectiquement dans un «tout». Il s'ensuit que le monde est un chaos, un ensemble de forces antagonistes dénué de sens global et de finalité, un «chaosmos» que seule la pensée tragique peut appréhender. D'où l'appel à créer des valeurs nouvelles et à donner souverainement du sens à ce qui n'en a pas en lui-même. C'est là ériger le sujet tout-puissant qui évalue et donne du sens en substitut du dieu créateur. C'est aussi congédier toute forme d'universalisme comme une illusion ou une imposture.

L'antimoderne déclaré qu'est Nietzsche n'échappe pas au subjectivisme, en quoi il reste prisonnier du cercle des évidences fondamentales de la modernité. Dans *Ainsi parlait Zarathoustra* (livre I, «Des mille et un buts»), le philosophe pose le problème des valeurs en le ramenant à celui du sujet qui évalue: «*De toutes les choses auxquelles on accorde de la valeur, c'est l'évaluation elle-même qui est le trésor et le joyau.*» Affirmer l'importance des valeurs, c'est affirmer surtout l'importance du sujet qui évalue, car «évaluer, c'est créer». Le sujet inséparablement évaluateur et créateur est non seulement présumé par l'existence des valeurs, mais il est ce qui a le plus de valeur. L'acte d'évaluer incarne la valeur suprême. C'est là absolutiser l'évaluation. Telle est l'évidence par laquelle peut se résumer le subjectivisme des Modernes. Il ne suffit pas de rejeter rageusement le monde moderne pour échapper aux présuppositions de la modernité.

### **Dans quelles conditions Nietzsche est-il devenu en France l'un des «maîtres du soupçon»?**

Dans les années 1960, Nietzsche a été intégré dans la fameuse triade des grands «maîtres du soupçon», ce dont témoigne le titre même de la communication faite par Michel Foucault au colloque de Royaumont en juillet 1964: «Nietzsche, Freud, Marx». Après le *Nietzsche et la philosophie* de Deleuze (1962), ce texte de Foucault va inaugurer l'apparition du «nietzschéisme français», ou plus exactement de ce nouveau «nietzschéisme français» qui constituera la matrice philosophique de la *French Theory*. Le penseur «maudit» était ainsi propulsé comme penseur à la mode, au prix d'une déplorable confusion: il n'y a en effet rien de commun entre le théoricien du communisme Marx et l'ennemi absolu de tout socialisme qu'était Nietzsche. En outre, Foucault, le philosophe qui disait «faire de l'histoire» et non plus de la philosophie, devenu célèbre en 1966 par *Les Mots et les choses* et réputé appartenir à l'école structuraliste, mettait les choses au point dans une interview parue en juin 1967: «*Mon archéologie doit plus à la généalogie nietzschéenne qu'au structuralisme proprement dit.*» En reconnaissant l'inspiration nietzschéenne de sa pensée, il s'intégrait ainsi clairement dans la mouvance poststructuraliste. C'est ce que confirmera son essai «Nietzsche, la généalogie et l'histoire», publié en 1971. La recherche des structures et l'analyse de leur fonctionnement, moment incarné par l'anthropologie structurale de Claude Lévi-Strauss, n'étaient plus à l'ordre du jour. Le nouveau paradigme, qu'on peut dire nietzschéen, était celui de la généalogie et de la symptomatologie.

Avec cette vague commençante de «soupçonisme» spéculatif, la critique démystificatrice se transformait en «archéologie», se confondant ainsi avec un historicisme radical d'une nature inédite. En janvier 1988, au cours du colloque international «Michel Foucault, philosophe», Deleuze soulignait la dimension nietzschéenne de la pensée du philosophe qu'il admirait: «*Si Foucault est un grand philosophe, c'est parce qu'il s'est servi de l'histoire au profit d'autre chose: comme disait Nietzsche, agir contre le temps, et ainsi sur le temps, en faveur je l'espère d'un temps à venir. Car ce qui apparaît comme l'actuel ou le nouveau chez Foucault, c'est ce que Nietzsche appelait l'intempestif, l'inactuel.*»

Foucault va inaugurer l'apparition du «nietzschéisme français» qui constituera la matrice philosophique de la *French Theory*.

Dans sa communication de 1964, Foucault se proposait modestement de traiter de «*quelques thèmes concernant les techniques d'interprétation chez Marx, Nietzsche et Freud*» et précisait ainsi son propos: «*Marx, Nietzsche et Freud nous ont remis en présence d'une nouvelle possibilité d'interprétation, ils ont fondé à nouveau la possibilité d'une herméneutique.*» Et l'un des traits distinctifs de cette herméneutique est que «*l'interprétation se trouve devant l'obligation de*

*s'interpréter elle-même à l'infini*». Voilà qui implique que la critique démystificatrice soit elle-même sans fin, puisqu'elle peut se prendre elle-même pour objet. Dès lors, selon Foucault, la «*vie de l'interprétation*» consiste à «*croire qu'il n'y a que des interprétations*», vision totalement étrangère à Marx mais parfaitement conforme à la pensée de Nietzsche. Il reste que ce dernier ne s'en tenait pas là, loin s'en faut.

Deux ans plus tard, dans sa communication au colloque de Baltimore («*La structure, le signe et le jeu dans le discours des sciences humaines*»), Derrida salue notamment «*la critique nietzschéenne de la métaphysique, des concepts d'être et de vérité auxquels sont substitués les concepts de jeu, d'interprétation et de signe (de signe sans vérité présente)*». Se réclamant d'une nouvelle trinité: Nietzsche, Freud et Heidegger, embarqués malgré eux dans la critique de la «*détermination de l'être comme présence*» et dans la récusation de tout «*signifié central, originaire ou transcendantal*», Derrida appelle à répudier la «*thématique structuraliste de l'immédiateté rompue*», qui serait «*la face triste, négative, nostalgique, coupable, rousseauiste, de la pensée du jeu*», et à se tourner vers sa face «*nietzschéenne*», qu'il célèbre comme «*l'affirmation joyeuse du jeu du monde et de l'innocence du devenir, l'affirmation d'un monde de signes sans faute, sans vérité, sans origine*». Plus tard, au cours d'une discussion qui eut lieu en 1979 à Montréal, Derrida lance: «*Tous les énoncés, avant et après, à gauche et à droite, sont à la fois possibles (Nietzsche a tout dit, à peu près) et nécessairement contradictoires (il a dit les choses les plus incompatibles entre elles et il a dit qu'il les disait)*». C'est là offrir les écrits de Nietzsche à tous ceux qui veulent s'en emparer pour les mettre au service de leurs objectifs politiques ou simplement de leurs fantasmes.

### **Quelle sont les conséquences de ces lectures de Nietzsche?**

On ne saurait les ramener à un modèle unique, mais elles ont des conséquences convergentes, notamment en ce qu'elles présentent le nihilisme comme insurmontable. À suivre la lecture foucauldienne de Nietzsche, on ne sort pas de l'univers des interprétations, ni du subjectivisme. Avec la lecture derridienne, on ne sort pas du monde des signes et du jeu, un monde totalement étranger au souci de la vérité. Cet enfermement peut être considéré comme une figure du nihilisme, alors même que Nietzsche s'était efforcé de penser le nihilisme en s'interrogeant sur les moyens de le surmonter. On trouve chez les penseurs postmodernes, en particulier chez Jean Baudrillard, une tentative de transfigurer le nihilisme, de le rendre non seulement acceptable, mais désirable. Si le monde est un chaos inintelligible, il ne faut pas chercher à y trouver un ordre intelligible: «*La règle absolue de la pensée, c'est de rendre le monde tel qu'il nous a été donné - inintelligible - et si possible un peu plus inintelligible. Un peu plus énigmatique*». Ne peut-on voir dans cette nouvelle et cocasse «*règle de la pensée*» l'expression d'un obscurantisme cynique en même temps que celle d'un nihilisme jubilatoire?

La déconstruction se transforme ainsi en un rite obsessionnel, sans autre finalité que sa répétition et son extension indéfinies.

Les plus radicaux des penseurs postmodernes, emportés par l'esprit de provocation, se sont ainsi engagés dans une croisade irrationaliste, conséquence non assumée du relativisme cognitif, culturel et moral présumé par leurs analyses et leurs positions. Alors même qu'ils se sont donnés pour tâche de priver le militantisme de ses bases «*métaphysiques*» - les «*grands récits*» de libération -, ils restent des militants, mais leur cause se réduit au projet de déconstruire, c'est-à-dire de détruire tous les héritages de la pensée européenne, à commencer par la recherche de la vérité à travers la connaissance rationnelle. Ils continuent de «*réagir contre*», ce qui les éloigne toujours plus de la pensée créatrice. La déconstruction se transforme ainsi en un rite obsessionnel, sans autre finalité que sa répétition et son extension indéfinies. C'est là s'installer confortablement dans une forme de nihilisme réactif.

### **Est-ce là être fidèle à la pensée nietzschéenne ou bien la trahir?**

C'est à coup sûr trahir ce qu'il est convenu d'appeler la «*dernière pensée de Nietzsche*», même si le mot «*trahison*» est dépourvu de sens pour les déconstructionnistes qui croient en avoir fini avec l'opposition entre la vérité et l'erreur, entre une bonne lecture d'un texte et une mauvaise, ce qui les conduit à postuler que toutes les interprétations se valent, les différences n'étant que d'ordre stylistique. Il s'ensuit que trahir, c'est créer ou inventer. On connaît la déclaration provocatrice de Deleuze dans ses Dialogues avec Claire Parnet: «*Être traître à son propre règne, être traître à son sexe, à sa classe, à sa majorité - quel*

*autre raison d'écrire? Et être traître à l'écriture. (...) C'est que traître, c'est difficile, c'est créer.»*

Nietzsche, quant à lui, a cherché et cru trouver une voie pour sortir du nihilisme, après l'avoir expérimenté et traversé. C'est en vue de répondre au tragique sans sombrer dans les illusions offertes par la dialectique (socratique ou hégélienne) que Nietzsche propose de recourir à l'art, qui affirme et magnifie la vie, et ce, très explicitement, contre les «remèdes» indiqués par Schopenhauer et Wagner, en des mélanges divers de bouddhisme et de christianisme. Dans un fragment posthume de mai-juin 1888, Nietzsche expose parfaitement sa dernière conception de l'art, comme puissant et unique remède contre le nihilisme sous toutes ses formes: *«L'art, et rien que l'art! C'est lui seul qui rend possible la vie, c'est la grande tentation qui entraîne à vivre, le grand stimulant qui pousse à vivre. L'art, seule force antagoniste supérieure à toute négation de la vie, l'art, l'antichristianisme, l'antibouddhisme, l'antinihilisme par excellence.»*

Le mot « trahison » est dépourvu de sens pour les déconstructionnistes qui croient en avoir fini avec l'opposition entre la vérité et l'erreur

Dès *La Naissance de la tragédie* (1872), Nietzsche postule que *«le monde ne se justifie qu'en tant que phénomène esthétique»*. C'est là sa sagesse dionysiaque, située au cœur de la pensée tragique. Plus tard, dans *Crépuscule des idoles*, il précise que relèvent du dionysiaque *«le plus profond instinct de la vie», «l'affirmation triomphante de la vie au-delà de la mort et du changement», «l'affirmation de la vie, même dans ses problèmes les plus étranges et les plus ardues»*. C'est pourquoi Nietzsche, dans un fragment posthume de mai-juin 1888, ne cache pas son «instinct religieux», marquant par là sa distance vis-à-vis des athées «libres penseurs» de son temps: *«- Et combien de nouveaux dieux sont encore possibles!... Moi-même, moi en qui l'instinct religieux, c'est-à-dire créateur de dieux cherche parfois à revivre: avec quelle diversité, quelle variété, le divin s'est chaque fois révélé à moi!...»*

L'ennemi déclaré du christianisme s'est ainsi attribué des aspirations religieuses, dans lesquelles certains interprètes de sa pensée, nietzschéens ou antinietzschéens, ont hâtivement vu la trace d'une nostalgie du polythéisme ou du paganisme antique. Il est vrai que cette imputation «collait» avec le philhellénisme déclaré de Nietzsche qui, croyant à une possible renaissance de l'esprit tragique, déclarait avec enthousiasme en 1874: *«Nous devenons plus grecs de jour en jour.»* Mais cette utopie de jeunesse d'un Nietzsche encore wagnérien s'effacera rapidement.

### **Nietzsche serait-il resté secrètement attaché au christianisme?**

Il n'est pas facile de répondre à une telle question. Disons que si, pour Nietzsche, le «dieu moral» est mort, l'ombre de Dieu est loin de s'être effacée dans sa pensée. Dans un fragment posthume de l'été-automne 1884 se trouve la formule souvent citée: «le César romain avec l'âme du Christ». Mais comment comprendre que Nietzsche ait pu vouloir marier «l'instinct des Césars, des fondateurs d'empires» avec «l'âme» de ce «Crucifié» qu'il oppose à Dionysos dans l'aphorisme qui conclut *Ecce Homo* - *«M'a-t-on compris? - Dionysos contre le Crucifié...»* Cette oscillation entre l'antithèse fondamentale et la synthèse paradoxale demeure difficile à penser, à l'image de la pensée aphoristique de Nietzsche.

La question la plus redoutable me paraît pouvoir être formulée comme suit: à supposer que Dieu soit mort et que rien ne soit vrai, est-il inévitable de conclure que tout est possible et que tout est permis? Un monde sans transcendance est-il un monde dénué de sens et de valeur? Sommes-nous voués au nihilisme? Nietzsche a tenté de répondre philosophiquement à cette question par sa conception du surhomme et de l'éternel retour, sur la base de sa théorie de la volonté de puissance. Mais ces trois notions fondamentales, difficiles à définir sans équivoque, ont inspiré des mobilisations politiques douteuses, voire répulsives, au cours du «terrible vingtième siècle». De là cette forme de renoncement qui consiste à juger indépassable le nihilisme et à s'y installer le plus confortablement possible.

### **Se dire «nietzschéen» a-t-il un sens?**

Rien n'est moins nietzschéen qu'annoncer des textes du philosophe ou les plagier pour en faire des bréviaires, au service de l'anarchisme, du fascisme ou du déconstructionnisme. Les nietzschéens dogmatiques et pieux comme les antinietzschéens frénétiques se rejoignent dans la croyance que la pensée de Nietzsche constitue une doctrine, un système ou une vision du monde, qu'on peut approuver, voire épouser, ou bien rejeter et

condamner. C'est là l'erreur de principe dans laquelle tombe chaque génération intellectuelle depuis la fin du XIXe siècle, qui consomme des catéchismes nietzschéens autant que des pamphlets antinietzschéens. Nietzsche avait pourtant, à maintes reprises, mis en garde ses lecteurs de l'avenir, par exemple dans ce fragment posthume de l'automne 1887, où il note non sans auto-ironie: «*Je ne suis pas assez borné pour un système - pas même pour mon système...*». Ce qui lui importe, c'est la formation des esprits libres, incarnant quelque chose comme un gai scepticisme face aux fanatiques de tous bords. Dans le § 54 de *L'Antéchrist*, Nietzsche explicite sa position:

*«Il ne faut pas s'en laisser conter: les grands esprits sont des sceptiques. (...) La vigueur, la liberté qui vient de la force et du trop-plein de force de l'esprit, se prouve par le scepticisme. (...) Les convictions sont des prisons. (...) Un esprit qui veut quelque chose de grand, qui veut aussi les moyens pour y parvenir, est nécessairement un sceptique. Pour être fort, il faut être libre de toute conviction, savoir regarder librement...»*

Pour ma part, je suivrais volontiers Karl Jaspers qui, en 1936, concluait son grand livre sur Nietzsche par cette proposition: «*Philosopher avec Nietzsche signifie s'affirmer continuellement contre lui.*» Mais en la comprenant comme une invitation à penser avec et contre Nietzsche par-delà tout nietzschéisme et tout antinietzschéisme.

## François-Xavier Oliveau: «Nos crises proviennent d'une abondance que nous ne savons pas gérer»

FIGAROVOX/GRAND ENTRETIEN - Libéral convaincu, François-Xavier Oliveau rejette le mythe d'une croissance infinie, autant que celui de la décroissance. Il défend une troisième voie pour permettre de mieux gérer nos ressources.

Par **Aziliz Le Corre**

Publié il y a 3 heures, mis à jour il y a 1 heure

«Cette abondance a été obtenue grâce aux progrès technologiques». *Adobe Stock*

*François-Xavier Oliveau est Directeur associé d'Initiative & Finance. Il vient de publier La crise de l'abondance (éditions de l'Observatoire). Il contribue régulièrement à plusieurs think tanks sur les sujets de technologie, d'économie et de politiques publiques. Son premier ouvrage, Microcapitalisme (PUF, 2017), a été récompensé du prix du Jury Turgot.*

---

### **FIGAROVOX. - Vous publiez «La crise de l'abondance ». Q'appelez-vous « l'ère de l'abondance » ? Et pourquoi, paradoxalement, provoque-t-elle des crises ?**

L'ère de l'abondance, c'est tout simplement la nôtre ! Nous vivons une époque rêvée par nos ancêtres, une utopie qu'ils appelaient « *pays de cocagne* » et qui s'est maintenant réalisée. Nos sociétés occidentales n'ont jamais autant été aussi bien nourries, logées, vêtues, soignées. Nous avons accès à une mobilité, des moyens de communication, des loisirs, une information inimaginable il y a peu. Alors même que nous sommes frappés par une pandémie d'une violence inouïe, l'année 2021 battra un nouveau record historique de production de richesse au niveau mondial.

L'abondance progresse dans le monde entier. La malnutrition concerne hélas encore 11% de l'humanité, mais ce chiffre baisse depuis des décennies. L'accès à l'eau ou à l'électricité s'améliore chaque année. Un petit Somalien qui naît aujourd'hui vivra en moyenne vingt ans de plus qu'un Français né en 1900. Sur le plan économique, nous pouvons désormais produire plus que nos besoins. C'est un changement incroyable, une nouveauté absolue à l'échelle de l'histoire humaine.

Cette abondance a été obtenue grâce aux progrès technologiques, qui ont fait baisser les prix de presque tous les biens et services. Il y a seulement cent ans, la baguette coûtait l'équivalent de 4€, le kilo de viande 93€, un aller simple Paris-Bordeaux en 3<sup>e</sup> classe 1000€, un vélo 5300€... [1] Les progrès de l'agriculture, de l'industrie, des transports, de l'informatique ont été transmis au marché grâce à la concurrence et nous ont permis d'accéder à l'abondance.

Mais paradoxalement, cette abondance s'accompagne de crises monumentales. Notre environnement et nos écosystèmes sont très dégradés. Nous croulons sous la dette, et les inégalités se creusent. Le sens et la valeur économique du travail sont mis à mal par les progrès des nouvelles technologies. L'abondance n'est pas un long fleuve tranquille, elle crée ses propres crises. Je les décris dans «*La crise l'abondance*» en proposant des solutions concrètes, qui peuvent surprendre mais qui sont en réalité très réalistes.

### **La recherche de l'abondance a abouti à cet incroyable paradoxe : rendre abondantes des ressources finies... Est-elle responsable des crises que nous traversons ?**

Oui, c'est ce qui est très étonnant. Nos crises proviennent d'une abondance que nous ne savons pas gérer. La crise environnementale est le produit de nos excès, et non de la rareté : nous avons peur de manquer de

pétrole ? Voilà que nous polluons trop, et que nous réchauffons la planète. Peur de manquer de ressources ? Au contraire, nous croulons sous les déchets. Peur d'avoir faim, comme l'annonçait Malthus ou, dans les années 70, des universitaires américains ? Pourtant, aujourd'hui, on meurt dans le monde trois fois plus d'obésité que de faim. Le génie humain a démenti toutes les prophéties de la rareté, et continue à le faire aujourd'hui. Mais l'abondance, en revanche, menace de nous étouffer.

Une taxe verte ne doit pas servir à augmenter les recettes fiscales, mais seulement à changer les prix relatifs pour inciter à une consommation plus bénéfique à l'environnement.

### **La crise des Gilets jaunes s'est illustrée par le slogan « *fin du monde contre fin de mois* ». La préservation de l'environnement est-elle un problème de riche ?**

C'est vrai que l'abondance modifie les priorités. Quand les besoins élémentaires sont remplis, il est plus facile de s'intéresser au bien commun – et c'est vrai à la fois au niveau des individus comme à celui des pays. Mais l'erreur a été justement de laisser s'installer une opposition fautive et stérile entre « *fin du monde* » et « *fin de mois* ». Il est parfaitement possible de préserver l'environnement tout en préservant le pouvoir d'achat. Les 1000 milliards de prélèvements obligatoires en France portent à 95 % sur le travail et le capital, et à peine à 5 % sur l'environnement. À imposition constante, nous pourrions donc parfaitement augmenter la taxation environnementale tout en baissant les autres impôts, éventuellement en complétant par des aides très ciblées. La règle d'or de la fiscalité environnementale est que chaque euro doit être rendu au contribuable. Une taxe verte ne doit pas servir à augmenter les recettes fiscales, mais seulement à changer les prix relatifs pour inciter à une consommation plus bénéfique à l'environnement. Mieux vaut taxer la pollution que la production, non ?

### **Vous dénoncez des « *politiques monétaires expansionnistes* ». En quoi sont-elles dangereuses pour notre économie ?**

Depuis quarante ans, nous créons beaucoup d'argent par la dette. Cette abondance d'argent est directement liée à l'abondance de biens : plus la technologie fait baisser les prix, plus les banques centrales doivent injecter de l'argent dans l'économie. Cette injection stabilise les prix et permet d'éviter que les salaires ne soient entraînés à la baisse. Mais pourquoi le faire sous forme de dette ? C'est un outil essentiel pour financer les projets futurs ; mais il a été détourné pour remplir une mission qui n'est pas la sienne, la stabilité des prix. En créant l'argent comme nous le faisons, nous provoquons surtout une inflation de l'immobilier et des produits financiers décorrélés de l'économie réelle. Cette hausse est très dangereuse, car elle creuse les inégalités et rend plus difficile l'accès à la propriété. En outre, elle pousse l'État à s'endetter à l'infini. Gavé d'argent gratuit, il est amené à intervenir de plus en plus dans l'économie, de manière plus ou moins adéquate.

Il serait beaucoup plus pertinent que les banques centrales fournissent directement de l'argent aux ménages, sans nécessité de remboursement. Concrètement, nous recevriions tous chaque mois un versement dont le montant varierait en fonction du niveau de l'inflation. Je l'estime entre 50 et 100€ en temps normal, et probablement le double actuellement. Le versement diminuerait voire cesserait dès lors que l'inflation atteindrait la cible de 2% de la banque centrale. J'appelle ce dispositif « dividende monétaire ». Comme le dividende d'une action, il est d'un montant variable et dépend de la capacité de l'économie à innover et créer de la valeur.

Cette proposition, j'en suis conscient, paraît invraisemblable ; mais créer de la monnaie de cette façon est en réalité parfaitement possible et surtout beaucoup plus sain que par la dette. L'impact sur les prix à la consommation serait immédiat, en réduisant les bulles financières et immobilières. Les taux d'intérêt pourraient être ramenés en territoire positif, ce qui est essentiel à terme pour le système bancaire. Les inégalités seraient réduites au lieu d'être augmentées, et le pouvoir d'achat de tous soutenu. Enfin, on pourrait exiger de l'État un équilibre budgétaire, puisque le soutien à l'activité serait directement fourni par la banque centrale. Le plus difficile, c'est d'oser étudier cette solution. Une fois qu'on le fait, ses avantages sur le système actuel sont évidents.

**« 47 % de l'ensemble de l'activité peut être remplacé par les nouvelles technologies », écrivez-vous. Les travailleurs les moins qualifiés vont être les premiers à en pâtir...**

C'est la troisième des crises de l'abondance. Nous avons désormais des armées d'esclaves mécaniques, machines, ordinateurs, robots, intelligence artificielle, qui nous aident dans notre travail et, parfois, le font pour nous. Ces esclaves nous ont permis d'accéder à des études longues, des semaines de travail plus courtes, des congés et une retraite. Nous travaillons désormais 12 % de notre vie éveillée, contre 70 % il y a deux siècles. Ces nouvelles technologies peuvent être une source d'angoisse considérable, notamment pour les moins qualifiés. Mais elles nous font surtout accéder à un niveau de richesse inédit.

Je ne crois pas à la fin du travail ; en revanche, la capacité de l'économie à rémunérer le travail diminue en permanence avec les progrès techniques.

Dès lors, la question est : comment distribuer cette richesse alors que le canal habituel du salaire ne suffit plus ? Comment gérer une richesse produite essentiellement par le capital sans construire une société à deux vitesses ? Je ne crois pas à la fin du travail ; en revanche, la capacité de l'économie à rémunérer le travail diminue en permanence avec les progrès techniques. Il nous faudra donc apprendre à séparer de plus en plus travail et rémunération. Demain, nous travaillerons, parfois en étant payés, parfois bénévolement – c'est d'ailleurs déjà le cas aujourd'hui. Et nous aurons également tous des revenus permanents, distribuant l'abondance, qui nous permettront de vivre confortablement.

**Vous souhaitez mettre en place un revenu universel pour « distribuer de manière égalitaire les fruits du libéralisme et de la mondialisation ». Ne risque-t-on pas de rentrer dans un cercle vicieux de diminution de la production et d'augmentation des transferts ?**

À ce stade, le revenu universel tel que je le propose est avant tout une simplification des flux actuels. Nous distribuons déjà environ 500 euros à tous ceux qui sont proches de la précarité, par une multitude de dispositifs : le RSA, mais aussi les emplois aidés, les réductions de charge sur les bas salaires, le déficit du régime des intermittents, la partie redistributive de l'assurance chômage... Tous ces dispositifs aboutissent à des transferts équivalents à environ 500€ par personne.

Ma proposition est de simplifier ces flux en les fondant en un seul dispositif, simple, lisible et juste pour tous. Cela permettrait à des populations qui en sont exclues aujourd'hui d'y avoir accès, notamment les jeunes et les agriculteurs. Le dispositif serait plus simple pour les personnes dans la précarité et bien plus sécurisant. Elles pourraient se consacrer à construire un projet de vie plutôt qu'à remplir des formulaires pour des guichets multiples. Ce revenu « socle » pourrait ensuite être rendu universel, à fiscalité et distribution constantes, en simplifiant le schéma d'impôt sur le revenu.

Ce revenu universel permettrait par la suite d'accompagner le mouvement inexorable qui nous rend du temps libre, en maintenant toutefois une indispensable contrainte budgétaire. L'écueil que vous décrivez aboutirait à une inflation salariale, qui réduirait automatiquement les revenus de transferts, à la fois par la baisse du dividende monétaire et grâce à la contrainte d'équilibre budgétaire. Le système peut et doit être conçu pour s'autoréguler.

En libéral convaincu, je crois fermement qu'il faut laisser à chacun la liberté d'arbitrer comme il le souhaite entre ces trois fruits : posséder plus, épargner ou travailler moins.

**La recherche de l'abondance ne revient-elle pas à défendre le modèle économique basé sur la croissance ?**

Au contraire. Les gains de productivité ont trois fruits : ils peuvent permettre de produire plus, moins cher ou avec moins d'effort. En libéral convaincu, je crois fermement qu'il faut laisser à chacun la liberté d'arbitrer comme il le souhaite entre ces trois fruits : posséder plus, épargner ou travailler moins. Ce n'est pas le cas de notre modèle actuel, qui a été conçu pour l'ère de la rareté et la stimulation à tout prix de la croissance, y compris par une incitation permanente à la consommation et des politiques de relances plus ou moins pertinentes. Nous en voyons aujourd'hui les limites. Les outils que je propose permettent précisément d'équilibrer le système en laissant à chacun la possibilité d'arbitrer librement. À l'ère de l'abondance, nous pouvons rendre la croissance optionnelle, à la discrétion de chacun.

## **Enfin, vous ne croyez ni à l'hypothèse de la « *fin de l'histoire* », ni à celle de « *fin du monde* » ?**

En effet. Nous avons tous les moyens humains, techniques et financiers de vivre sur notre planète, certes finie mais dont les ressources sont amplement suffisantes pour assurer la prospérité de l'humanité. À de très rares exceptions près, nous savons déjà produire une énergie décarbonée, une nourriture respectueuse de l'environnement et fournir globalement à tous un niveau de vie aisé, le tout à des coûts abordables qui ne font d'ailleurs que baisser. Les prévisions d'effondrement sont en permanence démenties par les progrès continus de l'accès aux biens de base.

Mais nous pouvons, nous devons aller beaucoup plus vite. Généraliser l'abondance dans les prochaines décennies exige de mettre en œuvre des outils adaptés. C'est avant tout une révolution mentale, car nos esprits sont habitués à des millénaires de rareté, et certains de ces outils peuvent nous paraître très choquants. Nous devons donc mieux comprendre cette nouvelle ère, où la capacité de produire excède celle de consommer. Et accepter désormais, dans ce nouveau monde au rebours de notre passé, d'examiner des idées qui peuvent paraître folles de prime abord.

---

[1] Voir Jean Fourastié, <https://www.fourastie-sauvy.org/>

# Sofagate und die anmaßende Legende einer gewählten EU-Regierung

Von **Jacques Schuster**

Chefkommentator

**Einen Stuhl gab es nur für Charles Michel. Ursula von der Leyen fühlte sich "verletzt und alleingelassen"**

Noch immer herrscht Empörung darüber, dass Ursula von der Leyen in Ankara nicht neben Erdogan auf dem Sessel sitzen durfte. Keiner fragt, ob Erdogan nicht schlicht im Recht war: Dass die EU-Kommission sich ständig als gewählte Regierung geriert, ist schlicht eine Anmaßung.

Wenn Europa nicht achtgibt, dann ist die EU mit ihren rund 33.000 Angestellten und 30.000 Lobbyisten in Brüssel bald um mehrere Dutzend Beamte größer. Zerknirscht über sein Gebaren am 4. April in Ankara, hat der EU-Ratspräsident Charles Michel angeboten, einen „Gleichstellungsrat“ einzurichten. Offenbar soll damit der Macho im Manne schon vor seinem Ausbruch gefesselt werden und sich so etwas wie das „Sofagate“ nicht wiederholen.

Die allgemeine Empörung, die sich in dieser Woche im Europaparlament gegen den Belgier entlud, konnte Michel mit seinem Vorstoß nicht zügeln. Im Gegenteil, die Reden der Abgeordneten fielen wie eine Schneelawine in einen lodernden Krater, in dessen Mitte Charles Michel bußfertig kochte.

„Ich fühlte mich verletzt und alleingelassen: als Frau und als Europäerin“, schloss Ursula von der Leyen die Chronique scandaleuse, die mit jenem Besuch des EU-Ratspräsidenten und der Kommissionspräsidentin beim türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan im April ihren Lauf nahm.



Ursula von der Leyen muss auf dem Sofa Platz nehmen

Das Foto ging um die Welt: Während Michel und Erdogan breitbeinig wie John Wayne auf den vergoldeten Sesseln im Präsidentenpalast Platz nahmen, stand von der Leyen zunächst verblüfft, schließlich altjüngferlich verdrossen vor den Macho-Männern, um dann mit großem Abstand auf einem Sofa Platz zu nehmen, das immerhin bequemer aussah als die im schweren Sultansbarock gehaltenen Sitzgelegenheiten der Männer.

Ist Ursula von der Leyen Opfer eines türkischen Anschlags auf die Gleichberechtigung der Frau geworden? Bis heute sehen es die meisten Beobachter so, und in der Tat wird Erdogan nicht gerade als oberster Gleichstellungsbeauftragter in die Geschichte seines Landes eingehen. Nur: Stimmt der Vorwurf?

Für den Außenstehenden ähnelt Erdogans Kopf seinem mit Schnörkeleien überladenen Palast samt unzähligen Tapetentüren. Man wird nicht abschließend beurteilen können, was er sich bei der Sitzordnung gedacht hatte. Womöglich ging es ihm aber gar nicht ums Geschlecht.

Angela Merkel saß nie auf dem Sofa, sondern neben Erdogan, wenn sie ihn in der Türkei besuchte. Achtete Erdogan folglich eher auf den Rang? Ist es womöglich so, dass der türkische Präsident auf das europäische Vertragswerk schaute, während die Mehrheit der Europäer – an der Spitze die Kommission selbst – in der Illusion lebt, bei der EU handele es sich bereits um einen Bundesstaat mit entsprechender Regierung?

Ursula von der Leyen ist keine Regierungschefin, sie ist die oberste Beamtin der Brüsseler Behörde. Als solche saß sie auf dem Sofa. Weder ist sie gewählt noch steht sie auf demselben Rang wie die europäischen Staats- und Regierungschefs, die Michel vertrat.

Seit Jahrzehnten versuchen die EU-Kommission und ihre Anwärter diese Tatsache in Reden und Auftritten zu verbergen. Den Anfang machte der erste Kommissionspräsident, Walter Hallstein. Er hielt die Souveränität der europäischen Mitgliedstaaten entgegen den Verträgen für eine „Doktrin von gestern“ und bezeichnete sich zum Ärger besonders der Franzosen als „Premierminister von Europa“.

Seither arbeiten alle Kommissionspräsidenten an diesem Schein. Einen Auftrieb brachte ihnen die breit gepriesene Idee, der EU-Kommissionspräsident müsse auch der Spitzenkandidat bei der Wahl des Europaparlaments sein. Vor allem der CSU-Politiker Manfred Weber drang darauf. Landauf, landab tat er so, als sei es ein Willkürakt der Mitgliedstaaten gewesen, ihn entgegen dem Willen des europäischen Volkes (das es gar nicht gibt) bei der Wahl zum Kommissionspräsidenten außen vor gelassen zu haben.

Dass Weber damit den Verdruss über die Union erhöhte, war ihm in seinem Ehrgeiz gleichgültig. Nur wenige Beobachter kümmerte es, dass sein Anspruch durch keine Vereinbarungen und kein Abkommen gedeckt ist, von den Römischen Verträgen bis hin zum Lissabon-Vertrag.

Es war diese beständige Anmaßung von Rechten und Positionen auf allen Spitzenebenen der EU ohne vertragliche Grundlage, die am Ende die Briten zum Austritt bewog. Bis heute führen diese Anmaßungen auch innerhalb der EU zum allgemeinen Europafrust – und zwar aller Zeitgenossen: zum einen derjenigen, die die Regeln einhalten wollen und auf die nationale Souveränität pochen; zum anderen jener, welche von den Vereinigten Staaten von Europa träumen und die Mär der EU-Kommission und des -Parlaments glauben, im Grunde seien beide Institutionen längst Gewalten in einem Bundesstaat.

In ihrem Streben, als gleichwertige Regierung neben allen anderen auf der Welt zu gelten, kommt der Kommission die Undurchschaubarkeit ihres selbst erschaffenen Regelwerkes zu Hilfe – der sogenannte *acquis communautaire*. Umfasste die Kodifizierung 1973 noch 2800 Seiten, sind es heute etwa 9000.

### **Täglich acht neue Anordnungen**

Mag die Kommission bei der Beschaffung von Impfstoff auch versagt haben, bei dem Erlass neuer Vorschriften ist sie fruchtbar wie eine Feldmaus. Der Staatsrechtler Josef Isensee hat errechnet, dass die Kommission im Schnitt täglich acht neue Anordnungen auf den Weg bringt. Kaum noch einer steigt in diesem Paragrafenschungel durch oder wagt, in der „Sakralisierung Europas“ (Hans Joas) kritische Fragen zu stellen.

Von dem Europäischen Gerichtshof ist jedenfalls keine Hilfe zu erwarten. Der ehemalige deutsche Verfassungsrichter Dieter Grimm hat schon vor Jahren festgestellt, dass die Behauptung der europäischen Richter, die Gesetze der Gemeinschaft hätten Vorrang vor den nationalen Verfassungsbestimmungen, auf keinerlei Grundlage im europäischen Vertragswerk beruht.

Auf diese Weise ist der Gerichtshof einzigartig in der Welt und so mächtig wie kein anderes oberstes Gericht. In allen Demokratien lassen sich die Gesetze und auch die Regeln für das Gericht durch Parlamente ändern. Nicht so in Europa. Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes sind unumstößlich. Vielleicht haben die osteuropäischen Staaten auch deswegen ein Problem damit, dessen Entscheidungen anzuerkennen.

Und das Europaparlament? Es hält sich den Volksvertretungen in Demokratien für ebenbürtig. Dabei besitzt es weder das Recht, eine Regierung zu wählen, noch, Steuern zu erheben. Immerhin hat es sich selbst gut

ausgestattet. Rund 7000 Beamte sind allein für das Parlament tätig. Man wird kaum einen Abgeordneten der großen Fraktionen finden, der sich daran stößt. Im Reich der Illusionen lebt es sich gut in Brüssel. Ärgerlich nur, wenn Politiker von außen es wagen, die Dinge anders zu sehen.

# German High Court Hands Youth a Victory in Climate Change Fight

The government must expand its plan to reduce carbon emissions to zero by 2050, the country's highest court ruled. The decision requires lawmakers to make long-term commitments.



Climate activists at a rally organized by the Fridays for Future movement in Berlin in September. Credit...Omer Messinger/Getty Images

By **Melissa Eddy**

April 29, 2021

BERLIN — Germany's highest court ordered the government to expand [a 2019 law](#) aimed at bringing the country's carbon emissions down to nearly zero by 2050, ruling on Thursday that the legislation did not go far enough to ensure that future generations would be protected.

The decision by the country's Federal Constitutional Court came as a rebuke to Chancellor Angela Merkel's government, which drafted the law but only included detailed goals to reduce emissions through 2030.

“The appellants, some of whom are still very young, have had their liberties violated by the challenged provisions,” the ruling said, ordering the government to revise the law by the end of next year to clarify and specify targets that reach beyond 2030. “To preserve fundamental liberty, the legislature should have made provisions to mitigate this burden.”

The law under scrutiny in the court case aimed at meeting Germany's carbon emission targets under the [Paris Agreement](#), a pact by 189 countries to try to prevent the world's temperature from rising. The German law included a raft of measures such as a \$60 billion spending package, a fee system for carbon emissions and taxes to make flying more expensive.

But the law only stipulated how reductions should be reached over the coming decade. Decisions about how and how much to reduce carbon emissions between 2031 to 2050 were left open, to be decided in 2025.

In their suit, the climate activists had charged that by failing to lay out a long-term strategy with clear targets for reductions through when Germany aims to be carbon-neutral, the government was effectively kicking the can down the road and risking the freedom of future generations, who would have to live with the consequences.

Young climate activists, nine of whom had challenged the law, welcomed the decision to side with their concerns that the failure to pass stringent enough legislation today will endanger their lives when they reach adulthood. The nine youths who were among those who brought the case ranged in age from 15-24.

Other activists also celebrated the court's focus on the future as a watershed moment in the fight against climate change.

"Tomorrow's freedom and fundamental rights must not be burned up by our emissions today — there is an obligation to ensure this protection through a science-based climate protection law," said Christoph Bals, executive director of the Germanwatch environmental group.

"This ruling will be a key reference point for all climate lawsuits pending around the world," he said.

Members of the Fridays for Future organization celebrated the ruling as "a huge win for the climate movement." Several of the young people who had brought the case to court were members of that group.

One of them, Luisa Neubauer, 24, welcomed the court's recognition that "climate justice is a fundamental right," adding in a comment on Twitter that, "Today's inaction must not harm our freedom and rights in the future."

The ruling could have political repercussions ahead of a Sept. 26 election that will choose a new Parliament and a successor to Ms. Merkel, who is leaving politics after 16 years as German chancellor.

The 2019 law was the product of wrangling between Ms. Merkel's conservative Christian Democrats and their partners in government, the center-left Social Democrats, who seized the opportunity of the ruling for positioning themselves ahead of the upcoming campaign.



The court's decision came as a rebuke to Chancellor Angela Merkel's government, which drew up the law. Credit...Sean Gallup/Getty Images

Olaf Scholz, Germany's finance minister who is the Social Democratic candidate to become chancellor, blamed foot-dragging by conservatives for the court's ruling. He chided the economy minister, Peter Altmaier, in [an exchange over Twitter](#) for failing to go far enough in the initial legislation.

"As I remember, it was you and your party that prevented in the first place what the Constitutional Court is now demanding," Mr. Scholz said. "But we can fix that. Are you with us?"

But it was [the Greens](#), an opposition party, that could benefit most from the ruling given its popularity among young people. The party has seen its support explode recently, with polls showing it in a neck-and-neck race for the lead alongside of the conservatives.

Annalena Baerbock, the Greens candidate for chancellor, welcomed the ruling as a “historic decision” and called for the law to be overhauled quickly.

“Climate protection protects our freedom and the freedom of our children and grandchildren,” she [wrote on Twitter](#). “The coming years are decisive for consequent action.”

The impact of failing to take action was brought home through a report released in the southern state of Bavaria on Thursday that warned the region’s five alpine glaciers were melting more quickly than anticipated.

“The days of Bavaria’s glaciers are numbered, earlier than we previously believed,” said Thorsten Glauber the state’s environment minister, presenting a study that measured the rate at which the alpine accumulations of ice and snow are melting. One of the glaciers on the northern face of the country’s highest peak, the Zugspitze, is losing 250 liters or 66 gallons of water every 30 seconds, it found.

Unless action is taken to speed up Germany’s attempt to reach zero emissions, Mr. Glauber said, “The last alpine glacier in Bavaria could disappear within 10 years.”

**Le Figaro, no. 23854**

Le Figaro Économie, vendredi 30 avril 2021 1698 mots, p. 24

Économie

# L'inexorable déclin de la CGT

Repris en main par sa frange la plus dure, le syndicat ne parvient pas à stopper l'hémorragie des adhérents.

Pommier, Anne-Hélène

**SYNDICAT** Attention aux illusions d'optique. La CGT est certes arrivée largement en tête des dernières élections dans les très petites entreprises, dix points devant la CFDT. Mais avec un taux de participation historiquement bas, de 5,4 %. Il n'y a donc pas franchement de quoi pavoiser... Ses militants ne pourront a priori pas davantage compter sur l'ampleur de la mobilisation de samedi, à l'occasion de la célébration de la Fête du travail, habituellement décevante, pour leur mettre un peu de baume au cœur.

Depuis plusieurs décennies, la centrale de Montreuil est en perte de vitesse. En 2017, elle a même cédé son titre de premier syndicat de France dans le privé à sa rivale historique, la CFDT. Et l'année suivante sur l'ensemble de l'échiquier, c'est-à-dire secteur public compris. Et bien qu'il n'existe pas de décompte officiel du nombre d'adhérents, là encore ses rangs se clairsèment. La CGT en revendiquait 640 000 en 2019, quand les observateurs de la sphère sociale la créditent d'à peine 600 000... très loin de ses 2,5 millions du début des années 1970.

La CGT n'est bien sûr pas la seule à avoir du mal à étoffer ses rangs. Mais dans le paysage syndical tricolore sinistré, sa grandeur passée en fait un cas particulier. « *La CFDT ne progresse pas non plus, elle est devenue numéro un non pas parce qu'elle a eu plus de voix aux élections mais parce que la CGT en a perdu et est devenue seconde* », relève Raymond Soubie, président du cabinet Alixio et ancien conseiller social, entre autres, de Nicolas Sarkozy à l'Élysée. Progressivement, la centrale a vu ses positions dans ses bastions historiques s'éroder, fragilisée par l'évolution structurelle de l'économie. Essentiellement assise sur les cols bleus des grandes entreprises, qui ont subi les plus grosses restructurations ces dernières décennies, la base militante du syndicat a fondu comme peau de chagrin.

Il y a surtout un phénomène que la CGT n'a pas du tout vu venir : le développement de la sous-traitance. « *Dans beaucoup de grandes entreprises où elle était reine, le travail ouvrier a été externalisé vers de plus petites structures où les syndicats sont peu présents. Ses adhérents potentiels sont désormais en dehors des zones de syndicalisation facile* », explique Jean-Marie Pernot, chercheur à l'Institut de recherches économiques et sociales (Ires). Cette évolution a aussi ouvert la voie à l'implantation d'autres syndicats. Les Chantiers de l'Atlantique à Saint-Nazaire sont un cas typique : les effectifs qui atteignaient 12 000 salariés il y a quelques années, dont 10 000 ouvriers, ont été ramenés à 2000, dont 800 ouvriers seulement. « *Aujourd'hui ces grosses entreprises sont des boîtes de cadres, ce qui explique le renouveau de la CFE-CGC, non parce qu'elle a plus d'écho auprès des travailleurs mais parce que la population salariée a changé* », poursuit Jean-Marie Pernot.

Divisions internes

Et les exemples ne manquent pas : la centrale de l'encadrement lui a ravi sa première place chez Renault et EDF. À la RATP, la CGT est devancée par l'Unsa, comme à la SNCF, où les cadres lui préfèrent désormais la jeune centrale autonome tandis que les militants plus contestataires rejoignent SUD.

Ce déclin de la CGT, Dominique Andolfatto, professeur de sciences politiques à l'université de Bourgogne, l'analyse aussi comme la conséquence d'une crise identitaire. Longtemps liée au Parti communiste qui choisissait d'ailleurs le secrétaire général du syndicat, la centrale de Montreuil s'est retrouvée désorientée quand il s'est effondré dans les urnes. Désormais séparée de sa colonne vertébrale politique, la CGT peine à se réinventer et, avec l'éclatement de l'extrême gauche (entre le PCF, NPA, Lutte ouvrière, LFI...), elle est en proie à des divisions internes qui brouillent son message. Bilan, cela fait belle lurette que l'ancienne première force syndicale du pays ne contribue plus du tout au débat d'idées et se contente de dire non aux projets d'accord issus

des négociations interprofessionnelles, sans faire de contreproposition. « *Elle est toujours sur la semaine de 32 heures ! C'est très bien les 4 jours par semaine mais on ne peut pas dire que ce soit le sujet du moment, alors que tout le monde se demande comment faire redémarrer l'économie* » , déplore un ancien cadre du syndicat.

S'ajoute à cette ligne confuse, l'absence de résultat. Loi El Khomri, statut de la SNCF, ordonnances Macron, assurance-chômage, réforme des retraites... la centrale a perdu tous les derniers combats qu'elle a menés. Et être étiqueté « loser » n'aide pas à attirer de nouveaux adhérents, surtout parmi les jeunes salariés qui se demandent quel est le projet de la CGT et ce qu'elle veut. « *Au final, c'est un syndicat regardé avec respect pour ses actions en 1936 et 1968, une sorte de lieu de mémoire, mais qui semble être une organisation du passé dont les salariés n'attendent plus grand-chose* » , résume Dominique Andolfatto.

La crise des « gilets jaunes » fin 2018 est d'ailleurs révélatrice de cette tendance. Pour la première fois, salariés et petits patrons se sont organisés en dehors des syndicats pour inventer un nouveau mouvement social. Tirillée entre sa base plutôt favorable à rejoindre le mouvement et sa ligne confédérale plus prudente, la centrale âgée de 126 ans a été profondément déstabilisée. « *C'est la conséquence d'une particularité de la CGT. Son secrétaire général, Philippe Martinez est très connu mais son rôle est surtout symbolique et s'accompagne de très peu de pouvoir. C'est en fait une organisation très décentralisée où la ligne est donnée par les grandes fédérations (métallurgie, cheminot, énergie...). S'il y a des discussions et des décisions, tout le monde repart ensuite dans son coin gérer ses affaires à sa guise* » , résume Jean-Marie Pernot.

Ce problème de structure, Bernard Thibault, emblématique secrétaire général de la centrale de 1999 à 2013, l'avait identifié en voyant arriver, via internet, des demandes d'adhésion de salariés dont les entreprises n'étaient rattachables à aucune fédération existante. Mais la remise en question du système, annoncée au Congrès de Dijon en 2010, est restée lettre morte. Imposée par le haut et en l'absence de réelle stratégie pour l'accompagner, la réorganisation qui devait conduire à la fusion de certaines fédérations s'est heurtée à de très fortes résistances en interne. Et alors que la Direction générale du travail a engagé depuis plusieurs années un gros travail de regroupement des branches professionnelles pour prendre en compte l'évolution de l'économie, la CGT compte encore aujourd'hui 33 fédérations dont certaines ne représentent plus grand monde. « *À la CGT, on fait toujours comme si le pays était resté dans le même état depuis la fin de la Seconde Guerre mondiale. On ne fait pas de bilan, on reste campé sur des convictions* » , affirme un ancien dirigeant de fédération.

#### Politique de la chaise vide

Pour les spécialistes de la sphère sociale, la centrale de Montreuil paie encore aujourd'hui le prix de cette réorganisation avortée, couplée à la succession ratée de Bernard Thibault dont les velléités réformatrices avaient été placées sous surveillance. Sa tentative avait été d'autant plus mal perçue par les troupes cégétistes qu'à l'époque, sans signer tous les accords, le syndicat participe davantage aux négociations interprofessionnelles. C'est l'époque de la refondation sociale qui aboutira à la signature d'une position commune sur la négociation collective et trois accords majeurs sur le marché du travail, les retraites et la formation, le dernier avec l'aval de la centrale. « *Bernard Thibault va être accusé de jouer le jeu du patronat. Le dialogue social à la CGT est vu pour beaucoup comme une compromission car l'ADN du syndicat, c'est la lutte. Les militants ne vont pas se reconnaître dans ce programme* » , raconte Dominique Andolfatto.

S'ensuit un coup de barre à gauche. Candidat de substitution après le rejet de Nadine Prigent, le choix initial de Bernard Thibault, Thierry Lepaon va faire un passage éclair à la tête de l'organisation. Un mandat de deux ans seulement, émaillé de règlements de comptes, qui finira par s'écraser sur les murs de son bureau et de son appartement de fonction dont le coût des rénovations (plus de 160 000 euros) avait fuité dans la presse. Reprise en main par la vieille garde stalinienne, la confédération va alors se choisir un secrétaire général plus en phase avec ses convictions. Issu de la fédération métallo, coeur historique de la CGT, Philippe Martinez a la réputation d'être ferme, mais aussi de savoir négocier. Une seconde caractéristique qui sera vite gommée par son entourage. Les lieutenants de Bernard Thibault jugés trop modérés écartés, une nouvelle équipe est choisie pour encadrer le nouveau visage de la centrale. « *Aujourd'hui, Philippe Martinez n'est pas totalement libre. Il est surveillé par la frange la plus dure de la CGT, ce qui n'était pas le cas de ses pré-décesseurs* » , explique Raymond Soubie.

Le refus de participer au cycle de discussions lancé par le patron du Medef, Geoffroy Roux de Bézieux, une première pour le syndicat qui n'avait jamais pratiqué la politique de la chaise vide, peut d'ailleurs être vu comme un gage donné aux militants les plus réfractaires... avec, en ligne de mire, le congrès de l'année prochaine qui s'annonce des plus délicats. L'opération séduction est d'autant plus nécessaire que le secrétaire général est loin de faire l'unanimité à la confédération, en témoigne la récente démission d'une éminente membre du bureau confédéral dénonçant son management autoritaire.

Mais une autre décision pourrait coûter sa place au secrétaire général : celle de s'allier au collectif « Plus jamais ça ! ». L'initiative peut être analysée comme une volonté d'ouverture d'une CGT accusée de se replier sur elle-même quitte à décourager les nouveaux adhérents. Pour les experts du social, c'est surtout un pari risqué. Car parmi les associations du collectif figure Greenpeace, organisation ouvertement antinucléaire... ce qui n'est pas du goût de la puissante fédération de l'énergie, qui n'a pas été consultée en amont. L'alliance présente en outre deux écueils. Celui d'un retour du syndicat dans la sphère politique, rédhibitoire pour nombre de salariés qui souhaitent des structures focalisées sur l'entreprise. Et celui enfin de perdre encore des adhérents, la nébuleuse « Plus jamais ça ! » comptant des organismes comme Attac ! qui renfloueraient bien leurs rangs avec les troupes cégétistes...

REVOLUTIONSTOURISMUS IN CHINA:

## Firmenausflug im Rote-Armee-Kostüm

- VON FRIEDERIKE BÖGE, JINGGANGSHAN
- -AKTUALISIERT AM 01.05.2021-18:28



„Revolutionstouristen“ posieren im April 2021 in Jinggangshan für Selfies. Bild: Friederike Böge  
 Im 100. Gründungsjahr der Kommunistischen Partei Chinas reisen Millionen an die Orte der Revolution. Sie sollen rote Lieder singen, Mao huldigen – und vergessen, was damals wirklich geschah.

Vor dem Märtyrerdenkmal von Jinggangshan ist gerade ein Bus mit Revolutionstouristen angekommen. Sie alle tragen die hellblaue Uniform der chinesischen Roten Armee samt Mütze. „Das hilft uns, uns in die Zeit unserer Väter zurückzusetzen“, sagt eine 67 Jahre alte Rentnerin, die früher an der Universität von Shenzhen Finanzwirtschaft unterrichtet hat. Sie wolle mit ihrem Besuch ihrem Schwiegervater Respekt zollen, der gegen die Japaner gekämpft habe. „Ohne die Opferbereitschaft seiner Generation wären wir vielleicht immer noch arm“, sagt sie. Ihre Mitreisenden posieren derweil für Selfies vor der Totenhalle.

Kurz vor dem hundertsten Gründungsjubiläum der Kommunistischen Partei Chinas am 1. Juli läuft der „rote Tourismus“ auf Hochtouren. Staatschef [Xi Jinping](#) hat allen Kadern und den 90 Millionen KP-Mitgliedern aufgetragen, die Parteigeschichte zu studieren. Dazu gehört auch der Besuch von Orten, an denen sie geschrieben wurde.

Das Jinggang-Gebirge in der Provinz Jiangxi gilt in China als Wiege der Revolution. Im Oktober 1927 zog [Mao Tse-tung](#) sich mit einigen hundert Untergrundkämpfern hierhin zurück. Bis Januar 1929 baute er eine Basis auf und experimentierte mit Guerilla-Taktiken und Landumverteilung. So wurde der Klassenkampf aus den Städten aufs Land getragen. Zwanzig Jahre später entschied die Rote Armee, die ihre Anfänge in Jinggangshan verortet, den Bürgerkrieg gegen die Nationalisten für sich.

### Kollektiver Wald-Spaziergang

Der Mythos von Jinggangshan nimmt im Herrschaftsnarrativ der Kommunistischen Partei eine wichtige Rolle ein. In den sechziger Jahren pilgerten hunderttausende Rotgardisten hierher, um noch einmal die Entbehrungen der Anfangsjahre nachzuerleben. Nicht wenige sollen dabei in den Wäldern verhungert sein. Von ihrem quasi-religiösen Eifer ist heute nichts mehr zu spüren. Für die Revolutionstouristen von heute hat der kollektive Wald-Spaziergang eher den Charakter eines Team-Building-Workshops.

Xi Jinping bewirbt den Revolutionstourismus zwar mit religiösem Vokabular als „spirituelle rote Taufe“. Die meisten Besucher kommen aber, weil ihre Parteigruppe im Unternehmen es so entschieden hat. Für sie

ist es ein vom Chef bezahlter Ausflug während der Arbeitszeit. Das Gruppenfoto wird später in der Firmenlobby aufgehängt und auf der Website veröffentlicht. Man zeigt sich gern patriotisch und loyal gegenüber der Partei. Alles andere wäre schlecht fürs Geschäft. Wie viele der angereisten Parteimitglieder tatsächlich überzeugte Jünger sind, bleibt ihr Geheimnis.

Vor großen Worten schrecken manche zumindest nicht zurück. „Aus Sicht vieler Chinesen ähnelt Mao dem, was der Westen über Gott sagt“, erklärt der Mitarbeiter eines staatlichen Verlages. Dass Maos „Großer Sprung nach vorn“ und die von ihm initiierte Kulturrevolution Dutzende Millionen Opfer gefordert haben, hat China kollektiv verdrängt. Reste der früheren Mao-Anbetung haben sich auch in einem Aberglauben bewahrt, der besagt, dass ein Besuch in Jinggangshan eine Beförderung im Job und Geldsegen bescheren kann.

## „Ich betrachte die Partei als Mutter“

In dem Bergort gibt es zudem eine Führungsakademie der Partei, in der Kader und Interessierte in einwöchigen Kursen ideologisch geschult werden. Die Fortbildungen, samt Anreise per Sonderzug, sind lange im Voraus ausgebucht. Wer daran teilnimmt, kann auf Kontakte zu Entscheidungsträgern hoffen. Regelmäßige Ideologie-Schulungen gehören zur Laufbahn jedes Parteifunktionärs. Fast 3000 solcher Parteischulen gibt es im ganzen Land.

Vor einem der Revolutionsdenkmäler hat sich eine Gruppe von Geschäftsleuten aus dem südchinesischen Dongguan aufgestellt, um rote Lieder zu singen. Die Parteizellen der Firmen haben den Ausflug organisiert. „Ich betrachte die Partei als Mutter“, singen sie und schwenken dabei rote Fähnchen. „Meine biologische Mutter gab mir nur meinen Körper, aber der Ruhm der Partei erleuchtet mein Herz.“ Vor ihnen steht eine Fremdenführerin mit Texttafeln zum Mitsingen. Teil des Tour-Pakets ist ein Drohnen-Video der Gesangseinlage vor imposanter Bergkulisse für die Firmenwebsite. Solche Lieder sind ein wichtiger Teil des kollektiven Jinggangshan-Erlebnisses. Bei vielen älteren Chinesen wecken sie Kindheitserinnerungen und nostalgische Gefühle. In Chinas Parks sind sie noch immer allgegenwärtig.



Ein Bild Mao Tse-tungs an der Wand eines Restaurants in Jinggangshan :Bild: EPA

Eine junge Mutter, die mit ihrem Rote-Armee-Kostüm etwas zu hadern scheint, sagt: „ir sind hier, weil unsere Tochter hierher wollte, um roten Reis mit Kürbissuppe zu probieren.“ Laut Parteilegende haben Mao und seine Kämpfer sich wie die armen Bauern ernährt. In jedem örtlichen Restaurant stehen roter Reis und Kürbissuppe auf der Speisekarte. Ihre zehn Jahre alte Tochter habe das im Schulunterricht durchgenommen, sagt die Mutter. Der Vater fügt hinzu: „Wir wollen, dass sie lernt, dass unser Wohlstand hart erkämpft wurde.“ Das ist die simple, einprägsame Botschaft von Jinggangshan. Eine junge Frau, die das Gespräch mitgehört hat, bemerkt verwundert: „Als ich in dem Alter war, habe ich von Paris geträumt.“ Im Schulunterricht nimmt patriotische Erziehung inzwischen eine so dominante Rolle ein, dass es selbst Dreißigjährige schauert, wenn sie im Internet die nationalistischen Sprüche der Jüngeren lesen.

## Die Botschaften verfangen selbst bei kritischen Geistern

Im Museum von Jinggangshan kann man den Gründungsmythos der Revolution nachlesen. Auf den Schautafeln stehen wortwörtlich die gleichen Sätze wie in chinesischen Schulbüchern. Die ständige Wiederholung macht die Botschaften der Partei so wirksam, dass sie selbst bei kritischen Geistern verfangen. In Wirklichkeit war Maos Zeit in Jinggangshan widersprüchlicher und nicht ganz so glorreich, wie man dem Buch „Revolution in the Highlands“ des Historikers Stephen Averill entnehmen kann. Über die Allianz der Kommunisten mit den örtlichen Banditen ist im Museum nichts zu lesen, obwohl Mao sich bei deren Raubzügen einige Guerilla-Taktiken abschaut hat. Die damaligen Machtkämpfe innerhalb der Partei und die Kritik an Maos Taktiken werden ebenso wenig erwähnt wie die Säuberungen gegen die Kritiker.

Das Umschreiben von Geschichte ist eines der effektivsten Machtinstrumente der Partei, wie man zuletzt an der Corona-Pandemie sehen konnte, deren Anfänge die meisten Chinesen inzwischen eher in Italien als in Wuhan verorten. Wenn Xi Jinping also zum großen Parteigeburtstag eine Kampagne zum „Studieren der Parteigeschichte“ initiiert, ist das kein Aufruf, sich ernsthaft mit der Vergangenheit zu beschäftigen. Es geht darum, die neueste Version auswendig zu lernen und sie in Ansprachen zu zitieren oder auf Nachfrage von Vorgesetzten vortragen zu können.

Derlei Abfragen sind unter Xi Jinping wieder zum Alltag geworden, in Staatsunternehmen, Krankenhäusern, Schulen und Behörden. Vier Bücher wurden für die landesweiten Studiensitzungen vorgegeben. Zwei davon befassen sich mit Reden und Theorien Xi Jinpings. Ein weiteres ist das Standardwerk „Eine kurze Geschichte der Kommunistischen Partei“, das alle zehn Jahre an die politische Gegenwart angepasst wird. Besonders augenfällig ist diesmal der Teil über die Kulturrevolution, der stark gekürzt wurde. Die Frage nach den Ursachen der Kulturrevolution ist weggefallen. Denn Xi Jinping hat die maoistischen Herrschaftstechniken, wie Personenkult, Denunziantentum, Studiensitzungen und Selbstkritik, die einst in der Raserei mündeten, für sich wiederentdeckt.

### „Starke Kräfte im Unterbewusstsein“

„Das ist eine gefährliche Strategie“, sagt der Freiburger Historiker Daniel Leese, der ein Buch über Chinas Umgang mit den Schrecken der Mao-Ära geschrieben hat. In den achtziger Jahren habe es in der Parteiführung noch eine Nie-Wieder-Diskussion gegeben, sagt Leese. Lernen aus den Fehlern der Vergangenheit sei ein wichtiger Teil der Kaderausbildung gewesen. Die ernsthafte Auseinandersetzung sei nun durch Botschaften von Größe und Stärke ersetzt worden. „Das Einheitsstiftende wird herausgestellt, das Spaltende wird zurückgefahren“, sagt Leese.

Dahinter stehe die Erwartung, dass das Wirtschaftswachstum, die wichtigste Legitimationsquelle der Partei, künftig schwächer ausfallen dürfte. Die Führung baut vor für einen möglichen Wirtschaftskrieg mit Amerika. Wie wirkmächtig die Narrative der Partei sind, erlebt Leese auch bei manchen chinesischen Studierenden in Deutschland, die bei kritischen Fragen gelegentlich die offizielle Position einnehmen, obwohl sie in seinen Kursen die dahinter stehenden Machtmechanismen studieren. „Das sind sehr starke Kräfte im Unterbewusstsein“, sagt Leese.



Revolutionstouristen in einem der Souvenirshops in Jinggangshan :Bild: EPA

Um sicherzugehen, dass keine ungewollten Interpretationen der Geschichte in Umlauf kommen, hat Xi Jinping zum Kampf gegen „historischen Nihilismus“ aufgerufen. „Es ist oft der Fall, dass heimische und ausländische feindliche Mächte die Geschichte der chinesischen Revolution für üble Nachrede und Verunglimpfung missbrauchen, mit dem Ziel, zu einem Sturz der Führung der Kommunistischen Partei und des sozialistischen Systems aufzuwiegeln“, sagte Xi Jinping im Februar. Die Internetzensurbehörde hat daraufhin eine Hotline eingerichtet, bei der Kritiker und Zweifler gemeldet werden sollen.

## „Roter“ und „grüner“ Tourismus zusammen vermarktet

Selbst in Jinggangshan singt aber nicht jeder ein Loblied auf die Partei. „Das Land steuert nicht in die richtige Richtung“, sagt ein älterer Mann vor Maos früherer Herberge. Die Führung sei zu „starrsinnig“ im Umgang mit dem Westen. Er gibt sich als Anhänger Deng Xiaopings zu erkennen, der die Wirtschaft liberalisierte und eine zurückhaltende Außenpolitik fuhr. Die Bedeutung von Jinggangshan sieht der Mann darin, dass „die Führer damals wenigstens nicht korrupt waren“. Im Übrigen sei er vor allem wegen der schönen Landschaft gekommen.

Der „rote“ und der „grüne“ Tourismus werden in Jinggangshan bewusst zusammen vermarktet, um den Ort auch für weniger parteibegeisterte Ausflügler attraktiv zu machen. Nach Angaben des Zentralkomitees hat sich die Zahl der jährlichen Besuche an Orten des „roten Tourismus“ in den vergangenen 20 Jahren verachtacht. 2019 seien es 1,1 Milliarden Besuche gewesen. In diesem Jahr, in dem der Parteigegeburtstag alles überstrahlt, dürfte diese Zahl noch überschritten werden.

Seit 2004 wird „roter Tourismus“ in China systematisch gefördert. Es handle sich um eine „Nebenentwicklung des Programms für patriotische Erziehung“, mit dem der Staat nach 1989 auf die Proteste vom Tiananmen-Platz reagierte, sagt der amerikanische China-Forscher Kirk Denton. „So sollten jene, die vom westlichen Liberalismus verführt worden waren, zurück in den Schoß des Sozialismus gebracht werden.“ Der rote Tourismus sei aus der Erkenntnis entstanden, dass moderne Formen der Wissensvermittlung nötig seien, um die Parteigeschichte für junge Leute interessant und erlebbar zu machen, sagt Denton, der Chinas Erinnerungs- und Museumkultur erforscht hat. An manchen Orten könnten Besucher sogar die Schlachten der Vergangenheit nachspielen. Für eine jüngere Zielgruppe gebe es zudem den Reiseführer „Roter Individualtourismus“.

## Kaum junge Leute unter den Besuchern

Im verstaubten Jinggangshan allerdings scheint das Konzept nicht aufzugehen. Junge Leute sieht man kaum. Ein 3D-Kino, das wohl vor allem für sie errichtet wurde, ist leer. Trendige Cafés, die es sonst in fast jeder chinesischen Stadt gibt, sucht man hier vergeblich. Bars gibt es schon gar nicht. Das verbieten die Auflagen für roten Tourismus.

Für die Jugend hat die Partei ohnehin längst wirksamere Formen der Indoktrination gefunden. Nationalistische Videospiele und Heldenfilme. Im Jubiläumsjahr ist jedes Kino verpflichtet, mindestens zwei Propagandafilme pro Woche zu zeigen.

Die Förderung des roten Tourismus hat noch ein zweites Ziel: Er soll Arbeitsplätze in ländlichen Regionen schaffen. Im Zuge von Xi Jinpings Kampagne zur Armutsbekämpfung wurde Jinggangshan als erster von der landesweiten Liste der armen Bezirke gestrichen. Schon Jahre vorher waren ein neuer Flughafen und Autobahnen gebaut worden. Die Bewohner wurden in einen neuen Stadtteil umgesiedelt, um Platz für Mao-Kitsch-Läden und Restaurants mit Namen wie „Volkskommune“ und „Veteranenheim“ zu machen. Die Kommerzialisierung der Parteihelden steht in einem gewissen Widerspruch zur reinen sozialistischen Lehre, weshalb die Partei darauf achtet, dass niemand mit Mao-Memorabilia Preistreiberei betreibt. Die Grenze zwischen Kitsch und Ernst ist dabei nicht immer leicht zu erkennen. Das Restaurant „Rote Sonne“ wirbt mit einem Mao-Altar um Kunden.

HANKS WELT:

# Müssen alle Menschen Akademiker werden?

- VON RAINER HANK
- -AKTUALISIERT AM 02.05.2021-14:50



Ein Studium bringt finanzielle Vorteile, mehr Jobsicherheit und Zufriedenheit im Beruf. Aber geht es Arbeitern wirklich schlechter?

Als ich jüngst wieder fast gescheitert wäre beim Versuch, einen Nagel in die Wand zu schlagen, erhärtete sich mein Verdacht, eine Welt, die nur aus Kopfarbeitern bestünde, wäre wohl auf Dauer nicht überlebensfähig. Insofern habe ich das neue Buch des britischen Publizisten David Goodhart, „Kopf, Hand, Herz“, mit großer Sympathie angeschaut. Zugleich ist das hier mein Beitrag zum 1. Mai 2021, an dem man die Gewerkschaften aufrichtig bedauern muss, dass dieser traditionell auf Straßen und Plätzen gefeierte Tag nun zum zweiten Mal zum Streaming-Event verkommt.

Goodhart startet einen Angriff auf die Welt der Kopfarbeiter. Er findet es nicht in Ordnung, dass sie viel mehr Status und Einkommen erzielen als Menschen im Handwerk und in sozialen Berufen. Klagen dieser Art fallen in der Corona-Pandemie auf fruchtbaren Boden. In der Krise habe sich gezeigt: Die meisten systemrelevanten Menschen haben kein Studium. Daraus folgert Goodhart: Wir brauchen breitgefächert mehr Eliten, die sich mit Hand und Herz (und nicht nur mit Köpfchen) mutig und integer für die Gesellschaft einsetzen. Die Kritik am „Akademisierungswahn“, so der ehemalige Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin, hat hierzulande schon lange Konjunktur.

## Haben die Schlaunen zu viel Macht?

In der Tat wird man über den Alleinvertretungsanspruch des Kognitiven nachdenken müssen. Einseitigkeiten tun keiner Gesellschaft gut. Was sind wir froh über die tüchtigen Schreiner, die uns im vergangenen Jahr eine neue Küche tipptopp montiert haben. Doch stimmt es wirklich, dass ausschließlich die Unstudierten

systemrelevant sind? Was ist mit den Ärzten – studierten Handarbeitern gewissermaßen? Was ist mit den Virologen und Epidemiologen? Und was ist schließlich mit den Bio- und Gentechnologen, denen wir die Impfstoffe verdanken, die uns nachhaltig von dem tödlichen Virus erlösen werden? Es wird schon paar Gründe haben, dass all die hier genannten Berufe ein Studium voraussetzen und nicht jeder werkeln kann, wie ihm der Sinn steht.

„Die Schlaunen haben zu viel Macht“, tönt Goodhart. Da wird es schief. Will im Ernst irgendjemand lieber in einer Welt leben, in der die Dummen die Macht haben? Ich jedenfalls will das nicht. Und will jemand behaupten, meine Küchenschreiner seien nicht auch schlaun? Zugleich steckt hinter der wohlfeilen Klage über den Akademisierungswahn viel paternalistische Sozialtechnologie. Studium und Beruf sind Entscheidungen freier Menschen. In einem Interview erzählt Goodhart, alle seine vier inzwischen erwachsenen Kinder hätten studiert. Ein Sohn sei heute Ingenieur. Da habe sich das Studium gelohnt. Bei den anderen Kindern sei es eher ein Luxus gewesen, „drei Jahre philosophische Texte zu lesen“. Heute würde er ihnen raten, direkt in einen Beruf einzusteigen. Da hätten wir gerne einmal bei den zugehörigen Kindern nachgehört. Philosophische Texte zu lesen hat noch selten jemandem geschadet, finde ich.

## 22 bis 64 Prozent mehr Einkommen mit Studium

Dass immer mehr junge Leute studieren, entspringt darüber hinaus einem vernünftigen Kosten-Nutzen-Kalkül. Trotz des progressiven deutschen Spitzensteuersatzes bringt jeder höhere Bildungsabschluss hierzulande unter dem Strich zwischen 22 und 64 Prozent mehr Einkommen im Verlauf des Lebens. Das sind Daten des Ifo-Forschers Ludger Wößmann aus dem Jahr 2017. Nicht überall sind die Renditen gleich hoch: Während sich ein medizinisches Hochschulstudium bei Männern während des Erwerbslebens mit einem Plus von fast einer Million Euro auszahlt, sind es in der Sozialarbeit nur noch 20 000 Euro. Aber immerhin. Die Aufwendungen für den Lebensunterhalt während des Studiums (im Schnitt 48 000 Euro) sind darin schon verrechnet. Das ist nicht alles: Das Risiko, während des Lebens arbeitslos zu werden, sinkt signifikant mit einem höheren Bildungsabschluss. Und die Berufszufriedenheit nimmt tendenziell zu, ein Faktor, den man nicht unterschätzen sollte.

Apropos Jobzufriedenheit und -sicherheit. Neulich bin ich über eine Untersuchung zweier Ökonomen der London School of Economics vom vergangenen August gestolpert (Alan Manning/Graham Mazeine: Subjective Job Insecurity and the Rise of the Precariat). Die beiden Forscher setzen sich mit der verbreiteten These auseinander, Jobs würden immer unsicherer und der Fall ins Prekariat („Bullshit-Jobs“) sei für immer mehr arbeitende Menschen unabwendbares Schicksal. Die These knallt schön, lässt sich aber empirisch nicht verifizieren. Im Gegenteil. Nimmt man für Deutschland Zahlen des vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erstellten Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), zeigt sich: Der Anteil deutscher Arbeiter, die ihre Jobs in Gefahr sehen, ist heute um fünfzehn Prozent geringer als Mitte der zweitausender Jahre. Ostdeutschland, gebeutelt nach der Wende, hat inzwischen gleich gute Werte.

## Beschäftigungsquote auf Höchststand

Auch in Amerika sieht es gut aus. Zwei Drittel der Amerikaner sagen nach Angaben des „Economist“ (10. April), sie seien komplett zufrieden und fänden ihren Job sicher. 1999 waren es nur halb so viel. Nun könnte man sagen, die Menschen neigen dazu, ihre Situation schönzureden: Sie fühlen sich sicher, obwohl ihr Arbeitsplatz in Wirklichkeit unsicher ist. Doch auch dafür gibt es keinen Beleg, sonst müsste sich die Anzahl der Zeitverträge vergrößert und die Dauer der Befristung verkürzt haben. Warum sich an alledem durch Corona etwas ändern sollte, verstehe ich nicht. Wenn die Pandemie vorbei ist, werden wir kräftig in die Hände spucken und das Bruttosozialprodukt steigern. Auch deutsche Unternehmen suchen derzeit wieder Personal, hat das Ifo-Institut am Mittwoch gemeldet.

Am 1. Mai 2021 leben wir in der besten aller Arbeitswelten. Die Beschäftigungsquote ist nicht nur hierzulande auf einem Höchststand. In den meisten OECD-Ländern steigen die Löhne. Demographische Knappheit wird den Arbeitern künftig noch mehr Macht geben. 2019 war die Arbeitslosenquote in den reichen Ländern so niedrig wie nie seit 1999. Das muss dann zwingend bedeuten, dass es den Hand- und Herzarbeitern auch nicht ganz schlecht gehen kann, zumindest auch sie von der guten Lage profitieren, selbst wenn ihr Einsatz in vielen Fällen nicht angemessen gewürdigt wird.

Das alles kann man deshalb nicht laut genug weitersagen, weil der publizistische Mainstream sich lieber an Untergangsszenarien labt. Die „working class“ werde ausgebeutet, könne nicht mehr von dem erzielten Einkommen leben, sei enttäuscht und verzweifelt, liest man. Gegen diesen düsteren Hintergrund erstrahlt dann umso heller der Mythos des „goldenen Zeitalters“ der Nachkriegszeit, wo die Löhne des Arbeiters dank starken Gewerkschaften hoch und sein Arbeitsplatz sicher und schön gewesen sei und er auf seine Arbeit habe stolz sein können. Ich erinnere mich an Werksarbeit am Fließband in der Fabrik in den siebziger Jahren, die einfach nur öde und stumpfsinnig war. Das war damals auch der Tenor der soziologischen Arbeitsforschung, welche die Arbeitsteilung am Band als Zustand der Entfremdung analysierte. So heil kann sie damals nicht gewesen sein, die Arbeitswelt, wie sie von heutigen Kapitalismuskritikern beschrieben wird. Dass sie sich inzwischen verbessert hat, ist nicht nur, aber auch ein Erfolg der Gewerkschaften.

Quelle: F.A.S.

**Le Figaro (site web)**

mercredi 28 avril 2021 - 19:03 UTC +02:00 1297 mots

Vox ; Vox Société

**Charles Jaigu:****«La transgression, envers et contre tous»****CHRONIQUE - La philosophe Monique Canto-Sperber défend la liberté d'expression malgré les réseaux sociaux qui l'étouffent. L'aiguillon de la provocation reste l'indispensable auxiliaire de la démocratie.**

La liberté d'expression est à l'honneur. Elle provoque une abondance d'exégèses. Elle se prête volontiers à la grande dissertation. Thèse: la liberté d'expression est un bien commun des démocraties. Antithèse: l'injure, la diffamation, l'incitation à la violence forment une limite objective. Mais, à cette limite, certains ajoutent des limites subjectives. L'appréciation de ces limites est en partie l'affaire du juge. Les amis de la limite estiment qu'elles sont d'autant plus nécessaires dans une société devenue multiculturelle. L'autocensure vaut mieux que la guerre de mots. Les amis de la liberté répugnent à une telle casuistique. Limiter cette liberté - en dehors de l'appel à la haine -, c'est accepter le contrôle social par telle ou telle minorité : les ultrareligieux, qui ne veulent pas de blasphème ; les ultraprogressistes, qui ne veulent pas de machisme ; les ultradécolonialistes, qui ne veulent pas du «privilege blanc».

Monique Canto-Sperber est une philosophe du libéralisme, et elle défend logiquement la deuxième solution. C'est le vieux postulat gréco-latin : la vérité jaillit de la contradiction. Si l'ordre social est un bien commun, il faut néanmoins accepter un peu de désordre, d'où naît le progrès. Entendez par désordre: désaccord énergique au lieu de la guerre civile. Le désordre de la controverse, de la polémique, permet de voir ce qui va mal, et d'affiner les raisons d'avoir éventuellement raison. Certes, la cacophonie des opinions n'aide pas nécessairement à élaborer un diagnostic partagé. Mais son absence, encore moins.

Dans une démocratie, cette liberté de dire n'a que rarement été utilisée à fleurets mouchetés. On oublie ce que furent les affrontements des extrêmes en France. Aujourd'hui, ces affrontements prennent des formes digitales complètement nouvelles et chaotiques. « *L'accès à la parole publique était réservé à un petit nombre de professionnels, qui respectaient malgré tout les règles du jeu. L'irruption des réseaux sociaux a tout chamboulé* », constate Monique Canto-Sperber, qui fait des propositions dans le sens de leur contrôle renforcé, car « *les réseaux sociaux ont une capacité de mobilisation ultrarapide et la justice ne peut pas en corriger les effets immédiats* ». C'est à cette nouveauté que le livre de Canto-Sperber essaie de répondre. Pour preuve, l'affaire de la lycéenne Mila: les réseaux sociaux organisent une vendetta et sèment l'appel au meurtre ; le drame de Samuel Paty, quand un prédicateur appelle sur internet à punir le mécréant. Les réseaux minoritaires donnent le ton. Réseaux islamistes et, à l'autre bout du spectre, réseaux «woke».

Ce livre fait l'inventaire des interventions militantes et digitales qui veulent imposer un nouveau code de l'expression correcte. Même les occurrences privées, maladroites ou idiotes, sont traquées. Tel ce Sud-Africain qui utilise le mot injurieux «Kaffir» (Noir) pour dire, dans un message privé à ses amis, divulgué par l'un d'entre eux, «ici c'est le bonheur, aucun Kaffir en vue». Le message diffusé sans son accord l'a entraîné dans un cauchemar social. Il a été licencié, son entreprise familiale a ensuite déposé le bilan. « *Il suffisait de le prendre en dérision, et de dire, comme firent plusieurs blogueurs : "Ici aucun White en vue"* », suggère l'auteur.

Canto-Sperber cite le cas d'une rétrospective Paul Gauguin à la National Gallery, à Londres, qui s'excuse de présenter les tableaux d'un homme qui fut « *un prédateur sexuel* » lors de ses voyages dans les îles tahitiennes. « *C'est la systématisation d'une stratégie du faible au fort* », regrette-t-elle, en affirmant que « *la liberté d'expression ne doit pas être limitée quand elle s'attaque aux faibles* ». Aux faibles? Mieux vaut dire aux minorités installées dans la rente victimaire. Celles-ci estiment qu'après des siècles - des millénaires - de domination, le mâle blanc peut bien s'accommoder de quelques corrections (dans tous les sens du terme).

Telle est la bêtise d'une énième mouture du vieux projet de réforme de la société par la définition comminatoire du sens de l'histoire. Vouloir interdire le mot «séminaire» dans les universités parce que «séminal» en est le radical insultant (séminal étant

relatif à la semence masculine) nous propulse dans un monde orwellien. « *Nous ressentons tous une lassitude à l'égard de l'aseptisation des débats, et de l'impossibilité de toute forme de défolement verbal* », admet l'auteur. Impossibilité, sauf pour le rappeur Orelsan, connu pour ses refrains violemment anti-Blancs, dont Monique Canto-Sperber rappelle qu'il a été finalement relaxé par les juges au motif que « *l'imaginaire créateur ne saurait être censuré* ». Si cet argument est vrai pour lui, et pourquoi pas, pourquoi ne l'est-il pas pour le peintre préraphaélite John William Waterhouse (trop macho)? Pourquoi faudrait-il s'en prendre au peintre Hervé Di Rosa, dont la représentation d'une scène sur l'abolition de l'esclavage dans la station de métro Assemblée nationale a été condamnée parce que les esclaves y sont représentés avec des lèvres trop charnues?

La liste est longue, et le livre en fait l'inventaire utile. Les dérives de l'Enseignement supérieur y tiennent une bonne place. « *La mission universitaire depuis le XIXe siècle est de garantir la discussion libre, le refus du conformisme, et l'absence de censure* ». On ne stimule pas la recherche par des torrents d'eaux tièdes. On risque une idée, on fait face aux objections. Aujourd'hui, l'alma mater n'est plus un sanctuaire de la liberté intellectuelle s'il faut à chaque fois rappeler les maux du colonialisme en préambule de toutes les thèses. « *La transgression stimule l'intelligence collective et, si l'indignation est un bon détecteur des abus de langage, elle doit être privée de toute idéologie avant de pouvoir justifier une censure.* » Quand l'historien Faurisson affirme que la Shoah est une invention, c'est l'occasion d'une recrudescence de démonstrations du contraire par les historiens. Le négationnisme, plutôt que de survivre dans les caves, doit être débattu et évacué par les faits publiquement établis. « *Je suis contre la censure, à condition qu'il y ait une riposte* », dit Canto-Sperber, qui ne défend pas la décision du Conseil d'État d'interdire a priori les spectacles de Dieudonné, mais recommande qu'une personne dans le public, témoin d'un appel à haine, dépose plainte.

Dans de belles pages, elle défend l'idée qu'une forme d'excès est propre au débat démocratique, universitaire et scientifique. « *Il est parfois nécessaire de conduire les arguments jusqu'à leur point de rupture, au risque de choquer les auditeurs* », argumente-t-elle. Les propos délétères sont « *des repoussoirs utiles* ». Le dialogue adversatif, par essai et erreur, est ce qui, justement, a fait avancer la science, les normes et les valeurs, et il est au fondement de la philosophie, laquelle commence justement par une prise de bec avec les sophistes. L'adhésion sincère à une erreur qu'on prend pour la vérité n'est pas blâmable si l'on accepte de la mettre à l'épreuve du débat. Seule la franchise est la pierre de touche d'un débat fructueux. Et la franchise suppose de dire ce qu'on a sur le cœur. Canto-Sperber cite le journaliste Michael Kinsley: « *Si vous avez peur d'aller trop loin, vous n'irez pas assez loin.* »

## Opinions

# Tribune des généraux : à la fausse indignation, préférons la mesure et la raison

**Les militaires qui ont cosigné le texte paru sur le site de Valeurs actuelles n'appellent en rien à l'insubordination et à la guerre civile. Tout lecteur non prévenu le constatera, argumente le célèbre avocat pénaliste\*.**

C'est sans doute un luxe, voire une décadence des démocraties avancées que de s'offrir des tragédies imaginaires, des indignations factices et des polémiques vides de sens. Le tintamarre provoqué par la « tribune des généraux » en est l'illustration. Je ne prends pas la plume pour les soutenir, approuver leurs positions ni dire la justesse de leurs craintes. J'entends simplement leur rendre justice et dénoncer le procès en sorcellerie qu'on leur intente pour avoir dit ce qu'ils n'ont pas dit et formulé des menaces qu'ils n'ont jamais brandies. Car il n'y a dans leur propos ni appel à l'insurrection, ni annonce de putsch, ni rêve de pronunciamiento.

On parle de bruit de bottes, on oppose l'armée aux valeurs démocratiques, mais on prend soin d'ignorer l'hommage rendu « à ceux qui, quelles que soient leurs couleurs de peau, ont servi la France ». Quel humaniste s'indignera de cet universalisme de la citoyenneté puisé dans le service du pays ?

On les dit racistes et fascistes sans s'arrêter à leur affirmation que « *chaque Français, quelle que soit sa croyance ou sa non-croyance, est partout chez lui dans l'Hexagone* ». Cette absence de distinction selon les races ou les religions est un propos républicain dont il faut leur donner acte.

On peut, certes, ne pas partager leur vision pessimiste de l'avenir. Mais ils sont loin d'être les seuls à dénoncer « *des hordes de banlieue* » et « *des territoires soumis à des dogmes contraires à notre constitution* ». C'est un ministre de la majorité présidentielle qui, il y a peu, disait publiquement sa crainte qu'on passe d'une cohabitation côte à côte à un positionnement face à face.

Admettons un instant qu'ils s'exagèrent la menace, mais accordons-leur qu'ils ne parlent de guerre civile que comme d'un malheur qui pourrait nous échoir et non comme d'une fracture qu'ils appelleraient de leurs vœux.

Ils soulignent seulement que, lorsque les grands affrontements surviennent, c'est à eux que l'État fait appel. Ils mettent en garde contre une explosion sociale qui ne laisserait à l'État républicain d'autre recours que « *l'intervention de leurs camarades d'active* » qu'on enverrait se battre et mourir pour sauvegarder les valeurs de notre civilisation. Loin d'appeler à cette apocalypse, ils enjoignent aux politiques d'agir pour qu'elle n'advienne pas.

Ils disent aussi leur détestation de l'islamisme politique comme des black blocs. Sont-ils les seuls ? Ils ont du mal à admettre les théories décoloniales et la soudaine haine qui frappe les héros d'hier qui sont leurs grands anciens. Peut-on leur tenir rigueur d'un étonnement devant cette brutale inversion des valeurs et les excès auxquels elle conduit ?

D'ailleurs, peu importe leur préférence pour l'ordre, leurs affinités avec les conquérants du passé et la peur qui les étirent qu'on voue bientôt aux gémonies l'idée de la patrie. Je ne veux pas entrer, je l'ai dit, dans ces polémiques et moins encore dans une quelconque récupération politicienne.

Ma seule intention est que s'élève une voix pour dire et combattre l'injustice ; ma seule pensée est qu'on les lise avec sincérité, qu'on ne leur fasse pas un procès inique et qu'on se souvienne que, comme ils le rappellent, ils savent le moment venu tout donner pour la France.

\* Ancien vice-bâtonnier de l'Ordre des avocats de Paris. Auteur de « *Changer la justice* » (PUF, 2017).

# „Gettoliste“ und Zwangsumsiedlung – So rigoros ist Dänemarks Migrationspolitik

...| Lesedauer: 4 Minuten

Von **Marc Pfitzenmaier**

Redakteur im Ressort Außenpolitik



Dänemarks sozialdemokratische Ministerpräsidentin Mette Frederiksen hat den Rechtspopulisten mit ihrem migrationskritischen Programm entscheidende Stimmen abgejagt

Quelle: Moment/Getty Images, REUTERS; Montage: Infografik WELT

Dänemark will ein kontroverses Gesetz verschärfen, um die Bildung von Parallelgesellschaften zu verhindern. Kritiker sprechen von staatlicher Diskriminierung, Kopenhagen dagegen von Prävention – die selbst Zwangsumsiedlungen einschließt.

Dänemarks Regierung setzt weiterhin darauf, ihr großes Wahlversprechen einzulösen: eine rigorose Migrationspolitik. „Wir haben viel zu viele Jahre die Augen verschlossen und erst dann gehandelt, als die Integrationsprobleme zu groß geworden sind“, erklärte jüngst Innenminister Kaare Dybvad Bek.

Die Rede ist von benachteiligten Stadtteilen. In Gebieten mit einem hohen Anteil „nicht westlicher“ Bewohner, so der Minister, sei „das Risiko der Entstehung von religiösen und kulturellen Parallelgesellschaften erhöht“. Ein neues Gesetz soll Abhilfe schaffen.

Der Anteil „nicht westlicher“ Bewohner in benachteiligten Stadtvierteln soll in den kommenden zehn Jahren auf 30 Prozent gesenkt und betroffene Familien umgesiedelt werden, um die Bevölkerung in solchen Siedlungen stärker zu durchmischen. Es ist ein umstrittenes Vorhaben – und nicht das erste dieser Art.

**Kita-Zwang für Migrantenkinder**

Schon seit 2018 gilt in Dänemark das „Getto-Gesetz“, wonach der Anteil von Zuwanderern in benachteiligten Wohnvierteln höchstens 50 Prozent betragen darf. Auf einer Liste werden jedes Jahr Problemviertel ausgewiesen.

Diese werden als Getto klassifiziert, wenn dort mehr als 1000 Menschen leben, von denen über die Hälfte „nicht westlicher“ Herkunft ist und zusätzlich etwa ein niedriges Bildungsniveau vorherrscht und eine hohe Kriminalitätsrate verzeichnet wird. Auch die Höhe der Einkommen und Arbeitslosigkeit werden einbezogen.

Der Regierung zufolge dient die Regelung dazu, entstehende Parallelgesellschaften zu identifizieren und bestehende aufzulösen. Wenn ein Viertel auf der Liste steht, müssen dort lebende Kinder ab ihrem ersten Geburtstag mindestens 25 Stunden pro Woche in einer Kita verbringen, um die Landessprache und die dänische Kultur und Traditionen zu lernen.

Andernfalls können Sozialleistungen gekürzt werden. Dauerbrennpunkten droht gar der Abriss von Sozialwohnblocks und die Umsiedlung der Bewohner.

Letzteres versucht Kopenhagen bereits umzusetzen, berichtet Nanna Margrethe Krusaa vom Dänischen Institut für Menschenrechte. „In einigen Gegenden bekommen Anwohner Briefe, in denen sie zur Räumung ihrer Wohnung aufgefordert werden“, so Krusaa gegenüber WELT. Ihr Institut unterstütze mehrere laufende Gerichtsverfahren gegen das Gesetz, das laut der Expertin Betroffene diskriminiert und sie „erst recht sozial isoliert“.

Seit dem Aufstieg der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei vor rund 20 Jahren ist die Migrationspolitik ein zentrales Wahlkampfthema. Als Teil der Regierungskoalition während der vergangenen Legislaturperiode hatte die Partei mit dafür gesorgt, dass die dänische Einwanderungspolitik zu einer der härtesten in Europa wurde. Über 100 in der Öffentlichkeit teils umstrittene Gesetze wurden dazu verabschiedet.

2019 gelang es den Sozialdemokraten unter der jetzigen Präsidentin Mette Frederiksen durch ihr migrationskritisches Programm, den Rechtspopulisten entscheidende Stimmen abzujagen und somit die Wahl für sich zu entscheiden.

Frederiksen kritisierte den Islam als Integrationsbarriere, stimmte dafür, dass Flüchtlingen Wertgegenstände als Ausgleichsleistung abgenommen werden, und forderte Auffanglager in Afrika anstelle des Rechts auf einen Asylantrag in Dänemark.

Schon vor Beginn der aktuellen Legislaturperiode hatte das dänische Parlament zudem – unterstützt auch von den Sozialdemokraten – einen Gesetzesvorschlag angenommen, der die ohnehin restriktive Politik gegenüber Asylsuchenden weiter verschärfte. Das seither geltende Ausländerrecht macht nicht mehr die Integration zum vorrangigen Ziel, sondern die schnellstmögliche Rückführung der Menschen in ihre Herkunftsländer.

Als bislang einziges EU-Land entzog Dänemark kürzlich knapp 100 syrischen Flüchtlingen ihren Schutzstatus und will sie zurück in „sichere“ Landesteile Syriens schicken, darunter die Hauptstadt Damaskus.

Syrer tatsächlich abzuschieben sei ohnehin nur „ein sozialdemokratischer Traum“, sagt Kristina Bakkær Simonsen. Die Politikwissenschaftlerin von der Universität Aarhus verweist darauf, dass es hierzu ein Abkommen mit dem syrischen Regime geben müsse – was unter den gegebenen Umständen ausgeschlossen sei. Die Entscheidung solle vielmehr abschreckend wirken und die rechte Wählerbasis ansprechen.

Zur Wirkung der „Gettoliste“ und entsprechender Maßnahmen gibt es bislang keine belastbaren Studien. Doch zwei Auswirkungen sind laut Politikwissenschaftlerin Simonsen bereits jetzt sichtbar: So habe sich die Hoffnung der Regierung zerschlagen, dass Menschen mit mehr Ressourcen in Gegenden ziehen, die von der Gettoliste gestrichen wurden. „Dafür haben Debatte und Begrifflichkeiten die betroffenen Wohnviertel zu unattraktiv gemacht“, sagt Simonsen.

Sie weist zudem darauf hin, dass zuletzt weniger problematische Stadtviertel auf der Liste standen als im Jahr zuvor. Tatsächlich waren im Dezember 2019 noch 28 Wohngebiete als Gettos deklariert worden, ein Jahr später nur noch 15. Kopenhagen dürfte sich in seinem harten Kurs bestätigt sehen.

BENIN-BRONZEN UND NIGERIA

# Rückgabe gern, aber bitte auch die Grundrechte achten!

Von Boris Pofalla



Nigerias Botschafter Tuggar mit Angela Merkel 2018

Quelle: PA/Wolfgang Kumm/dpa

Deutsche Museen geben die weltberühmten Benin-Bronzen nach Nigeria zurück. Das ist gut so. Aber noch besser wäre, das afrikanische Land würde die Menschenrechte von Homosexuellen achten. Ein Brief an den Botschafter Yusuf M. Tuggar.

Ihre Exzellenz Tuggar, es gibt Grund zu feiern. Die Benin-Bronzen kehren bald zurück in ihre Heimat, die auch die Ihre ist, ins heutige Nigeria. Darauf haben sich deutsche Museen und Politiker diese Woche geeinigt. Anfang April haben Sie im Feuilleton der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ noch einmal dargelegt, warum das notwendig ist.

Ich freue mich mit Ihnen, wenn diese einzigartigen Kunstwerke und Geschichtszeugnisse bald in großer Zahl dahin kommen, wo sie in ihrem Kontext begriffen werden können. Den Benin-Bronzen aus deutschen Museumssammlungen wird es in Nigeria sicher bestens gehen, es wird für sie ein Museum gebaut.

Zugleich lese ich aber auch, dass in den zwölf nördlichen Bundesstaaten Nigerias die Scharia angewandt wird. Ehebrecherinnen und Homosexuelle werden dort zum Tod verurteilt. Seit 2014 ist im ganzen Land nicht nur Homosexualität als solche mit hohen Haftstrafen belegt, sondern auch Treffen von Unterstützern derselben.

## **LGBT in Nigeria**

Muss ich, wenn ich die Benin-Bronzen ab 2022 in Nigeria besuchen will, mit zehn Jahren Haft rechnen, wenn ich mich an der Hotelbar über die Hochzeit meiner lesbischen Freundin freue? In den vergangenen Jahren, in denen viel von Restitutionsen die Rede war, hat sich die Lage von LGBT in Nigeria noch einmal verschlechtert.

Regelmäßig muss Deutschland nigerianischen Staatsbürgern deshalb Asyl gewähren. Nun gibt die Bundesrepublik nicht nur wertvollste Kunstwerke an die Republik Nigeria, ohne dazu gezwungen zu sein, sie leistet auch Unterstützung beim Aufbau eines Museums.

## **Restitution und Aggression**

Das finde ich in der Kombination bedenkenswert. Hat unser Außenminister, der so gern von Gleichberechtigung und Diversität spricht, mit Ihnen jemals über die Menschenrechtslage in Nigeria geredet? Es läge auf der Hand, das zu tun. Denn Sie appellieren ja selbst an gemeinsame Werte unserer Länder, wenn es um die Restitutionsen geht.

Sie beziehen sich unter anderem auf die Vereinten Nationen und die Unesco, Sie zitieren Jürgen Habermas' Begriff des Verfassungspatriotismus und appellieren an das „Anstandsgefühl Deutschlands“. Auch bezeichnen Sie die Präsenz der Benin-Bronzen in westlichen Museen als Bestätigung des Kolonialismus als eine fortdauernde, „permanente Aggression“.

Ist es aber nicht auch ein Akt permanenter Aggression, Eure Exzellenz, als moderner Staat systematisch marginalisierte Minderheiten zu verfolgen? Auf die Grundrechte hat jeder Mensch Anspruch – so wie jedes Land ein Anrecht auf sein kulturelles Erbe hat. Darüber sollten wir uns einig sein.

# Palästinensische Schüler lernen Hass und Gewalt – mit deutschen Geldern

...| Lesedauer: 3 Minuten

Von Talya Goldstein



Schüler im Gazastreifen lernen aus Schulbüchern, die den Hass auf Israel verherrlichen. In höheren Klassen dienen Attentäterinnen als nachahmenswertes Vorbild

Quelle: picture alliance / ZUMAPRESS.com

Deutschland zahlt für eine UN-Organisation, die in Palästinensergebieten ein Bildungssystem fördert, das Kinder darauf vorbereitet, in den Krieg gegen Juden zu ziehen. Die Bundesregierung muss handeln, fordert unsere Gastautorin.

Seit 1949 gibt es das Hilfswerk der Vereinten Nationen (UN) für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten, abgekürzt UNRWA (United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East). Es ist in Jerusalem, im Westjordanland und im Gazastreifen sowie in Jordanien, Syrien und im Libanon aktiv.

Seit August 2000 unterstützt die UNRWA in den von ihr betreuten Schulen in Judäa, Samaria, Gaza und Jerusalem den offiziellen Lehrplan der Palästinensischen Autonomiebehörde. Er gibt unter anderem vor, dass bereits Drittklässler Lieder lernen, die besagen, dass der „Feind“ aus dem Land getrieben werden soll durch die Opferung des eigenen Blutes. Terroranschläge werden im Unterricht als notwendiges Mittel im gewaltsamen Kampf für die Befreiung Palästinas thematisiert.

Das Bus-Attentat von 1978 unter der Leitung von Dalal al-Mughrabi (Kommandantin einer Gruppe von Fatah-Terroristen), bei dem 38 Zivilisten ums Leben kamen, wird in der fünften Klasse behandelt. Dabei dient Mughrabi als nachahmenswertes Vorbild. Dies sind nur einige Beispiele einer Reihe von ähnlichen Fundstellen in aktuellen Schulbuchausgaben.

58 Prozent des derzeitigen UNRWA-Budgets werden für ein Bildungssystem bereitgestellt, welches Kinder vorbereitet, in einen Krieg gegen Juden zu ziehen und den Staat Israel zu vernichten. Die Indoktrination, die an UNRWA-Schulen stattfindet, ist immer wieder durch Filme dokumentiert worden, die vor Ort gedreht wurden.

Deutschland unterstützte die UNRWA allein im vergangenen Jahr mit 210 Millionen US-Dollar (vor 15 Jahren waren es noch zwei Millionen). Damit trägt die Bundesregierung dazu bei, dass 76 Jahre nach der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz offener Antisemitismus mit den Steuergeldern deutscher Staatsbürger finanziert wird.

Dabei ist die UNRWA an das von den Vereinten Nationen unterzeichnete Prinzip der friedlichen Lösung aller Konflikte sowie an die Unesco-Grundsätze der Friedenserziehung gebunden. Aber in den von der UNRWA beaufsichtigten Schulen spiegelt kein einziges Lehrmaterial eine Botschaft des Friedens wider – ganz im Gegensatz zum Motto der UNRWA-Schulen „Frieden beginnt hier“.

Die UNRWA perpetuiert den Status der Palästina-Flüchtlinge über Generationen hinweg und bildet Schüler zu Kindersoldaten im bewaffneten Kampf aus, statt die finanziellen Mittel der Geberländer dafür zu verwenden, junge Menschen in eine selbstbestimmte Zukunft zu begleiten.

Die Bundesregierung müsste viel stärker darauf achten, dass die Existenz Israels als souveräner Staat in der Region und die Anwesenheit seiner sechs Millionen Juden mit ihren heiligen Stätten im Land anerkannt werden. Deutschland sollte mehr als jede andere Nation besonders vorsichtig im Umgang mit Fragen sein, die eng mit dem Wohlergehen des Staates Israels verbunden sind.

### **Hamas kontrolliert die Lehrerverbände**

82 Prozent der Bevölkerung in Gaza werden von der UNRWA versorgt. Mittlerweile sind dort alle Lehrerverbände und Gewerkschaften von der Terrororganisation Hamas kontrolliert. Aktuell werden dort durch die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) und den Zivilen Friedensdienst (ZFD) Projekte im Rahmen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit gefördert.

Die UNRWA wird nicht von den Vereinten Nationen finanziert. Sie ist abhängig von der direkten Unterstützung der Geberländer. Es liegt also in der Verantwortung der Bundesregierung, Bedingungen für die Vergabe ihrer Gelder zu formulieren. Sie hat allen Grund, genau zu prüfen, wofür die enormen finanziellen Hilfen verwendet werden.

**Le Figaro (site web)**

lundi 3 mai 2021 - 18:21 UTC +02:00 2102 mots

Vox ; Vox Société

**Jean-Marie Rouart:****«Le laïcisme n'est pas capable de répondre à l'islam conquérant»****EXTRAITS EXCLUSIFS - Pour l'écrivain, ce n'est pas l'attachement intransigeant à la laïcité ou «la divinisation de la République» qui permettront d'affronter le séparatisme, mais la réaffirmation assumée de notre héritage judéo-chrétien.**

*Le nouveau livre de l'écrivain\* Jean-Marie Rouart, Ce pays des hommes sans Dieu («Bouquins essais»), est un essai puissant et incisif sur le face-à-face civilisationnel entre une société française déchristianisée et un islam conquérant. Dans ce livre à la fois personnel et engagé, qui mêle souvenirs, littérature et grande histoire, l'écrivain développe une vision originale du catholicisme et de sa contribution essentielle à la culture française. Le Figaro publie, en exclusivité, de larges extraits de cet important ouvrage en librairie le 6 mai dans lequel il critique la «loi confortant les principes républicains» qui prétend s'appliquer à toutes les religions pour ne pas avoir à nommer l'islam. Il y propose un véritable réarmement spirituel. Faute duquel, explique-t-il, l'islam viendra occuper le vide laissé par l'absence de transcendance.*

**L'exception française**

Qui ne pressent que nous sommes à la croisée des chemins. Que l'ordre qui nous régit ne pourra pas durer en l'état. L'islam est à notre porte. De quelque manière qu'on aborde ce sujet, il pose un problème d'autant plus délicat à résoudre que nous avons du mal à l'aborder sur le fond. En effet nous avons pris l'habitude en France de nier l'existence du fait religieux, de le regarder d'un œil tantôt indifférent, tantôt suspicieux comme le vestige d'une arriération sinon mentale, du moins philosophique. Beaucoup acceptent de coexister avec les religions, sans pour autant faire l'effort de les comprendre ni même tenter de mesurer leur importance. Il y a depuis la Révolution une hostilité déclarée de militants laïcs qui, héritiers de Voltaire et des Lumières, continuent de mener le combat anticlérical contre «l'infâme» et la «calotte».

La France, autrefois considérée comme «la fille aînée de l'Église», se veut aujourd'hui le parangon de la laïcité. S'émanciper de la tutelle religieuse, c'est sa manière de se sentir adulte. Elle est fière de son modèle et le considère, à son habitude, universaliste, comme devant servir d'exemple au monde. Il est de peu d'importance pour les gouvernants français de se dire que la France est l'un des rares pays au monde à ne pas tenir compte de Dieu dans ses proclamations.

**L'héritage judéo-chrétien**

C'est là qu'apparaît le risque d'un grand bouleversement religieux. Certes non pas à l'échelle de quelques années, mais dans trente, quarante ans, quand le monde musulman en France aura démocratiquement progressé de manière exponentielle. D'autant que, comme nous l'apprend l'histoire, les périodes d'extrême liberté frisant l'anarchie suscitent souvent une aspiration à la servitude. Pour ces raisons l'islam risque alors d'apparaître comme une issue morale et une planche de salut spirituelle pour ceux que le christianisme aura déçus ou ne convaincra plus sans pour autant qu'ils adhèrent au culte laïc. Et ce serait alors une autre révolution, une recomposition complète de nos valeurs et de nos institutions.

La grande interrogation aujourd'hui est donc double: la société française, si fragile et débordée, est-elle en mesure d'apporter un contre-projet efficace face à la menace de l'islam? La loi sur le séparatisme n'aborde qu'une partie de la question en la noyant dans un ensemble. En stigmatisant les extrémismes religieux, le projet de loi englobe dans un même discrédit l'islamisme extrémiste et l'héritage judéo-chrétien qui fonde notre civilisation. Or cet héritage, qu'on soit croyant ou non, on est obligé d'admettre qu'il a profondément pétri la pâte française, pays religieux par excellence: c'est de lui que proviennent nos valeurs, notre culture,

notre sensibilité, y compris l'idée même de laïcité. Plutôt que de se montrer méfiant, voire hostile, vis-à-vis de cet acquis culturel judéo-chrétien d'une extraordinaire richesse morale et spirituelle, artistique et littéraire, ne vaut-il pas mieux le revendiquer pour offrir aux musulmans de France un modèle qu'ils puissent admirer et auquel ils puissent, par là même, adhérer?

## **Mon christianisme**

J'ai baigné dans le christianisme. Comme aurais-je pu échapper à son affectueuse et douce emprise? Un christianisme tout sentimental et artistique. Mon père, qui était peintre, m'a représenté en enfant Jésus, au milieu d'anges aux longues ailes qui évoquaient le visage de ma mère et de sa sœur. Aussi ce christianisme m'est-il apparu toujours entouré de poésie. Fatalité familiale car mon grand-père, revenu avec ses frères de la libre-pensée, s'était converti vers 1900, puis dans son ardeur de néophyte avait réveillé de son long sommeil avec le soutien du père Janvier, le tiers ordre dominicain. (...)

Mais bien au-delà de cet esprit agnostique, ce qui m'attache de toutes mes fibres au christianisme, c'est à travers le message et l'exemple du Christ, l'exceptionnel apport dont il a enrichi notre civilisation, particulièrement la civilisation française. C'est elle que je voudrais qu'on défende. Certes elle a aiguisé notre sensibilité au péché, stimulé avec peut-être trop d'ardeur notre culpabilité, introduisant dans la sociabilité une conscience du mal fait aux autres. Surtout elle a introduit la notion de pardon et celle de la contrition ou même de l'attrition. Mais ces valeurs humaines ont eu l'avantage d'être formidablement orchestrées par l'Église dans la stimulation des arts. La peinture, la sculpture, la musique, la littérature, l'architecture ont illustré et soutenu l'Église après avoir été généreusement encouragées par elle.

## **Une église d'aujourd'hui**

C'est une église d'aujourd'hui qui, je l'espère, ne ressemble pas trop à celle de ma paroisse du 7<sup>e</sup> arrondissement: le maître-autel ressemble à un juke-box et l'on est tenté d'y jeter la pièce du denier du culte pour avoir une partie gratuite. Sur le parvis des affiches lumineuses en tous points semblables à celles du supermarché voisin indiquent en caractères lumineux les heures des offices, les horaires pour les confessions - si tant est qu'il en existe encore -, les dates de la kermesse, les mariages. Dans l'église, un groupe de fidèles clairsemé écoute, résigné, le prêtre descendu pour toujours d'une chaire à jamais inutile, vestige d'une ancienne pratique et que son inutilité semble dénoncer. Pourtant c'était du haut de cette chaire que le prêtre proclamait «la vérité, le chemin et la vie». Tout y est morne, d'une laideur municipale: pas de statues de saints, de Christ, de baptistère, ni quoi que ce soit qui témoigne d'une préoccupation artistique ou du goût de la beauté. Aucun chant, aucune musique, ne retentit sous ces voûtes lugubres pour une assistance de fidèles qui, en dépit de l'ardeur de leur foi, semblent attendre d'être libérés de ce pensum sans grâce. Et encore j'ai la chance d'avoir devant moi des vitraux d'une figuration saint-sulpicienne banale et non comme l'église de Beauvais des œuvres qui semblent inspirées de mauvaises bandes dessinées. Comme beaucoup de fidèles mon esprit s'égaré, distrait par un marmot qui pleure et que sa mère emmène pour calmer ses sanglots.

Oui, comme beaucoup de ces fidèles, je me demande: comment en sommes-nous arrivés là? À cette Église qui manifeste si peu d'enthousiasme et qui semble plus par devoir, par habitude, que par passion évangélique, célébrer un dieu mort. Où est passée l'Église triomphante qui chantait la gloire de Dieu par tous les moyens de l'art, de la peinture, de la musique, du chant, qui diffusait avec éloquence du haut de sa chaire des sermons où vibraient les réminiscences souveraines des oraisons de Bossuet et le style ardent des Pères de l'Église?

## **Vatican II a ouvert les vannes**

En fait Vatican II avait soulevé un tel espoir que beaucoup préférèrent s'aveugler pour ne pas trop doucher leur enthousiasme. Mais au fond celui-ci ne satisfaisait pleinement personne, laissant la plupart des participants frustrés. Les partisans du mouvement trouvaient qu'on n'avait pas été assez loin, les conservateurs qu'on s'était laissé griser par l'air du temps. On en retiendra surtout l'idée que l'Église splendide, triomphante, conquérante, se résignait à ne plus être seule: «Le chemin, la vérité, la vie». Bonne fille, elle partage la vérité. Si l'on n'est pas très attentif aux textes, le prosélytisme ne lui semblait plus être essentiel. D'autre part, malgré de vibrantes parenthèses sur l'art sacré et la beauté des textes, l'Église met un terme à cette pompe qui auréolait son prestige, à sa dilection pour les arts qui avaient magnifiquement illustré son message, suivant en cela la tradition gréco-romaine, la vérité portée par la beauté. Le merveilleux chrétien s'estompe au profit d'un prosaïsme religieux et d'une austérité qui ôte la soutane aux prêtres pour qu'ils ne soient pas trop différents des autres hommes. Que comme les pasteurs protestants, ils n'arboient pas orgueilleusement leur sacerdoce, mais se glissent discrètement dans la foule des fidèles. D'une certaine façon l'Église se ressentait d'une longue inspiration janséniste. Surtout on voyait la marque du protestantisme dont elle semblait de plus en plus subir l'influence.

Telle qu'elle ressortait du concile, l'Église était-elle prête à affronter les grands défis qui s'offraient à elle? Sans entrer totalement dans la querelle ouverte par Mgr Lefebvre, et surtout les provocations politiques qu'il lancera par la suite, il faut admettre qu'elle perdait beaucoup de son charme, certains disaient de son âme.

### **Le laïcard, un catholique renversé**

Ce qui me passionne chez le «laïcard» ou le «laïciste», termes qui peuvent prendre une acception péjorative mais que j'emploie moins dans ce sens que parce qu'il est explicite et que je n'en trouve pas d'autre, c'est sa passion qui ressemble à une ardeur de catholique renversée: une intransigeance et une fermeté dans sa croyance, une passion dans son apostolat, une irritabilité devant les choses spirituelles qui sont pour lui des énigmes qu'il refuse de comprendre. Bref il appartient à cette catégorie d'hommes ou de femmes qui pensent qu'il n'y a rien au-delà de la vie et considèrent que l'existence est, selon la formule de Léon-Paul Fargue «*le cabaret du Néant*» ; seule l'existence terrestre doit nous occuper sous peine de tomber dans la superstition et l'obscurantisme.

En réalité le laïcard français, d'une espèce toute nationale, a les manifestations d'un converti. Il a hérité du catholicisme une tendance à devenir un missionnaire et même un croisé qui se retourne contre la religion avec agressivité.

### **Loi de Dieu, lois de la République**

Devant le danger que représente un islam d'autant plus conquérant que nous n'avons à lui offrir qu'une réponse faible, que peut-on faire? Le gouvernement suivant les préconisations du président Macron dans ses discours des Mureaux et des Bernardins s'est lancé dans l'élaboration d'une loi contre le séparatisme, plus précisément pour renforcer les principes républicains, qui tend étrangement à contrôler tous les extrémistes religieux. (...)

Et d'ailleurs ce texte n'a pas manqué de provoquer au sein de l'Assemblée nationale un certain nombre de propos antichrétiens, dont certains venant notamment des députés de La France insoumise, qui contestaient le port du voile de mariée comme étant assimilable à une soumission de la femme ou d'autres balivernes concernant le consentement des enfants lors de leur première communion.

Ou encore Gérard Darmanin déclarant que «*la loi de Dieu n'est pas au-dessus des lois de la République*», ce qui a évidemment suscité une polémique. Le ministre de l'Intérieur aveuglé par son sujet semble ne pas avoir réfléchi aux conséquences qu'impliquait son assertion: les courageux militaires qui ont sauvé les harkis des massacres en 1962, les Justes qui ont sauvé des Juifs pendant l'Occupation, les écrivains qui ont protesté contre la torture opérée par les forces républicaines en Algérie, Zola lui-même en prenant la défense de Dreyfus, à quoi ont-ils obéi sinon à une injonction située au-dessus des lois de la République?

\*De l'Académie française.

**Le Figaro (site web)**

lundi 3 mai 2021 - 20:22 UTC +02:00 1809 mots

Actualité ; Sciences &amp; Environnement

# Covid-19: la piste d'une fuite de laboratoire ressurgit

Vey, Tristan

**RÉCIT - Des scientifiques demandent à la Chine de publier des données manquantes, afin d'éclaircir un faisceau d'indices troublants.**

C'est une hypothèse qui avait été balayée d'un revers de la main au début de la pandémie: impensable que le virus ait pu s'échapper d'un laboratoire sécurisé de Wuhan. Mais si cette cathédrale de certitudes était construite sur des sables mouvants? La piste du pangolin a été abandonnée, et on ne dispose d'aucune preuve tangible concernant l'origine zoonotique en milieu naturel ou en élevage. Au point que le directeur de l'OMS lui-même, le Dr Tedros Adhanom Ghebreyesus, s'est refusé à écarter la piste de l'accident de laboratoire après la remise du rapport de la première mission d'enquête de l'organisation en Chine le 30 mars dernier. Bien que l'équipe ait conclu qu'une fuite en laboratoire était l'hypothèse «*la moins probable*», il a déclaré que «*des données et des études supplémentaires étaient nécessaires pour arriver à des conclusions plus robustes, potentiellement avec des missions supplémentaires impliquant des experts spécialisés, que je suis prêt à déployer*».

Inversement, la piste de la fuite accidentelle se fait plus crédible à mesure que les éléments troublants, sans être toutefois accablants, s'accumulent. En coulisses, cela fait des mois que la controverse scientifique gagne du terrain. Cela s'est matérialisé par une série de lettres ouvertes à l'OMS publiées depuis le début de l'année par un groupe international de scientifiques (baptisé de manière informelle «groupe de Paris» car initié par des Français) qui appellent à une enquête rigoureuse, sans a priori et à une plus grande transparence de la Chine.

La dernière en date, diffusée vendredi, dresse une méthodologie d'enquête, une liste de questions précises et de ressources essentielles qui permettraient de dissiper les zones d'ombre persistantes. Elle détaille une liste de scénarios accidentels possibles, allant de l'employé contaminé par un animal de laboratoire à un déchet mal neutralisé infectant une personne extérieure.

Le marché de Wuhan, premier cluster

Commençons par revenir sur les faits. De manière incontestable, l'épicentre de l'épidémie de Covid-19 est situé dans la ville de Wuhan. Si le marché de Wuhan fut un temps soupçonné d'être à l'origine des premières contaminations, il devient bientôt clair qu'il s'agit plutôt d'un événement amplificateur, un premier cluster qui a mis au jour une épidémie déjà active depuis plusieurs semaines au moins. Mais l'enquête chinoise pour déterminer l'origine des premiers cas ne parvient officiellement pas à remonter avant le 8 décembre. «*La Chine a créé une sorte de forteresse, un mur artificiel qui agace beaucoup l'OMS*», décrypte Gilles Demaneuf, cosignataire de ces lettres ouvertes et membre du collectif de recherche indépendant Drastic qui enquête depuis plus d'un an sur les origines de la pandémie, à partir de données en accès libre sur internet.

Impossible de savoir ce que peut masquer cet écran de fumée. Peut-être rien après tout. Il est tout à fait possible que la Chine ne veuille pas être vue comme le pays où le virus est apparu, même de manière naturelle. Mais ce manque de transparence alimente les soupçons... Notamment parce que la ville de Wuhan abrite un institut de virologie reconnu comme l'un des plus importants centres de recherche au monde sur les coronavirus de chauve-souris, le WIV (Wuhan Institute of Virology). C'est d'ailleurs ici que les équipes du Dr Shi Zheng Li, spécialiste mondialement reconnue du domaine, ont identifié a posteriori le plus proche cousin naturel du Sars-CoV-2. Appelé RaTG13, il a été découvert dans un prélèvement d'excréments de chauve-souris réalisé en 2013 dans une mine de cuivre désaffectée du Yunnan.

La manière dont cet échantillon a été étudié n'est pas encore claire. Une courte séquence de 370 lettres (sur les 30 000 qu'il contient) avait déjà été publiée en 2016 sous un autre nom (celui de l'échantillon), une information passée sous silence au moment de la publication de RaTG13 en 2020. «*Cela ne prouve rien, mais cela peut aussi vouloir dire qu'ils travaillaient sur ce virus depuis plusieurs années*», estime le virologue Étienne Decroly, directeur de recherche CNRS, l'un des membres influents du

«groupe de Paris». Par ailleurs, les données brutes données par les équipes chinoises ne permettent pas aux observateurs extérieurs de reconstituer l'intégralité du génome qui a été publié.

Shi Zheng Li a assuré de son côté que le virus n'avait jamais été mis en culture et qu'aucune expérimentation n'avait été réalisée avec. L'échantillon aurait par ailleurs été intégralement détruit lors des opérations de séquençage. *«Cela paraît très étrange, estime une autre cosignataire de ces lettres, Virginie Courtier, responsable d'une équipe à l'Institut Jacques-Monod à Paris. Il en reste toujours un peu en principe, nous n'avons jamais besoin de tout utiliser...»*

Autre élément étrange, il a fallu beaucoup de temps avant que Shi Zheng Li confirme dans un addendum à la revue *Nature* en novembre 2020 que l'échantillon provenait bien de la mine de Tongguan (dans le district de Mojiang au Yunnan) où six travailleurs avaient contracté en 2012 une pneumonie atypique (trois sont décédés). De nombreuses zones d'ombre entourent cet événement. Les autorités chinoises n'avaient pas alerté l'OMS à l'époque. La question de savoir si un virus de chauve-souris a pu être à l'origine de leur maladie n'est pas tranchée. Le Dr Shi Zheng Li (qui penche plutôt pour une infection par un champignon poussant sur les fientes de chauves-souris) a expliqué avoir activement échantillonné le site, deux fois par an entre 2012 et 2015, à la recherche d'un potentiel virus. Huit autres coronavirus de la famille du Sars-CoV-2 y ont été identifiés, révèle aussi la chercheuse, sans divulguer les génomes complets (seules de courtes séquences ont été publiées, relativement éloignées de Sars-CoV-2).

Des recherches jugées dangereuses

La question n'est pas de savoir si ces travailleurs ont été infectés par le Sars-CoV-2 (les quatre sérums de patients envoyés au WIV en 2012 ont été testés négatifs - cette année) mais s'ils ont pu être infectés par un virus proche et ce que cet événement impliquerait. Si une infection directe par un virus de chauve-souris se confirmait - un scénario qui semblait jusque-là peu plausible - cela voudrait dire qu'il est envisageable que l'épidémie actuelle ait une origine similaire. Reste ensuite à véhiculer le virus depuis ces régions du sud-ouest où ce type de coronavirus est endémique vers Wuhan, à 1 500 km de là... *«On ne peut pas écarter l'hypothèse qu'un doctorant du WIV ait été infecté en effectuant un prélèvement par exemple»*, avance Gilles Demaneuf. *«Nous ne disons évidemment pas que cela s'est produit: nous demandons juste à ce que l'on nous démontre que ce n'est pas le cas.»* Idéalement, il faudrait retourner dans cette mine et y multiplier les prélèvements. Mais le site semble verrouillé par les autorités. Des journalistes de la BBC ont essayé de s'y rendre, sans succès, les routes étant systématiquement bloquées par des camions opportunément en panne.

Une autre question se pose: les chercheurs du WIV auraient-ils pu vouloir en savoir plus sur la capacité des virus qu'ils trouvaient dans cette région à franchir la barrière d'espèces? Il existe en effet différentes manières de «pousser» les virus à évoluer plus vite en laboratoire. Il est de notoriété publique que le WIV menait des travaux dits de «gain de fonction» consistant à modifier le génome pour étudier la manière dont cela affecte les capacités du virus à infecter des cellules d'espèces différentes. Des recherches jugées suffisamment dangereuses pour que les États-Unis imposent un moratoire national sur ces pratiques en 2014, avant de le lever en 2017.

Dès la publication du génome de Sars-CoV-2, Étienne Decroly a souligné la présence au niveau du spicule du virus d'une séquence qui le rend particulièrement adapté à l'infection humaine. L'origine de ce site de clivage (qui active le spicule du virus) pose question dans la communauté scientifique car il possède des caractéristiques qui ne sont pas sans rappeler certaines expérimentations de laboratoire. *«Mais cela peut aussi être le fruit d'une recombinaison naturelle entre plusieurs virus apparentés au sein d'un même hôte intermédiaire»*, indique le chercheur.

La piste du pangolin

Dans ce cadre, l'hypothèse d'une contamination via des élevages (chien viverrin, vison, civette, etc.) n'est pas à exclure. Et elle embarrasserait probablement tout autant la Chine. *«Le problème, c'est qu'il est impossible de le savoir si on ne dispose pas de ces virus ancestraux, poursuit Étienne Decroly. Or sur les 80 000 échantillons d'animaux sauvages, de bétail et de volailles prélevés fin 2019 et début 2020 en Chine, aucun ne présenterait de séquences proches de Sars-CoV-2 selon les autorités chinoises. Cela ne veut évidemment pas dire que l'origine du virus n'est pas entièrement naturelle, mais cela n'exclut pas non plus la piste du laboratoire.»* Quant à la piste du pangolin, c'est une série d'articles dont l'origine reste assez confuse qui avait pointé dans cette direction. *«La qualité des données est sujette à caution»*, commente avec diplomatie Étienne Decroly.

Tant que les carnets et les données brutes des laboratoires de Wuhan ne seront pas passés au crible, le doute subsistera. *«Ce qu'il faut comprendre, c'est que lorsque l'épidémie a démarré, le virus ne ressemblait à rien de connu, ce qui discréditait de facto*

*l'hypothèse de l'accident de laboratoire car on ne part jamais de zéro , explique Virginie Courtier. La situation est un peu différente quand on a tous ces éléments en main. L'hypothèse n'est plus si farfelue.»*

Comme les bases de données du WIV ont été retirées d'internet par les autorités chinoises, il est difficile de savoir sur quoi travaillaient exactement les chercheurs. Ironie de l'histoire, ces sites étaient en partie créés pour disposer de banques génomiques de référence en cas de pandémie! Selon Shi Zheng Li, les données ont été retirées après le début de la pandémie en raison de cyberattaques. Les chercheurs du groupe Drastic assurent que la base de données sur les coronavirus de chauve-souris n'est plus disponible... depuis septembre 2019, soit trois mois avant le démarrage officiel de l'épidémie.

# Die Europäer ringen um ihre Rolle in der Welt des 21. Jahrhunderts

China und die USA positionieren sich als neue Blöcke, und in Europa sähen sich viele am liebsten unabhängig. Auch zwei Bestsellerautoren rufen zur Emanzipation von Amerika auf – aber ist der alte Kontinent überhaupt in der Lage, Verantwortung für sich selber zu übernehmen?

Thomas Speckmann 03.05.2021, 05.30 Uhr



Anspruch und Wirklichkeit klaffen in Europa zuweilen weit auseinander. Im Bild: EU-Flagge in Brüssel, Oktober 2020.

Derzeit sind drei Rechnungen beliebt in der internationalen Politik: Amerika plus Europa gegen China; China plus Europa gegen Amerika; Amerika (ohne Europa) gegen China (ohne Europa). Von dieser dritten Rechnung, in der Europa unabhängig zwischen Amerika und China steht, träumen viele Europäer. Und ebendies ist es bis jetzt: ein Traum. Geträumt wird er schon länger. Er begann mit dem Ende des alten Kalten Krieges. Europa solle sich frei machen vom Denken und Handeln in Blöcken, Ost gegen West, lautete in den 1990er Jahren eine in den europäischen Hauptstädten verbreitete Forderung. Damals bezog sie sich noch auf Russland – und in dieser Form hat sie auch bis heute Konjunktur, ganz gleich, wie angespannt die Beziehungen mit Moskau sind.

Doch inzwischen hat sich der Traum erheblich ausgeweitet. Er betrifft nun vor allem das Verhältnis zu Amerika und China. Viele Europäer möchten sich nicht hineinziehen lassen in den neuen kalten Krieg zwischen Washington und Peking. Sie möchten vor allem eines: gute Geschäfte machen mit beiden. Dies gilt umso mehr, seit der Erfolg von Europas Exportwirtschaft stark vom chinesischen Markt abhängt. Die Präsidentschaft von Donald Trump machte es zusätzlich leicht, Argumente für einen eigenen, von den USA unabhängigen Weg Europas zu finden. Die transatlantischen Beziehungen lagen in Trümmern. Nun, da ihr Wiederaufbau unter Joe Biden begonnen hat, wird sich zeigen, ob damit auch die europäische Sehnsucht nach Unabhängigkeit wieder abnimmt.

In dieser Übergangsphase sind jetzt zwei Bücher erschienen, die von Europa aus auf die neue Konfrontation zwischen Ost und West blicken. Beide stammen von Bestsellerautoren. Stefan Baron gilt als China-Experte; sein «Psychogramm einer Weltmacht» war 2018 das Wirtschaftsbuch des

Jahres in Deutschland. Michael Lüders erzielt Verkaufserfolge mit seinen Veröffentlichungen zur internationalen Rolle der Vereinigten Staaten, nicht zuletzt im Nahen und im Mittleren Osten.

## Kritisch-konstruktive Mitarbeit

Barons Darstellung folgt gängigen Mustern. Zunächst beschreibt er den geopolitischen Epochenwechsel: Ausgelöst durch «imperiale Arroganz», wirtschaftliche Überdehnung, Erosion der Demokratie und Verfall der Gesellschaft hat in Barons Augen der Abstieg Amerikas bereits nach dem Ende des Kalten Krieges begonnen. Es folgt die Verschiebung des Kraftzentrums der Welt nach Asien, getrieben vom Wiederaufstieg Chinas, beantwortet von der Eindämmungspolitik der USA. Die Konsequenzen: wachsender Protektionismus und Entglobalisierung, Kalter Krieg 2.0 und das Risiko eines dritten Weltkrieges.

In dieser Lage ruft Baron – wie bereits viele vor ihm – zur Emanzipation Europas von Amerika auf. Die damit verbundenen Ziele lauten wenig überraschend: Bewahrung des äusseren Friedens, Erhalt des inneren Friedens und der Europäischen Union, Sicherung des Wohlstands, Rettung der westlichen Werte. Auch die Rezepte, die Baron den Europäern für ihre Emanzipation empfiehlt, sind alte Bekannte.

Als Grundlage der europäischen Aussenpolitik sollen eine multipolare Weltordnung und die friedliche Koexistenz der Systeme dienen. Gegenüber China soll eine «kritisch-konstruktive» Mitarbeit bei der neuen Seidenstrasse den Kern einer europäischen «(Fern-)Ostpolitik» bilden. Die Nato soll durch eine Verteidigungsgemeinschaft der Europäer abgelöst werden, die ausschliesslich dem Schutz Europas dient. Eine strukturelle ökonomische Autonomie und die Ablösung des Dollars als dominierende Leitwährung sollen weitere Meilensteine auf dem Weg zur strategischen Autonomie Europas sein. Diese Thesen fasst Baron unter dem provokanten Slogan «Ami go home!» zusammen. Er stammt aus den Zeiten des Kalten Krieges und wurde schon auf frühen Propagandaplakaten der DDR verwendet.

## Wer baut die Klischees auf?

Auch in Lüders' Büchern spiegelt sich die inhaltliche Ausrichtung meist schon auf überdeutliche Weise in den Titeln. «Iran: Der falsche Krieg. Wie der Westen seine Zukunft verspielt»; «Wer den Wind sät: Was westliche Politik im Orient anrichtet»; «Die den Sturm ernten: Wie der Westen Syrien ins Chaos stürzte»; «Armageddon im Orient: Wie die Saudi-Connection den Iran ins Visier nimmt».

Nun fährt Lüders noch schwereres Geschütz auf: In seinem jüngsten Buch erklärt er die USA zur «scheinheiligen Supermacht». Die Begründung ist weder neu noch originell oder überzeugend. Die Vereinigten Staaten beschreibt der Autor zunächst als selbsternannten Garanten für Demokratie und Menschenrechte – um ihnen in einem zweiten Schritt Doppelmoral und skrupellose Machtpolitik vorzuwerfen.

Den Beweis dafür erbringt er dann mit einer Reihe von gängigen Beispielen: Anhand von etlichen Krisen und Kriegen führt Lüders vor, dass die USA eben kein selbstloser Hegemon seien. Haben sie nicht fortschrittliche Regierungen im alten Kalten Krieg gestürzt? In Iran 1953? In Guatemala 1954? In Chile 1973? Und wie war es mit den Kriegen in Vietnam und im Irak? Waren das nicht Verbrechen, bereits auf Basis von Lügen begonnen? Haben die USA nicht auch den Drohnenkrieg

und den Cyberkrieg erfunden? Wie steht es um die Ausspionierung von Verbündeten? Stellt man sich in Washington nicht grundsätzlich über das Völkerrecht?

Hier stellt sich allerdings die Frage, ob es heute wirklich die Amerikaner sind, die das Bild einer globalen Ordnungsmacht von sich entwerfen, oder ob nicht eher die Europäer sich die Amerikaner in einer solchen Rolle wünschen. Ebenso stellt sich die Frage, ob die Europäer in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten in ihren internationalen Engagements erfolgreicher waren als die Amerikaner. Und, ob sie Anspruch und Wirklichkeit besser als diese in Einklang zu bringen wussten.

Für eine Antwort genügt ein Blick auf die ernüchternde Bilanz der Einsätze interventionsfreudiger europäischer Mächte wie Frankreich und Grossbritannien. Auch das eher zurückhaltende Deutschland bildet hier keine Ausnahme. Berlin, Paris und London dürften dereinst kaum zufriedener als Washington auf ihr Erbe in Afghanistan blicken können. Gleiches gilt für Syrien, Libyen oder die Ukraine.

## Weltmeister im Herabblicken

Hochmut kommt bekanntlich vor dem Fall. Kein Kontinent sollte das stärker beherzigen als Europa. Wenn die Europäer in einer Disziplin wirklich Weltmeister sind, dann im Herabblicken auf andere – bei gleichzeitigem Verdrängen des eigenen Unvermögens. Auch dieses Phänomen spiegelt sich in Lüders' Buch. Da nach seinem Urteil die USA nicht nur ein Imperium, sondern auch eine Supermacht sind, die ihren historischen Zenit überschritten hat, sollen die Europäer für ihre Sicherheit selbst einstehen. Hier ziehen Baron und Lüders am selben Strang. Die Europäer sollen nicht länger als Juniorpartner der Vereinigten Staaten fungieren – eine Forderung, die schon zu hören war, als George W. Bush im Weissen Haus regierte und die transatlantischen Beziehungen in einer Krise steckten.

Doch wer hat denn in den seither vergangenen zwei Jahrzehnten Europa daran gehindert, aus dem «Schatten der USA» hervorzutreten und selbständiger zu werden – technologisch, politisch, militärisch? Es sind die Europäer, die für sich verantwortlich sind. Und es sind die Europäer, die dieser Verantwortung nicht gerecht werden – von Krise zu Krise wird das stärker deutlich.

Lüders selbst nennt Beispiele für die Schwäche: Europäische Unternehmen wie Siemens und Nokia waren anfangs in der Lage, mit den heutigen US-Giganten digitaler Technologien zu konkurrieren. Doch anders als in den USA und in China wurden sie nicht als systemrelevant gestützt, politisch wie wirtschaftlich. Nun steht Europa ohne eigene Dateninfrastruktur da. Schuld daran ist keine Macht von aussen, sondern mangelnde Strategiefähigkeit im Innern. Das aber weigern sich viele anzuerkennen. Wie bei Lüders wird der Europäischen Union weiterhin das Potenzial bescheinigt, ein Machtzentrum neben China und Amerika zu werden – politisch, wirtschaftlich und auch militärisch. Doch wer etwas auf sein Potenzial gibt, muss sich auch um dessen Einlösung bemühen. Und eben daran scheiterten die Europäer bisher.

Stefan Baron: *Ami go home! Eine Neuvermessung der Welt.* Econ-Verlag, Berlin 2021. 444 S., Fr. 31.90.

Michael Lüders: *Die scheinheilige Supermacht: Warum wir aus dem Schatten der USA heraustreten müssen.* Verlag C. H. Beck, München 2021. 293 S., Fr. 24.90.

IDENTITÄTSPOLITIK:

## Ist Sahra Wagenknecht noch eine Linke?

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2021-06:43



Kritiker ihres Buchs über die Lifestyle-Linke halten ihr politische Fahnenflucht und Mangel an kultureller Sensibilität vor. Das Gegenteil ist richtig.

Kürzlich platzte Huschke Mau der Kragen. Die Ex-Prostituierte, die das Netzwerk Ella gegründet hat, um über die Realitäten der Prostitution aufzuklären, war auf einem Podium wieder einmal als Rassistin bezeichnet worden. Was hatte sie verbrochen? Sie hatte berichtet, dass Freier bestimmte Ethnien fetischisierten, wie die „devote Thai-Frau“ oder die „tabulose Osteuropäerin“. Das sei „problematisch“, wurde ihr von einem kultursensiblen Publikum vorgehalten, weil es „nichtweiße“ Frauen herabwürdigte.

Flugs wurde Mau die Betroffenheit abgesprochen, weil sie seit Jahren nicht mehr im Rotlichtmilieu arbeite – als könnte eine praktizierende Prostituierte ihr Arbeitsumfeld ohne Angst vor Schikanen schildern. Schließlich warf man ihr „Migranteneindlichkeit“ vor, weil sie erwähnt hatte, dass Frauen aus armen Ländern hierzulande sexuell ausgebeutet würden, was zwar zutrifft, aber offensichtlich hätte beschwiegen werden sollen.

Auf ihrem Blog schrieb Mau, die sich weiter als Linke versteht, einen wütenden Abschiedsbrief an eine Linke, die in ihrer identitätspolitischen Variante nichts anderes als das Sprachrohr von Zuhältern sei. Welcher Bordellbesitzer freut sich nicht über wachsame Aktivisten, die für ihn die schmutzige Realität der Prostitution zur „selbstbestimmten Sexarbeit“ verklären und allen ein Sprachverbot erteilen, die von Gewalt und Menschenhandel sprechen? „Ich stehe sprachlos vor einer linken Kultur, die vergessen hat, was strukturelle Kritik, politische Analyse und Kapitalismuskritik ist“, schreibt Mau. Diese Leute mögen dort hingehen, wo sie eigentlich zu Hause seien – zur **FDP**.

### Pakt mit den Siegern

Bleibt die Frage: Ist das Kalkül? Oder nur die unbeabsichtigte Nebenfolge einer narzisstischen Realitätsflucht? **Sahra Wagenknecht**, die ein ganzes Buch dazu geschrieben hat, erteilt all jenen eine Absage, die meinen, das linksliberale Spektrum, der Träger der Identitätspolitik, habe sich nur unbewusst vom Markt korrumpieren lassen. Es sei mehr als das, eine Liebesheirat mit beidseitiger Rendite, und im historischen Rückblick nur der vorläufige Endpunkt eines langen Gestaltwandels der Linken, für den tüchtige Liberalisierer des Finanzmarkts wie Gerhard Schröder, Tony Blair oder Bill Clinton stehen.

Die Lifestyle-Linken, wie Wagenknecht sie nennt, wollen gar keinen Kontakt zu den Leuten, mit denen sie sich vordergründig solidarisieren, im Gegenteil, sie wollen die Unterschicht, die sie verachten, mit moralischen Posen auf Abstand halten. Wagenknecht stellt sie als die neuen Besitzstandswahrer dar, die der

globalen Marktwirtschaft den Weg frei machen, indem sie das kalte Vokabular des Neoliberalismus durch schön klingende Worthülsen ersetzen.

Aus Freihandel, Egoismus und Laisser-faire wurden Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz. Wer auf Widersprüche hinweist, wird als Nazi, Rassist oder Hinterwäldler niedergemacht.

## Verrat an der Aufklärung

Nun ließe sich darüber diskutieren, wie weit dieser Politikwechsel die Linke (und das bürgerliche Lager) durchdringt und ob sich die von Wagenknecht beobachtete Spaltung nicht auch durch die Mittelschicht selbst zieht. Kritik richtete sich aber vor allem darauf, dass Wagenknecht die Sensibilität für die „neuen“ kulturellen Ziele wie Feminismus und Antirassismus vermissen lasse (taz) und den Gegensatz zwischen einer identitätsverliebten Kulturlinken und einer Traditionslinken aufwärme, die ausschließlich an sozialer Gerechtigkeit interessiert sei. Am Ende stand die Frage, ob sie eigentlich noch eine Linke sei (Die Zeit).

Nun besteht die Pointe des Buchs aber gerade darin, dass Wagenknecht Punkt für Punkt nachweist, wie **Identitätspolitik** dem linksliberalen Milieu materiell nutzt und den kulturellen Minderheiten, die es moralisch mandatiert, schadet. Das geht schon auf das Prinzip der Identitätspolitik zurück, die nicht auf Emanzipation und Gleichheit, sondern auf Ungleichheit zielt, indem sie Menschen in ihre Herkunft verschließt und zu Interessengruppen verschweißt, die nicht miteinander in Dialog treten könnten, weil niemand die Perspektive eines Betroffenen nachvollziehen könne. Damit ist der aufklärerische Vernunftoptimismus ebenso aufgekündigt wie die Idee der Solidarität. Margaret Thatcher hätte es sich nicht besser wünschen können: There is no such thing as society.

Der Vorzug des Buchs liegt darin, dass es konsequent die Kehrseiten dieses schiefen Konzepts in der politischen und wirtschaftlichen Praxis zeigt. Die Freude an Vielfalt erweist sich hier als ziemlich exklusiv. In den Brennpunktvierteln leben eine deklassierte Unterschicht von ehemaligen Industriearbeitern und in kulturelle Sondergruppen aufgeteilte Migranten mehr oder weniger konfliktreich nebeneinander her. Das linksliberale Milieu bleibt in den schicken Vierteln unter sich, ein wirkungsvolles Instrument der Abschottung ist der Mietpreis. Auf dem Arbeitsmarkt macht sich besonders deutlich bemerkbar, wie sehr das Faible für offene Grenzen und uneingeschränkte Migration den Interessen der Unternehmenswelt nach billigen Arbeitskräften dient, die mangels gewerkschaftlicher Organisation keine Lohnforderungen stellen. Die linksliberale Schicht darf sich währenddessen über billigere Konsumprodukte freuen. Identitätspolitik kostet nicht viel, schon gar keine anstrengenden Auseinandersetzungen mit Wirtschaftslobbyisten.

## Anwalt der Starken

Die Attacken des linksliberalen Lagers auf den Nationalstaat sind das deutlichste Zeichen seiner innigen Verbindung mit dem Weltmarkt. Wer anders als der Nationalstaat sollte global operierenden Firmen soziale und rechtliche, aber auch umweltpolitische Standards auferlegen? Hier zeigt sich am deutlichsten, wie die moralischen Forderungen des linksliberalen Lagers, würden sie erfüllt, in ihr Gegenteil umschlagen würden. Die geforderte Abkehr vom Nationalstaat würde ja nichts anderes als das Ende von Rechtsstaat, Sozialstaat und Demokratie bedeuten und jenen Gruppen den Schutz entziehen, die den Sozialstaat besonders brauchen. Dass davon auch jene kulturellen Minderheiten überproportional betroffen werden, die man zu schützen vorgibt, kann man sich denken. Es geht diesem Milieu nicht um Politik, folgert Wagenknecht, sondern um die Demonstration moralisch überlegener Haltungen, die in der Praxis ins Gegenteil umschlagen würden, weshalb man insgeheim und manchmal auch explizit darauf setzt, dass dies nicht geschehen möge.

Man kann sich beispielsweise fragen, wie die beschwichtigende Haltung zu radikalen Strömungen des Islams mit dem Ziel der Geschlechteremanzipation zusammengeht. Flüchtlinge und Migranten, die in den Westen flohen, um den Beschränkungen und der Gewalt ihrer Heimatkulturen zu entkommen, treibt dieser Widerspruch regelmäßig zur Verzweiflung. Man kann auch fragen, ob der dominierende Queerfeminismus, der Frauen wie Islamisten im Kampf gegen Rassismus trotz weit auseinanderliegender Interessen unterschiedslos zusammenspannt, überhaupt der Frauenemanzipation dient. Wo es keine Frauen, sondern nur noch Konstrukte gibt, kann auch nicht für ihre Interessen gekämpft werden. Wer an seinem biologischen Geschlecht als Frau festhält, sieht sich heute, wie Joanne K. Rowling, vernichtenden Attacken ausgesetzt.

Lässt sich ein gemeinsames Interesse von inzwischen mehr als achthundert absolut gesetzten Geschlechtsidentitäten überhaupt formulieren?

## Aufgaben für die Linke

Man hat Wagenknecht, die eine marxistisch inspirierte Analyse mit ordoliberalen Vorstellungen von einer juristisch eingehegten, in kleineren Einheiten wirtschaftenden Ökonomie verbindet, nun gefragt, was sie mit der Linken überhaupt noch zu tun habe und ihr verschiedene Parteien aus dem konservativen Spektrum als neue politische Heimat anempfohlen. Der Konservatismus hat die Auszehrung seiner Traditionswerte durch die Ökonomie, die heute die Linke ereilt, aber schon absolviert und präsentiert sich in erschöpfter Gestalt. Die AfD hat zwar die frustrierte Arbeiterschicht angezogen, lässt sie aber bei sozialpolitischen Forderungen konsequent auflaufen, weil ihr eigentliches Ziel ein national eingehogter Marktliberalismus ist.

Umgekehrt wäre zu fragen, ob sich nicht das identitätspolitische Lager vom Attribut links verabschieden sollte. In der ausgezehrten, zwischen alten und neuen Zielen irrlichternden Sozialdemokratie hat sich die Dahrendorf-Formel breitgemacht, man sei Opfer des eigenen Erfolgs: der erfüllten sozialen Ziele. Das ist nicht mehr als eine Legende, wie Wagenknecht mit Blick auf die Monopolbildung in der Digitalökonomie und die EZB-Schuldenpolitik nachweist, die Banken und Kapitalbesitzern ohne demokratische Grundlage Milliarden Euro zuschiebt – unter dem Applaus linker Parteien, die schon in der Finanzkrise hingenommen hatten, dass der Mittelstand für die Fehler von Investmentbankern geradestehen musste. Dass eine Linke, die an ihren Traditionswerten festhält, weiter gebraucht wird, ist die eigentliche Erkenntnis von Wagenknechts Buch.

<https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/macrons-rede-zu-napoleons-200-todestag-ein-gefaehrliches-signal-17325430.html?premium>

HEIKLES GEDENKEN AM TODESTAG:

# Macrons Faible für Napoleon

- VON MICHAELA WIEGEL, PARIS
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2021-10:11



Emmanuel Macron im Versailles-Palast vor wenigen Jahren Bild: AP

Das Gedenken an die berühmteste Gestalt der französischen Geschichte war für die Präsidenten seit Giscard d'Estaing tabu. Emmanuel Macron hält nun am 200. Todestag Napoleons eine Rede. Kritiker halten das für ein gefährliches Signal.

Eine Lobrede auf den Kaiser, wie der französische Marschall Foch sie zum 100. Todestag Napoleon Bonapartes hielt, soll es nicht geben. Aber Emmanuel Macron hat sich vorgenommen, zum 200. Todestag an diesem Mittwoch Napoleon der offiziellen Geringschätzung zu entreißen. Schon kurz nach seiner Wahl brach der junge Staatschef im Juli 2017 ein Tabu, als er den amerikanischen Präsidenten Donald Trump an das Grabmal Napoleons im Invalidendom führte. Seit Adolf Hitler am 28. Juni 1940 triumphierend an den Porphyrsarkophag mit den sterblichen Überresten Napoleons zog, war der Besuch des Invalidendoms vom Protokoll für hohe Staatsbesucher gestrichen worden.

Napoleon verschwand zeitweise sogar aus den Lehrplänen, und seit dem Europäer Valéry Giscard d'Estaing mieden es die Präsidenten, die Jubiläen zu feiern. Präsident Jacques Chirac weigerte sich 2005, des Sieges von Austerlitz 1805 zu gedenken, als die Revolutionsarmeen die europäischen Feudalherrscher bezwangen. Damals empörte sich der Historiker und Napoleon-Fachmann Jean Tulard, das sei „eine Schande“.

„Das Beste des Kaisers“ und „das Schlimmste des Kaiserreichs“

Macron geht zur verspäteten Wiedergutmachung jetzt an das Institut de France, wo Historiker Tulard ihn mit einem Vortrag empfangen wird. Der Präsident wolle in seiner Rede „das Beste des Kaisers“ erwähnen, ohne „das Schlimmste des Kaiserreichs“ zu vergessen, heißt es im Elysée-Palast. „Gedenken ist nicht Zelebrieren“, äußerte ein Berater. Macron wolle sich „zehn Generationen später“ nicht ein rückblickendes Urteil anmaßen.

An der Gedenkstunde sollen nicht nur Mitglieder der französischen Wissenschaftsakademien teilnehmen, auch Oberschüler sind eingeladen. Die beschwichtigenden Erklärungen aus dem Elysée zeigen, wie heikel das Gedenken bleibt. Es gehe nicht darum, eine Hagiographie zu zeichnen, aber auch nicht „um Leugnen oder Reue“. Nach seiner Rede will der Präsident in den Invalidendom pilgern und in Begleitung des Generalstabschefs der französischen Armee und der Verteidigungsministerin einen Kranz am Grab Napoleons ablegen.



Napoleon-Büsten im Souvenirladen des Waterloo-Museums :Bild: EPA

Den Historiker Johannes Willms verwundert der Gedenkreigen nicht: „Macron ist Napoleon innerlich viel näher als Chirac. Von seinem ganzen Gepräge, auch von seiner politischen Einstellung, ist Macron eher Bonapartist.“ Es sei klassischer Bonapartismus, wie Macron 2017 mit Hilfe einer Bewegung an die Macht gekommen sei, sagt der Autor mehrerer Napoleon-Bücher im Gespräch mit der F.A.Z. „Macron weiß, dass er mit dem Gedenken an Napoleon etwas riskiert, aber er glaubt, es riskieren zu können. Ein Großteil der Franzosen sehe in Napoleon eine positive Gestalt“, sagt Napoleon-Biograph Günter Müchler. In Frankreich habe es immer Kontroversen über Napoleon gegeben. „Die Sonne von Austerlitz verblasst, die großen Reformen sind geblieben“, äußert Müchler gegenüber der F.A.Z.

Die Grundlagen des modernen Staates gehen auf Napoleon zurück. Er begründete den Staatsrat (Conseil d'état), die Légion d'honneur, die Zentralbank Banque de France, den Senat und das Nationalarchiv. Das französische Zentralabitur „baccalauréat“, die Gendarmerie, die Elitehochschulen Grandes Ecoles und auch die militarisierte Feuerwehr gehen auf Napoleon zurück. Selbst Karl Marx rühmte den Code civil, das von Napoleon eingeführte Zivilrecht, als Bruch mit der alten Ordnung. „Der Mangel an Selbstbewusstsein angesichts der derzeitigen Herausforderungen bringt Gestalten wie Napoleon zurück ins Bewusstsein der Franzosen“, urteilt Müchler. „In der kollektiven Erinnerung ist Napoleon der Mann, der den Bürgerkrieg beendet und Frankreich Stabilität gebracht hat. Schon de Gaulle wollte an diese Rolle anknüpfen, Macron tut es wieder“, so der Napoleon-Biograph.

Napoleon sei für Frankreich bis heute so bedeutend, weil die V. Republik bonapartistische Züge trage, erklärt Willms. Die Direktwahl des Präsidenten durch das Volk, die Zustimmung der Massen für den Staatsherrn, das sei „unentwirrbar mit dem Mythos Napoleon verbunden“. Auch die Bedeutung der Grandeur (erhabene Größe), die noch immer ein wichtiges Kriterium der Staatskunst sei, lasse sich zum Kaiser zurückverfolgen. Die Sehnsucht nach einer starken Führerfigur sei wieder besonders stark. „Aber es ist anachronistisch, Napoleon heute daran zu messen, ob er ein Frauenfeind oder ein Rassist war. Die Sklaverei in Übersee führte er ja aufgrund des Drucks der Plantagenhalter wieder ein“, sagt Willms.

Gegen das Napoleon-Gedenken regt sich lautstarker Protest des Dachverbandes der Vereine für Schwarze, CRAN. „Man kann einer Gestalt wie dieser einfach nicht gedenken. Über sie aufklären, ja. Aber nicht gedenken“, sagte Louis-Georges Tin, der CRAN-Ehrenvorsitzende. Napoleon habe ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen, als er die Sklaverei in den Kolonien wieder einführt. „Am 5. Mai gedenkt Macron Napoleons und am 10. Mai der Abschaffung der Sklaverei. Wie passt das zusammen?“, fragte Tin. Er schlug vor, Napoleons sterbliche Überreste seinen Nachfahren zu übergeben und den Invalidendom in ein „Museum der Republik“ umzuwandeln.

„Das könnte als sein eigenes politisches Programm verstanden werden“

Spanien zeige, wie das gehe. So sei dort entschieden worden, das „Tal der Gefallenen“ mit dem Mausoleum des Diktators Franco in eine Gedenkstätte für den Bürgerkrieg umzuwandeln und Francos sterbliche Überreste umzubetten. Der Abgeordnete der Linkspartei LFI Alexis Corbière sieht in Macrons Gedenken ein gefährliches Signal für die Zukunft der republikanischen Ordnung in Frankreich. „Napoleon hat das erste Experiment mit einer Republik beendet. Er hat ein autoritäres Regime begründet“, sagte der ehemalige Geschichtslehrer Corbière. „Macrons Hommage auf Napoleon im Namen der Republik ist problematisch,

weil er damit das Risiko eingeht, eine autoritäre Macht zu würdigen. Das könnte als sein eigenes politisches Programm verstanden werden“, sagte der Linkspolitiker.

Auch in Macrons Regierungskabinett regt sich Kritik. Die von den Kapverdischen Inseln stammende Ministerin für Gleichstellung, Elisabeth Moreno, kritisierte Napoleon als „großen Frauenverächter“ und „Sklavhalter“. Aber er sei zugleich „eine der großen Gestalten unserer Geschichte“. Auf die Frage, ob sie an dem Gedenken teilnehmen werde, erwiderte sie: „Man muss es ja nicht übertreiben.“ Aus dem Elysée-Palast hieß es hingegen: „Unsere Vergangenheit ist unsere Vergangenheit, und wir stehen dazu.“ Macron wolle auch die europäische Bedeutung des Kaisers ansprechen.

Napoleon war 1804 in den Aachener Dom eingezogen, hatte die Pfalzkapelle besichtigt und lange den Karlsthron betrachtet. Der Bischof sagte ihm, er habe gleich Karl die Liebe, Bewunderung und Achtung aller Herzen in Frankreich und in Europa gewonnen. Aus Sicht des Historikers Tulard hat Napoleon die Einheit Italiens vorbereitet und den Feudalismus in Deutschland zerstört. Er habe die Grundlagen für den Wirtschaftsraum zwischen Niederrhein und Italien geschaffen und das Europa von De Gasperi, Schuman und Adenauer vorweggenommen, lautet die Lesart Tulards.

## „Napoleon war kein Visionär“

Historiker Willms hält es nicht für ausgeschlossen, dass Macron sich diese Interpretation zu eigen macht. Europäische Meinungsführerschaft unter französischen Vorzeichen sei durchaus etwas, woran der Präsident Gefallen finde. „Wir werden das während der französischen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 überprüfen“, sagt Willms. „Ich halte es für falsch, Napoleon zum ersten Europäer zu stilisieren. Er war kein Visionär. Letztendlich scheitert er daran, dass er nicht berücksichtigt hat, dass Europa auf Dauer nicht die Vorherrschaft einer einzelnen Macht duldet“, sagt Müchler. Zwei Jahre nach Napoleons Tod rühmte der Graf von Las Cases den Verstorbenen als Vollender der Revolution und Befreier der Völker. Sein Buch „Mémorial de Sainte Hélène“ (deutscher Titel: Denkwürdigkeiten von Sanct-Helena) war im Europa des 19. Jahrhunderts das meistgelesene Werk über Napoleon.

„Napoleon ist nicht mehr“ („Napoleon n’est plus“) lautet der Titel einer Ausstellung im Musée de l’Armée am Invalidendom, die nach Ende der Corona-Beschränkungen vom 19. Mai an für das Publikum geöffnet werden soll. Aber schon jetzt gibt es Streit über ein Ausstellungsstück. Napoleon hatte seit der erfolgreichen Schlacht von Marengo im Jahr 1800 ein Lieblingssperd, das er auf den Namen Marengo taufte. Die Schlachten in Austerlitz, Jena, Wagram und den Russland-Feldzug bestritt er auf dessen Rücken. In Waterloo wurde Marengo verletzt und von den Truppen General Wellingtons gefangen genommen und nach England gebracht. Nach Marengos Tod wurde das Skelett präpariert und als Reliquie im National Army Museum in London ausgestellt, wo es bis heute zu sehen ist.

## Streit über ein Pferdeskelett

Eine Leihgabe des zerbrechlichen Skeletts lehnten die Briten ab. Nach den Worten des Künstlers Pascal Convert sehen sie darin zu sehr ein Symbol für ihren Sieg in Waterloo. Deshalb ließ der Künstler eine Nachbildung des Skeletts anfertigen. Sie wird während der Ausstellung über dem Sarkophag Napoleons hängen, um Ross und Reiter symbolisch wieder zu vereinen.

Aber das Kunstwerk „Memento Marengo“ ist nicht nach dem Geschmack der Napoleon-Bewunderer. „Ein Plastikskelett über dem Grab Napoleons. Man wird verrückt“, empörte sich Thierry Lentz, der seit dem Jahr 2000 die Stiftung Napoleon leitet. Andere Gegner des Kunstwerks sammeln Unterschriften. „Nein zur Grabschändung“ ist die Petition des Vereins „France Bonapartiste“ überschrieben. Der konservative Abgeordnete Jean-Louis Thiérot (LR) hat einen Brief an die Verteidigungsministerin geschrieben, damit sie das Skelett entfernen lasse. „Der Dom ist nicht ein Museum, in dem Künstler ihre Installationen zeigen, sondern eine nationale Gedenkstätte“, entrüstete er sich. „Der 200. Todestag Napoleons hat die alten Dämonen einer gespaltenen Nation wiederauferstehen lassen“, bedauerte der Künstler in einem offenen Brief an seine Kritiker.

200. TODESTAG NAPOLEONS:

## Schluckauf der Geschichte

- VON **JÜRGEN ALTWEGG**, GENF
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2021-10:15



Eine Napoleon-Statue von Charles-Emile Seurre steht im Ehrenhof des „Hôtel des Invalides“ in Paris. Bild: dpa

Am 5. Mai 1821 starb Napoleon. Er hinterließ ein moralisches Erbe. Wie geht Präsident Macron im Gedenkjahr mit diesem langen Schatten um?

Frankreich erlebt derzeit eine geballte Serie verwirrender Gedenktage. Der Aufruf der Generäle im Ruhestand zur „Wiederherstellung der Ehre“ wurde am 21. April veröffentlicht, dem Jahrestag des Putschversuchs der Armeespitze gegen De Gaulle in Algerien. Die Verantwortlichen waren von Präsident Mitterrand im Zuge seiner Amnestie zur „nationalen Befriedung“ begnadigt worden. Gleichzeitig gewährte Mitterrand den „Roten Brigaden“ politisches Asyl.

Jetzt liefert sein Nachfolger **Macron** die Terroristen im Ruhestand an Italien aus – im Namen der europäischen Imperative und aus Respekt vor den französischen Opfern islamistischer Attentate. Die Intellektuellen, die sich über die Begnadigung der Folter-Generäle empört hatten, bezichtigen ihn des Verrats. Die Petition der Militärs stilisieren sie zur Gefahr eines faschistischen Putsches. Tatsächlich hat Marine Le Pen die Generäle aufgefordert, die „Schlacht um Frankreich“ an ihrer Seite zu führen. Ebenfalls an einem 21. April war ihr Vater Jean-Marie Le Pen in die Stichwahl um die Präsidentschaft gekommen.

Am 10. Mai jährt sich Mitterrands Wahl zum vierzigsten Mal. In vier Bänden und dreißigtausend Versen erzählt ein Autor sein Epos: „Mitterrandiade“. Zwei Tage zuvor ist der Jahrestag des Kriegsendes fällig. Frankreich hatte ihn im Zuge der deutsch-französischen Versöhnung abgeschafft, Mitterrand führte ihn wieder ein. Zum Ende seiner Regentschaft aber lobte er am 8. Mai 1995, ein halbes Jahrhundert nach 1945, in Berlin den Mut der Wehrmacht.

### Napoleon setzte die Sklaverei durch

Nun steht Napoleons zweihundertster Todestag an. „Als seine Erben müssen wir das moralische Sühnen für seine Irrtümer und seine Verbrechen auf uns nehmen“, stöhnt Thierry Lentz, Präsident der Napoleon-Stiftung. Den Kampf gegen ein vom Plastiker Pascal Convert geschaffenes Skelett von Napoleons Pferd Marengo, das über der Grabstätte aufgehängt wird, hat er verloren. Sein sechzigstes Buch – „Pour Napoléon“ – ist eine Abrechnung mit den „albernen Ideen und Aktionen“ der Cancel Culture. Der Kaiser hatte die Wiedereinführung der Sklaverei durchgesetzt, in Übersee sind Statuen gestürzt, in Frankreich verschmiert worden.

Ein bekannter Richter, der Affären und Skandale aufklärt, hat ein Buch zu Napoleons Verteidigung geschrieben. Dessen Umgang mit Frauen beschreibt er im Maßstab der Epoche. Sieben Leben hat Napoleon

in einem Arte-Film, zwölf sind es in der Biographie von David Chanteranne: „Les douzes morts de Napoléon“. Marie-Paule Raffaelli-Pasquini, eine junge korsische Historikerin, vergleicht „Napoleon und Jesus: Ein Messias in der Politik“. Die Revolution habe dem Volk den Glauben gestohlen, das Bedürfnis aber war noch da.

„Macron muss sich am Grab Napoleons verneigen“, fordert derweil Prinz Jean d’Orléans. Der Thronfolger der Monarchie reagierte auf Berichte, denenzufolge der Präsident mit dem Gedanken spiele, nur seinen Premierminister Jean Castex zu schicken. Für Macron geht es um die Wiederwahl in einem Jahr.

## Ehrung eines Verbrechers

Wie Napoleon wollte der junge Präsident Frankreich und Europa reformieren. Trump und Putin empfing er mit dem Pomp der Republik. „France is back“, staunte die Welt. Auch für Macron wurde Moskau zum Menetekel. Das Bild, auf dem er nach dem Sieg der Franzosen im Endspiel der Fußball-WM in Russland von seinem Sitz hochspringt, ging um den Erdball. Auf der Triumphfahrt der Mannschaft in den Elysée-Palast entzog Macrons Sicherheitschef Benalla, der im Bus saß, die Spieler dem wartenden Volk, aber stundenlang feierten sie mit dem Präsidenten. Drei Tage später tauchten Videos auf, die zeigen, wie Benalla, als Polizist verkleidet, am 1. Mai auf Demonstranten eingeschlagen hatte. Das war Macrons erste Affäre. Kurz danach brach die Gelbwesten-Revolution aus.

Es gab den Plan, zu Napoleons zweihundertstem Todestag die erst kürzlich entdeckten sterblichen Überreste von General Gudin, der auf dem Russlandfeldzug starb, nach Frankreich zu holen und Putin einzuladen. Die Verschlechterung der Beziehungen wegen des inhaftierten Alexej Nawalnij verzögert die Umsetzung. In Paris hat der Historiker Louis-Georges Tin, der Ehrenpräsident des Dachverbands aller Schwarzen-Vereinigungen, ein Ultimatum formuliert. Eine Ehrung Napoleons sei so verwerflich wie die Blumen, mit denen Mitterrand immer heimlich Pétains Grab schmücken ließ: „Wenn er den 5. Mai begeht, ist Macron am 10. Mai unerwünscht.“ Immerhin hat der Präsident den Kolonialismus als Verbrechen gegen die Menschlichkeit bezeichnet.

Der 10. Mai ist inzwischen auch der Gedenktag der Sklaverei. Er geht auf Präsident Jacques Chirac zurück, der den zweihundertsten Jahrestag der Schlacht von Austerlitz boykottiert hatte. Den Initiatoren wäre der 8. Februar lieber gewesen: 1815 hatte an diesem Tag der Wiener Kongress den europäischen Sklavenhandel abgeschafft – gegen den Willen Frankreichs.

„CANCEL CULTURE“ AN DEN UNIS:

## Worüber man nicht spricht

- VON BARBARA ZEHNPFENNIG
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2021-09:51



Protest gegen eine Kopftuch-Konferenz an der Universität Frankfurt im Mai 2019. Zuvor war die Entlassung der veranstaltenden Professorin gefordert worden. Bild: Wonge Bergmann

Die wachsende Zahl an Ausladungen und Sprechverboten an den Hochschulen zeigt nur die Spitze der Intoleranz. Die „Cancel Culture“ trifft die Wissenschaft im Kern. Ein Gastbeitrag.

Wenn heute eine nicht unbeträchtliche Zahl von Wissenschaftlern der Ansicht ist, in einem Klima zu leben, das die Freiheit der Wissenschaft bedroht, wird ihnen oft entgegengehalten: Von wem soll denn eine solche Bedrohung ausgehen? Man kann bei uns doch alles sagen! Es wird ihnen unterstellt, dass sie sich weinerlich nach den guten alten Zeiten sehnten, die es so nie gegeben habe, dass sie keine Kritik an ihrer Forschung ertrügen und sich als alte weiße Männer an ihren Privilegien festkrallten, die sie durch die neuen Zeiten in Gefahr sähen.

Schon der letzte Vorwurf, der im Übrigen die alten weißen Frauen durch Nichtbeachtung diskriminiert, zeigt aber, dass es in diesem Meinungskampf um Ideologie geht. Was hat Wissenschaft mit dem Geschlecht und Alter ihrer Akteure zu tun? Früher hätte man den Spruch über die „alten weißen Männer“ schlicht als dumm abgetan. Heute ist er geradezu in den Rang eines Arguments erhoben, obwohl er genau den **Rassismus** transportiert, den er zu bekämpfen vorgibt. Aber auch die anderen Unterstellungen sind dazu angetan, von der Sache abzulenken. Denn sie beruhen auf der Spekulation über Motive, statt sich mit dem behaupteten Sachverhalt auseinanderzusetzen.

Wie verhält es sich also tatsächlich mit der Wissenschaftsfreiheit? Kann man bei uns alles sagen? Ja, das kann man in der Tat. Die Frage ist aber, zu welchem Preis man das kann. Schon dass es einen Preis hat, als Wissenschaftler über bestimmte Themen wie Kolonialismus, Geschlecht oder Islam in einer Weise zu denken, die nicht den von minoritären Deutungseliten vorgegebenen Denkmustern entspricht, ist ein Problem. Damit ist keineswegs das Problem gemeint, auf Widerspruch zu stoßen. Ganz im Gegenteil, der Widerspruch, das Aufeinandertreffen von Argument und Gegenargument, ist das Lebenselixier der Wissenschaft. Wer das nicht aushält, wer es nicht erträgt, wenn die eigenen Forschungsergebnisse kritisiert und gelegentlich auch zerpflückt werden, ist in der Wissenschaft nicht am rechten Ort.

## Moral statt Argumente

Das Problem ist, dass der Andersdenkende oft gar nicht mehr die Gelegenheit erhält, seine Position zu begründen. Er hat gegen einen ungeschriebenen Kodex verstoßen, und das macht ihn satisfaktionsunfähig. Wer den Rassismus nicht für eine europäische Erfindung hält, wer im Kopftuch ein Symbol der Unterdrückung der Frau sieht, wer darauf besteht, dass Geschlecht nicht einfach nur ein gesellschaftliches Konstrukt ist, hat sich in weiten Teilen der akademischen Welt schon so unmöglich gemacht, dass man gar nichts weiter von ihm hören will. Es ist also nicht so, dass man sich bei solchen Positionen auf ein Bombardement von Gegenargumenten einstellen müsste. Der Angriff zielt vielmehr auf die Person.

Die Mittel des Ausschlusses sind vielfältig. Gegen einen Kommunikationswissenschaftler, der in einem Beitrag für das Forum einer Fachzeitschrift die Praxis des Genderns kritisiert, wird eine Unterschriftenliste organisiert, in der 82 Fachkollegen fordern, derartige Beiträge nicht mehr zu drucken. Ein Pegida-Forscher, der dafür plädiert, mit den Teilnehmern an den Pegida-Demonstrationen doch auch einmal zu reden, um ihre Motive zu verstehen, wird vielfach öffentlich angefeindet. Von studentischen und städtischen Gruppen wird ihm das Recht bestritten, an ihrer Universität einen Vortrag zu halten. Schließlich zündet irgendjemand sein Auto an. Gegen einen Politikwissenschaftler, der das Tragen eines Kopftuchs in der Schule als Verstoß gegen das staatliche Neutralitätsgebot wertet, erstattet eine Studentin Anzeige wegen Volksverhetzung. Die Stadt Hannover sagt den Vortrag eines renommierten Historikers über die Kolonialgeschichte ab, weil eine rassismuskritische Initiative das Auftreten eines „weißen Mannes“ zu diesem Thema bemängelt und an der Diskussion, die im Anschluss an den Vortrag geplant war, nicht mehr teilzunehmen bereit ist. Beispiele unter vielen.

Da der Antirassismus, der Antieurozentrismus, die Gendertheorie und der Multikulturalismus die Seite des moralisch Guten okkupiert haben, ist der Kritiker dieser Strömungen fraglos der moralisch anrühigen zuzuordnen. Die Verlagerung der Auseinandersetzung von der Sachebene auf die Ebene des Moralischen erlaubt den Ideologen eine erfrischende Freiheit im Umgang mit den Fakten: Was bedeutet schon die naturwissenschaftliche Forschung zu den Geschlechtern, wenn man solch schöne sozialwissenschaftliche Theorien über die gesellschaftliche Konstruktion des Geschlechts hat? Wen interessieren die historischen Tatsachen zum Thema Sklaverei, wenn man doch weiß, dass hier alle Schuld beim weißen Mann zu suchen ist?

Für diejenigen, die sich dem geforderten Denk- und Sprachduktus nicht unterwerfen, kann die Lage geradezu aussichtslos werden. Ihre Argumente will man nicht hören, gegen den Vorwurf der moralischen Unanständigkeit können sie sich nicht wehren, weil Argumente nicht gehört werden. Wer einmal als „problematisch“ oder „umstritten“ kategorisiert wurde, ist im Grunde wissenschaftlich erledigt. Es wird einsam um ihn, andere scheuen nun seine Nähe, weil die Verachtung auf sie überspringen könnte. In der Folge wird er möglicherweise nicht mehr zum Vortrag eingeladen und bekommt keine Forschungsgelder mehr. Er wird zum wissenschaftlichen „Outlaw“.

## Lauter angebliche Einzelfälle

Trotzdem wird immer wieder behauptet, das geschilderte Phänomen betreffe nur Einzelfälle. Es gebe keine nennenswerte Zahl von Wissenschaftlern, die beispielsweise von Vorträgen wieder ausgeladen wurden, nachdem die Studentenschaft gegen ihren Auftritt protestiert hatte oder die Hochschulleitung kalte Füße bekommen hatte, weil sie möglicherweise Polizeischutz hätte organisieren müssen, damit der Redner zu Wort kommen kann. Doch abgesehen davon, dass sich diese angeblichen Einzelfälle häufen, darf nicht übersehen werden, was der für alle spürbare Sanktionsmechanismus der moralischen Ächtung subkutan für Verwüstungen anrichtet. Sichtbar ist nur, wer bereits dem Verdikt verfallen ist. Unsichtbar aber bleiben die vielen, die aus Angst vor einer Ächtung, gegen die man sich eben nicht wehren kann, nicht so reden, wie sie denken, und nicht so forschen, wie sie gerne forschen würden.

Das bedeutet die Ausbreitung des Duckmäsertums und der Heuchelei in die Wissenschaft. Man macht seinen Kotau vor Diversität, Gender und europäischer Universalschuld und versucht, dahinter verborgen doch noch etwas von dem zu retten, was einem eigentlich wichtig ist. Oder man ergibt sich völlig dem Druck und liefert das Geforderte. In beiden Fällen verstärkt man die schon vorhandene Tendenz. Natürlich

kann man den Betreffenden vorwerfen, dass sie auf diese Weise an dem Netz mitknüpfen, das sie einschnürt. Aber Heldentum ist eben dünn gesät – und an der Universität, so der Eindruck, den man manchmal haben kann, vielleicht noch dünner als an anderen Orten.

Rechtfertigen es die geschilderten Sachverhalte, die Wissenschaftsfreiheit in Gefahr zu sehen? Es gibt dafür jedenfalls ernst zu nehmende Indizien. Rein ideologisch begründete Theorien behaupten einen Geltungsanspruch, der schlicht hegemonial ist. Diese Theorien geben zugleich einen korrekten Sprachgebrauch vor, gegen den zu verstoßen sofort den Abweichler, den „umstrittenen“ Kollegen identifiziert. Alternative Forschungsansätze geraten unter Rechtfertigungszwang. Die freie Wahl des Forschungsgegenstands ist bereits eingeschränkt, wenn bestimmte Themen oder Methoden moralisch sanktioniert oder nicht mehr durch Drittmittel finanziert werden.

Wenn sich in der Wissenschaft die Haltung breitmacht, die Wahrheit bereits gefunden zu haben, und die Forschung nur noch dem Zweck dient, sie zu verifizieren, trifft das die Wissenschaft im Kern. Wissenschaft ist fortwährende, möglichst vorurteilsfreie, auf jeden Fall aber existenziell auf die sachliche Auseinandersetzung angewiesene Erkenntnis- und Wahrheitssuche. In ihr kann es nur um die Sache gehen, nicht um die Personen, nicht um moralische Qualifizierungen, nicht um politische Zielsetzungen. Wenn das aus dem Blick gerät, ist in der Tat viel verloren. Deshalb sollte man nicht als persönliche Empfindlichkeit abtun, was der Sorge um den Kern wissenschaftlichen Arbeitens entspringt: die Bewahrung des wissenschaftlichen Ethos, das nicht zuletzt darin besteht, die Wissenschaft so weit wie möglich von allen wissenschaftsfremden Einflüssen frei zu halten, selbst wenn diese den eigenen Neigungen und Idiosynkrasien entsprechen.

Die Autorin ist Professorin für Politische Ideengeschichte an der Universität Passau.

LESEFÄHIGKEIT VON SCHÜLERN:

# Sprengstoff für die Demokratie

- EIN KOMMENTAR VON [HEIKE SCHMOLL](#)
- -AKTUALISIERT AM 05.05.2021-08:49



Ein Schüler einer achten Klasse liest ein Buch. Bild: dpa

Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern sind im Internet noch anfälliger für jedwede Art der Propaganda und Meinungsmache.

Wenn mehr als die Hälfte der 15 Jahre alten Schüler nicht zwischen Meinung und Fakten unterscheiden können, ist das nicht nur ein Armutszeugnis für ihre Lesefähigkeit, sondern auch ein politischer Befund. Denn die Mehrheit der Jugendlichen ist damit anfällig für Beeinflussung im Netz, auch wenn sie ausweislich der OECD-Sonderauswertung zur Pisa-Studie 2018 ein enormes theoretisches Wissen zum Umgang mit Quellen im Internet besitzt.

Da Lesefähigkeit am stärksten mit dem Elternhaus verknüpft ist, weil die Anzahl der Bücher zu Hause und die elterlichen Vorbilder beim Lesen immer noch Schlüsselindikatoren für gute Leser sind, wird der Befund noch brisanter für die bildungsfernen Schichten. Deren Büchermengen waren schon immer gering, haben aber in den letzten Jahren noch mehr abgenommen.

Wer außerdem nicht „analog“ liest, hat keine Freude beim Lesen und kann es auch schlechter. Dieser Befund ist angesichts der Internetseligkeit vieler Bildungspolitiker geradezu revolutionär. Das bedeutet aber auch, dass die Kinder aus sozial schwachen Elternhäusern im Internet noch anfälliger sind für jedwede Art der Propaganda und Meinungsmache.

Gerade in der Pandemie dürfte der auf 21 Prozent bezifferte Anteil der schwachen Schüler, die nicht einmal das Mindestniveau im Lesen erreichen, noch größer geworden sein, damit auch deren Anfälligkeit für Manipulation.

## « Il n'y a pas de culture du viol dans notre école »

Nommée administratrice provisoire après la démission de Frédéric Mion, Bénédicte Durand a pris les commandes de Sciences Po le 10 février dernier.

### **LE FIGARO. - Comment avez-vous réagi face à l'ampleur de l' « affaire #SciencesPorcs » ?**

**Bénédicte DURAND.** - Il y avait un besoin de dire sa révolte face à aux agressions sexuelles. Que cette colère ait été dite sur les réseaux sociaux de la part d'une population jeune qui s'exprime parfois de manière radicale, voire disproportionnée au regard de la réalité des violences sexistes et sexuelles à Sciences Po, ne m'a pas étonnée. Cette poussée de colère, je l'ai entendue. J'ai entrepris un tour des sept campus afin de rencontrer les étudiants et d'identifier les moyens de transformer cette colère en actions. Cela suppose un retour au calme, un diagnostic précis, une prise en charge par l'institution des victimes qui se seraient exprimées de manière anonyme sur les réseaux.

### **Existe-t-il vraiment une « culture du viol » à Sciences Po ?**

Mon expérience de doyenne du collège universitaire, de directrice de formation et d'administratrice provisoire me permet de dire que, non, il n'y a pas de culture du viol à Sciences Po. Il n'y a pas de système particulier à notre institution qui protégerait ou qui couvrirait des actes criminels. Le rapport de l'inspection générale qui concerne Sciences Po laisse entendre qu'il n'y a aucune culture du secret. En réalité, le dispositif de lutte contre les violences sexistes et sexuelles est en avance par rapport à ce qui peut exister dans les autres universités.

### **Avez-vous reçu de nouveaux signalements depuis l' « affaire #SciencesPorcs » ?**

Oui, nous en avons reçu quelques-uns. Ces agressions vont des insultes sexistes au viol. Une enquête disciplinaire est toujours menée par l'établissement dans le cadre d'un signalement. On peut comprendre que les étudiants aient l'impression que cette enquête ne va pas assez vite, voire qu'ils puissent se demander si l'institution protège sa réputation. Mais, depuis la création de la cellule d'écoute en 2015, je n'ai jamais vu l'institution se comporter dans une logique complaisante à l'égard d'un étudiant accusé d'agression. Je comprends cependant cette inquiétude et nous allons travailler afin de rendre la procédure plus transparente. Lorsqu'il s'agit d'une présomption de viol, la question qui se pose est celle de l'article 40 et de la saisie immédiate du procureur. J'ai eu l'occasion de le faire deux fois depuis que je suis administratrice provisoire.

### **Voyez-vous un rapport entre ces témoignages et l'affaire Duhamel ?**

Je pense qu'un choc de cette nature est un traumatisme supplémentaire pour les victimes d'agressions. Même si le nombre de cas signalés, au regard des 14 000 étudiants, reste peu élevé, une victime, c'est une victime de trop. Il faut que la réponse institutionnelle soit claire sur la tolérance zéro de comportements violents de la part de quiconque à Sciences Po.

### **Après une année en distanciel, marquée par des crises institutionnelles, comment se portent vos étudiants ?**

Aujourd'hui, nous accueillons les étudiants dans la limite d'une jauge de 20 %. Pour beaucoup, je trouve les étudiants dans un grand état de fatigue. À Sciences Po, il y a cette vie d'établissement très particulière faite de conférences, de rencontres, d'engagements associatifs. Les première et deuxième années n'ont pas pu vivre cela et je comprends leur déception. On a vu l'augmentation de l'activité du pôle santé : les étudiants fragilisés psychologiquement ont été nombreux. On a augmenté les fonds d'aide sociale pour accompagner ceux qui avaient des difficultés financières. Pour autant, ils n'ont pas décroché.

# Luc Ferry: «Khmers verts et haine des vieux»

Ferry, Luc

## **CHRONIQUE - La stratégie de la haine d'EELV est d'autant plus déplaisante que les «boomers» peuvent être plutôt fiers de l'amélioration du monde à laquelle ils ont contribué, chacun à son niveau.**

Comme l'a écrit mon ami Jacques Julliard, il faudra bien un jour s'interroger sur *«l'étrange dérive des Verts français qui semblent depuis quelque temps ne plus pouvoir ouvrir la bouche sans proférer une ineptie ou une insanité»*.

Il est vrai que Julliard, comme l'auteur de ces lignes, n'est qu'un de ces affreux «boomers» (comprenez: les plus de 55 ans) que la campagne d'EELV en Île-de-France avait décidé de prendre pour cible avant d'être obligée de se rétracter. Comme le racisme et le sexisme, «l'âgisme», un phénomène qui, avec la pandémie, semble en pleine expansion, consiste à s'en prendre à toute une classe d'âge, à une catégorie entière de l'humanité dont les membres, pourtant tout aussi différents les uns des autres que les plus jeunes, sont considérés en bloc comme des ennemis, comme des coupables a priori, non pour ce qu'ils ont fait, mais pour ce qu'ils sont, à savoir des personnes (plus) âgées.

Pour bien enfoncer le clou, les «visuels» de la campagne montraient des hommes et des femmes arborant des cheveux d'une blancheur immaculée et des sourires éclatants, signes qu'ayant profité de la vie, ils se moquaient désormais des générations futures. Comme si parents et grands-parents se fichaient éperdument de l'avenir de leurs enfants! Pire encore, si possible: EELV jetait en pâture le visage de trois personnalités: un politique, un intellectuel et un journaliste. Il ne s'agissait plus de débattre, d'argumenter même fermement, mais d'inciter à la haine et au lynchage. Je tairai le nom des «malheureux élus» pour ne pas me rendre moi-même complice de cette indignité, mais je note quand même au passage que deux d'entre eux sont juifs ce qui, apparemment, dans le contexte actuel, ne gâche rien. Devant le tollé suscité par ces dérapages, Julien Bayou a été contraint de faire marche arrière, de présenter des excuses, arguant qu'il s'agissait d'une maladresse de son parti et que lui-même n'y était pour rien, n'ayant pas validé cet aspect de sa campagne. Dont acte. Reste que ces regrets tardifs seraient autrement plus crédibles s'il n'avait lui-même retweeté les images en question!

On ajoutera que cette stratégie de la haine est d'autant plus déplaisante que les «boomers» peuvent être plutôt fiers de l'amélioration du monde à laquelle ils ont contribué, chacun à son niveau. Loin de se goinfrer sans penser à l'avenir, c'est grâce à eux que les libertés ont progressé comme jamais dans l'histoire de l'Occident. La condition des femmes, et cet exemple à lui seul pourrait suffire, y a changé davantage en soixante-dix ans qu'en sept siècles. Rappelons au passage qu'en 1990, l'homosexualité était encore définie par l'Organisation mondiale de la santé comme une maladie, ce qui aujourd'hui tomberait sous le coup de lois édictées par des «boomers». Les sciences, en particulier la biologie et la médecine, ont progressé comme jamais: grâce aux immunothérapies inventées par des «boomers», on guérit des cancers qui étaient mortels il y a dix ans encore, et nous devons à l'intelligence de scientifiques, eux aussi pour la plupart des «boomers», d'avoir pu disposer en moins d'un an d'un vaccin contre le Covid, une performance sans aucun équivalent dans le passé. L'espérance de vie, qui n'était encore que de 63 ans en 1950, est aujourd'hui de 80 ans pour les hommes et de 85 ans pour les femmes!

Qui oserait prétendre que ce n'est pas un progrès? Dans le domaine économique, le pouvoir d'achat par habitant a été multiplié en France par trois depuis 1950. Merci les «boomers»! Faut-il en outre rappeler, *last but not least*, qu'il y a, dans la classe d'âge que visent nos fondamentalistes Verts, des militants qui n'ont pas attendu M. Bayou pour fonder l'écologie politique dont il n'est qu'un modeste héritier? Alors qu'elle se résumait encore dans les années 1970 à une secte gauchiste, l'écologie s'impose désormais dans tous les courants de la vie politique.

Il est maintenant essentiel de comprendre qu'il existe une «autre écologie», le grand courant de l'écomodernisme et de l'économie circulaire dont j'expose les principes dans mon dernier livre, une philosophie de l'environnement qui, à la différence de celle des Khmers verts, ne cherche ni à instiller la haine entre les générations, ni à nous imposer une décroissance mortifère, pas davantage à briser les rêves d'enfant, à les priver de bateaux à voiles, de viande ou de sapin de Noël, mais à concilier croissance, progrès et souci de l'environnement. Il serait temps que les gens raisonnables commencent à s'y intéresser.

## « Il ne peut y avoir de liberté d'expression quand il y a une parole dominante »

La liberté peut provoquer des excès dans les propos, mais c'est aussi le seul moyen de les combattre, estime la philosophe Monique Canto-Sperber, pour qui l'on peut tout dire sauf ce qui contraint l'autre au silence.

Propos recueillis par [Claire Legros](#)

Publié aujourd'hui à 00h54, mis à jour à 18h39



Monique Canto-Sperber. YANN LEGENDRE

**Entretien.** Face à la violence des réseaux sociaux, faut-il repenser la liberté d'expression ? C'est ce que propose la philosophe Monique Canto-Sperber, autrice de *Sauver la liberté d'expression* (Albin Michel, 336 p., 21,90 euros) qui invite à en refonder les limites. La liberté d'expression ne signifie pas seulement le fait de pouvoir parler, affirme-t-elle, mais définit aussi la possibilité que l'autre puisse répliquer.

### Comment analysez-vous les menaces qui pèsent aujourd'hui sur la liberté d'expression ?

La liberté d'expression était autrefois menacée par le pouvoir d'Etat et les autorités établies, en particulier religieuses. Aujourd'hui, elle est prise en otage par deux mouvements opposés. D'un côté on assiste, au nom de la liberté, à l'expression la plus extrême de la haine verbale, stimulée par l'extraordinaire diffusion des propos que permettent les outils numériques. De l'autre côté, on constate des phénomènes de censure inspirés par des courants sociaux extrêmement forts qui veulent imposer leur conception de ce qu'on peut dire et de ce qu'il faut taire.

Les pressions ne viennent plus tant d'autorités constituées identifiables que de groupes ou d'associations qui procèdent par intimidation, souvent de manière préventive, ce qui les rend difficiles à combattre.

### N'est-ce pas le seul moyen pour cette contestation de se faire entendre alors que cette parole a été marginalisée dans le débat public jusqu'à présent ?

Dans les universités et plus largement dans la société, émerge la revendication d'un langage qui traduirait les valeurs d'un groupe de pression ou d'une culture, au prix d'un contrôle sur l'usage de certains termes. Des manières de parler peuvent être soupçonnées d'être des marques de mépris ou de manque de considération à l'égard de minorités.

Face à cela, il est nécessaire de rappeler que la langue est un élément neutre, elle n'a pas à refléter les valeurs morales de telle ou telle association militante, sans quoi elle ne permet plus le débat, mais servirait à s'enfermer dans le cercle de ses certitudes.

Le plus grand bienfait de la liberté d'expression, c'est de permettre la diversité des opinions, à l'exclusion des opinions délictueuses. Qu'on ait des convictions et qu'on les défende ardemment, bien sûr, mais on ne peut pas priver les autres de la possibilité de penser différemment. Ce n'est pas en faisant taire ses détracteurs que l'on montre la force de ses convictions. Il faut vouloir se confronter à une adversité pour défendre ses propres valeurs.

## **En tant que directrice de l'Ecole normale supérieure (ENS), vous avez vous-même lutté contre des manifestations visant à interdire certains débats, mais vous avez aussi interdit deux conférences. N'y a-t-il pas là une contradiction ?**

Dès 2005, j'ai été confrontée à des pressions et intimidations dirigées contre des personnalités invitées. Et en 2011, j'ai en effet pris la décision d'interdire une conférence d'appel au [boycott de l'Etat israélien](#), puis la tenue d'une semaine de manifestations intitulée « Apartheid Israël ». Dans les deux cas, j'ai considéré que ces manifestations relevaient plus de la propagande que de l'appel au débat.

Si la thèse du boycott peut être discutée dans le cadre d'un débat contradictoire, elle ne saurait être lancée sous forme d'appel à la mobilisation, en tout cas pas au sein d'une institution publique de recherche et de formation. Ce serait la prendre en otage, l'instrumentaliser pour une cause qui est, de plus, contraire à la loi. Le [Conseil d'Etat](#) nous a donné raison, mais l'essentiel est que les deux parties, durant l'audience, et avant aussi lors de nombreuses discussions, aient pu exposer leurs arguments, ce qui n'est pas donné aujourd'hui aux victimes de la « [cancel culture](#) ». C'étaient des décisions nécessaires, mais difficiles à prendre pour la libérale que je suis.

## **Pourquoi dites-vous que les principes qui fondent la liberté d'expression ne sont plus adaptés ?**

Le philosophe anglais John Stuart Mill (1806-1873) a défini, au milieu du XIX<sup>e</sup> siècle, les règles de la liberté d'expression : lorsqu'il est libre, le débat contradictoire peut conduire à une forme d'autorégulation spontanée de la parole. Les contre-vérités, les propos aberrants ou loufoques finissent toujours par être critiqués et neutralisés.

Mais à cette époque, peu de personnes avaient accès à la parole publique et toutes partageaient les mêmes codes de langage. Entre radicaux et réactionnaires, le débat était possible. Ce n'est plus le cas aujourd'hui dans nos sociétés pluralistes et fragmentées, car ce ne sont pas seulement des arguments qui s'affrontent mais aussi des identités. La neutralité du langage comme médium, où les opinions opposées peuvent s'affronter, est contestée.

Il n'y a pas non plus vraiment de débat sur les réseaux sociaux. Le modèle économique des plates-formes est lié à l'usage d'algorithmes qui mettent en avant les messages les plus partagés, souvent émotionnellement très chargés, notamment de colère. Cela produit une distorsion qui rend la discussion impossible, les propos qui rappellent les faits ou font appel à la raison devenant vite inaudibles.

## **Etre libre de s'exprimer ne signifie pas que l'on peut tout dire. Comment définir aujourd'hui les limites de cette liberté ?**

Dans la tradition libérale, toutes les opinions sont permises sauf celles qui font « *un tort objectif à autrui* ». Mais ce principe n'est plus suffisant. Le mal que font les injures raciales, par exemple, ne relève pas seulement du tort objectif à autrui, il peut être aussi une atteinte directe aux normes collectives en contribuant à banaliser des préjugés racistes et même à changer le seuil de ce qui est acceptable au sein d'une société.

Il existe aussi des expressions qui, en jouant sur les stéréotypes, les allusions, les références, sont haineuses sans pouvoir être qualifiées d'« injures ». Il faut les distinguer des propos transgressifs, qui peuvent blesser, mais doivent être tolérés comme éléments du débat car leur but n'est pas de réduire l'autre au silence. Toute la difficulté est de distinguer les « *dommages et torts* » – par exemple les menaces de mort ou les injures, surtout raciales – des « *offenses* » qui déstabilisent mais n'empêchent pas de répliquer.

Dans ce contexte, la justice est un outil indispensable – surtout avec plus de moyens ! – mais elle ne peut pas suffire. Dans le meilleur des cas, elle dédommage les personnes injuriées, mais elle ne redonne pas la parole à celles qu'on a contraintes à se taire. D'autant que la sanction judiciaire arrive après un long délai, alors que les pressions exercées par les réseaux sociaux réduisent au silence immédiatement. Autant d'indices montrant qu'il faut repenser la régulation de la liberté d'expression.

## **Face à ces nouveaux défis, vous n'êtes pas favorable à une intervention restrictive de l'Etat. Pourquoi ?**

Nous sommes confrontés à un dilemme. Si l'Etat multiplie les lois pour essayer de prévenir les usages délictueux de la parole, on risque de se retrouver rapidement dans une société de censure. Imposer, par exemple, aux plates-formes numériques des obligations de résultats dans la traque des messages douteux peut très vite conduire à la « surcensure ». A cet égard, la phrase de Tocqueville : « *Je vous avais laissé traitant des abus de la liberté et je vous retrouve sous les pieds d'un despote* » semble prophétique. A l'inverse, si l'Etat ne fait rien, les volontés d'hégémonie des différents groupes de pression en conflit risquent de conduire au chaos. La marge de manœuvre est limitée.

## **Comment sortir de ce dilemme ?**

Une troisième voie consiste à mettre en avant l'importance de débattre, car c'est là qu'il est possible de discuter et de s'opposer à armes égales. La liberté d'expression ne définit pas seulement le fait de pouvoir parler, elle signifie aussi que celui auquel on s'adresse garde la capacité de répondre, alors que des usages de la parole privent autrui de toute possibilité de répliquer.

Restituer cette dimension de débat peut être une solution : des associations s'efforcent de la rétablir sur le Web. Les acteurs privés, que ce soient les utilisateurs des réseaux sociaux ou les annonceurs, ont aussi un rôle considérable à jouer. Ils doivent protester si leurs annonces sont associées à des messages conspirationnistes ou des fausses nouvelles, ils peuvent avoir un poids décisif.

## **Ces initiatives peuvent-elles vraiment suffire ?**

Une condition indispensable serait d'établir une forme de concurrence entre les propos, qui n'existe pas aujourd'hui. Il ne peut y avoir de liberté d'expression quand il y a une parole dominante. Les internautes qui ne se satisfont pas de la course à la viralité et de la violence qu'elle permet doivent pouvoir accéder à d'autres types de réseaux sociaux. La liberté d'expression est le problème mais c'est aussi la solution, à condition que le débat ne soit pas faussé. La liberté peut provoquer des excès dans les propos mais c'est aussi le seul moyen de combattre ces mêmes excès.

**Claire Legros**

ANTISEMITISMUS:

# Die beschwiegene Quelle des Judenhasses

- VON THOMAS THIEL
- -AKTUALISIERT AM 06.05.2021-08:12



Die Polizeistatistik zum Antisemitismus ist verzerrt und steht in auffallendem Kontrast zu wissenschaftlichen Studien. Doch Innenminister Seehofer gibt das schiefe Bild einfach weiter.

Am Dienstag hat das Innenministerium die Fallzahlen politisch motivierter Straftaten des vergangenen Jahres vorgelegt. Die Zahl antisemitischer Straftaten ist demnach ein weiteres Mal gestiegen, und zwar um 15,7 Prozent. Dem rechtsextremistischen Spektrum werden 94,6 Prozent zugerechnet. Innenminister Seehofer nannte das besorgniserregend und beschämend.

Dass die zweite Zahl höchstwahrscheinlich falsch ist, wird ihm bewusst sein. Spätestens seit der Antwort des Berliner Senats auf die Anfrage des FDP-Abgeordneten Marcel Luthe im Mai 2019 ist nämlich bekannt, dass die maßgebliche Polizeistatistik des Bundeskriminalamts verzerrt ist. Antisemitische Delikte, die nicht klar einer Tätergruppe zuweisbar sind, werden pauschal rechts eingeordnet. Selbst wenn sich bei den Ermittlungen herausstellen sollte, dass sie nicht rechtsextremistisch motiviert waren, bleiben sie in manchen Ländern – die Praxis ist unterschiedlich – in der dann nachweislich falschen Kategorie stehen.

## Amtliche Begründungen

Die Polizeibeamten können gegen den offenkundigen Unsinn nichts tun. Die Vorgaben könnten nur durch die Innenministerkonferenz neu geregelt werden. „Es ist ohne Zweifel realitätsverzerrend, wenn pauschal jede antisemitische Straftat dem rechtsmotivierten Straftatenbereich zugeordnet wird, da Antisemitismus viele Quellen hat“, sagt Martin Halweg von der Berliner Polizei gegenüber der F.A.Z. Das stimmt mit den Erkenntnissen der Antisemitismusforschung überein, die von drei Hauptwurzeln des Antisemitismus ausgeht: rechter, linker und religiöser Ideologie. Warum unternimmt der Innenminister keine Anstrengungen, die Bürger auf die Fehlerquelle hinzuweisen und die Statistik zu reformieren?

Es gibt in den BKA-Kriterien zwar auch eine Rubrik „nicht zuzuordnen“. Sie wird aber selten gewählt, weil nach Auskunft des Bundeskriminalamts eine menschenverachtende Ideologie wie der Antisemitismus primär rechts angesiedelt sei, wie eine Nachfrage dieser Zeitung ergab. Das heißt jedoch nicht, dass sie nicht auch einen anderen Hintergrund haben kann. Das Innenministerium erklärt auf Rückfrage unterdessen, dass man die unklaren Fälle dem rechtsextremen Spektrum zuweise, weil es zu Verzerrungen führen würde, wenn man sie der Rubrik „nicht zuweisbar“ einordnen würde.

Das BKA geht davon aus, dass die Motivation der Täter in der Regel klar erkennbar ist. Das ist in der Praxis jedoch oft nicht gegeben. **So komme es beispielsweise dazu, dass der von der Terrormiliz Hizbullah**

regelmäßig genutzte Hitlergruß auf einem Al-Quds-Marsch als rechtsradikale Straftat gewertet werde, kritisiert Benjamin Steinitz vom Bundesverband der Recherche- und Informationsstellen Antisemitismus.

## Prävention auf schiefer Basis

Die Polizeistatistik ist schon lange umstritten, weil das Ergebnis in auffallendem Kontrast zu Opferbefragungen steht. **Der große Beschwiegene ist der muslimische oder arabische Antisemitismus.** Der Terminus ist unscharf, denn ob diese Form des Antisemitismus auf religiöse oder politische Motive wie den Nahostkonflikt zurückgeht, ist in der Praxis schwer zu unterscheiden. Es ist auch nicht immer leicht, Islamismus und rechte Ideologie auseinanderzuhalten. **Nach einer Studie der Europäischen Agentur für Grundrechte von 2018 sind Menschen mit islamistisch-extremistischen Ansichten die am häufigste genannte antisemitische Tätergruppe in Deutschland mit 41 Prozent (im Vergleich: Rechtsextremismus liegt bei zwanzig Prozent).** Nach einer Studie der Universität Bielefeld, die auf einer Opferbefragung fußt, kommen **mehr als achtzig Prozent der antisemitischen Angriffe von Muslimen.**

Die statistischen Werte ändern sich deutlich, wo der Täter bekannt ist. Bei körperlichen Attacken gegen Juden weist der Antisemitismus-Bericht 2017 des „Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus“ neunzehn Prozent dem Rechtsextremismus zu, 81 Prozent dagegen Muslimen. Durch die Polizeistatistik „entsteht möglicherweise ein nach rechts verzerrtes Bild über die Tatmotivation und den Täterkreis“, heißt es in dem Bericht.

Das Bundesinnenministerium beruft sich darauf, eine händische Überprüfung für die Jahre 2017 und 2018 habe keine sachfremden Zuordnungen in der Statistik ergeben. Wie man sich diese Prüfung vorzustellen hat, wird auf Nachfrage jedoch nicht erläutert. Der Sozialwissenschaftler Ruud Koopmans berichtet indessen, dass von den 44 antisemitischen Straftaten, die 2017 in Hamburg registriert wurden, die Zuordnung in 24 Fällen geändert werden musste und davon in siebzehn Fällen eine Neuzuordnung der Motivation als „religiöse Ideologie“ (heißt: Islamismus) und in einem Fall eine Einstufung als „ausländische Ideologie“ vorgenommen wurde. Er beruft sich auf eine Auskunft des Hamburger Senats. Das Bewusstsein, dass die BKA-Statistik diese Form des Antisemitismus nicht angemessen erfasst, ist in den Behörden präsent. Seltsamerweise gibt es keine signifikanten Anstrengungen, die Fehlerquelle zu korrigieren.

Um Missverständnissen vorzubeugen: Dass vom Rechtsextremismus eine sehr große Gefahr für Juden ausgeht, ist völlig unumstritten. Es gibt keinerlei Anlass, das zu unterschätzen. Das kann aber kein Grund sein, der Öffentlichkeit wissentlich ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit zu präsentieren. Auf der Grundlage der Statistik werden Präventionsprogramme beschlossen. Wem der Kampf gegen Antisemitismus ernst ist, wird sich hier nicht auf schiefe Zahlen verlassen. Es wird Zeit, dass Horst Seehofer darüber aufklärt.

192,76

<https://www.lefigaro.fr/vox/societe/jean-eric-schoettl-le-blaspheme-va-t-il-etre-retabli-au-nom-du-respect-du-a-autrui-20210503>

## Le Figaro (site web)

lundi 3 mai 2021 - 18:23 UTC +02:00 1172 mots

Vox ; Vox Société

## Jean-Eric Schoettl:

# «Le blasphème va-t-il être rétabli au nom du respect dû à autrui?»

**FIGAROVOX/TRIBUNE - Si heurter une conviction est porter atteinte à la dignité des personnes qui la partagent, il n'y a plus d'enseignement, ni de liberté d'expression possibles, s'inquiète l'ancien secrétaire général du Conseil constitutionnel.**

*Jean-Éric Schoettl, conseiller d'Etat honoraire, est ancien secrétaire général du Conseil constitutionnel.*

L'incrimination de blasphème a été abolie en France une première fois en 1791. Elle l'a été une seconde fois, concomitamment à la proclamation de la liberté de la presse en 1881, avec l'abrogation des délits d'outrages à la «morale publique et religieuse» ainsi qu'aux «religions reconnues par l'État».

Il semblait par ailleurs acquis que l'arsenal dressé depuis la loi Pleven pour combattre l'incitation à la haine ou à la discrimination (ainsi que l'injure et la diffamation) à raison de la religion, de l'origine ethnique, de l'orientation sexuelle, etc. protégeait les personnes et non les dogmes. Ainsi, la Cour d'appel de Paris avait jugé en 2008 que les caricatures de Mahomet publiées par *Charlie Hebdo* en 2006 ne constituaient pas une injure à l'égard des musulmans.

L'alliance d'une cabale des dévots d'un nouveau type, d'une part, et du souci exacerbé de ne pas heurter la sensibilité de l'Autre, d'autre part, va-t-elle conduire à revêtir d'habits neufs le délit de blasphème? Telle est, entre autres problèmes de société, la question qu'a posée l'affaire Mila en janvier 2020.

Elle rebondit avec la position exprimée par François Héran dans son dernier ouvrage ( *Lettre aux professeurs sur la liberté d'expression* ). En résumant (peut-être un peu lapidairement) sa pensée, un propos relatif à une thématique investie par la croyance, dès lors qu'il est ressenti comme désobligeant par les croyants, fait violence à la sensibilité de ces derniers et doit être évité.

Bien sûr, l'auteur s'adresse aux enseignants et non aux juges. Il ne demande pas à la jurisprudence de ces derniers de rétablir le délit de blasphème. Mais, avec d'autres chantres des accommodements qu'appellerait désormais une société multiculturelle, il n'en incite pas moins les professeurs, par égard pour les sentiments de l'Autre, au scrupuleux respect des convictions des élèves.

Sous ses apparences humanistes, pareille ligne de conduite déboucherait sur une forme d'autocensure. Dans la tradition laïque, la transmission des connaissances, la formation de la raison, la construction de l'esprit critique et l'élévation à la condition de citoyen ne doivent pas être hypothéquées par les croyances. Chaque élève doit être considéré comme une personne et non enfermé dans une appartenance confessionnelle ou communautaire.

Le tact est certes indispensable, comme y exhorte Jules Ferry dans la belle lettre qu'il adresse le 17 novembre 1883 aux instituteurs. Mais le tact ne doit pas conduire à inféoder la parole du professeur aux susceptibilités du milieu d'où provient son auditoire. Jules Ferry le souligne dans sa lettre: «Parlez à vos élèves comme vous voudriez qu'on parle à vos propres enfants ; avec force et autorité toutes les fois qu'il s'agit d'une vérité».

Ménager les susceptibilités ne doit donc pas pousser l'enseignant à abdiquer son autorité ni à renoncer à son devoir de passeur. La mission confiée au maître par l'école de la République est de tirer les élèves vers le haut et de les mener vers le lointain. Il ne saurait donc faire allégeance aux préjugés qu'ils apportent dans la salle de classe. Il doit élargir leurs consciences et non sacraliser leurs répugnances.

Imagine-t-on que, pour ne pas froisser, les établissements de l'éducation nationale s'abstiennent par exemple d'enseigner l'évolution des espèces, la natation, le génocide des Arméniens ou les valeurs de la République? L'enseignement peut déstabiliser les croyances de certains élèves, mais il est la condition de leur émancipation.

Hélas, comme le montrent les enquêtes, les enseignants n'ont pas attendu M. Hérain pour pratiquer l'autocensure dans certaines parties du territoire. Leur prudence doit moins à une adhésion aux thèses séraphiques du vivre ensemble qu'aux arguments autrement percutants des tueurs de Charlie et de Samuel Paty, lesquels ont remis au goût du jour l'exécution capitale du blasphémateur.

Revenons au droit pénal, du moins au droit pénal officiel. La propension à voir dans une critique acerbe de la religion une injure aux croyants peut-elle conduire à la remise en cause de la sage jurisprudence, encore réaffirmée par la Cour d'appel de Paris en 2008, laquelle distingue injure aux personnes et critique, même véhémement, des croyances?

Ce risque, conjuré dans l'affaire Mila (malgré les premières réactions du parquet et de la garde des sceaux) avec le classement de la procédure (contre Mila) pour incitation à la haine, peut se réaliser dans le futur.

Il tient au mélange tonnant de deux phénomènes contemporains: le premier est que, au nom de la lutte contre les «phobies» (homo-, islamo- etc.) et contre les discriminations, le droit pénal est requis par les associations militantes de protéger la sensibilité des membres des groupes réputés discriminés contre tout propos susceptible d'être ressenti par eux comme offensant ; le second tient à ce que les croyances d'une personne, lorsqu'elle appartient à une catégorie réputée discriminée, tendent à être regardées comme consubstantielles à la fois à sa personnalité et à la définition de son groupe d'appartenance. Doublement sacrées en quelque sorte.

*Comme l'écrit Catherine Kintzler: « La question du blasphème est posée sous une forme très précise qui n'est plus celle qu'ont connue nos aïeux (...). Le noyau profond de ce retournement est une redéfinition juridique subreptice de la personne, laquelle inclurait comme essentielles les convictions, de sorte qu'insulter une conviction serait insulter les personnes qui la partagent. »*

Dès lors, une insulte à la croyance deviendrait une injure aux croyants au sens pénal du terme (troisième alinéa de l'article 33 de la loi du 29 juillet 1881 sur la liberté de la presse). Et ce serait la jurisprudence et non le législateur qui opèrerait cette extension.

Ainsi se réinstallerait sans crier gare, non en vertu de la loi et conformément à la volonté du Parlement, mais par voie jurisprudentielle, la prohibition du blasphème. Et non plus cette fois au nom d'une vérité transcendante, mais au titre de la protection de la personnalité des membres des groupes réputés discriminés.

Faut-il rappeler, ainsi que l'a fait, il y a près d'un demi-siècle, la Cour européenne des droits de l'homme dans sa décision *Handyside c/ Royaume Uni* (7 décembre 1976), que « la liberté d'expression vaut même pour les idées qui heurtent, choquent ou inquiètent une partie de la population »? Ou faut-il considérer qu'une partie de la population doit désormais bénéficier, au pays de Voltaire et de Diderot, d'une protection juridique spéciale du fait de sa religion?

# Nur Deutschland ignoriert die Chancen der Atomkraft

...| Lesedauer: 6 Minuten

Von **Klaus Geiger**

Ressortleiter Außenpolitik

Die Grünen und ihre Unterstützer geben sich gern kosmopolitisch. In Wahrheit sind viele ihrer Positionen provinziell. Das zeigt sich besonders beim Thema Kernenergie. Was im Rest der Welt geschieht, wird einfach ignoriert.

Deutschland erlaubt sich im 21. Jahrhundert den Luxus, auf nationalen Irrwegen zu wandeln und den Rest der Welt zu Geisterfahrern zu erklären. Das gilt beim Thema Migration, bei der Verteidigungspolitik – und beim Klimaschutz. Und hier wiederum besonders bei der Frage: Welche Rolle soll die Atomkraft beim Klimaschutz spielen? Deutschlands Antwort lautet: gar keine. Das ist im Kreise der großen Industrieländer eine singuläre Position.

Nach den Ereignissen von Fukushima im Jahr 2011 beschlossen neben Deutschland nur die Schweiz und Japan das Ende der Atomkraft. **Japan hat seinen Atomausstieg inzwischen längst wieder rückgängig gemacht.** Auch fast alle anderen Industrienationen der Erde sind der Überzeugung, dass eine realistische Klimaschutz-Strategie die Atomkraft benötigt.

**China, Indien, Russland und die USA planen mehr als 80 neue Atomkraftwerke.** In Europa gibt es Projekte in Finnland, Ungarn, Großbritannien oder im Tschernobyl-Land Ukraine. Und Polen will erstmals in seiner Geschichte in die Kernkraft einsteigen, ein AKW ist nahe der deutschen Grenze geplant. **Für die Deutschen sind diese Länder alle Geisterfahrer. In Umfragen sind zwei Drittel der Bundesbürger gegen die Nutzung von Kernenergie.** Kein Wunder: Über vier Jahrzehnte wurde die Kernkraft nirgends auf der Welt so dämonisiert wie hierzulande. Der Atomausstieg wurde von einer CDU-Kanzlerin vollzogen – den Boden hatten die Grünen lange bereitet. Auch hier ist Deutschland singulär: In keinem Land der Erde gibt es eine grüne Partei mit Chancen auf die Macht.

Aber die Welt hat sich seit Fukushima geändert, seit Tschernobyl sowieso. **Der Klimawandel ist unbestritten das größte Menschheitsproblem – und den Risiken der Kernkraft steht ihr Vorteil gegenüber, dass sie klimafreundlich extrem viel Energie produziert. Die Gefahren der Kernkraft sind unbestritten, aber das sind**

jene des Klimawandels auch. **Es ist eine Abwägung.** Aber viele Deutsche und ihre grüne Partei gehen Klimaschutz und besonders Atomkraft längst nicht mehr abwägend an, sondern **verbohrt** – eine Attitüde, die sich der Rest der Welt nicht leisten kann oder mag. **Die Grünen** und ihre Anhänger halten sich für kosmopolitisch – dabei sind sie inzwischen provinziell. Sie **sind zu Nationalisten geworden, ganz besonders beim Klimaschutz.**

Das wird besonders deutlich, wenn man das kleine Karo der deutschen Öko-Partei mit den Ideen von Menschen vergleicht, die global denken. Mit den Ideen von **Bill Gates** etwa. Der amerikanische Software-Milliardär steckt nicht nur Milliarden über seine Stiftung in Entwicklungshilfe, sondern ist auch einer der klügsten und klarsten Denker, was die Probleme des Jahrhunderts angeht.

**Auch er hält den Klimawandel für das größte Problem der Menschheit.** Erneuerbare Energien sind auch für ihn die zentrale Lösung, und er fordert deren schnellen Ausbau. **Aber er rechnet ehrlich durch, dass Erneuerbare nicht reichen. Um den Klimawandel aufzuhalten, müssen sehr viele Prozesse elektrifiziert werden – von der Stahlerzeugung bis zum Autoverkehr.** Um das zu schaffen, wird die Welt mindestens das Doppelte der heute verbrauchten Elektrizität benötigen.

Bis 2050 werden zudem drei Milliarden Menschen mehr den Planeten bevölkern. Die Menschen in Afrika und Asien träumen von jenem Leben, das für Deutsche selbstverständlich ist. **Bill Gates weiß**, dass freie Menschen von ihren Träumen nicht abzubringen sind – und schlussfolgert: **Wir müssen die Welt klimaneutral machen, während sie weiter wächst. Ohne Atomkraft geht das nicht.**

Weltweit wird an Technologien geforscht, mit denen die Nachteile der Kernkraft überwunden werden sollen. So werden Verfahren erforscht, bei denen weniger Atommüll anfällt – oder Reaktoren, die mit Atommüll betrieben werden können. Eine andere Firma entwickelt kleine Reaktoren, die große AKWs ersetzen sollen. Die Fortschritte sind vielversprechend. Fakt ist aber auch: Bis diese Ideen marktreif sind, wird es lange dauern, teilweise Jahrzehnte. **So lange setzen die meisten Industriestaaten auf klassische Kernkraft – als „Brückentechnologie“, wie einst auch Angela Merkel die Atomkraft nannte, bevor die Physikerin dem grünen Sonderweg folgte.**

**Die Grünen verteufeln sowohl klassische Atomkraft als auch innovative Ansätze.** Für sie ist Kernkraft laut Wahlprogramm „Risikotechnologie“, die keine Zukunft haben darf. **Aber wie soll der Energiebedarf einer Welt mit zehn Milliarden Menschen gedeckt werden? Hier bleiben die Grünen nebulös.** „Klimaschutz und globale Entwicklung müssen verlässlich finanziert werden“, heißt es im Wahlprogramm unter dem Punkt „Globalisierung“, der viel vage Weltrettungsprosa enthält. **Wäre das Programm ehrlich, müsste dort**

entweder stehen: Liebe Menschen in den Entwicklungsländern, ihr müsst leider arm bleiben. Oder: Liebe Bundesbürger, ihr müsst leider ärmer werden.

Aber dass Verzicht und Verbote nicht gut ankommen, mussten die Grünen in früheren Wahlkämpfen lernen. Deshalb bleiben sie lieber im Ungefähren. Wer die Wahrheit erfahren will, muss andernorts suchen, bei den medialen Hilfstruppen der Partei etwa. Aufschlussreich war zuletzt etwa eine Podcast-Folge der ZDF-Wissenssendung „[Terra X](#)“ mit dem Titel: „Kann Kernenergie das Klima retten, Harald Lesch?“ Der Physiker Harald Lesch ist als TV-Moderator ein deutscher Popstar der Wissenschaft, der seit Jahren vor einem Millionenpublikum über Fragen des Universums spricht.

Angesprochen auf die Forschung an moderner Kernkraft, sagt Lesch in dem Podcast: „**Was ich sehe, ist die Sekte der Technikgläubigen.**“ Der Moderator pflichtet ihm bei: „**Ist es nicht verrückt, dieser Wachstumsfetisch?**“ Lesch: „**Diese ökonomische Ideologie ist schon fast in unseren Genen.**“ Atomkraft sei der „verzweifelte Versuch, den Status quo zu erhalten“. Niemand stelle sich die Frage: „Wie könnten wir denn auch ganz anders leben?“

Niemand? Die Frage stellen sich die Menschen in ökologisch bewegten Kreisen saturierter Industrieländer wie Deutschland spätestens seit 1972. Damals erschien „[Die Grenzen des Wachstums](#)“, jene Studie des [Club of Rome](#), die besagt: **Wirtschaftswachstum führt in die Katastrophe**. Nur wenn wir verzichten, können wir den Weltuntergang vermeiden. Aus ihrem Geist entstanden die Grünen. Und im grünen Wahlprogramm 2021 steht denn auch: „Unsere globale Wirtschaftsweise muss sich grundlegend ändern, damit alle Menschen faire Chancen erhalten.“

**„Das gehört ja auch zur DNA der Grünen“**

An einer Stelle des ZDF-Podcasts sagt der (mit ihm befreundete) Moderator zum Physiker Lesch: „Wir beide kommen ja auch noch aus einer Zeit, da hatten wir den ‚Atomkraft? Nein danke‘-Aufkleber hinten auf unseren schrottigen Autos.“ Lesch lacht wissend, und der Moderator sagt: „In Deutschland gehört das ja auch zur DNA der Grünen, zur DNA der Umweltbewegung.“

Ja, so ist es. Aber vielleicht wäre jetzt der Moment gekommen, sich von diesem Erbe zu lösen. Spätestens wenn die Grünen im Kanzleramt sind, könnten ihre Wähler den „Atomkraft? Nein danke“-Aufkleber vom [Tesla](#) abkratzen. Und ihn ersetzen durch einen Sticker mit einem Satz aus dem Buch von Bill Gates: „Atomkraft ist einfach zu vielversprechend, um sie zu ignorieren.“

IDENTITÄTSPOLITIK:

## „Unsere Gesellschaft wird von Gefühlen der Schuld und des Leids genährt“

- VON ANNABELLE HIRSCH
- -AKTUALISIERT AM 06.05.2021-18:06



Der amerikanische Kulturkritiker Thomas Chatterton Williams Bild: AFP

Der amerikanische Kulturkritiker Thomas Chatterton Williams war überzeugt, dass ein einziger Tropfen „schwarzen Bluts“ einen Menschen Schwarz macht. Dann bekam er ein weißes, blondes Kind. Ein Gespräch über sein viel diskutiertes Buch „Selbstporträt in Schwarz und Weiß“, das jetzt auf Deutsch erscheint.

Herr Williams, in der kommenden Woche erscheint Ihr Buch „Selbstporträt in Schwarz und Weiß“ auf Deutsch. Der Untertitel lautet „Unlearning Race“. Was bedeutet das?

Wenige Menschen, nur noch eingefleischte Rassisten, würden heute behaupten, dass „Rasse“ einer biologischen Realität entspricht, trotzdem würden viele sagen, dass es zwar ein soziales Konstrukt ist, welches aber durchaus Lebensrealitäten bedingt und beschreibt. Diese Vorstellung, es gebe ein grundsätzliches Schwarzes und ein Weißes In-der-Welt-Sein, das automatisch mit Vor- und Nachteilen einhergeht, schließt Individualität aus. Damit fühle ich mich unwohl.

Ist die Vorstellung denn so falsch?

Ich denke schon. Natürlich trägt man in unseren Gesellschaften nie einen Nachteil davon, wenn man Weiß ist, nur scheint es mir auch sehr vereinfacht zu behaupten, dass alle Weißen automatisch Privilegien genießen. In den USA betrachten wir Dinge oft durch das Prisma der „race“, wenn wir im Grunde von Klasse sprechen sollten.

Das geht ja oft Hand in Hand.

Selbstverständlich, das macht es ja auch so schwierig. Trotzdem glaube ich, dass die Dinge heute, im Jahr 2021, komplexer sind.

Der Ausgangspunkt des Buches ist die Geburt Ihres ersten Kindes. Sie befinden sich in einem Pariser Krankenhaus, die Hebamme sagt „irgendwas, irgendwas ... gold“, Sie verstehen, dass dieses Baby, dass Sie mit Ihrer weißen französischen Frau bekommen, weiß, blond und blauäugig ist. Wieso war das so ein „turning point“ für sie?

Ich bin mit der amerikanischen „one drop rule“ aufgewachsen: Ein Tropfen schwarzen Blutes macht einen automatisch zu einem Schwarzen. Ich habe einen Schwarzen Vater, Nachfahre afrikanischer Sklaven, der in den Südstaaten der USA aufgewachsen ist, und eine weiße Mutter mit Vorfahren aus Nordeuropa. Ich bin mixed-race, was mittlerweile auch anerkannt wird. Damals allerdings suggerierte man mir, diese Komplexität müsse aufgelöst werden in einem ganz simplen Entweder-oder: „Du hast beige Haut, krauses Haar, dein Vater ist Schwarz, also bist du Schwarz. Punkt.“ Ich habe das angenommen und mich dem angepasst, ich habe mein Schwarzsein regelrecht performt und ging dementsprechend irgendwie immer davon aus, dass meine Kinder auch schwarz sein würden. Als Marlow dann geboren wurde, mit Merkmalen, die von außen ganz eindeutig als „weiß“ ausgelegt werden (sie sieht aus wie eine Schwedin), begann ich mich zu fragen, inwieweit meine vereinfachte Idee von „race“ ihr im Leben weiterhelfen würde. Und so habe mich nach und nach davon entfernt.

So leicht, wie das nun klingt, ist es Ihnen nicht gefallen. Sie scheinen sich teilweise fast schuldig gefühlt zu haben, so als hätten Sie Ihre Familie, die ihres Vaters und die damit verbundene Geschichte, verraten.

Alle Aspekte unserer rassifizierten Gesellschaften werden von Gefühlen der Schuld und des Leids genährt. Das Gefühl der Schuld von Seiten weißer Amerikaner hat sehr positive wie auch negative Auswirkungen, [Donald Trump](#) ist eine negative davon. Auf der Seite der Afroamerikaner gibt es, so mein Eindruck, eine Art von Treue zum Leid, selbst wenn viele dieses in ihrem Alltag nicht mehr erleben. Als ich festgestellt habe, dass mir Räume nicht aufgrund meiner Hautfarbe versperrt bleiben und ich wegen ihr nicht leide, war das erst einmal schwierig zu akzeptieren, weil ich weiß, dass mein Vater es anders erlebt hat. Er hat deswegen gelitten, ihm wurden wegen seiner Hautfarbe Jobs verweigert, in gewissen Vierteln hätte er noch in meiner Kindheit, in den achtziger Jahren, als Schwarzer Mann kein Haus bekommen. Wenn man jemanden liebt, dann möchte man ihm nah sein und diese Erfahrung des Leids nicht vergessen.

Dieser Vater, der Ihnen die Welt der Literatur und der Philosophie eröffnet hat, spielt in Ihrem Buch eine große Rolle. Wenn Sie Schach spielen, nimmt er immer die schwarzen Figuren, weil er meint, das sei realer, weil schwieriger zu gewinnen. Wie ist das für ihn, dass Sie sich jetzt als „Ex-Schwarzer“ bezeichnen?

Ich denke, er ist froh darüber, dass ich freier leben kann als er. Das heißt natürlich nicht, dass er darauf aus war, dass unsere Familie innerhalb von drei Generationen weiß aussieht, allerdings spielt das für ihn auch keine große Rolle. Für ihn ist wichtig, dass seine Enkelkinder ihre Geschichte kennen, die Farbe ihrer Haare ist ihm relativ egal. Was mein Buch angeht, habe ich den Eindruck, dass er meinen Ansatz versteht und respektiert.

Dieser Ansatz klingt theoretisch auch toll, aber trägt er nicht dazu bei, dass die Machtverhältnisse bleiben, wie sie sind?

Im Buch gebe ich das Beispiel meiner Cousine mütterlicherseits, die meint, sie wolle sich mit der Lebensrealität von Afroamerikanern nicht beschäftigen, weil es keine Unterschiede mehr gebe, weil alle die gleichen Chancen hätten und die einfach nutzen sollen. Das ist natürlich falsch. Es gibt Etappen, die eine Gesellschaft durchlaufen muss, um den Begriff der Rasse zu überwinden. Bisher haben Weiße wenig über diese Fragen nachgedacht, weil Weißsein gewissermaßen als normal und alles andere als abweichend galt. Dass man das jetzt reflektiert und sich fragt, wie das eigene Leben das von anderen beeinflusst, ist gut und wichtig. Es geht mir aber auch darum, was man sich auf lange Sicht für eine Gesellschaft wünscht. Ich wünsche mir eine, in der oberflächliche Dinge wie die Hautfarbe und das Haar nicht mehr als aussagekräftig für die Identität einer Person angesehen werden.

**Der amerikanische Rassismusforscher Ibram X. Kendi sagte vor kurzem in einem „Spiegel“-Interview, man müsse am Begriff „Rasse“ festhalten, weil man sich ansonsten die Möglichkeit nimmt, Rassismus zu benennen und zu bekämpfen. Was sagen sie zu diesem Argument?**

**Das ist klar, dass er das sagt. Alles, was er schreibt und sagt, beruht auf der Idee von Rasse. Wenn es die nicht mehr gibt, hat er nichts mehr zur Debatte beizutragen. Nein, ernsthaft: Eine Figur wie Kendi und sein**

unbedingtes Festhalten an abstrakten Kategorien wie Rasse bereitet mir Sorgen. Sein Weltbild erscheint mir extrem vereinfacht und zieht uns in eine Spirale, aus der man nie rauskommt. Nachdem Derek Chauvin für den Mord an George Floyd in allen Anklagepunkten für schuldig befunden wurde, sagte er, das reiche nicht, Amerika sei noch nicht verurteilt worden, ganz Amerika sitze auf der Anklagebank. In seinen Augen ist es fast egal, was man an Reparationsleistungen aufbringt, es wird nie genug sein. Man muss diese leisten, aber man muss sich doch auch fragen, ab welchem Punkt man zwar nicht vergessen, aber die Wunde heilen lassen muss. Gerade fasst man die ganze Zeit voll hinein, das macht eine Heilung unmöglich.

Haben Sie sich mal ausgetauscht?

Ja, wir hatten mal ein Gespräch, in dem er meinte, eine farbenblinde Gesellschaft sei der Traum eines jeden Rassisten. Das Gegenteil ist wahr. Eine farbenblinde Gesellschaft ist ihr Albtraum. Ich habe für meine Reportagen mit vielen gesprochen, mit Renaud Camus, Richard Spencer und anderen. Spencer, der prominenteste Vertreter der „Alt-Right“ meinte, er hege große Hoffnungen, da dieses permanente Sich-seiner-Rasse-bewusst-Sein und Sich-schuldig-Fühlen, das im linken Diskurs derzeit stark ist, eine weiße Identitätsgruppe formt, die ihre eigenen Interessen durchgesetzt sehen will und eine Art weißen Stolz entwickelt, den man sich so bisher nicht zu äußern getraut hätte.

Donald Trump hat davon auch profitiert. Inwieweit haben vorher die acht Jahre Obama den Diskurs verändert?

Die Tatsache, dass ein schwarzer Mann Präsident werden kann, hat sehr vieles verändert, auch wenn nicht alle Leute wie ein Präsident leben können. Das hielten wir ja bis dahin nicht für möglich, heute wachsen Jugendliche mit dem Bewusstsein auf, dass es das durchaus ist. Natürlich krepelt das die Gesellschaft nicht schlagartig um, aber ich denke, dass es auf lange Sicht etwas bewegt hat. Ich glaube auch, dass wir uns auf eine Obama-Zukunft, nicht auf eine Trump-Zukunft zubewegen. Trump war ein Backlash, er steht für eine aussterbende Welt.

Vor ein paar Monaten haben Sie in der „New York Times“ geschrieben, Afroamerikaner sollten angesichts der Polizeigewalt und der angespannten Stimmung in den USA auswandern. Nun kann sich das zum einen ja nicht jeder leisten, zum anderen: Ist es in Frankreich, wo Sie leben, wirklich so viel besser?

Dass sich das nicht jeder leisten kann, ist mir natürlich absolut bewusst. Ich spreche ja auch von den Leuten, die es sich leisten könnten, und davon gibt es einige, viele der besonders lauten Stimmen gehören dazu. Und ja, es ist in Frankreich besser. Nicht dass es hier keinen Rassismus gibt, natürlich gibt es den, und es gibt derzeit viele Diskussionen zu dem Thema, aber als Afroamerikaner wird man in Paris zuallererst als Amerikaner und nicht als Schwarzer wahrgenommen. Das ist sicher etwas anderes, wenn man seine Wurzeln in einer ehemaligen Kolonie hat oder in einer Banlieue aufwächst, aber ich werde selten auf meine Hautfarbe reduziert.

Stört es Sie nicht, dass Ihr Ansatz ziemlich leicht von rechten Kräften instrumentalisiert werden kann und zum Teil auch wird?

Ich habe darüber lange nachgedacht, bin aber zu dem Schluss gekommen, dass man sagen muss, was man für wahr hält, und sich nicht davon aufhalten lassen kann, dass Leute, mit denen man überhaupt nicht einverstanden ist, es eventuell verdrehen und für sich nutzen werden. Das wäre sonst wie Sartre, der meinte, man müsse alles, was in der Sowjetunion abgeht, verschweigen. Ich halte mich da eher an Camus, der sagte, man müsse sagen, was wahr ist. Sonst kommt man nicht weiter.

Thomas Chatterton Williams: „Selbstporträt in Schwarz und Weiß: Unlearning Race“. Aus dem Englischen von Dominik Fehrmann. Edition Tiamat, 184 Seiten, 24 Euro.

## The power of negative thinking

# How to make long-term climate pledges add up

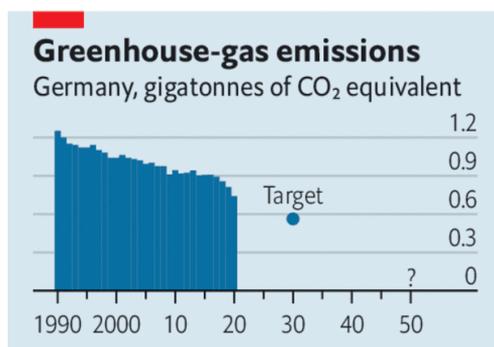
A German court shines a light on the murk of emissions targets

[Leaders](#) [May 8th 2021 edition](#)

The climate law that the German government passed in 2019 required a cut in greenhouse-gas emissions of 55%, from levels in 1990, by 2030. Climate activists saw this as insufficient. They took the government to court on the basis that, by not treating climate action seriously enough, it was denying basic rights to citizens of the future.

The court has now rejected the more ambitious aspects of that complaint. But its ruling at the end of last month did nevertheless find fault with the law. Although the target for 2030 was not in itself deemed to be inadequate, the court decided that it does pose a problem in the context of the law's longer-term aspiration to "net zero" emissions in 2050. The combination of the two pledges seemed to allow governments to impose a greater share of the total burden of decarbonisation on the future. The burden is all the heavier when you consider that the low-hanging apples are usually the first to be picked.

For justice to be done, the court ruled, there must be intermediate targets. It asked for details of them by the end of 2022. The immediate response, across all parties, was to talk of increasing ambition both in the near term and the longer term: a [65% cut by 2030](#), net zero by 2045.



The Economist

To achieve that would presumably require a quick end to the internal-combustion engine, long a wellspring of national engineering pride—and exports. Germany's coal phase-out would have to accelerate. And massive infrastructure development would be needed to support the Achilles heel of the country's renewable-energy infrastructure: its vulnerability to *kalte Dunkelflaute*, the cold, dark doldrums in which sun and wind abandon the land but the hearth must stay warm.

Germans—rich, green and technically adept—may find ways to accomplish all this. Or they may not. Over the past decade they have been quite happy to close down their fleet of emissions-sparing nuclear power plants. It would be odd if a long-standing aversion to nuclear power should prove to be the only political objective the country turns out to put ahead of its commitment to climate action.

However, the court's reservation also applies well beyond Germany. A near-term goal, expressed as a reduction in emissions with respect to some historical baseline, and a longer-term goal expressed as a date at which they intend to reach net-zero emissions, is increasingly the norm for countries seeking to take the climate seriously. These net-zero goals do not commit a country to a specific level of emissions, but to developing "negative emissions" on a scale that will cover whatever it does end up emitting. This makes what is actually being called for in terms of reduction between 2030 and 2050, or in some cases 2060,

impossible to assess. It thus makes the fairness of requiring that effort from future generations impossible to judge.

This is a gateway to endless fudge. Notional negative emissions are based on forestry, new agricultural practices, rewilding and various technologies that suck carbon from the atmosphere and store it underground. Because they can be invoked to make up any shortfall in emission cuts, some activists are sceptical of including them in targets.

Blanket doubt is unreasonable. Net-zero thinking makes geophysical and economic sense. Some emissions will surely prove so hard to abate that it will be cheaper to develop technologies to suck an equivalent amount of warming potential out of the air. And if that balance can be achieved globally, the concentration of greenhouse gases in the atmosphere will stabilise and the warming stop. That is why the Paris agreement of 2015 treats net-zero as a second-half-of-the-century goal.

But net-zero thinking is troublesome, even so. It allows the ultimate scope of emission cuts to remain undefined and sweeps all the uncertainties under a carpet of techno-optimism. To keep governments honest, voters and activists around the world need to echo the German court's order.

They should insist that governments show how they will create negative emissions in just and robust ways—so, no afforestation on poor people's land simply because you can and no double counting or leaky carbon reservoirs. And they must insist on good-faith estimates of the negative emissions governments are banking on. That way they can tell if they are feasible and see what cuts will be needed in five, ten or 15 years' time.

VORSTOSS DER US:

## Kippt der Patentschutz für Impfstoffe?

- VON CORINNA BUDRAS, ILKA KOPPLIN, WINAND VON PETERSDORFF UND JOHANNES RITTER
- -AKTUALISIERT AM 06.05.2021-17:18



Jetzt plädiert auch Amerika für eine Aufweichung des Urheberschutzes. Dabei ist fraglich, ob dies den Entwicklungs- und Schwellenländern wirklich helfen würde. Und es könnte Folgen für künftige Forschungsausgaben haben.

Für die Aktionäre des Mainzer Biotechnologieunternehmens BioNTech war der Donnerstag ein schwarzer Tag. Der Börsenkurs des Impfstoffherstellers sackte um bis zu 18 Prozent nach unten. Auch die Aktien der Rivalen Curevac und Moderna gingen auf Sinkflug. Die Anleger reagierten auf die überraschende Unterstützung der Amerikaner für eine temporäre Aussetzung des Patentschutzes auf Impfstoffe und Medikamente zur Bekämpfung von Covid-19. Eine entsprechende Forderung wird seit Monaten in der Welthandelsorganisation (WTO) kontrovers diskutiert.

Zu den Befürwortern zählen mehr als hundert Entwicklungs- und Schwellenländer. Sie erhoffen sich einen besseren und schnelleren Zugang zu Impfstoffen. Viele große Industrieländer hielten indes bisher nichts von einer Aufweichung des Patentschutzes. Doch nun bröckelt die Front. Nach der amerikanischen Regierung zeigten sich auch die EU-Kommission und Frankreich gesprächsbereit. Ob es aber wirklich zu einer Einigung unter den 164 WTO-Mitgliedern kommt, ist offen. Ein Ende der Verhandlungen ist derzeit nicht in Sicht.

Trotzdem bejubelten Vertreter der Weltgesundheitsorganisation (WHO) und Nicht-Regierungsorganisation die jüngste Entwicklung. Der WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus, sprach von einer „historischen Entscheidung“ der Amerikaner. Damit könne der Ungleichheit bei der Verteilung der Impfstoffe begegnet werden. Aus der Pharmaindustrie hagelte es hingegen Kritik. Handels- und Rechtsexperten bezweifeln, dass es der Patentschutz ist, der die Produktion von Impfstoffen in armen Ländern bremst.

„Selbstlos ist der Politikwechsel der USA wohl nicht“

Gabriel Felbermayr, Präsident des Instituts für Weltwirtschaft Kiel (IfW), ist über Joe Bidens neuen Kurs nicht überrascht: „Die Amerikaner haben genügend Impfstoff für die eigene Bevölkerung. Daher rücken jetzt geopolitische Argumente in den Vordergrund“, sagte der Handelsfachmann im Gespräch mit der F.A.Z. In einer Aufweichung des Patentschutzes sehe die Regierung in Washington die Chance, der Impfdiplomatie Russlands und Chinas etwas entgegenzusetzen. Diese beiden Länder nutzen die Verteilung ihrer eigenen Covid-19-Vakzine dazu, um ihren Einfluss in Entwicklungs- und Schwellenländern zu erhöhen.

Anders als der Absturz der Börsenkurse nun verheiße, müsse der Pharmaindustrie aus diesem Manöver nicht zwangsläufig ein großer Schaden entstehen, meint Felbermayr. Denn in der ersten Verkaufsrunde hätten Pfizer & Co. schon hohe Gewinne eingefahren. Da nun immer mehr Anbieter mit Impfstoffen auf den

Markt kämen, gerieten die Margen ohnehin unter Druck. Felbermayr hält es für denkbar, dass man im Ernstfall differenziert zwischen den bereits auf dem Markt befindlichen Impfstoffen und aktualisierten Präparaten, die auch vor mutierten Virusvarianten schützen.

Wenn Letztere für einige Monate auf den lukrativsten Märkten geschützt blieben, hielte sich der Schaden für die Industrie in Grenzen. „So selbstlos ist der Politikwechsel der USA wohl nicht. Die großen Produzenten werden vermutlich auch ohne Patente gut im Geschäft bleiben.“ Grundsätzlich sieht Felbermayr in der Aushöhlung des Patentschutzes aber eine Gefahr: Die Pharmaunternehmen könnten ihre milliardenschweren Forschungsausgaben zurückfahren, wenn nicht gewährleistet sei, dass neue Wirkstoffe auch geschützt würden.

## „Die WTO sollte sich nicht auf die Patente konzentrieren“

Bei Patentrechtlern stößt der Vorstoß auf Protest. Sie verweisen auf das große Risiko und die Kosten der Forschung. Außerdem gebe es in vielen Ländern schon die Möglichkeit von Zwangslizenzen, um die Produktion zu erhöhen. Diese wurden bisher allerdings noch nicht eingesetzt, weil sie in der Corona-Krise keinen zusätzlichen Nutzen versprochen. Der Münchner Patentanwalt Wolfgang Weiß von der Kanzlei Weickmann & Weickmann hält die Debatte für reine Symbolpolitik, die weder großen Schaden anrichte noch der Sache nütze.

Grundsätzlich sei es kein Problem, den Patentschutz so auszuhebeln, dass nur die Schwellen- und Entwicklungsländer profitierten. Als Beispiel nannte er Aids-Medikamente, die in Afrika als Generika wesentlich günstiger angeboten wurden als in den USA. Die Corona-Krise sei dadurch jedoch nicht in den Griff zu bekommen, warnt Weiß.

Zum einen seien viele Patente noch gar nicht erteilt, das werde erst in einigen Jahren geschehen. Zum anderen sei der Wettbewerb mit den schon vorhandenen und angekündigten Vakzinen so groß, dass die Schutzrechte keinen Einfluss auf die Preise hätten. Viel schwieriger sei es, die Grundstoffe für die Herstellung zu besorgen. „Die WTO sollte sich nicht auf die Patente konzentrieren, sondern eine Technologieoffensive starten“, sagte Weiß. So könnten ärmere Länder eigene Produktionen aufbauen.

## Was sagen Pfizer, BioNTech und Moderna?

Der Handelsfachmann Gary Winslett wies darauf hin, dass die Regeln der WTO jetzt schon armen Ländern erlaubten, den öffentlichen Gesundheitsnotstand zu erklären und dann den Patentschutz auszusetzen. Der Mangel an Rohstoffen, Exportverbote und die komplexe Produktion und Aufbewahrung der neuartigen mRNA-Impfstoffe seien die größeren Engpässe. Eine Aussetzung der Patente ist auch nach Aussage von Moderna-Chef Stéphane Bancel keine Lösung, um die Lieferungen anzukurbeln. Es gebe derzeit nirgendwo ungenutzte mRNA-Produktionskapazitäten.

Inmitten einer tödlichen Pandemie unterminiere die Biden-Regierung die globalen Bemühungen und die Arzneimittel-Sicherheit, monierte der amerikanische Pharma-Lobbyist Stephen Uhl. Die Entscheidung säe Konfusion, schwäche globale Produktionsketten und begünstige die Ausbreitung von gefälschten Impfstoffen. Amerika ändere seine bewährte Politik, ohne damit Leben zu retten.

Der Pfizer-Chef Albert Bourla sagte, die Aufhebung der Patente sei sinnlos und falsch, weil damit nicht mehr Impfstoffe produziert würden. Pfizer fahre seine Produktionskapazitäten seit mehr als einem Jahr beständig nach oben. Zwingt die Regierung Biotechunternehmen dazu, Patente aufzugeben, verlören diese den Anreiz, in der nächsten Pandemie Arzneien zu entwickeln. [BioNTech](#) verwies darauf, dass es viel Erfahrung und etablierte Prozesse brauche, um mRNA-Impfstoffe herzustellen. Falls eine der vielen spezifischen Anforderungen nicht erfüllt werde, könne dies die Gesundheit der Geimpften gefährden.

„Prinzipiell verstehen und unterstützen wir das Ziel, global und für Entwicklungsländer Zugang zu Impfstoffen zu schaffen. Patente auszusetzen ist dafür aber nicht der richtige Hebel“, sagte derweil eine Curevac-Sprecherin auf Anfrage der F.A.Z. Der Flaschenhals liege in der Lieferkette und Produktion begründet. Man baue seit vergangenem November ein Produktionsnetz mit vielen Partnern auf, transferiere

die hochkomplexe Technologie, um weitere Kapazitäten zu schaffen. „Selbst wenn die Patente nicht im Weg stünden, wäre es nicht so einfach möglich, diese hochkomplexen Prozesse so einfach nachzubauen“, sagte sie.

Der amerikanische Hersteller Moderna, der finanziell durch die amerikanische Regierung in der Entwicklung des Vakzins unterstützt worden war, hatte hingegen schon im vergangenen Oktober mitgeteilt, in Pandemiezeiten „unsere COVID-19-bezogenen Patente nicht gegen diejenigen durchsetzen, die Impfstoffe zur Bekämpfung der Pandemie herstellen.“ Um „vermeintliche Hindernisse“ in Bezug auf das geistige Eigentum zur Impfstoffentwicklung zu überwinden, „sind wir darüber hinaus bereit, unser geistiges Eigentum an COVID-19-Impfstoffen auf Anfrage auch für die Zeit nach der Pandemie an andere zu lizenzieren“, hieß es in der Stellungnahme damals.

**Le Figaro (site web)**

vendredi 7 mai 2021 - 06:01 UTC +02:00 2262 mots

Culture ; Livres

**Frédéric Beigbeder:**  
**«Le délire de censure vient de la “cancel culture”»**

Beigbeder, Frédéric

**EXTRAITS EXCLUSIFS - Chaque semaine, depuis plus de dix ans, notre chroniqueur littéraire passe en revue l'actualité éditoriale. Il le fait avec son talent inimitable, alternant les enthousiasmes et les éreintements de celui qui aime et qui châtie. Un recueil de cinquante de ses articles parus dans le «Fig Mag» sort en librairie. Découvrez des extraits de sa longue préface aux allures de plaidoyer pour la liberté.**

Le but de l'ouvrage que vous tenez entre les mains est de dire que la littérature ne doit pas être édulcorée, nettoyée ou purifiée. Les meilleurs livres sont souvent salaces, répugnants, couverts de crachats, obscènes, ils exploitent ce qu'il y a de plus voyeur en nous, ils exposent ce que la société voudrait masquer, ils révèlent la face obscure de notre humanité, ils fabriquent du beau avec du pervers, ils explorent les limites, dépassent les bornes, enfreignent les interdits. Mais surtout: ils se mêlent de ce qui ne les regarde pas.

**Un bon livre est celui qui ne donne pas de leçons.**

Jamais je n'aurais imaginé que mes deux premiers essais sur la littérature, publiés en 2001 et 2011, porteraient des noms extralucides: *Dernier inventaire avant liquidation* et *Premier bilan après l'apocalypse*. J'ai commencé ce tome 3 alors que la police montait la garde devant les librairies fermées par le gouvernement de la France. Je vous promets que j'aurais préféré me tromper, pourtant la fin de mon monde est bel et bien arrivée en 2020. Je me croyais pessimiste par esthétisme alors que, bien malgré moi, je pressentais l'avenir. Il y a une ou deux décennies, je décrivais une littérature menacée de mort: désormais elle fut officiellement, de mars à novembre, une activité considérée par l'État comme inessentielle. *Bibliothèque de survie* est un manuel de combat publié en 2021, dans un monde où la vente des livres a été prohibée par le système biopolitique ; le terme n'est pas de moi mais de Michel Foucault. C'est ainsi qu'il appelle le contrôle par l'État de nos corps (dans *Surveiller et punir*, 1975). [...] Il faut bien voir les choses en face: la fermeture des librairies françaises par le ministère de la Santé a été l'aboutissement d'un processus de destruction de la littérature entamé bien auparavant. Le délire de censure est antérieur et profond. Il vient de la *cancel culture* née du politiquement correct américain, lui-même initié dans les années 1990.

**Je dois ici faire un aveu qui va décevoir mes fans: je suis politiquement correct. Décourager la publication de textes sexistes, racistes ou homophobes me semble absolument indispensable.** Si je suis dans un dîner et que j'entends un convive traiter quelqu'un de «sale pute», «sale nègre» ou «sale pédé», je vais prendre une chaise et la lui jeter dessus - car avec mes petits poings, j'ai bien peur de n'obtenir aucun résultat. J'ai débuté ma carrière de chroniqueur littéraire au magazine *Globe* dans les années 1980. J'ai milité contre le racisme publicitaire dans *99 francs* en 2000. J'ai filmé un mariage gay avant que cette institution ne soit légalisée en France ( *L'amour dure trois ans*, 2011). J'ai écrit un roman et un film pour combattre le sexisme, le racisme, la transphobie et la pédophilie dans le milieu de la mode ( *Au secours pardon*, 2007, et *L'idéal*, 2016). **J'ai même été humoriste à la matinale de France Inter durant trois saisons, c'est dire si j'ai donné des gages à la bien-pensance.** Mais je suis aujourd'hui forcé d'admettre que le politiquement correct détruit la liberté d'expression de nombreuses manières, toutes très aimables. **Le point commun entre la crise sanitaire et la cancel culture est l'hypersensibilité. Nous sommes entrés dans une ère douillette.** Non seulement nous n'acceptons plus d'être malades, mais nous refusons même d'être vexés. Tout le monde s'improvise flic: dans la rue si un passant ne porte pas son masque, et sur Twitter si quelqu'un écrit une phrase qui nous déplaît. **Nous critiquons l'État-policier alors que le problème c'est nous : les citoyens policiers.** Pourquoi tout le monde est-il devenu si susceptible?

Pour lutter contre les discriminations, on aboutit à disqualifier des livres à cause du sexe de leur auteur, de son casier judiciaire, de sa date de naissance, de ses origines sociales ou de sa couleur de peau. On finit par exiger l'interdiction d'œuvres dont l'auteur n'est pas un citoyen exemplaire, ou dont la biographie ne correspond pas au sujet dont il parle, et élaguer les

manuscrits comportant des passages susceptibles de froisser une minorité. Certains demandent que l'on cesse d'inviter dans les médias les auteurs avec lesquels ils ne sont pas d'accord ; d'autres se vantent de ne plus lire les œuvres écrites par des personnes du sexe masculin. L'idée de correction politique était noble, mais elle avait un défaut: elle présupposait que la littérature a une mission, et que celle-ci est d'élever les consciences, de montrer la voie vers un monde meilleur, de dire le bien sans être fasciné par le mal, d'édifier les masses pour les conduire vers un bonheur parfait.

Tel n'est pas du tout son rôle. Comme l'écrit Philippe Sollers dans son dernier livre: «*La littérature n'est pas là pour dire le bien. Elle alerte.*» ( *Agent secret*, 2021). Aux Pays-Bas, les réseaux sociaux ont reproché à la traductrice néerlandaise d'Amanda Gorman d'être blanche. Devant l'ampleur et la virulence de la polémique, Marieke Lucas Rijneveld a dû renoncer à effectuer ce travail. Ainsi nous entrons dans un monde où les noirs doivent être traduits par des noirs. C'est la négation de l'ouverture. J'avais cru que la littérature servait justement à connaître ce que l'on ne connaît pas. La traductrice ne «s'appropriait» rien: elle essayait de se mettre à la place d'une autre. La seule chose qu'on lui demandait, c'est d'avoir du talent. Un auteur qui parle de ce qu'il ne connaît pas peut être aussi brillant qu'un auteur qui parle de ce qu'il connaît. La littérature doit permettre aux artistes de s'imaginer une autre vie que la leur. C'est une question de curiosité. Chez Rabelais, Panurge dit à Pantagruel qu'il a faim en treize langues, dont le grec, le latin, le basque, et trois langues imaginaires. La littérature est la soif de communiquer avec tout ce qui est étranger. C'est vouloir croquer le monde entier. Si l'on défend aux écrivains de parler de la vie des autres et dans leur langue, autant fermer tout de suite les frontières, prohiber les voyages, séparer définitivement les humains les uns des autres. Oups, pardon, c'est exactement ce qui se passe en ce moment.

Des titres sont corrigés ( *Dix petits nègres* deviennent *Ils étaient dix* ), d'autres sont carrément retirés des librairies (les journaux de Matzneff). *La Belle au bois dormant est accusée de faire l'apologie du viol*, *Autant en emporte le vent* est considéré comme un roman raciste, tout comme *Le Livre de la jungle* de Kipling. On reproche à *Carmen* de mettre en scène un féminicide mais que faire de *Combat de nègre et de chiens* de Bernard-Marie Koltès (1980)? Faut-il rebaptiser cette pièce *Combat de racisés et de canidés* ? Et que dire de *Comment faire l'amour avec un nègre sans se fatiguer* de Dany Laferrière (1985), ce premier roman hyper-provocateur de l'académicien d'origine haïtienne, racontant la vie sexuelle débridée d'un jeune noir qui saute des blanches à Montréal en écoutant du jazz pour se venger de l'esclavagisme? On retire des librairies ou pas?

L'éditeur de Bruce Wagner lui a demandé de couper le mot « *fat* ». Il décrivait une personne grosse, il a choisi cet adjectif. On lui a suggéré d'écrire «forte» ou «en surcharge pondérale» mais pas «grosse». Bruce a quitté sa maison d'édition et publié son dernier livre directement sur internet. Aux États-Unis, des étudiants en lettres, choqués par *Gatsby le Magnifique*, réclament des *trigger warnings* (avertissements au lecteur) pour prévenir les personnes sensibles que Tom Buchanan harcèle de façon brutale sa femme Daisy.

**Philippe Muray avait raison: «Depuis L'Empire du bien, le bien a empiré.» [...]**

La culture *woke* (en français traduire «culture ouinouin») milite contre les discriminations raciales, sociales, religieuses et sexuelles. En tant qu'écrivain politiquement correct, je suis hostile à toute forme de racisme mais je sais aussi que le rôle des romans n'est pas de corriger les injustices. En fait, les romans n'ont aucune mission. Le but de la littérature n'est pas la résilience, ni même de réparer les déséquilibres de la société. **Scoop: la littérature ne sert à rien qu'à être belle et donner du plaisir au lecteur.** Il faudrait appliquer à l'écriture la règle britannique du « *never explain, never complain* ». Une bonne fiction est celle dont l'auteur n'explique rien et ne passe pas tout son livre à geindre. Faut-il vraiment américaniser les comportements culturels français? [...]

Nous devons mener une lutte cruciale au XXI<sup>e</sup> siècle en ne cédant pas sur la liberté des artistes, y compris celle de se tromper et de se salir pour faire de l'or avec la boue. Le prix Renaudot est une activité bénévole qui ne coûte rien aux contribuables français. Ses jurés remettent leur prix à qui ils le veulent et n'ont de compte à rendre à personne ( *Frédéric Beigbeder est membre du jury du prix Renaudot, qui a été mis en cause par un article du New York Times, NDLR* ). La critique littéraire doit demeurer un art intégralement antidémocratique. Cela n'a l'air de rien mais il est crucial pour l'avenir de la littérature française que l'art reste une zone incontrôlable par l'Empire du Bien. Pour résumer ma position en une phrase: j'aime les moralistes, je hais les moralisateurs. Et je me demande pourquoi la gauche a toujours ce problème avec la liberté. Pourquoi les êtres les plus humanistes et progressistes finissent toujours par réclamer la censure, l'effacement, l'interdiction? J'ai beau me considérer toujours comme un altermondialiste écoresponsable, sur ce point la gauche demeure un mystère pour moi. N'est-il plus possible d'être engagé et démocrate à la fois?

Dans la pièce d'Eschyle, *Les Euménides* signifient «Les Bienveillantes» en grec, mais dans la version latine, ces déesses deviennent «Les Furies». Qu'ont voulu nous dire les Romains dans leurs sandalettes? Que la bienveillance rend furax. Les bienveillantes ont des serpents en guise de cheveux et du sang qui coule de leurs yeux. Le message est clair: **il faut se méfier de la bienveillance car elle a toujours dégénéré en délire sécuritaire.** C'est arrivé par le passé, cela se reproduit en ce

moment, et cela continuera dans le futur, **tant qu'il y aura des gentils sauveurs de l'humanité qui voudront imposer leur bonté à tous ceux qu'ils auront désigné comme les malveillants. Depuis l'Antiquité, la bienveillance est l'autre visage de l'autoritarisme.**

Finalement la fermeture des librairies, des théâtres, des cinémas et des discothèques ne fut pas un hasard: par un glissement somme toute logique, la bienveillance sanitaire devenue bien-pensance sécuritaire aboutit à la haine de la liberté de se rassembler, de se serrer la main et de danser, mais aussi de débattre et de réfléchir. Pour bien appliquer les gestes barrières, il fallait que tout le monde marchât du même pas, il fallait que tout le monde obéît à BFM, il ne fallait pas de discussion, pas de culture, pas d'intelligence, uniquement de la discipline.

Quand il s'agit de sauver des vies, on n'a plus le luxe de douter. Quand il entend le mot culture, le ministre de la Santé sort son revolver, et quand elle entend le mot santé, la ministre de la Culture ferme sa gueule. Même les restaurants sont des endroits de conversation: à proscrire, donc.

L'hygiénisme n'est pas un humanisme.

Le précautionnisme est un puritanisme.

Le néomaccarthysme est un néojansénisme.

On est de retour au début du XVIIe siècle, quand le jansénisme de Port-Royal donnait des leçons de vertu au faste de Louis XIV. Nous faisons face à un retour de la morale protestante hostile à toute fantaisie et tout plaisir, jugé décadent. **En réalité, nous vivons une nouvelle version de la guerre de Religion entre les catholiques (français) et les protestants (américains)... en remplaçant Dieu par Twitter.** L'hygiène peut être physique (lavez-vous les mains et n'embrassez personne) mais aussi mentale (il sera défendu de penser autrement que le pouvoir, toute incorrection politique est punissable de bannissement médiatique). La trouille et la susceptibilité des autres nous conduit à accepter les interdits et la censure. Et voilà comment un romancier politiquement correct se révèle, ici même, un chantre de l'incorrection littéraire. **Ou alors c'est l'âge, mes origines sociales, ma blancheur de peau et ma masculinité toxique qui ont fini par déterminer mes goûts sans que je m'en aperçoive. [...]**

## Le Figaro, no. 23859

Le Figaro, vendredi 7 mai 2021 885 mots, p. 20

Débats

# Insécurité, criminalité : la négation de la réalité ne saurait rassurer personne

Bauer, Alain

**Un policier de 36 ans a été tué en plein jour dans le centre d'Avignon lors d'une opération antidrogue. Un indice de plus d'une dégradation de la sûreté publique sans précédent dans notre histoire récente, argumente le criminologue\*.**

Dans l'humour noir américain, une blague célèbre éclairait le basculement conservateur de l'électorat dans les années Reagan : « *Qu'est-ce qu'un réactionnaire ? Un libéral (de gauche, aux États-Unis, NDLR) qui s'est fait agresser* », proclamait la maxime.

Au cours des derniers mois, une nette aggravation des violences physiques continue à être subie par les citoyennes et citoyens du pays et partiellement enregistrée par les services publics.

Les forces de l'ordre, quant à elles, sont aussi redevenues des cibles. À Avignon, mercredi 5 mai, un policier de 36 ans a été tué par balle lors d'une opération contre le trafic de stupéfiants en plein centre-ville. À Rambouillet, le 23 avril, un terroriste a assassiné dans l'entrée de son commissariat une fonctionnaire administrative de la police nationale.

On sent un basculement de l'opinion vers une demande d'ordre et de sécurité qui n'a rien d'inédite, mais dont on peut légitimement se demander comment il est possible de ne pas l'entendre.

Qu'il nous soit permis de rappeler ce que nous écrivions voilà déjà vingt ans. Il n'est pas de jour qui ne connaisse sa moisson d'actes de violence touchant villes, réseaux de transports urbains, écoles, HLM. Mais ces événements ne sont pas nouveaux. La délinquance évolue, se répète, se déplace et se renouvelle. Durant quatre siècles, une véritable extinction des crimes de sang (de plus de cent pour cent mille habitants à moins de deux) a été enregistrée. La ville a civilisé le crime. Cependant, au fil des ans, des phénomènes récurrents apparaissent. Bandes de mineurs délinquants des faubourgs (« apaches » au début du XXe siècle, « blousons noirs » ou « loubards » après la Seconde Guerre mondiale), criminalité sur la première ligne du métro dès son ouverture en 1900, développement de la toxicomanie (100 000 cocaïnomanes à Paris en 1921).

Au début de cette année, nous signalions déjà que l'inversion du cycle de l'homicidité (homicides, tentatives, coups et blessures volontaires, règlements de comptes), entamé en 2013, avait produit un pic inédit depuis que l'outil statistique moderne de la criminalité existe, c'est-à-dire depuis 1972.

L'histoire se répète plus rarement qu'on ne le pense, ne bégaie pas autant qu'on l'imagine, mais nul ne saurait s'exonérer de ses leçons. Les insécurités sanitaires, environnementales, sociales ont largement complété les événements terroristes et la crise sécuritaire. Pourtant, arqué sur la symbolique de son omniscience, la bureaucratie d'État qui a perdu son statut nobiliaire au rythme de son exil volontaire vers la finance, hors quelques rescapés, irréprochables, qui tel le dernier carré, protègent encore ce qui reste de son appareil millénaire, est désormais comateuse.

Aucune technique de négation de la réalité ne saura convaincre les femmes et les hommes qui habitent ce pays que tout va bien, ou mieux qu'ailleurs, ou beaucoup moins mal que les prophètes de mauvais augure ne le proclament. Aucun docteur Coué ne pourra garantir une autosuggestion heureuse permettant d'atténuer peurs et angoisses légitimes en faisant croire que ce qui est subi ne serait pas réel. Le principe de réalité gagne toujours. Lentement, parfois très lentement, mais inexorablement.

Un pays dont il faut protéger les policières, les policiers et leurs familles alors que la force publique a d'abord été inventée pour sécuriser les citoyens, un pays dont les anciens militaires, dans un style et un calendrier plus que discutable, montent au front pour indiquer que la situation se dégrade, ne va pas bien.

Les tensions, les violences, les inquiétudes, sont nombreuses et s'exacerbent. Les indicateurs, malgré leurs défauts et leurs manipulations, anciennes, le démontrent année après année. Notre espace d'anticipation, les États-Unis, connaissent leur pire crise criminelle depuis une vingtaine d'années - un retournement historique commencé sous l'Administration précédente et qui ne s'est pas encore atténué.

Dans son *Étrange défaite*, souvent cité, rarement analysé, Marc Bloch expliquait tout ce qui, depuis longtemps, sclérosait le système français. Il suffirait aujourd'hui de mettre sanitaire à la place de militaire pour pouvoir rééditer sans peine cet ouvrage. Dans *Les Conséquences politiques de la paix*, publié en 1919, Jacques Bainville, cet autre analyste prévoyait les désastres à venir. Il mourra avant le désastre. Chacun de ces deux auteurs, aux origines et positionnement politiques si différents, auront essayé, avant ou après, de mettre en garde l'opinion et les dirigeants face à la montée des périls ou au risque de leur retour.

Nous ne manquons pas d'informations, d'analyses, d'expertises qui prévoient plutôt que prédisent la réalité. Pythies ou Cassandre subissent toujours la malédiction du déni. Curieusement, l'opinion publique le comprend mieux que l'appareil d'État.

**Nous pouvons voir, goutte après goutte, le vase se remplir. La dernière, celle qui le fera déborder, ne sera pas plus grosse que les autres. Et il sera alors trop tard pour empêcher un raz de marée.**

**Tout est déjà réuni pour une confrontation. Il reste encore quelque peu possible d'empêcher la conflagration.**

\* Professeur de criminologie au Conservatoire national des Arts et Métiers. Alain Bauer est notamment l'auteur de *Dernières nouvelles du crime* (CNRS Éditions, 2013).

**Le Figaro, no. 23859**

Le Figaro, vendredi 7 mai 2021 1158 mots, p. 20

## Débats

# « On assiste à une droitisation de la jeunesse européenne »

Bastie, Eugénie

Auteur d'une enquête sur la droitisation de l'électorat européen\*, le responsable des études de la Fondapol (think-tank) explique les raisons de cette mutation politique. L'hostilité à l'immigration, la méfiance envers l'islam et l'attachement au libéralisme économique en sont les principaux facteurs.

**LE FIGARO.- Vous consacrez une note de la Fondapol à la « conversion des Européens aux valeurs de droite » . Pouvez-vous nous donner quelques chiffres clés qui illustrent cette tendance de fond ? De quand date ce basculement que vous qualifiez d'historique ?**

**Victor DELAGE.-** De puissants courants de droitisation sont à l'oeuvre partout en Europe. Des majorités de droite sont à la tête de vingt et un gouvernements sur vingt-sept, sans compter le Royaume-Uni. C'est aussi la droite classique et conservatrice qui a le plus de sièges au Parlement européen depuis 1999.

Les données de notre étude montrent que la proportion de Français se situant à droite de l'échiquier politique s'est accrue sous le mandat d'Emmanuel Macron, passant de 33 % en 2017 à 38 % en 2021, alors que la proportion des citoyens se situant à gauche est restée stable (25 % en 2017 et 24 % en 2021).

La France n'est pas une exception, puisque l'on fait face au même constat dans les trois autres démocraties étudiées : 44 % des Italiens se situent à droite (31 % à gauche), 40 % des Britanniques (25 % à gauche) et 36 % des Allemands (26 % à gauche).

**On pourrait croire spontanément que les inégalités liées à la mondialisation conduiraient l'électorat à se tourner vers la gauche, mais ce n'est pas le cas : Pourquoi ? Quelles sont les grandes raisons qui poussent l'électorat vers la droite ?**

Si l'identification à une idéologie politique, de gauche comme de droite, constitue une orientation électorale, elle représente aussi un univers de croyances individuelles. La forte adhésion des individus au libéralisme économique est un premier indicateur majeur de droitisation. Ainsi, pour faire face aux difficultés économiques, 54 % des répondants considèrent qu'il faut que « *l'État fasse confiance aux entreprises et leur donne plus de liberté* ». Les petites et moyennes entreprises font d'ailleurs partie des institutions qui suscitent le plus de confiance.

Par ailleurs, le discours de l'écologisme punitif et de la décroissance ne prend pas dans l'opinion, puisque trois quarts des personnes interrogées estiment que l'« *on peut continuer à développer notre économie tout en préservant l'environnement pour les générations futures* ». En France, en Allemagne, en Italie et au Royaume-Uni, quelle que soit l'affiliation partisane, l'opinion selon laquelle la croissance économique est compatible avec l'environnement reste majoritaire. Dans l'Hexagone, cela concerne plus des deux tiers des sympathisants du PS, d'EELV et du PCF ou de LFI.

Le libéralisme politique, indexé à l'individualisme, définit un autre registre potentiel majeur de droitisation. Par exemple, une grande proportion des répondants, y compris de gauche, estime que « *les gens peuvent changer la société par leurs choix et leurs actions* » (80 %). Enfin, le vieillissement démographique, la hausse de l'immigration, ou encore l'accroissement du sentiment d'insécurité suscité par les phénomènes de délinquance et le terrorisme islamiste : tous ces bouleversements contemporains participent à ce basculement à droite de nos systèmes de valeurs.

**Quel rôle joue particulièrement la question de l'immigration dans cette droitisation de l'électorat ?**

Dans les quatre pays de l'étude, l'immigration est sujette à d'importantes résistances, voire à une vive hostilité. La majorité des répondants (60 % des Français, des Allemands et des Italiens, 57 % des Britanniques) considèrent qu'il y a trop d'immigrés dans leur pays. Cette opinion, longtemps mise au ban du débat politique et médiatique, s'est largement répandue dans l'ensemble des électors. Les sympathisants des partis de gauche sont toujours plus nombreux à vouloir que leur pays se ferme davantage, à l'exception de ceux du Parti démocrate italien.

Les sociétés d'accueil sont d'autant plus préoccupées que ces flux concernent particulièrement des migrants de culture musulmane. En France, alors que l'opinion selon laquelle « *l'islam représente une menace pour la République* » est largement présente dans le bloc de droite (81 %), la gauche apparaît très clivée sur cette question : 55 % des sympathisants du PS, 48 % de ceux du PCF ou de LFI et 42 % de ceux de EELV partagent cette crainte. On peut y voir l'ancrage des difficultés qui surgissent à propos, par exemple, de l'égalité entre les femmes et les hommes ou encore au sujet de la liberté d'opinion, et qui peuvent donner lieu à des tensions interculturelles. Le spectre du terrorisme islamiste et l'enracinement du djihadisme nourrissent incontestablement ce rejet. Le décalage entre ces inquiétudes chez les électeurs et l'hésitation de la gauche à se positionner clairement sur ces enjeux renforce ce glissement vers la droite.

### **On a souvent tendance à faire de l'électorat de droite un électorat vieillissant, tandis que la jeunesse serait plutôt acquise aux idéaux « woke » ou écolos. Que montre votre étude ?**

Nos données décrivent une réalité bien différente. Dans l'ensemble des pays, 41 % des 18-24 ans et des 25-34 ans se positionnent à droite, soit un niveau comparable à celui des 65 ans et plus (40 %), et même supérieur à celui des 50-64 ans (36 %). À l'inverse, seuls 26 % des 18-24 ans et 22 % des 25-34 ans se placent à gauche, contre 31 % chez les 65 ans et plus et 29 % chez les 55-64 ans. Plusieurs facteurs peuvent expliquer cette inclination à droite de notre jeunesse, notamment la déception liée aux promesses non tenues de la démocratie sociale : sécurité, justice sociale et progrès. Le désir d'un retour de l'ordre et de l'autorité participe également à ce phénomène. Sur le long terme, cette droitisation des jeunes électors pourrait renforcer l'ancrage des partis libéraux et conservateurs en Europe.

### **Le clivage « gauche-droite » est-il vraiment pertinent pour décrire les mutations politiques contemporaines. En France, 21% des sondés ne se positionnent pas sur l'échiquier politique. Le vrai clivage n'est-il pas entre les antisystème et les modérés ou entre populistes et libéraux ?**

La proportion des personnes qui déclarent ne pas savoir où se positionner sur l'échelle politique gauche-droite a fortement augmenté l'année de l'élection d'Emmanuel Macron, candidat « ni de droite ni de gauche ». Cette proportion est passée de 16 % fin 2016 à 22 % fin 2017, pour se stabiliser à 21 % en 2021. Il s'agit souvent de personnes se sentant très éloignées de la vie politique et qui considèrent que la démocratie fonctionne mal. Leurs croyances individuelles convergent avec les valeurs de l'électorat de la droite modérée sur la question identitaire et se rapprochent de celles de la droite extrême sur les enjeux du libéralisme économique. Certains chercheurs en ont conclu que le clivage gauche-droite avait été supplanté par d'autres clivages plus structurants tels que les modérés contre les antisystème ou encore les gagnants contre les perdants de la mondialisation. Comme le souligne Dominique Reynié, si cela se révèle exact, cela pourrait signifier la fin de notre système d'alternance ou l'arrivée au pouvoir de forces populistes. Le processus de déconsolidation démocratique déjà en cours s'en trouverait alors renforcé.

« La conversion des Européens aux valeurs de droite » (Fondation pour l'innovation politique, mai 2021)

„DEUTSCHE WECHSELJAHRE“:

## Steht die Einheit der Literatur noch aus?

- VON JAN WIELE
- -AKTUALISIERT AM 07.05.2021-15:22



Heiner Müller liest 1983 in einer Privatwohnung in Magdeburg Bild: Harald Hauswald

Rhetorisch aufgerüstet: Michael Hametner wirft dem westdeutschen Feuilleton vor, einen Krieg gegen die ostdeutsche Literatur eröffnet zu haben, der bis heute andauere. Hinter seinem Ressentiment steckt viel nachvollziehbares Sentiment.

Dieses Buch verspricht in seinem Untertitel ein „Nachdenken“, und es stimmt nachdenklich. „Seit dreißig Jahren mühen wir uns damit, eine Wiedervereinigung, die als Beitritt verlangt war, in eine deutsche Einheit zu transformieren. Ist das nicht von vornherein aussichtslos?“ Die Hoffnung, dass es das nicht sei, will Michael Hametner, 1950 in Rostock geborener Journalist und Kritiker, am Ende nicht aufgeben. Woher er sie dann aber doch noch nimmt, ist fraglich, denn ein Großteil seines Essays besiegelt eher die Aussichtslosigkeit einer Einheit.

Er spricht gar von einer zweiten deutschen Spaltung nach 1989/90, und für diese verantwortlich macht er „das westdeutsche Feuilleton“. Das habe „den Krieg gegen die DDR-Literatur eröffnet“. Er zögert ob der Metapher, fragt: „Unangebracht, hier von Krieg zu sprechen?“ – sagt dann aber: „Ich denke nicht.“

### Wie reagieren auf solche Bitternis?

Hametner wirft Journalisten, Kuratoren, Jurys und Institutionen von damals bis heute Arroganz und Unwissenheit vor, und er kommt zu dem Schluss, dass ostdeutsche Literatur und Kunst noch immer marginalisiert würden, teils auch bewusst verächtlich gemacht und stigmatisiert, wobei die Sicht auf politische Gesinnung und persönliche Schuld die Sicht auf Ästhetik verdeckt habe oder weiterhin verdecke.

Um das zu belegen, beginnt er beim „deutsch-deutschen Literaturstreit“ um **Christa Wolf** 1990 oder bei der Äußerung von Georg Baselitz aus demselben Jahr, wenige Monate vor der feierlichen Einheitszeremonie, die DDR habe „keine Künstler, keine Maler“, nicht einmal „Jubelmaler“, sondern „ganz einfach Arschlöcher“. Hametner macht, näher an die Gegenwart rückend, allenfalls Konzessionen, bleibt aber im Großen und Ganzen bei seinem Vorwurf. Selbst die zahlreichen für ihn „ostdeutschen“ Schriftsteller, die jüngst sehr erfolgreich geworden sind, oder bestimmte Ausstellungen, die sich doch ostdeutscher Kunst widmeten, gelten ihm eher als Ausnahme denn als Regel.



„Keine Künstler, keine Maler (...) ganz einfach Arschlöcher“: Georg Baselitz über ostdeutsche Künstler im Jahr 1990 :Bild: Benjamin Katz

Ein solcher Generalvorwurf, der ganz verschiedene Gegenstände, Epochen und Generationen betrifft, kann in keiner noch so langen Rezension entkräftet werden. Müsste er es denn? Sich von Hametner provozieren zu lassen, stets den Widerspruch und das Gegenbeispiel zu suchen, hieße ja, seine Kategorisierung anzunehmen und in einem aus seiner Sicht „westdeutschen Feuilleton“ womöglich wiederum ignorant zu sein. Das genau möchte man nicht, zumal hinter Hametners Ressentiment (stellenweise ist es leider nicht anders zu nennen) das Sentiment durchscheint, eine Verletztheit, die stellvertretend für viele steht und zudem oft sehr nachvollziehbar ist. Etwa bei der Erinnerung an die Vereinigung der beiden deutschen Kunstakademien, die Hametner via Christoph Hein aufgreift. Der habe dabei „Wellen des Hasses“ durch den Saal schlagen sehen, etwa als von westlicher Seite gefragt wurde, ob [Heiner Müller](#) irgendeine Bedeutung außerhalb des Ostens zukomme. „Als der Antrag, Heiner Müller quasi eine ‚Probezeit‘ in der Akademie zuzubilligen, gestellt wurde, gab es in Tokio einer Heiner-Müller-Woche, und New York bereitete sich auf ein Festival für den Meister vor.“

Die Reaktion auf solche Bitternis, gar Kriegsmetaphorik kann im Jahr 2021 und zumal für später Geborene nur ein Entgegenkommen statt der Entgegnung sein – im besten Fall verbunden mit der Bereitschaft, den Vorwurf anzunehmen. Man kann ja nur gewinnen, wenn man die von Hametner gelegten Fährten zu seiner Meinung nach unterschätzten und unterrepräsentierten Autoren und Künstlern aufnimmt, ob sie nun zu Werner Heiduczek oder Judith Zander, zu Doris Ziegler oder Dietrich Gnüchtel und manchen anderen führen. Und wenn man auch darüber nachdenkt, warum Autoren westdeutscher Herkunft tatsächlich sehr selten über ostdeutsche Sujets schreiben.

## Manche wollen nicht mehr „im ostdeutschen Boot sitzen“

Einige Fragen bleiben trotzdem. Etwa die, warum Hametners Unterscheidung von Ost- und Westdeutschen offenbar nicht geographisch, sondern ideologisch gemeint ist. Autoren, die die DDR „als Folge von politischem Druck durch Zensur und Veröffentlichungsverbot vor dem Mauerfall verlassen hatten“, gelten ihm als „westdeutsche Kollegen“. Wären das also auch [Wolf Biermann](#) oder Sarah Kirsch, die man schon vor Ende der DDR ebenso gut als gesamtdeutsche Autoren bezeichnen konnte? Was wäre, um einen weniger populären zu nennen, mit Joachim Seyppel, der 1973 aus Überzeugung in die DDR zog und 1982 von ihr wieder ausgebürgert wurde?

Und was die jüngeren, gar nach 1990 Geborenen betrifft, stellt sich die Frage, ob sie sich überhaupt selbst als „ostdeutsche“ Schriftsteller oder Künstler sehen, wenn sie aus dem Osten Deutschlands stammen. Was würden Judith Schalansky oder Lukas Rietzschel sagen (die Hametner selbst erwähnt), was Jackie Thomae? Einer, den Hametner dazu selbst befragt hat, der Maler Lutz Friedel, gibt die Antwort: „Ich habe keine Lust mehr, mich mit Ost/West in dieser Form zu beschäftigen.“ Er wolle schon lange „nicht mehr in diesem ostdeutschen Boot sitzen“. Und doch beharrt Hametner darauf, dass Ost und West „mehr als nur Himmelsrichtungen sind“.



Michael Hametner: „Deutsche Wechseljahre“. Nachdenken über Literatur und Bildende Kunst. Mitteldeutscher Verlag, Halle 2021. 224 S., br., 14,- . :Bild: Mitteldeutscher Verlag

Das führt zu einem weiteren Stichwort, das er noch gibt: Er spricht von einer bis heute wirksamen „Ost-Poetik“. Ganz klar wird indessen nicht, was er damit meint, denn die Beispiele drehen sich eher um Inhaltliches wie Antifaschismus, Gerechtigkeit und Heldenbild, weniger um Formales. Und seine versuchsweise formale Einteilung, „ostdeutsche“ Literatur sei episch ausufernd (Tellkamp, Seiler, Ruge), „westdeutsche“ dagegen amerikanisch kurz, fordert nun wirklich zum Widerspruch heraus. Allein bei dem von Hametner auch gerühmten Ingo Schulze kann man sowohl das eine als auch das andere beobachten.

Eine gewisse Pointe liegt darin, dass Hametners Denkanstoß im Mitteldeutschen Verlag erscheint – der selbst eine bewegte Ost-West-Geschichte hat und mit der Publikation sein fünfundsiebzigjähriges Bestehen trotz mancher Wechseljahre feiert. Das Corona-Jahr 2020 brachte ihm sogar fast den Ruin. Zu DDR-Zeiten erschienen in diesem Verlag – nach den Anfängen auf dem „Bitterfelder Weg“ zur Arbeiterliteratur – bald auch Werke von Christa Wolf, Volker Braun und Elke Erb sowie der einflussreiche Roman „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz. Nach dem Neubeginn unter dem heutigen Verleger Roman Pliske hat der Verlag seine eigene Geschichte im Lichte jener Zeit aufgearbeitet, sei es in dem Band „Zensurspiele“ oder mit Bill Nivens Sachbuch „Das Buchenwaldkind“, das dem historischen Gehalt von Apitz’ Roman auf den Grund geht. Und der Verlag hat, neben neuen Schwerpunkten etwa in der georgischen Literatur, auch eine eigene Agenda gegen das von Hametner beklagte Vergessen und Marginalisieren, indem er etwa demnächst das Werk seines früheren Autors Werner Heiduczek wieder auflegen will, das in der DDR teils verboten war.

# «Islamophobie»: comment une brouille entre profs a fait imploser l'IEP de Grenoble

RÉCIT - Selon un rapport dévoilé par le *Figaro*, l'école a laissé pourrir la situation, suscitant une polémique nationale.

Par [Marie-Estelle Pech](#)

Publié 7-05-21



L'inspection de l'Éducation nationale a rendu un rapport d'enquête visant l'établissement de Sciences Po Grenoble. PAUL CHOMARAT/PAUL CHOMARAT / PANORAMIC

L'affaire de Sciences Po Grenoble - des affiches accusant nommément deux professeurs de l'établissement d'islamophobie et de fascisme avaient été placardées par des étudiants sur le mur d'entrée de l'établissement en mars - a connu un retentissement politique national. L'inspection de l'Éducation nationale vient d'écrire un rapport d'enquête de 60 pages au vitriol sur cet «*événement inadmissible*».

Il révèle comment une controverse entre deux enseignants sur un sujet d'actualité sensible, l'islamophobie, a dégénéré en une crise ouverte affectant l'ensemble de l'Institut d'études politiques (IEP). C'est le résultat d'une accumulation de maladresses, d'erreurs d'appréciation, de réactions à contretemps, de manquements et de fautes de tous les acteurs, dont la directrice de l'IEP, nouvellement nommée en pleine crise du Covid et inexpérimentée. Le rapport évoque également un climat délétère minant cet établissement bien avant cette controverse.

En novembre, dans le cadre de la préparation de la «*Semaine pour l'égalité et la lutte contre les discriminations*», un groupe de travail composé de huit étudiants et deux enseignants réfléchit à la thématique «*racisme, antisémitisme, islamophobie*». Une discussion houleuse naît entre M. A., professeur d'allemand agrégé et M<sup>me</sup> C., maître de conférences, via des courriels envoyés à tous les membres. M. A. remet en cause le concept d'islamophobie qui n'a pas, selon lui, à être mis au même niveau que le racisme et l'antisémitisme.

Des maladresses blâmables (qui s'apparentent à) **un manque de professionnalisme déconcertant.**

*L'inspection de l'Éducation nationale*

La réponse de M<sup>me</sup> C. («*La notion d'islamophobie est effectivement contestée et prise à partie dans le champ politique et partisan. Ce n'est pas le cas dans le champ scientifique*») va «*sans même qu'elle en ait encore pris conscience aujourd'hui*», selon l'inspection, blesser profondément son collègue. Il la ressent comme un **camouflet, ce qui va le conduire à se rebiffer en durcissant le ton.** Son long courriel au ton véhément use de termes «*très durs*» envers l'enseignante.

À ce stade, la mission s'étonne que les deux enseignants en désaccord n'aient pas écarté les étudiants de leurs échanges houleux. Ces *«maladresses blâmables»* s'apparentent *«à un manque de professionnalisme déconcertant»*: ce conflit devait se régler hors la présence des étudiants.

Certes, la mission reconnaît *«un effet confinement»*. Les échanges écrits par mails *«figent»* les positions, les mots employés demeurent, on les lit, les *«rumine»*, les interprète, on nourrit des rancœurs. Cette controverse *«ne se serait pas transformée en psychodrame, puis en crise ouverte, si les échanges entre M. A. et M<sup>me</sup> C. s'étaient déroulés oralement, autour d'une table de réunion»*, dit le rapport.

## Réaction tardive de la direction

Alors que ces échanges ont été tout de suite portés à la connaissance *de la directrice de l'IEP, cette dernière tarde à réagir*. Lorsqu'elle tente d'apaiser la situation en demandant à M. A. de présenter ses excuses à M<sup>me</sup> C., c'est trop tard. *Les étudiants du groupe de travail ont déjà fait remonter qu'ils se sentaient agressés par les courriels. Dans le même temps, M<sup>me</sup> C. saisit, non pas sa supérieure hiérarchique, la directrice de l'IEP, comme elle aurait dû le faire, mais la directrice du laboratoire de sociologie dont elle fait partie, M<sup>me</sup> D.*, pour lui faire part de son mal-être résultant des attaques dont elle s'estime victime, ainsi que l'ensemble des chercheurs en sciences humaines et sociales. *Outrepassant ses fonctions, cette directrice de laboratoire adopte un «communiqué» interne, en réalité une prise de position défendant M<sup>me</sup> C. sans recul, qui va transformer le conflit interpersonnel en un contentieux concernant tous les enseignants de l'IEP.*

La directrice de l'IEP, qui pense encore maîtriser la situation, *va exiger (NON, je m'excuse de ma propre initiative) à nouveau des excuses de la part de M. A., excuses apparemment acceptées par M<sup>me</sup> C. Erreur.* Cette dernière, en arrêt, se dit en détresse psychologique et *saisit en parallèle plusieurs instances internes. Elle souhaite en réalité qu'une sanction soit prise envers M.A., alors que la direction de l'IEP cherche l'apaisement.*

### Ce sont les deux seuls professeurs de droite à l'IEP.

*Déclaration de tous les étudiants et d'un certain nombres d'enseignants aux inspecteurs*

L'affaire rebondit *lorsque les élus étudiants de l'Union syndicale (US), organisation locale majoritaire dans l'établissement, adressent à la directrice le texte qu'ils ont publié* sur leur site internet en soutien à M<sup>me</sup> C. Une présentation commentée de courts extraits des propos tenus au cours des échanges de début décembre, accompagnés de sous-titres présentant le professeur d'allemand comme *«islamophobe»* et *«d'extrême droite»*. Il se conclut par un appel *«à statuer sur son cas»*. Première faute pointée par le rapport, la réponse de la directrice de l'IEP n'évoque à aucun moment la gravité des accusations d'islamophobie diffusées par des élus étudiants sur les réseaux sociaux à l'encontre d'un professeur de l'établissement, facilement identifiable. Et elle n'exige pas la suppression de ce message accusatoire. Les étudiants publient d'autres messages agressifs, appelant à la délation envers un deuxième enseignant, M.B., concernant son cours sur l'Islam. Mise au courant, la directrice n'intervient toujours pas alors que ces messages relèvent visiblement de la diffamation et de l'injure. C'est lorsque les deux enseignants en prennent connaissance qu'elle finit par réagir. Mais la situation continue de dérailler de façon inexorable. Bon enseignant M.A. est souvent mêlé à des conflits avec ses collègues en raison de sa personnalité *«peu canalisable»*. Lors d'une réunion du conseil de l'établissement auquel participent des étudiants, il avoue être alcoolisé et ne toujours pas comprendre ce qu'on lui reproche. Une attitude *«inadmissible»* pour un professeur qui se doit d'avoir une attitude exemplaire, selon les inspecteurs. Quelques jours après, son nom sera placardé sur les murs de l'IEP, en compagnie de son soutien, M. B.

Après avoir interrogé les étudiants, la mission a été surprise de constater *«leur manque d'intérêt marqué à l'égard des règles applicables en matière de droit au respect de la vie privée, en matière de conditions d'exercice des libertés individuelles, ou encore de respect des droits de la défense, etc. Attitude surprenante de la part d'étudiants déjà bien avancés dans un cursus de sciences politiques»*. Ils condamnent sans appel la présomption d'innocence, outil d'une justice de classe, qui muselle la parole des victimes et sert uniquement à perpétuer l'ordre établi, alors que seule la parole des personnes s'estimant victimes devrait

«compter» et se traduire immédiatement par des sanctions contre les présumés auteurs pour que s'inverse le système qui actuellement conduit, selon eux, à «invisibiliser» les victimes.

## Stratégie d'attaques

En réalité, tirant parti d'une division des enseignants en deux camps à laquelle conduisait le «communiqué» du directoire du laboratoire, l'US a voulu en profiter pour exclure de l'IEP des enseignants qui ne partagent pas ses opinions politiques. Comme l'ont dit tous les étudiants et un certain nombre d'enseignants aux inspecteurs: «*Ce sont les seuls profs de droite à l'IEP...*»

Les représentants des étudiants ont par ailleurs alimenté le conflit pour des raisons personnelles. À l'automne 2020, un élu étudiant représentant de l'US avait revendiqué être désigné comme vice-président étudiant de l'IEP, une demande refusée par la directrice. Ce refus va entraîner des échanges de courriels entre la directrice et cet élu, dans lesquels ce dernier exprime sa déception avec des propos méprisants, d'un irrespect caractérisé pour la fonction comme pour la personne de la directrice, n'hésitant pas à la menacer. À partir de ce moment, l'US s'est engagée dans un conflit sans concession, dans lequel tout moyen de contester les positions de la direction est saisi, tel le conflit interpersonnel entre les deux enseignants.

Cette stratégie d'attaques vise en réalité directement la direction, accusée d'inaction, et donc de complicité. Elle est complétée, sur fond de scandale de l'affaire Duhamel à Sciences Po Paris, par la relance par l'US ou des associations proches, de rumeurs dénonçant des actes présumés de violences sexuelles ou sexistes à l'encontre d'étudiants de l'IEP. Certains étudiants sont même désignés comme cibles sur les réseaux sociaux. Bonne ambiance...

L'affaire rebondit à la rentrée des vacances de Noël : **le 9 janvier 2021, les élus étudiants de l'Union syndicale (US) Sciences Po Grenoble, l'organisation représentative des étudiants majoritaire dans l'établissement, adressent par mél à la directrice le texte qu'ils ont publié sur leur site internet en soutien à Madame C. Le « post » commençant par : « Avertissement : islamophobie »**, publié par « Sciences Po Grenoble en lutte » **est une présentation commentée de courts extraits, soigneusement choisis, des propos qu'il a tenus au cours des échanges de début décembre avec Mme C, accompagnés de sous-titres le présentant comme « islamophobe » et « d'extrême droite »**. Il se conclut par un appel aux étudiants à **boycotter** « la semaine pour l'égalité » si cet enseignant était appelé à y intervenir et par **un appel à la direction de l'IEP « à statuer sur son cas »** et à « prendre des mesures pour lutter contre l'islamophobie dans l'établissement ». **Etrangement, la réponse de la directrice de l'IEP n'évoque à aucun moment la gravité des accusations d'islamophobie ainsi diffusées par des élus étudiants sur les réseaux sociaux à l'encontre d'un professeur de l'établissement, M. B, facilement identifiable même s'il n'est pas désigné nommément. Cette réponse n'exige donc pas de ses destinataires la suppression des réseaux sociaux de ce message accusatoire sous peine de poursuites disciplinaires.** Les étudiants publient d'autres messages agressifs, appelant à la **délation. Mise au courant, la directrice n'intervient toujours pas alors que ces messages relèvent de la diffamation et de l'injure...**C'est lorsque les deux enseignants prennent connaissance des posts sur les réseaux sociaux, **qu'elle finit par s'en émouvoir.**

Après avoir interrogé **les étudiants, la mission a été surprise de constater « leur manque d'intérêt marqué à l'égard des règles applicables en matière de droit au respect de la vie privée, en matière de conditions d'exercice des libertés individuelles, ou encore de respect des droits de la défense, etc, attitude surprenante de la part d'étudiants déjà bien avancés dans un cursus de sciences politiques »**, observent les inspecteurs. Ils condamnent par exemple sans appel la présomption d'innocence, outil d'une justice de classe, qui muselle la parole des victimes et sert uniquement à perpétuer l'ordre établi, alors que seule la parole des victimes (c'est-à-dire, au sens des interlocuteurs de la mission : « des personnes s'estimant victimes ») devrait « compter » et se traduire immédiatement par des sanctions contre les auteurs (c'est-à-dire : « les présumés auteurs ») pour que s'inverse le système qui actuellement conduit, selon eux, à « invisibiliser » [sic] les victimes.

**Tirant parti d'une division des enseignants en deux camps à laquelle conduisait le « communiqué » du directoire du laboratoire Pacte du 7 décembre 2020, l'US a voulu en profiter pour exclure de l'IEP deux enseignants qui ne partagent pas ses opinions politiques.** Comme l'ont dit tous les étudiants et un certain nombre d'enseignants avec lesquels la mission s'est

À partir de ce moment, l'US dans laquelle cet élu étudiant exerce des responsabilités importantes **s'engage dans un conflit sans concession avec la direction de l'IEP**, dans lequel tout moyen de contester ses positions et décisions est immédiatement saisi,

tel le conflit interpersonnel entre trois enseignants de l'IEP qu'elle s'efforçait de régler comme tel et auquel le « communiqué » de Pacte a donné une dimension inespérée pour l'US, en lui permettant d'exploiter la renommée de ce laboratoire réputé pour développer à partir du 9 janvier 2021 une campagne d'accusations d'islamophobie sur les réseaux sociaux à l'encontre des deux enseignants impliqués, analysée dans la première partie du présent rapport.

Cette stratégie d'attaques ad hominem fondée sur des accusations violentes vise indirectement, et en réalité selon la mission, directement la direction, accusée elle-même d'inaction, et donc de **complicité**. Elle est complétée, sur fond de scandale de l'affaire Duhamel à Sciences Po Paris, par la relance par l'US, par certains de ses membres ou ceux d'associations proches, **de rumeurs dénonçant des actes présumés de violences sexuelles ou sexistes (VSS) à l'encontre d'étudiants de l'IEP (ou plus subtilement de rumeurs d'existence de rumeurs), sans jamais le moindre signalement à la direction, le moindre témoignage ou la moindre action en justice, rumeurs activement relayées sur les réseaux sociaux visant à exclure de la vie étudiante de l'IEP, voire de l'IEP lui-même, certains étudiants désignés comme cibles**. La direction n'a pas négligé l'importance de ces affaires à propos desquelles des alertes avaient été données notamment par la déléguée « égalité et lutte contre les discriminations » , certaines d'entre elles faisant même l'objet de signalements au procureur de la République, mais elle a hésité à prendre des mesures fermes, notamment de caractère disciplinaire, en pleine

Le décret du 18 décembre 1989 régissant les

De fil en aiguille, la situation continue à dérailler. **M. A raconte, lors d'une réunion du conseil de l'établissement auquel participe des étudiants, être alcoolisé et ne toujours pas comprendre ce qu'on lui reproche**. Une attitude « inadmissible » pour un professeur qui se doit d'avoir une attitude exemplaire selon les inspecteurs. Quelques jours après, son nom sera placardisé sur les murs de l'IEP, en compagnie de son soutien M. B

192,117

<https://www.lefigaro.fr/actualite-france/frederique-vidal-quatre-enseignants-ont-ete-rappeles-a-l-ordre-les-etudiants-le-seront-aussi-20210507>

**Le Figaro, no. 23860**

Le Figaro, samedi 8 mai 2021 514 mots, p. 10

Société

**Frédérique Vidal :**

**« Quatre enseignants ont été rappelés à l'ordre, les étudiants le seront aussi »**

Pech, Marie-Estelle

FRÉDÉRIQUE VIDAL, ministre de l'Enseignement supérieur et de la recherche, commente le rapport sur l'IEP de Grenoble qu'elle avait commandé, en mars dernier, à l'inspection générale de l'éducation (*lire ci-dessus*).

**LE FIGARO. - Est-il interdit de contester le terme d' « islamophobie » à l'université, comme cela a semblé être le cas à l'IEP de Grenoble ?**

**Frédérique VIDAL.** - Ce sujet et ce terme sont sensibles, mais il est tout à fait possible d'en débattre. On peut débattre de tout à l'université. Il n'y a pas de tabou. Certes, il est compliqué d'aborder un certain nombre de sujets dans la sérénité, mais **il faut éviter les arguments d'autorité de part et d'autre**. L'erreur fondatrice, celle qui a figé la situation, **c'est que les deux enseignants qui débattaient au sujet de ce terme ont transformé leur controverse en conflit interpersonnel, le tout par mails, et en prenant à témoin des étudiants**.

Il faut protéger les personnels et assurer la liberté d'expression à l'université. **Mais tout fonctionnaire, qui plus est enseignant, même lorsqu'il s'estime provoqué, doit respecter certaines règles de déontologie**. Quatre d'entre eux, impliqués dans cette affaire, **ont commis des fautes et ont, depuis, été rappelés à l'ordre par leur direction**. Notamment les deux enseignants qui se sont opposés l'un à l'autre et **une directrice de laboratoire, intervenue dans un conflit qui ne la concernait pas directement**. **Les étudiants impliqués**, en diffamant leurs professeurs sur les réseaux sociaux, en portant atteinte à leur honneur et par conséquent à la réputation de l'IEP, se sont comportés de façon inadmissible. Ils **devront être sanctionnés**.

**Interrogés par les inspecteurs, les étudiants syndiqués ont une attitude ahurissante, sans regrets. Ils ne reconnaissent pas la présomption d'innocence par exemple. Étonnant pour des apprentis juristes.**

Le procureur de la République a été saisi à deux reprises, pour l'affichage sur les murs de l'université et les propos calomnieux sur les réseaux sociaux. **A minima irrespectueux et très accusateurs dans leurs propos, les étudiants feront aussi l'objet de sanctions disciplinaires**. J'ai le sentiment qu'il y a une scission entre leur perception de la vie réelle et la vie sur les réseaux sociaux, **où on peut oublier les règles de droit**. Il nous faut réfléchir à une éducation aux règles minimales du droit sur les réseaux sociaux, peut-être pour tous les étudiants. Les règles de base de politesse des uns envers les autres, non respectées à maintes reprises dans cette affaire, doivent aussi être rappelées...

**La directrice de l'IEP, sans cesse à contretemps, peu réactive, en prend aussi pour son grade dans le rapport. Elle a notamment tardé à défendre les enseignants vilipendés sur les réseaux sociaux.**

Il faut accompagner les directeurs pour qu'ils sachent que faire dans ce type de circonstances. Les recteurs et le ministère sont fréquemment sollicités pour des conseils. **La gouvernance de cet IEP va être renforcée**. Le règlement intérieur sera revisité. Je renouvelle toute ma confiance envers la directrice de l'IEP, que les inspecteurs accompagneront pour la mise en oeuvre des recommandations du rapport.

**Le Figaro (site web)**

vendredi 7 mai 2021 - 20:02 UTC +02:00 918 mots

Vox ; Vox Société

**Mathieu Bock-Côté:****«Violence: le règne des euphémismes»**

Bock-Côté, Mathieu

**CHRONIQUE - Suite aux nombreuses affaires de violences contre les policiers dans l'actualité, l'essayiste fustige «la logique décoloniale» qui légitime «la violence de groupes délinquants de banlieues, présentée comme une manifestation d'autodéfense de populations persécutées».**

Le meurtre d'un policier à Avignon par un «dealer» a suscité la plus grande colère. Il fait écho au lynchage d'un policier à Bagnolet par des «jeunes» hurlant *«tuez-le, c'est un sale chien de flic»*. Les termes utilisés avaient le mérite de la clarté: la pulsion meurtrière est confessée. La France, loin d'être le pays des «violences policières», est le pays des violences contre les policiers, auxquels on tend des guets-apens, que l'on agresse et, de temps en temps, que l'on assassine au cri d'Allah akbar, comme on l'a vu avec le sort réservé à Stéphanie Monfermé à la fin avril.

De façon générale, c'est un climat d'extrême agressivité qui s'installe. Des bandes conquérantes attaquent autant qu'elles le peuvent tous les symboles de l'État, au point même de tirer au mortier d'artifice sur des pompiers. Il faut transformer l'aveuglement en méthode sociologique pour ne pas le voir, comme on l'a constaté récemment à Tourcoing et Roubaix.

## Profilage racial

Cette violence est théorisée et légitimée par certains sociologues chouchoutés médiatiquement qui présentent les forces policières comme une puissance d'occupation dans des territoires «racisés» appelés par la logique décoloniale à se soustraire à la souveraineté française. Dès lors, les «violences urbaines» sont présentées comme des soulèvements légitimes. Les mêmes se désolent de temps en temps de leurs excès, mais toujours les comprennent: la France ne condamnerait-elle pas la jeunesse des «quartiers» au désespoir? Inversement, il suffit qu'un jeune homme issu de l'immigration se retrouve dans une situation conflictuelle avec les forces de l'ordre pour qu'on accuse ces dernières de céder au profilage racial et de se rendre coupable de «racisme systémique» ou même de verser dans le «racisme d'État».

L'inversion du réel pousse même de nombreux médias à propulser au cœur de la vie publique de nouvelles icônes indigénistes, toujours occupées à traduire la violence en insurrections décoloniales. La transformation d'Assa Traoré en figure messianique ces dernières années est intimement liée à cette légitimation de la violence de groupes délinquants de banlieues, présentée comme une manifestation d'autodéfense de populations persécutées.

Mais les Français ne parviennent pas à s'habituer à l'idée de se faire tabasser dans leur propre pays et se demandent s'il est normal qu'on trouve en France des zones de non-France. Les idéologues du régime diversitaire nomment alors les choses pour mieux les taire, et les évoquent pour les arracher à leur signification. Le langage médiatique euphémise ainsi sa description du réel en allant jusqu'à l'aseptiser. Il faut tout faire pour neutraliser la dimension ethnoculturelle de nombre d'agressions, quitte, s'il le faut, à changer le prénom des assaillants, pour en dissimuler l'origine, pour éviter, de «stigmatiser» certaines catégories de la population. On parlera aussi de «bandes de jeunes», issus de «quartiers sensibles», commettant des «incivilités», alimentant un «sentiment d'insécurité», à combattre, pour éviter de faire «le jeu du populisme». Les euphémismes ne s'arrêtent pas là: on ne poignarde plus, on «attaque au couteau», on n'égorge plus, on «attaque à la gorge». Et désormais, tout devra être réduit à la question des «dealers» et de la «drogue». Telle est la nouvelle explication médiatiquement autorisée de la «nervosité des banlieues».

Schizophrénie politique

Le simple fait qu'il faille prendre des gants pour rappeler le lien entre l'immigration et l'insécurité nous rappelle à quel point pèse encore une effarante censure sur le réel. Le commun des mortels a appris à décoder ce qu'on lui dit en ne le lui disant pas. Dans sa tête se trouve un logiciel décrypteur: il sait ce qui se passe et ne peut être dit. Il sait quelle réalité se cache derrière chaque mot. Et sait que certains mots ne peuvent plus être prononcés. Il sait aussi que s'il s'arrache à la novlangue, on le passera à la bastonnade médiatique, on l'accusera de tenir des propos haineux: parler du réel, aujourd'hui, est d'extrême droite. Tel est le propre d'un régime idéocratique, qui oblige ses citoyens à parler dans un langage qui falsifie le rapport au réel.

Cela ne peut qu'entraîner une forme de schizophrénie politique: le dédoublement du langage témoigne d'une pensée étouffée, empêchée, multipliant les ruses pour s'exprimer, comme si à l'art d'écrire du philosophe, autrefois évoqué par Leo Strauss, s'ajoutait aujourd'hui l'art de dire de l'éditorialiste qui veut qu'on le comprenne sans risquer de se faire incriminer. **De ce point de vue, la reconquête du langage est désormais un acte de souveraineté, sans lequel rien d'essentiel ne sera possible.**

**Le Figaro (site web)**

vendredi 7 mai 2021 - 17:06 UTC +02:00 1136 mots

Économie ; Conjoncture

# Nucléaire: bras de fer en vue entre Paris et Berlin

Nodé-Langlois, Fabrice

CNPE Cattenom. *BURNOD JEAN LOUIS/HAPPY DAY/BURNOD JEAN LOUIS/HAPPY DAY*

## RÉCIT - La France milite pour que Bruxelles classe l'énergie atomique comme verte. L'Allemagne s'y oppose.

C'est une discussion en apparence des plus technocratiques qui se déroule depuis des mois à Bruxelles entre les vingt-sept États membres, mais qui dissimule un bras de fer majeur entre Paris et Berlin. De son issue dépend en partie l'avenir de l'industrie nucléaire tricolore. L'objet de cette négociation est désigné par le nom abscons de «taxonomie». Les Européens cherchent à se mettre d'accord pour classer les activités économiques selon leur caractère durable.

La filière nucléaire est en alerte. Le dossier mobilise l'interministériel et l'Élysée. « *Cette classification des investissements durables a une importance immense ; c'est une première mondiale qui peut servir de modèle pour d'autres pays ou régions* », explique Marc-Antoine Eyl-Mazzega, le directeur du Centre énergie et climat de l'Ifri (Institut français des relations internationales). Quel est donc l'enjeu pour l'industrie nucléaire? Si les réacteurs atomiques sont retenus dans la taxonomie comme activité durable, cela ouvre la voie à des financements à des taux plus avantageux, un point crucial pour une activité si capitalistique .

À l'inverse, une filière exclue de la taxonomie pourrait être moins éligible, voire privée des aides d'État. La finance privée aussi se détournerait du nucléaire s'il ne bénéficiait pas de ce tampon bruxellois vert. Parce que l'électricité nucléaire est une source d'énergie largement décarbonée - c'est devenu un argument marketing à l'international -, Paris plaide pour qu'elle bénéficie de la première catégorie dans la taxonomie.

Les industriels de l'atome s'affolent en regardant les coûts d'emprunts des activités «bannies», comme le tabac. Ce secteur à l'image très dégradée emprunte à un taux 10 à 20 points supérieur à celui des fabricants de boisson, par exemple. «*Déjà aujourd'hui, lorsqu'un émetteur propose une obligation verte pour financer des énergies renouvelables, il bénéficie d'une petite ristourne de quelques points par rapport à une obligation classique*», observe un financier. EDF a sorti sa calculatrice. Si le nucléaire ne figurait pas dans la taxonomie, 43 % de ses activités seraient éligibles aux financements verts, contre 96 % s'il y était intégré.

En baie de Saint-Brieuc, action de pêcheurs contre le chantier de construction du parc éolien - Regarder sur Figaro Live

Décision reportée

Le 21 avril, la Commission a présenté une première liste d'activités intégrées à la fameuse taxonomie, avec quatre mois de retard en raison des divergences persistantes. Mais le nucléaire n'y figure pas. Bruxelles a reporté sa décision sur ce sujet sensible. Outre les ONG environnementales et nombre d'eurodéputés, face à la position française se dresse l'Allemagne.

«Nous sommes à un moment pivot où l'Allemagne, l'Autriche et le Luxembourg mettent en œuvre une opposition au nucléaire par tous les moyens», observe Marc-Antoine Eyl-Mazzega, qui voit «ce prosélytisme antinucléaire monter en puissance avec le débat sur la taxonomie». «En Allemagne, quelques hommes politiques libéraux et conservateurs pensent qu'il ne faut pas jeter le nucléaire, mais ils restent très discrets, avec la perspective d'une coalition avec les Verts» issue des élections législatives en septembre prochain, note pour sa part Georg Zachmann, du cercle de réflexion européen Bruegel.

Afficher un soutien à l'atome revient au suicide politique outre-Rhin, en période électorale. Cela fait dix ans, à la suite de la catastrophe de Fukushima, qu'Angela Merkel a décrété la sortie définitive de l'énergie nucléaire. Les six derniers réacteurs en service seront débranchés l'an prochain.

Après tout, chaque pays dispose de ses choix énergétiques. Sauf que la bataille de la taxonomie, souligne Marc-Antoine Eyl-Mazzega, « est en train de fragiliser deux principes: la neutralité technologique, selon laquelle chaque État membre est libre de choisir ses technologies énergétiques dès lors qu'elles sont compatibles avec les objectifs climatiques de l'Union, et la souveraineté nationale sur le mix énergétique ».

Taxonomie ou pas, Nina Roth, gestionnaire de fonds en Allemagne chez le canadien BMO Global Asset Management, remarque que «le marché a déjà pris les devants». Le label allemand FNG, l'un des étalons dans le domaine du financement durable, proscrit les investissements dans le nucléaire.

#### Coalition antiatomique

À Bruxelles, l'Allemagne est soutenue par l'Autriche, dont la population a rejeté l'énergie nucléaire par référendum en 1978. Le Luxembourg fait aussi partie de cette mini-coalition. La proximité de la centrale française de Cattenom - les réacteurs d'EDF sont à moins de 10 kilomètres du Grand-Duché - a créé une hypersensibilité au sujet atomique. Le chercheur de l'Ifrï désigne l'Espagne et le Danemark comme des renforts à ce camp.

De même qu'EDF recherche en Europe des clients pour ses centrales, l'Allemagne promeut ses industriels de l'énergie. «Une restriction du nucléaire pourrait faire grandir le marché des renouvelables, où l'Allemagne a gagné un certain savoir-faire», remarque Georg Zachmann.

De son côté, la France peut compter sur l'appui de la Roumanie, la Slovaquie, la République tchèque ou la Bulgarie, nucléarisés à l'époque soviétique, la Finlande ou encore la Pologne, qui mise sur l'atome pour sortir du charbon.

Entre ces deux camps, où se situe la Commission? « Elle est schizophrène », répond Marc-Antoine Eyl-Mazzega. Ses modélisations montrent que, pour être neutre en carbone en 2050, l'Union devra conserver un socle minimum de nucléaire, mais, dans le même temps, il y a des nucléo-sceptiques au plus haut niveau de la Commission, comme le vice-président Frans Timmermans (néerlandais) .»

Dans cet affrontement, l'Allemagne ne se contente pas de s'opposer au nucléaire. Elle milite pour que le gaz, dès lors qu'il est employé pour remplacer le charbon, plus polluant, dans les centrales électriques, bénéficie de la taxonomie. Un sujet très sensible que la Commission va traiter dans un texte séparé. Bruxelles doit présenter une nouvelle liste cet été. Si le nucléaire et le «gaz de transition» sont tous deux inclus parmi les activités durables, la France et l'Allemagne y trouveront chacune son compte, veut-on croire à Paris. Ce sera peut-être la porte de sortie.

# Sciences Po Grenoble : la ministre appelle à « sanctionner » les étudiants accusés de diffamation

Le 4 mars, plusieurs étudiants avaient accusé deux professeurs d'« islamophobie », aussi bien par voie d'affichage devant l'enceinte de l'IEP que sur les réseaux sociaux, provoquant une crise au sein de l'établissement.

Le Monde avec AFP

Publié aujourd'hui à 16h16



L'entrée de Sciences Po Grenoble, à Saint-Martin-d'Hères, le 8 mars 2021. JEAN-PHILIPPE KSIAZEK / AFP

La ministre de l'enseignement supérieur, Frédérique Vidal, a appelé samedi 8 mai, dans un entretien au [Figaro](#), l'Institut d'études politiques (IEP) de Grenoble à « sanctionner » rapidement les auteurs de la diffamation publique de deux de ses professeurs.

Le 4 mars, plusieurs étudiants avaient placardé à l'entrée de l'institut des affichettes accusant nommément deux professeurs d'« islamophobie », avant de relayer pareils propos sur les réseaux sociaux par le biais de syndicats étudiants, dont l'Unef (Union nationale des étudiants de France, classé à gauche). L'affaire a déclenché l'ouverture par le parquet d'une enquête, pour « injure publique » notamment. Le gouvernement avait dénoncé la « mise en danger » des enseignants par ces étudiants, ciblant plus spécifiquement l'Unef, qui a reconnu une initiative « maladroite et dangereuse ».

## « Maladresses, manquements et fautes »

La ministre avait alors commandé un rapport à l'inspection de l'éducation nationale, dont les conclusions ont été révélées samedi par *Le Figaro*. Dans ce document, dont l'Agence France-Presse a obtenu copie, l'inspection souligne que « tous les acteurs de cette affaire ont commis des erreurs d'appréciation, des maladresses, des manquements et fautes plus ou moins graves ».

Mais, aux yeux de l'inspection, les principaux coupables restent les étudiants qui ont taxé les deux professeurs d'« islamophobie » ou qui ont relayé de telles accusations sur les réseaux sociaux – notamment

l'Union syndicale Sciences Po Grenoble (US, premier syndicat de l'établissement) ainsi que la branche locale de l'Unef.

« *Ces accusations, souligne le rapport, sont la cause de la grave détérioration du climat de l'IEP* » au fil des mois, laquelle « *a conduit à l'événement déplorable du 4 mars* ». D'autant que les rapporteurs n'ont trouvé « *aucun témoignage permettant d'accréditer les rumeurs d'islamophobie* » des deux professeurs « *relayées par l'US* », que l'inspection accuse par ailleurs d'avoir généré « *un climat de peur* ». Le 10 mars, la directrice de l'IEP, Sabine Saurugger, avait « *condamné très clairement* » les affiches. Elle avait en revanche estimé que l'un des professeurs visés avait tenu des propos « *extrêmement problématiques* » sur l'islam.

L'inspection appelle la direction de l'IEP à prendre « *sans tarder des mesures fermes* » pour « *sanctionner les fautes les plus graves* ». Cela concerne tous « *les élus étudiants de l'US signataires* » des accusations contre les professeurs, mais aussi les membres du syndicat qui ont diffusé sur les réseaux de « *graves accusations* » contre d'autres étudiants, « *d'une violence inouïe* » parfois, et qui « *relèvent du harcèlement* ».

## **La ministre veut renforcer la gouvernance de l'IEP**

A l'origine des accusations d'islamophobie, on trouve ainsi, en novembre et en décembre 2020, un échange de courriels véhéments à propos d'un cours sur l'islam entre un professeur d'allemand, dont le nom a été mentionné sur les affiches, et une historienne.

L'inspection épingle le « *manque de professionnalisme déconcertant* » des deux professeurs, qui ont laissé plusieurs étudiants en copie de leurs mails, et dénonce le « *manque d'intérêt marqué* » des étudiants pour le respect de la vie privée ou la présomption d'innocence, lequel a conduit aux affichages.

« *Il nous faut réfléchir à une éducation aux règles minimales du droit sur les réseaux sociaux, peut-être pour tous les étudiants* », a souligné la ministre. M<sup>me</sup> Vidal a également annoncé un renforcement de la gouvernance de l'IEP (préconisé par le rapport) tout en réaffirmant sa confiance à Sabine Saurugger.

## «La traite arabo-musulmane est volontairement occultée dans les mémoires de l'esclavage»

FIGAROVOX/TRIBUNE - Depuis 2006, le 10 mai est la journée nationale des mémoires de la traite et de l'esclavage. L'occasion de revenir sur l'importance de la traite arabo-musulmane, dont l'histoire est sciemment dissimulée, explique Marie-Claude Barbier Mosimann.

Par Marie-Claude Barbier Mosimann

Publié il y a 3 heures, mis à jour il y a 1 heure



Le 10 mai, le président de la République a commémoré la journée nationale des mémoires de la traite, de l'esclavage et de leurs abolitions. *IAN LANGSDON / AFP*

*Marie-Claude Barbier Mosimann est maître de conférences honoraire à l'ENS Paris-Saclay. Elle a notamment publié Livingstone (Ellipses, 2016)*

---

En 2004, l'ouvrage de l'historien Olivier Pétré-Grenouilleau, intitulé *Les traites négrières*, suscita bien des controverses. Il y montrait en effet qu'il existait non pas une mais **trois types de traites négrières** : la traite **atlantique**, la traite **arabo-musulmane** et la **traite interafricaine** qui alimentait les deux autres traites. Or ce livre sortait trois ans après le vote de la loi Taubira de 2001, qui reconnaît comme crimes contre l'humanité, la seule traite négrière occidentale, faisant des « blancs » les seuls coupables. Comme on ne pouvait pas en nier l'existence, Pétré-Grenouilleau fut accusé de hiérarchiser les traites pour minimiser la responsabilité occidentale puisque les chiffres donnés (respectivement 11, 17 et 14 millions) montraient que la traite transatlantique avait été la moins meurtrière. La polémique s'intensifia quand, en 2005, il déclara au *Monde*[1] qu'au «*poncif raciste blanc - l'Occident civilisé face aux sauvages noirs - a succédé l'image tout aussi déformée de bourreaux uniquement blancs face à des Noirs uniquement victimes*». Il fit, de ce fait, l'objet d'une plainte pour «*diffamation publique raciale*» et un collectif de Guyanais, Réunionnais, Mahonnais et Antillais l'attaqua au civil devant le tribunal de grande instance de Paris. **Un collectif de 600 historiens se forma pour défendre la liberté des chercheurs, soulignant le sérieux du travail et mettant en garde contre une lecture sélective du passé.** La plainte fut abandonnée. Notons que la polémique **portait sur l'implication des Africains dans le processus de traite** puisque plusieurs ethnies servaient de pourvoyeurs aux négriers. En 2005, Jacques Chirac décida que le 10 mai, jour de l'adoption de la loi Taubira, serait désormais célébré comme «*la journée des mémoires de la traite négrière, de l'esclavage et de leur abolition*». Ce singulier amnésique ramenait la culpabilité sur le seul Blanc. Un an plus tard, à la veille de la célébration, interrogée par un journaliste de l'*Express* sur son silence concernant

la traite orientale, **Christiane Taubira** déclara qu'il était préférable de ne pas évoquer la traite négrière arabo-musulmane pour que les «*jeunes Arabes*» «*ne portent pas sur leur dos tout le poids de l'héritage des méfaits des Arabes*[2]». Autrement dit, outre le **mépris infantilisant** de cette remarque, les enjeux du présent autorisent l'amnésie mémorielle.

**Or, si la traite occidentale a duré 3 siècles, la traite arabo-musulmane, elle, s'est étendue sur 13 siècles.**

Dès les débuts de l'Islam, au 7<sup>e</sup> siècle, elle s'est répandue dans tout le Maghreb d'où partaient des caravanes qui traversaient le Sahara pour ramener des esclaves noirs de la côte subsaharienne. **Tombouctou** fut une plaque tournante de cette traite qui déclina au plus fort de la traite occidentale, **avant de reprendre de plus belle après les abolitions en Europe**. Avec l'extension de l'Empire ottoman en Afrique du Nord, traite et esclavage restèrent florissants et des villes comme **Alger, Tunis ou Tripoli**, offrant de grands marchés d'esclaves, alimentés par des raids terrestres et également maritimes puisque d'elles partaient les pirates barbaresques pour razzier des esclaves chrétiens sur les rives nord de la Méditerranée. **La traite arabo-musulmane a concerné pratiquement tout le territoire africain** au nord du Zambèze, se divisant en plusieurs volets : transsaharien, sahélien, nilotique, et le moins connu, la traite zanzibarite qui saigna à blanc toute la région des lacs à partir de Zanzibar.

**Zanzibar possède un grand marché aux esclaves - créé en 1811 - dont le spectacle bouleverse Speke du fait de l'extrême brutalité de traitement des esclaves.**

*Marie-Claude Barbier Mosimann*

Ce sont les premiers explorateurs britanniques qui la firent connaître à l'occasion d'expéditions commanditées par La Société royale de géographie, pour cartographier l'intérieur de l'Afrique et élucider le mystère des sources du Nil, le Graal géographique de l'ère victorienne. À cette époque, vers 1850, la présence européenne sur le continent africain était pratiquement inexistante en dehors de la colonie du Cap, d'enclaves portugaises, britanniques, françaises, plus ou moins importantes, et de divers comptoirs côtiers. Les cartes de l'Afrique du Nord-Est s'arrêtaient à Khartoum et l'intérieur de l'Afrique restait inconnu.

La présence territoriale étrangère la plus importante était celle de l'Empire ottoman, qui occupait tout le Maghreb, à l'exception du Maroc, plus un vaste territoire le long du Nil. **Or l'esclavage était un rouage essentiel de l'économie et de la société ottomanes.**

Ce sont les témoignages des explorateurs britanniques qui vont révéler l'existence de la traite zanzibarite. Les deux premiers, John Hanning Speke et Richard Burton partent de Zanzibar et découvrent une ville commerçante prospère, avec de riches demeures et des palais, mais très insalubre, avec ses cadavres d'animaux et d'esclaves dans les rues et sur le rivage. Elle possède un grand marché aux esclaves - créé en 1811 - dont le spectacle bouleverse Speke du fait de l'extrême brutalité de traitement des esclaves. Sur le marché, hommes et femmes défilent nus, les femmes doivent se prêter à toutes sortes d'examen corporels intrusifs ; pour les hommes, une épreuve supplémentaire consiste à les attacher à un arbre au milieu de la place et à les fouetter avec les branches d'un épineux, pour mesurer leur résistance à la douleur. **Jusqu'à sa fermeture en 1873, Zanzibar sera le cœur de la traite orientale.**

À partir de 1830, la demande en esclaves s'accroît pour fournir l'Occident en ivoire, devenu à la mode, et surtout pour favoriser le développement de la culture du clou de girofle. **De ce fait, les traitants arabes - qui jusque-là s'approvisionnaient en esclaves auprès de certaines ethnies africaines - décidèrent de monter eux-mêmes de grandes expéditions caravanières vers l'intérieur du pays.**

**Speke essaie, sans résultat, de convaincre le gouvernement britannique d'intervenir dans la région car, écrit-il, vu la violence des guerres tribales et des razzias arabo-musulmanes, les Africains seront bientôt « wiped off the face of the earth »**

*Marie-Claude Barbier Mosimann*

Quand arrivent Speke et Burton, **sur une population totale de 300.000 habitants environ, on comptait 200.000 esclaves, soit deux tiers de la population**. Les conditions de vie sur les plantations étaient si dures qu'on estime à **30 % le nombre d'esclaves mourant chaque année et qu'il fallait donc remplacer**[3].

Speke et Burton vont découvrir la logistique zanzibarite qui reposait sur des stations relais créées pour ravitailler les caravanes et y stocker ivoire et esclaves ramenés des raids alentour. À son retour en 1863, Speke essaie, sans résultat, de convaincre le gouvernement britannique d'intervenir dans la région car, écrit-

il, vu la violence des guerres tribales et des razzias arabo-musulmanes, les Africains seront bientôt «*wiped off the face of the earth*» (balayés de la surface de la terre) par la traite.

Un an plus tard, la demande sera réitérée, sans plus de succès, par David Livingstone, médecin et missionnaire, le plus célèbre des explorateurs britanniques de l'ère victorienne et le premier à avoir pris conscience de la pénétration de la traite arabo-musulmane à l'intérieur de l'Afrique, et il va faire de son éradication son combat. **Il suggère deux remèdes : évangélisation et commerce licite, donc désenclaver l'intérieur du continent pour y installer des voies commerciales et des missions chrétiennes.** C'est dans ce but qu'il va explorer la région du lac Malawi, au nord du Zambèze et découvrir, atterré, que le lac est sillonné de boutres chargés d'esclaves en route pour la côte, et que maints villages sont jonchés de «*squelettes et de cadavres en putréfaction*», témoignage des raids négriers meurtriers. Dans son expédition suivante, plus au nord, jour après jour il trouve des esclaves morts, «*abattus d'une balle, poignardés ou morts de faim la fourche au cou*». Le 15 juillet 1871, il se trouve à Nyangwe, au nord-est du lac Tanganyika, et assiste au massacre programmé de tout un village pour inciter les Africains à «*coopérer*» avec leurs tortionnaires. Lorsqu'il parvint en Occident, le récit qu'il en fit («*la lettre de Nyangwe*») suscitera un tel tollé qu'il fera plus pour la prise de conscience occidentale des ravages de la traite arabo-musulmane que toutes les démarches précédentes. C'est Stanley, journaliste au *New York Herald*, qui, après avoir retrouvé Livingstone - dont on était resté cinq ans sans nouvelles - relaya le combat contre la traite auprès des journaux occidentaux et reprit le flambeau anti-esclavagiste après la mort de l'explorateur. Citons enfin un extrait du journal de Verney Cameron qui mena une expédition de secours à Livingstone, en 1873 : «*Traverser les ruines de tant de villages déserts était d'une tristesse indescriptible. Où sont maintenant ceux qui les ont construits et qui ont cultivé les champs environnants ? Chassés comme esclaves, massacrés [...] L'Afrique se vide de son sang par tous ses pores, sa population est quotidiennement décimée par la traite et les guerres intestines*».

**Si, en un premier temps, les missions ont lutté contre la traite, force est de constater que c'est la colonisation qui a réellement stoppé l'hémorragie dans la région des Grands Lacs.**

Marie-Claude Barbier Mosimann

Le bilan que l'on peut tirer de tous ces témoignages (ici très résumés), c'est la progression inexorable des traitants arabo-musulmans à l'intérieur de l'Afrique de l'Est à partir de 1850 avec, en corollaire, le dépeuplement des régions parcourues. Ils illustrent bien le constat de Pétré-Grenouilleau : «*Au 19<sup>e</sup> siècle, alors que la traite atlantique disparaissait progressivement, les traites orientales prirent une ampleur considérable, drainant entre 4,5 et 6,2 millions de personnes hors de l'Afrique noire continentale. Pour répondre à la demande croissante, les traitants arabes, Swahilis ou Africains islamisés, non seulement ouvraient des routes vers l'intérieur, mais, de plus, ils créaient des stations, fixes ou temporaires à l'intérieur du pays, pour y entreposer et y accumuler un maximum de « prises », avant de les ramener vers la côte [...] Ce scénario eut pour résultat la mise à sac de régions entières, jusqu'aux Grands Lacs d'abord, puis bien au-delà, le fleuve Congo constituant une des grandes voies de pénétration* ».

La publication de tous ces récits d'exploration inspira, dès 1875, **une série d'initiatives, non de la part des politiques, mais d'un certain nombre d'églises** : anglicans et non-conformistes décidèrent d'agir pour protéger les Africains et créèrent des missions, les Écossais sur le lac Malawi dès 1875, les Pères blancs du cardinal Lavigerie sur le lac Tanganyika à partir de 1878. Stanley contribua à l'arrivée de missionnaires au Buganda. Mais si, en un premier temps, les missions ont lutté contre la traite, force est de constater que c'est la colonisation qui a réellement stoppé l'hémorragie dans la région des Grands Lacs.

Il serait utile pour terminer de donner quelques dates permettant de contextualiser ces péchés attribués au seul homme blanc que sont l'esclavage et le colonialisme. **Il ne s'agit nullement de dédouaner l'Occidental mais de montrer qu'il n'y a pas de raison historique d'en faire le bouc émissaire des malheurs de l'Afrique.**

**La traite négrière arabo-musulmane en Afrique a duré, elle, 13 siècles. Elle a été qualifiée de « génocide voilé » par l'anthropologue sénégalais Tidiane N'Diane.**

Marie-Claude Barbier Mosimann

**La traite occidentale, partie émergée de l'iceberg, a duré moins de 3 siècles :** elle a commencé à la fin du 15<sup>e</sup> siècle pour les Portugais, mais beaucoup plus tardivement pour la France puisque le premier bateau négrier, l'*Union*, partit de Nantes en 1707. Elle s'est terminée un siècle plus tard pour la France, qui, comme la plupart des autres nations européennes, a aboli la traite à la suite du congrès de Vienne de 1815. **La traite négrière arabo-musulmane en Afrique a duré, elle, 13 siècles. Elle a été qualifiée de «génocide voilé»** par l'anthropologue sénégalais Tidiane N'Diane qui écrit : *«Bien qu'il n'existe pas de degré dans l'horreur ni de monopole de la cruauté, on peut soutenir [...] que le commerce négrier et les expéditions guerrières provoquées par les Arabo-musulmans furent, pour l'Afrique noire et tout au long des siècles, bien plus dévastateurs que la traite atlantique».*

L'Empire ottoman envahit tout le Maghreb - sauf le Maroc - à partir de 1517 et s'effondre à la fin de la Première Guerre mondiale, soit quatre siècles d'occupation du territoire nord-africain, **alors que la colonisation européenne de l'Afrique est un épisode très court dans l'histoire du continent.** Elle a véritablement commencé après 1885 avec la «ruée vers l'Afrique», conséquence de la conférence de Berlin où les Occidentaux ont fixé les règles du partage du continent et ouvert la voie à la colonisation. L'accession de la plupart des pays à l'indépendance s'étant faite autour des années soixante, **la colonisation européenne de l'Afrique a duré, pour une majorité de pays, 80 ans maximum. Rappelons enfin que l'esclavage a été aboli au Royaume-Uni en 1833 et en France en 1848 alors qu'il a fallu attendre la fin du 20<sup>e</sup> siècle pour que bon nombre de pays islamiques suivent le même chemin, en théorie tout du moins.** Comme l'a dit l'anthropologue algérien Malek Chebel *«l'esclavage en terre d'islam» est «un tabou bien gardé».*

Comment peut-on encore accepter que seul l'homme blanc soit qualifié d'esclavagiste et de colonialiste ? Faut-il penser avec N'Diane, qu'une forme de fraternité religieuse dans l'Islam ait abouti à l'oblitération par les Africains de ces siècles d'asservissement ?

[1] Traite négrière : les détournements de l'histoire, le *Monde*, 5 mars 2005.

[2] *L'Express*, 4 mai 2006.

[3] On considère d'ailleurs que cette cruauté a laissé un héritage de haine qui explosa après l'indépendance de l'île fin 1963. Zanzibar devint alors une monarchie constitutionnelle dirigée par le sultan mais le gouvernement fut renversé un mois plus tard et une république populaire fut proclamée. Plusieurs milliers d'Arabes, 5 000 à 12.000 Zanzibaris d'ascendance arabe et des civils indiens furent tués, des milliers d'autres furent emprisonnés et expulsés, et leurs biens confisqués. <https://nataniatravel.com/en/the-slave-market-zanzibar-island/>.

## En cas de crise, l'armée peut-elle intervenir sur le sol national ?

### LA VÉRIFICATION - Les deux tribunes de militaires en retraite ou d'active évoquent la possibilité d'une intervention des Armées dans des missions de maintien de l'ordre. Que prévoit le droit ?

LA QUESTION. Les deux tribunes signées par des militaires en retraite ou d'active publiées par *Valeurs actuelles* ont suscité l'émoi. Signées ou soutenues par des milliers de personnes, elles dénoncent le « *délitement* » de la France, l'augmentation des violences et évoquent le recours à l'armée pour rétablir l'ordre. « *Si rien n'est entrepris, le laxisme continuera à se répandre inexorablement dans la société, provoquant au final une explosion et l'intervention de nos camarades d'active dans une mission périlleuse de protection de nos valeurs civilisationnelles et de sauvegarde de nos compatriotes sur le territoire national* », lit-on dans le premier texte. « *Oui, si une guerre civile éclate, l'armée maintiendra l'ordre sur son propre sol, parce qu'on le lui demandera* », ajoute le deuxième.

Les réactions déchaînées, notamment à gauche, ont mis en cause un appel caché à un putsch. La ministre des Armées, Florence Parly, a rappelé quant à elle les militaires à leur devoir de neutralité, de réserve et de loyauté au pouvoir politique. Au-delà des fantasmes, dans quel cadre les Armées pourraient-elles intervenir sur le sol national ?

VÉRIFICATIONS. Les interventions des armées sont strictement encadrées légalement. Elles le sont pour les opérations extérieures mais aussi pour les opérations intérieures. Celles-ci sont déjà nombreuses : l'armée de l'Air assure la mission de posture permanente de sécurité, c'est-à-dire de police du ciel. Les préfets maritimes sont investis d'un pouvoir de police administrative en mer. Plus largement, les armées peuvent être sollicitées dans le cadre de la lutte contre les feux de forêt (mission Hephästos) ou en cas de catastrophe naturelle ou de situation particulière (comme par exemple la découverte de munitions non explosées).

Plusieurs cadres juridiques peuvent s'appliquer en cas de situations exceptionnelles sur le territoire national. L'article 16 de la Constitution accorde la faculté au Président de la République de prendre « *les mesures exigées par des circonstances* ». Il permet au chef de l'État de se donner des pouvoirs étendus. L'article 16 n'a été invoqué qu'une fois, en 1961, lors de la tentative de putsch des généraux d'Alger. L'article 36 de la Constitution évoque pour sa part l'état de siège : « *en cas de péril imminent résultant d'une guerre étrangère ou d'une insurrection armée* », il permet l'attribution de pouvoirs de police aux autorités militaires. Il peut être décrété par une décision du conseil des ministres. Au-delà de douze jours, une autorisation du Parlement est nécessaire.

#### La règle des «4i»

Il existe enfin une disposition d'état d'urgence, prévue dans une loi de 1955. Il peut être décrété « *en cas de péril imminent résultant d'atteintes graves à l'ordre public, soit en cas d'événements présentant, par leur nature et leur gravité, le caractère de calamité publique* ». Il confère aux autorités civiles, dans leur aire géographique, des pouvoirs de police exceptionnels.

Hors état de siège, l'armée intervient seulement sur réquisition et dans le cadre de la règle des « 4i », c'est-à-dire quand les moyens civils sont « *inexistants, indisponibles, insuffisants ou inadaptés* ». L'usage de la force est limité aux cas de légitime défense lorsque l'armée est déployée sur le territoire national. Le cadre légal d'emploi de la force lors d'opération extérieure ou de conflit n'est pas transposable.

L'intervention des armées sur le territoire national a été repensée dans un contexte de lutte contre le terrorisme. En 1995, elle est conçue comme une force d'appoint dans le cadre de l'opération Vigipirate, lancée après l'attentat du RER B. Plus conséquente, l'opération Sentinelle a été initiée après l'attentat contre Charlie Hebdo en janvier 2015. La militarisation de la réponse au terrorisme a été justifiée par l'extension de la menace. Elle a débouché sur un nouveau cadre législatif en 2016 qui a donné une assise constitutionnelle à l'état d'urgence.

Les restrictions claires posées au recours aux armées sont un héritage de l'histoire. Au XIXe siècle, elles sont plusieurs fois sollicitées pour réprimer des soulèvements. Par exemple, lors de la Commune en 1871, face aux ouvriers de Fourmies en 1891, lors de manifestations en 1908. Mais ce face-à-face entre les citoyens et l'armée, censée être l'incarnation de la nation, pose des questions presque philosophiques. Au lendemain de la Première Guerre mondiale, il est inenvisageable de faire jouer ce rôle aux militaires. C'est pourquoi la gendarmerie a été créée en 1921, pour assurer des missions de police sur le territoire national.

## Pour Erdogan, le projet de loi contre le séparatisme est un «coup de guillotine» pour la démocratie

Le président turc a aussi déclaré que la Turquie était prête à «travailler avec la France» dans les domaines de la lutte antiterroriste et de «l'intégration».

Par Le Figaro avec AFP

Publié hier à 22:24, mis à jour à l'instant

Le président turc Recep Tayyip Erdogan a qualifié le projet de loi contre le «*séparatisme*» en France de «*coup de guillotine*» pour «*la démocratie*» mercredi 12 mai, alors que députés et sénateurs français réunis mercredi en commission mixte ne sont pas parvenus à se mettre d'accord sur le texte.

*«L'adoption de cette loi qui est ouvertement en contradiction avec les droits de l'homme, la liberté de religion et les valeurs européennes sera un coup de guillotine infligé à la démocratie française», a affirmé le chef de l'Etat turc lors d'un discours à Ankara. Estimant que la version actuelle du projet de loi «servirait l'extrémisme», Erdogan lui a aussi reproché de «mettre les ONG sous pression» et de «forcer les jeunes à choisir entre leurs croyances et leur éducation». «Il est évident qu'un tel projet de loi provoquera des troubles au sein de la communauté turque et des millions de musulmans. (...) Nous appelons les autorités françaises, en premier lieu le président Macron, à agir avec bon sens. Nous attendons un retrait au plus vite de ce projet de loi», a-t-il annoncé.*

Le président turc a aussi déclaré que la Turquie était prête à «travailler avec la France» dans les domaines de la lutte antiterroriste et de «l'intégration». L'adoption en janvier dernier par le Conseil français du culte musulman de la «*Charte des principes de l'islam de France*» avait déjà suscité l'ire du président turc, le poussant à accuser son homologue français d'être anti-musulman.

En octobre dernier, Erdogan avait mis en cause la «*santé mentale*» d'Emmanuel Macron, l'accusant de mener une «*campagne de haine*» contre l'islam, parce qu'il avait défendu le droit de caricaturer le prophète Mahomet et pour son discours contre le «*séparatisme*» islamiste en France. Si les deux chefs d'Etat se sont entretenus en mars dernier par visioconférence, la Turquie et la France s'opposent sur plusieurs dossiers, comme la Libye, la Syrie, la Méditerranée orientale ou encore l'offensive de Paris contre l'influence turque sur l'islam en France.

**Le Figaro (site web)**

mercredi 12 mai 2021 - 19:54 UTC +02:00 1241 mots

Vox ; Vox Religion

## Charles Jaigu: «La possibilité d'un autre islam»

Jaigu, Charles

**CHRONIQUE - Dans un beau livre sur le philosophe iranien Mullâ Sadrâ, Christian Jambet médite aussi sur la révolution islamique qui s'en est réclamée. Cette initiation a la beauté du désastre.**

« J'ai failli arrêter ce livre dix fois, j'avais l'impression en l'écrivant d'être comme le traducteur de Goethe en 1943 », nous dit Christian Jambet depuis son domicile parisien, quelque temps après l'assassinat de Samuel Paty. Sa compagne, la philosophe Souâd Ayada, présidente du conseil supérieur des programmes de l'Éducation nationale, a été aux premières loges de ce drame. On comprend le parallèle. Mais le nazisme n'a pas duré longtemps, et le traducteur a finalement retrouvé l'Allemagne de Goethe, or la question est bien plus embrouillée en ce qui concerne l'islam moderne. Il reste précédé en Occident d'une aura ténébreuse, faite des attentats perpétrés en son nom, bien sûr, mais surtout de son échec à proposer au simple croyant autre chose qu'un carcan de règles oppressantes et un rejet de la démocratie. On comprend le scrupule de l'auteur, desservi par les raidissements d'une religion dont il veut dévoiler les beautés et les libertés.

Heureusement, Jambet a terminé son livre. Encore un pari fou, comme le fut son choix de se consacrer à la philosophie en terre d'islam depuis plus de quarante ans, depuis qu'il a tourné le dos à Marx et Mao pour les théosophes d'Iran.

Jambet s'est sorti de l'impasse existentielle autant que théorique du gauchisme grâce à la rencontre d'Henry Corbin, le plus grand traducteur et passeur des philosophes chiites en langue française. C'est une entreprise monumentale d'expliquer l'islam chiite à l'Europe agnostique. Jambet a suivi ce chemin escarpé, qui témoigne, encore une fois, de l'infatigable curiosité européenne pour le proche et le lointain, n'en déplaise à la pensée décoloniale, qui ne voit dans l'Europe qu'un club de kleptocrates planétaires. À vrai dire, Mullâ Sadrâ a un côté européen.

Par sa connaissance intime du platonisme, par sa ressemblance avec Spinoza qui est du même siècle. Mullâ Sadrâ, comme l'auteur d'*Éthique*, initie à la connaissance de soi, de la Nature, et de l'un par l'autre. Dans le cas de Mullâ Sadrâ, il s'agit de la connaissance suprasensible, et divine, parce qu'en ce temps-là, c'est ainsi que la science s'affirme ; mais il s'agit de placer le Savoir au-dessus de tout, y compris du Coran.

Quand Jambet a découvert Mullâ Sadrâ, le shah était encore le seigneur du royaume perse. L'irruption de l'ayatollah Khomeiny eut tôt fait de gâcher la fête de l'esprit ; et il a fallu replonger dans les accidents de l'histoire. Cela n'a pas dissuadé Christian Jambet de continuer à étudier les mystiques iraniens, ne serait-ce que pour porter témoignage qu'il existe un autre islam que celui que nous voyons sévir depuis dans les banlieues de l'Europe. Celui-là, d'ailleurs, est sunnite. Mais cette objection tient-elle? Faut-il vraiment se garder de l'amalgame sunnisme et chiisme, les deux grandes familles descendues du Prophète?

Cette précaution est sans doute inutile, depuis que, avec Khomeiny, le chiisme a donné le coup d'envoi d'un retour de l'islam dans la politique mondiale. Plus libre à l'égard des prescriptions coraniques, plus intérieur que son rival sunnite, il ne cesse depuis de rivaliser dans le littéralisme. Ils sont tous deux mis au service d'une théologie politique bien plus préoccupée d'ici-bas que de l'au-delà. Tel est le paradoxe douloureux qu'explore Jambet: la pétrification des doctrines chiites autour d'un juridisme tatillon, qui s'est faite aussi à partir de l'enseignement de Mullâ Sadrâ, car une longue tradition continuait de lui conférer un prestige unique. Ce livre nous apprend que même l'ayatollah Khomeiny fut l'un de ses lecteurs et qu'il s'est proclamé son disciple. Le frère d'Ali Khamenei, l'actuel guide suprême, en est un commentateur respecté.

L'ayatollah Khomeiny a usurpé le nom et l'enseignement du vieux maître, pour s'attribuer les pouvoirs spirituels qu'il lui prêtait et conduire une révolution temporelle. « *La doctrine du gouvernement des juristes a réalisé ce qu'aucune révolution antérieure, en Iran, n'avait envisagé, elle a rendu licite le renversement du monarque et le rassemblement du pouvoir spirituel et du pouvoir*

*temporel sous une seule et même figure, celle du juriste le plus éminent, représentant de l'imam*, écrit Jambet dans l'épilogue. *L'équilibre subtil que les Safavides avaient établi, entre le pouvoir royal et le pouvoir spirituel, fut ainsi rompu, et avec lui l'équilibre de la science théologique.* » Ce livre témoigne donc d'une impossibilité.

On se plaint en France de la judiciarisation des relations humaines, mais l'islam s'y adonne depuis bien plus longtemps. Le gouvernement des juristes était la hantise de Mullâ Sadrâ, et c'est exactement cela qui est advenu, partout en terre d'islam. Cette gouvernance a fait le lit d'un nationalisme chiite qui n'avait plus rien de commun avec Mullâ Sadrâ. Il eût fallu, pour réussir la révolution spirituelle qui a renversé le shah, que «*le prophète fût désarmé*», tel le Savonarole décrit par Machiavel. Mais il n'en fut rien. Khomeyni estima que le prophète devait être armé. La révolution iranienne ne fut pas «*un mouvement de révolte échappant au régime des révolutions modernes, un mouvement antimoderne, un nouveau millénarisme, renouant avec les insurrections spirituelles d'antan*». Elle ne fut pas, comme le pensa Michel Foucault à l'époque, cité par Jambet, «*un mouvement spirituel*», mais «*le dernier des grands mouvements révolutionnaires du XXe siècle, après Lénine, Mao et consorts*». Pouvait-il en être autrement? À lire ce beau livre, érudit, exigeant, platonicien en des temps postmodernes, on comprend aussi pourquoi le règne des ignorants est assuré, chez les sunnites comme les chiites. En effet, l'élite spirituelle des sages de l'islam n'est jamais reconnue selon son rang et sa puissance. Son savoir reste caché aux yeux de la foule. D'autant plus caché que leur discipline austère les détourne de la vie dans la cité.

Le prédicateur habile peut alors faire son entrée. Berger cynique des âmes mortes, il tait peu à peu l'exigence placée par Mullâ Sadrâ dans la quête spirituelle d'un perfectionnement de l'âme. La rêverie platonicienne en terre d'Orient n'engendrera donc pas cette «*religion philosophique*» - tout entière vouée à l'exercice de la Connaissance, voulue par Mullâ Sadrâ. Platon avait imaginé, dans la République, la figure impossible du roi philosophe. Son cousin perse a voulu celle de l'imam philosophe. Il n'est pas encore advenu. Mais il reste l'aventure de la connaissance libre, à laquelle cet islam-là invite aussi. En dehors de toute forme de censure, d'interdit religieux, la sagesse de Mullâ Sadrâ dit ceci, comme aurait dit Spinoza: «*La preuve de Dieu est seulement l'Intellect, qui est le messenger intérieur.*»

**Le Figaro, no. 23862**

Le Figaro, mardi 11 mai 2021 1001 mots, p. 18

## Débats

# Ne vous indignez pas, argumentez !

Laine, Mathieu

**Beaucoup de nos contemporains, dès qu'ils sont confrontés à un contradicteur, se jugent outragés et bâillonnés, déplore le chroniqueur\*, qui en appelle à Saul Bellow et à son roman *Herzog* (1964).**

Chacun le constate : le débat se tend. S'il a connu entre la chute du mur de Berlin et l'attentat du 11 septembre 2001 un moment de grâce - salué tout autant par Jacques Julliard, qui évoque une « parenthèse enchantée » , Pierre Nora, qui a depuis lors décrété « la fin du *Débat* » , ou Alain Finkielkraut, qui évoque ce temps avec nostalgie -, cette période où l'on pouvait se retrouver à la même table ou sur une commune estrade et croiser le fer sans pour autant s'invectiver paraît bien révolue.

**Désormais, on s'indigne, on geint, on encapsule son contradicteur et on le jette sans autre forme de procès dans les flammes. La confrontation apaisée des idées contraires qui a présidé, avec l'émergence de l'esprit critique, au recul du relativisme et au primat de la raison, à la naissance et au développement de l'université, est reléguée. Ceux qui prétendent lutter contre le racisme ont substitué au débat le retrait de la parole. Sous nos yeux ébahis, les listes et la sélection par la couleur de peau sont de retour.**

Dans la même veine, le refus d'Audrey Pulvar - qu'on a pourtant connue gourmande de débats à l'époque où elle les animait - de répondre sur le fond à des arguments chiffrés de l'économiste Thomas Porcher pour la simple raison qu'il serait un homme et qu'il aurait fait preuve de « mansplaining » en dit long sur ce qui se joue désormais. L'usage de cette expression dénonçant les hommes prenant de haut les femmes pour clore toute discussion augure d'un féminisme fermé qui doit nous interpellier. Ces dérives sont préoccupantes.

Comme disait Albert Camus dans une expression utilement mise en exergue par Jean Birnbaum dans *Le Courage de la nuance* (Seuil), un essai bienvenu et libérateur, « *nous étouffons parmi les gens qui pensent avoir absolument raison* » .

Cette arrogance aveuglante poussant au nombrilisme stérile siège tout au long d'un roman formidable, *Herzog* , de Saul Bellow. Publié en 1964, il met en scène Moses Herzog, un universitaire de quarante-sept ans terrassé par deux divorces dont le deuxième a vu sa femme le quitter pour son meilleur ami. Aux prises avec une crise existentielle féroce, gagné par l'aigreur et la mélancolie, il sombre dans un prurit épistolaire. Convoquant sa culture, « *en proie à une véritable obsession, il écrivait des lettres à tout le monde* » .

Aucune de ces lettres n'est envoyée mais cet homme plonge, comme tant de nos contemporains, dans un solipsisme et un monologue intérieur ruminant sa hargne et sa morgue contre tout ce qui fait figure d'altérité et, plus encore, d'autorité. Imbu de lui-même, « *il donnait l'impression de savoir comment tout devrait marcher, jusqu'au moindre détail* » . Et chacun en prenait pour son grade : « *Cher Gouverneur Stevenson...* » , « *Cher M. Nehru...* » , « *Cher M. King...* » (Martin Luther King, donc, à qui il fait la leçon sur la condition des Noirs !), etc. Son arrogance en devient presque touchante tant il souffre et se révèle engoncé de certitudes et enfermé dans un savoir dont il ne sait que faire. Pour autant, sa dérive n'est pas dénuée de pathétique : « *Moses voulait faire tout son possible pour améliorer la condition humaine et finissait par prendre un comprimé de somnifère pour se sauvegarder.* »

Dans son avant-propos à *L'Âme désarmée : essai sur le déclin de la culture générale* (Les Belles Lettres), d'Allan Bloom, cet essai annonciateur de la dérive de l'université américaine vers la « cancel culture » victimaire dont l'extension actuelle fait à raison frémir Frédéric Beigbeder dans la longue et jubilatoire préface à *Bibliothèque de survie* (L'Observatoire), Saul Bellow revient sur Herzog : c'était « *dans mon esprit un roman comique (...). C'est précisément du pédantisme dont je me moquais (...). Mon intention dans ce roman était de montrer la faiblesse des secours qu'un homme déprimé peut attendre de l'enseignement supérieur* » .

« *Le monde m'appartient parce que je le comprends* » écrivait Balzac, et Bellow semble lui donner tort. Oui mais voilà : désormais, c'est en 140 signes ou par l'effet des nouvelles violences, souvent sous couvert d'anonymat, que les colères s'expriment. Au sein de nos universités, la raison et l'universalisme exigent qu'on se mobilise fortement contre les coups de boutoir des niveleurs et des déconstructeurs. Le savoir s'affaïsse et les chiffres romains tout comme l'issue des contes de fées deviennent la cible des tirs croisés. **Avec l'écriture inclusive, la pédanterie a changé de camp.**

Au terme du roman, la lucidité et l'humilité dessillent peu à peu les yeux du narrateur. Les lettres farfelues se font plus rares. Herzog prend conscience de sa folie et s'en libère : « *Je les assomme tous ces gens, Nehru, Churchill, et maintenant Ike, à qui je veux apparemment donner un cours de Grands Livres.* » Il finit par reconnaître sa volonté d'accaparer autrui par le langage et admet son échec : « *J'ai empli le monde de lettres pour les empêcher de s'échapper. Je les veux sous leur forme humaine alors j'évoque tout un environnement et je les garde prisonniers dedans. **Je mets tout mon coeur dans ces constructions. Mais ce ne sont que des constructions.*** »

« Constructions » . **Le mot résonne aux amoureux de la liberté, ceux qui, avec Aron, Revel et Sureau, se méfient des « constructivismes », du prêt-à-penser et des systèmes.** « *La pensée peut-elle vous réveiller du rêve de l'existence ? Pas quand elle devient un second royaume de confusion* » , conclut Herzog avant de renoncer, comme par l'effet d'une thérapie vertueuse, à haranguer le monde entier.

« *Pour l'instant, il n'avait aucun message pour personne. Rien. Pas un seul mot.* » La rédemption par le silence, non pas celui que l'on impose à l'autre dans un geste autoritaire, pas plus que le silence résigné de celui qui abdique. Le silence prophylactique qu'on adopte pour mûrir un raisonnement, un chemin, une émancipation. Ce silence, notre monde assailli de nos bruits en a cruellement besoin.

\* *Dernier ouvrage paru* : *Infantilisation. Cet État nounou qui vous veut du bien (Presses de la Cité, 2021).*

## Reportage en immersion au coeur du wokistan: retour sur le colloque « Fondements de la discrimination contemporaine » en Sorbonne

7 MAI 2021



*L'Observatoire s'est fait microscopique pour assister en toute tranquillité à la journée organisée en Sorbonne autour de la question sur les fondements de la discrimination contemporaine qui accueillait entre autres Pap N'Diaye, l'inénarrable auteur avec Constance Rivière du rapport sur la diversité à l'Opéra [dont nous avons déjà écrit tout le mal qu'il fallait en penser](#). Voilà donc le compte-rendu de reportage en immersion au coeur du Wokistan de la part de notre intrépide reporter.*

Le jeudi 15 avril s'est tenue en Sorbonne une journée d'études intitulée « [Fondements de la discrimination contemporaine. Comment agir contre les discriminations à l'université ?](#) », organisée par plusieurs chargés de « mission lutte contre les discriminations et le racisme ». Il sera mis en ligne le 10 mai, à l'occasion de la « journée nationale de commémoration des mémoires de la traite, de l'esclavage et de leur abolition » (depuis 2006). La parole y fut donnée à des enseignants de formations diverses (université, CNRS, INSPE), ainsi qu'à des étudiants.

L'ensemble forme un concentré de wokisme, à la fois par les thématiques traitées, par la reprise des éléments de langage catéchétiques et par la confusion constante entre recherche et militantisme.

L'introduction de Beate Collet donne le ton : « Le vrai chercheur, la vraie chercheuse, est plutôt modeste. Elle ou il garde toujours un doute. Pourquoi certaines ou certains ne font-ils et elles pas confiance... ? » Les oreilles écorchées par ce bégaiement, l'auditeur se dit : à ce rythme, je ne tiendrai pas le coup, et se prend à rêver de parlure inclusive, pour en venir à bout plus vite. Une précaution méthodologique s'impose : « Les termes *race*, *racialisation* (bien présents dans le programme) ne sont pas utilisés dans le sens de la pensée *raciste* », bien entendu, mais uniquement « pour dénoncer ces processus » – ouf ! on est rassuré: si on parle de race sans être raciste, c'est donc que tout va bien. Il s'agit bien d'un colloque militant, dont les sujets traités « sont en lien avec les actions politiques que d'autres mènent ailleurs pour faire valoir leurs droits et leurs convictions ». Mais les chercheu.se.r.e.s (vous allez y arriver !) « devraient aller au-delà de leurs convictions militantes » pour donner « ampleur et profondeur à leurs raisonnements ». Autrement dit, c'est du militantisme amplifié et approfondi – et surtout, accrédité, consacré, estampillé Sorbonne, Salle des Actes, sous les portraits austères de tous les anciens Présidents qui se retournent dans leur tombe colonialiste.

*Certes*, prévient béatement Beate, les résultats de ce colloque pourraient bien « heurter des personnes qui n'ont pas appris à raisonner en ces termes », notamment les collègues formés au rational-universalisme occidental-patriarcal, mais tant pis s'ils sont heurtés, puisque qu'ils appartiennent à une *race* (le mot m'a échappé !) périmée, et que de toute façon ils n'ont pas fini d'en voir de toutes les couleurs (métaphore échappée aussi). Si ces hommes périmés veulent s'exprimer, prévient la *Commissaire à la Diversité*, ils sont

libres de prendre la parole, mais attention, « les propos discriminatoires ou racistes ne sont pas admis lors de nos discussions », car ce ne sont pas de simples opinions, mais des propos « passibles de sanctions ». Pour éviter la prison, nous vous invitons donc à suivre le programme de rééducation sur Zoom. Devant un tel marché, il n'y a pas à hésiter: il faut se taire !

La première session, consacrée aux « Représentations et discriminations croisées », présente l'approche intersectionnelle comme le Graal du chercheur en quête d'une grille herméneutique toute faite (et surtout en quête d'un poste et de subventions), grille d'usage aussi simple qu'un grille-pain, d'où n'importe quelle tranche de réalité ressort avec le même aspect, grillé des deux côtés, côté race et côté genre. Exemple donné par une intervenante avec une belle emphase pédagogique :

Nous pouvons être femmes, et c'est une catégorie d'analyse ; nous pouvons être pauvres, et c'est une autre catégorie d'analyse ; nous pouvons être lesbiennes, et c'est une autre catégorie d'analyse ; nous pouvons être noires, et c'est une autre catégorie d'analyse ; mais nous pouvons être femmes, pauvres, lesbiennes et noires, et c'est encore une autre catégorie d'analyse.

L'ampleur de vue est à la mesure de la longueur de la phrase, et sa subtilité à la mesure de sa légèreté. De même, on peut être doctrinaire, c'est une catégorie ; on peut être enseignant à l'université, c'est une autre catégorie, et on peut être payé à raconter des inepties, c'est une troisième catégorie ; et si l'on fusionne les trois catégories, on obtient le profil type du chercheur woke. Dans la perspective intersectionnelle, le critère de l'embauche en entreprise ne doit pas dépendre du profil du poste ni de la compétence professionnelle des personnes. Mais, encore plongé dans l'obscurantisme, le monde du travail continue à se référer aux individus comme « autonomes », comme s'ils étaient « libérés de leur genre et de leur origine ». Et quand la discrimination positive est pratiquée, elle est perverse puisqu'elle ne tient compte que d'*un seul* critère de discrimination, au lieu de considérer les individus « dans leur globalité *intersectionnelle* ».

Quant à la logique du mérite, c'est la plus hypocrite *selon eux* : elle permet de nommer à de hauts postes des personnes « racisées » (Rachel Khan aurait dit: « *racées* »), mais c'est un pur effet d'affichage qui ne vaut pas une politique de quotas. Ainsi, alors que les universités prétendent œuvrer à « la réduction des inégalités » et à la « construction d'une société inclusive » (article L123-2 du Code de l'Éducation), le profil-type du président d'université est un homme blanc de plus de 55 ans – autrement dit, un profil douteux. Pire encore, à les écouter: seuls trois présidents d'université seraient – à en croire leur prénom toujours selon les orateurs – représentants de la diversité !

L'université est aussi loin du compte que l'entreprise, faute d'une culture militante suffisante. L'un des intervenants raconte son expérience au service des missions égalité homme-femme, et exprime une opinion originale en déplorant qu'une « logique consensualiste organise les politiques publiques, obstacle à parole conflictualiste ». L'harmonie sociale y prime la lutte des races, mais ça doit changer : puisque l'institution ne promeut pas la baston, mettons-y du barouf et du rififi. Une autre chante les louanges de bell hooks, militante afro-américaine allergique aux majuscules, qui s'est battue pour « décoloniser nos manières de voir, de penser, de créer. »

## L'urgence est d'établir un état des lieux de l'enseignement pour mieux décoloniser les programmes.

Plusieurs étudiants de master et de doctorat prennent la parole pour exposer leurs recherches dont l'intérêt manifeste est quelque peu amorti par une présentation confondante de conformisme :: « La femme martiniquaise est en proie à une double discrimination, de race et de genre » ; « Le cheveu c'est quelque chose d'éminemment politique ». Certain.e.s ne se privent pas d'affirmer :

Ce sont des questions qui m'intéressent fortement et que je poursuis dans mon *activité militante* par ailleurs.

Mais le clou du spectacle est sans conteste l'intervention de Pap Ndiaye.

Il nous rappelle d'emblée que « l'université peut être un lieu de différentes formes de violence », et nous propose un programme de *déblanchiment* à tous les niveaux. D'abord en orientant l'argent, nerf de la guerre, vers la bonne cible et la bonne couleur : « Flécher, colorer (*sic*) certains contrats doctoraux dans telle ou telle discipline », avoir une « politique à l'échelle des COMUE, des ERC, ANR », bref, une « politique de recherche fermement engagée dans ces domaines », pour éviter notamment la fuite des cerveaux (ou des écervelés ?) vers l'Eldorado des campus américains. Hélas, en matière de fléchage, ses désirs ont été devancés. L'urgence est d'établir un état des lieux de l'enseignement pour mieux décoloniser les programmes. Ainsi en histoire, il faut « enseigner la racialisation du monde », puisque « les savoirs sur l'homme au XVI<sup>e</sup> siècle s'organisent autour de l'invention des races », en lien avec l'histoire de la colonisation.

Il faut également chauffer les étudiants pour qu'ils deviennent de bons militants, à l'instar du groupe Black Lives Matter très actif à Sciences-Po, et qui a brillamment contribué à redorer l'image de cette poussiéreuse école. Le mot d'ordre est de « faire des Universités des lieux où ces questions soient pensées, enseignées, *militées*, diffusées ».

Pour conclure, le directeur du Musée national de l'histoire de l'immigration se réjouit que la Sorbonne **aille dans la bonne direction**. Certes, cela « peut susciter des réactions très vives, de celles et ceux qui estiment que les universités ne devraient pas s'attaquer à ces questions. » Certains esprits chagrins pointent les « influences néfastes qui viendraient de telle ou telle région du monde » pour « délégitimer tous ces efforts, ces recherches, ces enseignements. » La présence du Pape Ndiaye s'explique ; le Pontife est venu bénir la nouvelle croisade, remonter le moral des troupes.

# Appel de l'Observatoire du décolonialisme et des idéologies identitaires signé par 76 universitaires



[Le texte de l'appel est paru sur le site du Point le 13 janvier 2021](#)

Nous faisons face aujourd'hui à une vague identitaire sans précédent au sein de l'enseignement supérieur et de la recherche. Un mouvement militant entend y imposer une critique radicale des sociétés démocratiques, au nom d'un prétendu « décolonialisme » et d'une « intersectionnalité » qui croit combattre les inégalités en assignant chaque personne à des identités de « race » et de religion, de sexe et de « genre ». Ces sociétés, assimilées à « l'Occident » aux dépens de toute approche géographique et historique rigoureuse, sont condamnées comme coloniales et patriarcales et comme lieux où sévit un « racisme systémique », dans des discours confondant science et propagande. Ce mouvement idéologique procède à une occupation méthodique des postes de prestige savant, ce qui l'a fait sortir de la marginalité malgré l'extrémisme, l'intolérance et la vindicte qui le caractérisent.

Les idéologues qui y sont à l'œuvre entendent « déconstruire » l'ensemble des savoirs. Il ne s'agit pas pour eux d'exercer librement les droits de la pensée savante sur ses objets et ses méthodes, mais de mener la critique des savoirs dans un esprit de relativisme extrême, discréditant la notion même de vérité. Tout savoir est exclusivement réduit à des enjeux de pouvoir, et les sciences sont systématiquement dénoncées du fait des dominations de race, de culture, de genre, qui seraient à leur fondement.

Militantisme et « déconstruction » se conjuguent ainsi pour limiter l'exercice de la rationalité critique et le débat scientifique argumenté. Le nouveau credo du décolonialisme et des idéologies identitaires se répand sur les réseaux sociaux qui l'amplifient, et ses adeptes visent quiconque refuse la conversion : des phénomènes de censure, d'intimidation, de discrimination politique ont instauré des clivages inédits et conduisent de jeunes doctorants à s'aligner sur les nouveaux mandarins sous peine de ne jamais obtenir de postes.

Or, le problème est loin de se cantonner à la profession des enseignants-chercheurs. En effet, la question de la science pose celle de la formation sur laquelle repose l'École, clé de voûte de la République. De plus la conquête méthodique d'une hégémonie culturelle se traduit par une emprise croissante sur les médias, ce qui limite considérablement l'espace du débat démocratique.

C'est précisément parce qu'il est crucial de combattre les discriminations racistes et sexistes dans notre société qu'il est nécessaire de combattre ces nouvelles formes de fanatisme. Celles-ci s'autorisent de nobles causes sans apporter aucune solution valable aux problèmes soulevés. De surcroît, ces nouveaux militantismes fanatiques procèdent à de curieuses inversions. Au nom de l'« antiracisme politique », on revendique des identités raciales et on assigne les individus à leur « blancheur » ou à leur non « blancheur ». En prétendant développer une écriture « inclusive », on entend imposer une orthographe contraire aux

fondements de la langue, impossible à enseigner, et donc profondément excluante. Au lieu de développer un savoir situé socialement et historiquement, on prétend enfermer tout savoir dans un genre, une race, une culture ou un âge, qui se trouvent ainsi essentialisés en identités. Ce n'est pas ainsi que l'on combat le racisme, le sexisme ou les inégalités à l'intérieur d'une nation ou entre les nations. Et cet identitarisme qui progresse au sein de l'Université menace en retour de faire progresser d'autres formes d'identitarismes en dehors de l'Université.

En lançant l'Observatoire du décolonialisme et des autres idéologies identitaires qui se présentent comme savantes, nous appelons à mettre un terme à l'embrigadement de la recherche et de la transmission des savoirs. C'est pourquoi nous invitons toutes les bonnes volontés du monde de l'enseignement supérieur et de la recherche à contribuer aux travaux de l'Observatoire, à les diffuser et utiliser ses bases de données, pour constater avec nous le ridicule de ces discours dogmatiques qui ignorent tout de la distance à soi. Pour résister fermement aux intimidations idéologiques qui alimentent l'obscurantisme, il faut défendre le pluralisme et le goût de la discussion sur des bases rationnelles.

---

## Signataires:

Michel **Albouy**, émérite Université de Grenoble – Roland **Assaraf**, CNRS – Claudine **Attias-Donfut**, émérite Cnav – Samir **Bajrić**, Université de Bourgogne – Fabrice **Balanche**, université Lyon-2 – Isabelle **Barbérís**, CNRS – Sami **Biasoni**, doctorant École normale supérieure – Yves **Bottineau**, émérite université Paris-7-Diderot – Jean-François **Braunstein**, université Paris-1-Panthéon-Sorbonne – Jean-Marie **Brohm**, émérite université Montpellier-2 – Pierre-André **Buvet**, université Sorbonne-Paris-Nord – Sylvie **Catellin**, Université de Versailles-Saint-Quentin-en-Yvelines – Joseph **Ciccolini**, AHP Marseille – Catherine **Louveau**, émérite université Paris-Sud – Georges **Copinschi**, Université libre de Bruxelles – Charles **Coutel**, Université d'Artois – Jacques **de Saint-Victor**, université Sorbonne-Paris-Nord – Gilles **Denis**, Vigilance Universités – Albert **Doja**, Université de Lille – Jean **Dupèbe**, université Paris-Nanterre – Michel **Erman**, Université de Bourgogne – Michel **Fichant**, émérite Paris-Sorbonne – Renée **Fregosi**, université Paris-1-Panthéon-Sorbonne – Édith **Fuchs**, Institut d'études politiques de Paris – Alexandre **Gady**, université Paris-Sorbonne – Monique **Gosselin-Noat**, université Paris-Nanterre – Yana **Grinshpun\***, université Sorbonne-Nouvelle – Hubert **Heckmann\***, Université de Rouen – Emmanuelle **Hénin**, Sorbonne Université – **Nathalie Heinich, CNRS – Catherine Kintzler, Honoraire université de Lille** – Mustapha **Krazem**, Université de Lorraine – Marcel **Kuntz**, CNRS – Andrée **Lerousseau**, Université de Lille – Arnaud **Larcheret**, Arabian Gulf University – Anne-Marie **Le Pourhiet**, université Rennes-1 – Franck **Lessay**, émérite université Sorbonne-Nouvelle – Laurent **Loty\***, CNRS – Jean-Marie **Maguin**, université Paul-Valéry – Joseph **Martinetti**, Université de Côte d'Azur – Éric **Maulin**, Université de Strasbourg – Samuel **Mayol\***, université Sorbonne-Paris-Nord – Adel **Mtimet**, Université de Gabès en Tunisie – Frank **Muller**, émérite Université de Strasbourg – Serge **Niémetz**, Université de Lorraine – Bruno **Ollivier**, émérite Université des Antilles – Fabien **Ollier**, directeur des éditions QS – Laetitia **Petit**, Aix-Marseille Université – Rémi **Pellet**, Université de Paris – René **Pommier**, honoraire Paris-Sorbonne – André **Quaderi**, Université de Côte d'Azur – Gérard **Rabinovitch**, Institut européen Emmanuel Levinas – François **Rastier**, émérite CNRS – Nicolas **Robert**, université Grenoble-Alpes – Gilbert **Romeyer-Dherbey**, Sorbonne Université – François **Roudaut**, Université de Montpellier – Bernard **Rougier**, université Sorbonne-Nouvelle – Xavier-Laurent **Salvador\***, Sorbonne-Paris-Nord – Georges **Elia-Sarfati**, Université de Strasbourg – **Pierre Schapira**, Sorbonne Université, CNRS, IMJ-PRG – Bruno **Sire**, Président honoraire université Toulouse-1-Capitole – Isabelle **Starkier**, université Évry-Paris-Saclay – Jean-Paul **Sermain**, université Sorbonne-Nouvelle – Jean **Szlamowicz\***, Université de Bourgogne – **Vincent Tournier, Sciences po Grenoble – Pierre-André Taguieff, CNRS** – Véronique **Taquin\***, classes préparatoires, Paris – Pierre-Henri **Tavoillot**, Sorbonne Université – Thibault **Tellier**, Sciences po Rennes – André **Tiran**, émérite Université de Lyon – Dominique **Triaire**, Université de Montpellier – Shmuel **Trigano**, émérite université Paris-Nanterre – Pierre **Vermeren**, université Paris-1-Panthéon-Sorbonne – Wiktor **Stoczkowski**, EHSS  
& encore: **Philippe d'Iribarne**, anthropologue – **Christophe de Voogdt**, Historien – Jean-René **Ladmiral**, traductologue – Patrick **Henriet**, Directeur d'Études.

---

Ont également souhaité signer la pétition :

Olga **Baley** – Hadrien **Desuin** – Jacques **Michaut** – Helyette **Ayoun** – Claude Roche – Jean-Michel **Roy** – Irina **Ghidali** – Andrea **Baruffini** – Vincent **Tournier** – Franck **Neveu** – **Gaël** Gratet – Nora **Boussa** – Yann **Long** – François **Fontaine** – Dominique **Pradelle** – Lucas **Prévost** – Daniel **Abimi** – **Roland Assaraf** – Anne **Clertant** – Julian **Bursztyka** – Marie **Brunhes** – Hugo R. **Suppo** – Annette **Bloch** – **H . L . P . M. Maréchaux** – Ali **Gherras** – Gilles **Lairaudat** – Julien **Rohmer** – Bernard **Piris** – Catherine **Bolly** – Michel **Comte** – Philippe Favier – Arnaud **Lafforgue** – Luisa **Mora** – Joseph **Ciccolini** – Matthieu **Faucher** – Jacqueline **Lalouette** – **Klaus Kinzler** – Sonia **Gomar** – Alain-Jacques **Lacot** – Amapola **Limballe** – Tony **Billotta** – André **Perrin** – Pia **Liquette-Gorbach** – Benoit **Génot** – Diego **Herrera** – Guillaume **Rosier** – Christian **Frere** – Catherine **Janela** – Bernard **Sasso** – Nicolas **Metauer** – Anne-Laure **Neron** – Ghislaine Bansard – Jean-Luc **Heinrich** – Philippe **Dehaene-Miquel** – Jacqueline **Ruhl** – Fabien **Maléa** – Jasmine **Getz** – Jean-Luc **Pierre** – Jean-Pierre **Schandeler** – Catherine **Gremeret** – Mathieu **Girault** – Francine **Planchard** – Jean **Monneret** – Marie-Félix **Chacelas** – Jean-Gatien **Gilbert** – Françoise **Riou** – Jérôme **Barde** – Laure Baumgarten – Monique **Cauffman** – Katia **Olmo** – Jean Paul Yves **Le Goff** – Marie-Josèphe **Courdouan** – Florence **Issac** – Nicolas **Dufaure** – Francis Alexandre **Dubreil** – Dominique **Colombani** – Danielle **Auderset-Thuerler** – Jean François **Aron** – **AkoZoOm Puissant** – Bruno **Tinel** – Augusta **Soarès** – Catherine **Paillier** – Myriam **Delattre** – Raymond **Gillardin** – Daniel **Grosgeorge** – Nadine **Boucher** – Jean-Claude **Ternaux** – Christiane **Voisinet** – Marcelo **Sztrum** – Catherine **Galloy** – Louis-Charles **Reynaldi** – Quentin **Jacquet** – Marie-Noëlle **Ciccia** – Annie **Dechezelles** – Jean **Rivon** – Marie -France **Delhomme** – Miguel Sansyn **Cerrato** – Yves **Delair** – Ludovic **Heyraud** – Rebecca **Schurtz** – Christian **Lapaque** – Isabelle **Oudoul** – Sarah **Radulescu** – Raimundo **Lero** – Gérard **Salvador** – Patrick **Carré** – Gérard **Ponthieu** – Olivier **Golliard** – Chantal **Emery** – Nathalie **Selva Artaud** – Nadia **Ziri** – Rina **Nunes** – Adelaïde **Vaure** – Jean-André **Grosrenaud** – Luc **Lassagne** – Daniel **Goossens** – Claude **Hamm** – Malaury **Siam** – Jean-René **Valette** – Avigaël **Natik** – Emmanuel **Didier** – Damien **Sans** – Olivier **Delcourt** – Guillemette **Flahault** – Isabelle **Sobkowiak** – Philippe **Corbiere** – Christophe **Derre** – Grégoire **Bignier** – Annie **Kenane** – Anna **Ouaknine** – Marie Jeanne **Oudoul Fayolle** – Guy Lemenager – Dominique **Mannekens** – Madeleine **Lewensztain Gagna** – Jean-Pierre **Vergnaud** – Olivier **Guillard** – Roland **Lombardi** – Frédéric **Antoine** – Pierre **Miscevic** – Patrick **Saint Laurens** – Odile **Chaumeton** – Marie-Hélène **Gautier** – Anne **Menant** – Michèle **Borio** – Florence **Borio** – Sylvie **AIHOUN** – Martial **Clemenceau** – Christian **Gaudray** – Isabel **Knoerrich** – Gaëtan **Scot** – Peter **Bernhard** – Laure **Montlahuc** – Pascale **Rodriguez** – Daniel **Lamar** – Marie-Thérèse Mutin – Danièle **Manesse** – Simon **Rivet** – Michel **Bietri** – Frédéric **Durantet** – Jean-Daniel **Augiron** – Françoise **Leclercq** – Mathieu Alagille – Pablo **Andreu** – Léna **Cohen** – Marc Michel – Patricia **Bitschnau** – Blandine **Cavier** – Pierre **Le Guerinel** – Estrella **de la Torre** – Michel **Lebeau** – Orélien **Péréol** – Christian **Doumet** – Anselme **François** – Jean-Paul **Le Goff** – Marie **Sallaberry** – Anne-Sophie El Sayed – Sharon **Deslignères** – Daniel **Kieffer** – Bernadette **Wernecki** – Liliane **Chenault** – Huguette **Lacoste** – Alain **Duthy** – Gérard **Saurrat** – Alexandre **Abellard** – Serge Pastore – Philippe **Tauveron** – Chantal **Bosse-Vidal** – **berthier berthier** – Henryk **Paszt** – Alain **Moret** – Yves **Chauvel** – Simone **Henry** – Jean **Caune** – Jihane **Le Goff** – Eric **Levet-Labry** – Michel **Reynier** – Christine **Boutrin** – Clyde **Paquin** – Lydie **Soussand** – Christiane **Martin-Tourette** – Christian **Jeunesse** – Dominique **Rembauville** – Jean-Louis **Matharan** – Anne **Toth** – **Belinda Cannone** – Roxane **Tanzy** – Jacqueline **Milhaud** – Roger **Marceau** – Etienne **Pinat** – Christine Anne **Montourcy** – Françoise **Lallemand** – **Gabriel Gras** – Marie-Claude **Damon** – Martin **Girard** – François **Disdier** – Jacques **Marquette** – Marie-France **Dacyh** – Adrienne **Ntsiabaka** – Jacques **Bonnissent** – Jean-Yves **Huet** – Hugues **Pertuiset** – Emmanuel **Grenier** – Isabelle **Reydet** – Christiane **Gouyet** – Bernadette **Ladauge** – Eric **Etienne** – Damien **Guillou** – Michel **Brousson** – Hervé **Burnouf** – Yoann **Cheny** – Patrick **Mennucci** – Guillaume **Dufermont** – Gérard **Lantéz** – Samuel **Tomei** – Véronique **Lavigne** – Nicolas **Rougiers** – Pierre **Boisard** – Pascal **Hery** – Deborah **Hugghe** – Marie **Jourdain** – Clément **Gueguen** – Christophe **Deschamps** – Anne **Denis** – Françoise **Le Brun** – Lucas **Dorotheé** – Bertrand **Héry** – Luc **Pitallier** – Janine **Salaun** – Nicolas **Kuzyk** – Claude **Revel** – Viviane **Bouchenino** – Paul **Groisard** – Sylvie **Marty** – Frank **Kovacs** – Anders **Turgeon** – Marie-Elaine **Boucher** – Thomas **Bailly** – Sylviane **Sokolowski** – Ahlam **Menouni** – Yves **Roy** – Gildas **Rouat** –

Laurent **Touzard** – Pierre **Cormary** – Côme **Arnaud** – Piotr **Bursztyka** – Marc **Bied-Charreton** –  
Pierre **Servet** – Gérard **Vetter** – Ben **JoD** – Charles **Franco** – Elisabeth **Panayotis** – Isabelle **Martin-Pradier** –  
Nadine **Durand** – Noël **Rodriguez** – François **Djindjian** – Pierre **Martin** – Gisèle **Delgrande** –  
Jean Serge **Lorach** – Catherine **Le Conte des Floris** – Thibault **Basset** – Laurent **Mardago** –  
Dominique **Trotel** – Dominique **Sorin** – Sèverine **Scott Tchuente** – Françoise **Feuvrier** –Marline **Trani** –  
Marcel **Courtiol** – Peathryn **Loat** – Benjamin **Vulbeau** – Stéphane **Buono** – Alexandra **Muesser** –  
Sébastien **Colin** – Alain **Sabaty** – Bertrand **Doat** – Maria **Munk-Farrugia** – Hubert **Perrier** – Jean  
François **Barre** – Alain **Falardeau** – Bruno **Kherroubi** – Jean **Jacquemain** – Marie-Christine **Gardou** –  
Christophe **Dessaux** – Jean-Eric **Schoettl** – Balzer **Shimano** – Carole **Azoulay** – Françoise Bourgeois –  
Frédéric **Nion** – Xavier **Nadrigny** – Anne **Roussel** – Alain **Marliac** – Yoni **Belazzoug** – Nicolas **Gaude** –  
Virginie **Hemberger** – Emmanuelle **Hénin** – Martial **Guédron** – Christophe **Bossuet** – Joëlle **Allouche** –  
Delphine **Mouquin** – Laurent **Roquette** – Armelle **Aymonin** – Philippe **Biarnais** – Marie-  
Louise **Figuroa** – Danielle **Sorbier** – Maurice **Gabillet** – Marie **Lengline** – Eric **Blanqui** – Baligh **Kais** –  
Marie **Bayonne** – Matthieu **Gérard GUIHERY** – Jérémy **Faurel** – Audrey **Dubosc** – Michel **Messu** –  
Alain **Mac Gregor** – Alain **Lebouchard** – Frédéric **Lurienne** – Christophe **Barot**

Une centaine d'universitaires alertent :

« Sur l'islamisme, ce qui nous menace, c'est la persistance du déni »

## **TRIBUNE**

### **Collectif**

Dans une tribune au « Monde », des professeurs et des chercheurs de diverses sensibilités dénoncent les frilosités de nombre de leurs pairs sur l'islamisme et les « idéologies indigénistes, raciales et décoloniales », soutenant les propos de Jean-Michel Blanquer sur « l'islamo-gauchisme ».

Publié le 31 octobre 2020 à 03h47 - Mis à jour le 31 octobre 2020 à 06h49

**Tribune.** Quelques jours [après l'assassinat de Samuel Paty](#), la principale réaction de l'institution qui est censée représenter les universités françaises, la Conférence des présidents d'université (CPU), est de « *faire part de l'émotion suscitée* » par des propos de Jean-Michel Blanquer sur Europe 1 et au Sénat le 22 octobre. Le ministre de l'éducation nationale avait constaté sur Europe 1 que « *l'islamo-gauchisme fait des ravages à l'université* », notamment « *quand une organisation comme l'UNEF cède à ce type de choses* ». Il dénonçait une « *idéologie qui mène au pire* », notant que l'assassin a été « *conditionné par des gens qui encouragent cette radicalité intellectuelle* ». Ce sont des « *idées qui souvent viennent d'ailleurs* », le communautarisme, qui sont responsables : « *Le poisson pourrit par la tête.* » Et au Sénat, le même jour, Jean-Michel Blanquer confirmait qu'il y a « *des courants islamo-gauchistes très puissants dans les secteurs de l'enseignement supérieur qui commettent des dégâts sur les esprits. Et cela conduit à certains problèmes, que vous êtes en train de constater* ».

**Nous, universitaires et chercheurs, ne pouvons que nous accorder avec ce constat de Jean-Michel Blanquer.** Qui pourrait nier la gravité de la situation aujourd'hui en France, surtout après le récent attentat de Nice – une situation qui, quoi que prétendent certains, n'épargne pas nos universités ? **Les idéologies indigéniste, raciale et « décoloniale » (transférées des campus nord-américains) y sont bien présentes, nourrissant une haine des « Blancs » et de la France ; et un militantisme parfois violent s'en prend à ceux qui osent encore braver la doxa antioccidentale et le prêchi-prêcha multiculturaliste.** Houria Bouteldja a ainsi pu se féliciter début octobre que son parti décolonial, le Parti des indigènes de la République [*dont elle est la porte-parole*], « *rayonne dans toutes les universités* ».

**La réticence de la plupart des universités et des associations de spécialistes universitaires à désigner l'islamisme comme responsable de l'assassinat de Samuel Paty en est une illustration :** il n'est question dans leurs communiqués que d'« *obscurantisme* » ou de « *fanatisme* ». Alors que le port du voile – parmi d'autres symptômes – se multiplie ces dernières années, il serait temps de nommer les choses et aussi de prendre conscience de la responsabilité, dans la situation actuelle, d'idéologies qui ont pris naissance et se diffusent dans l'université et au-delà. **L'importation des idéologies communautaristes anglo-saxonnes, le conformisme intellectuel, la peur et le politiquement correct sont une véritable menace pour nos universités. La liberté de parole tend à s'y restreindre de manière drastique, comme en ont témoigné récemment nombre d'affaires de censure exercée par des groupes de pression.**

**« Nous demandons à la ministre de prendre clairement position contre les idéologies qui sous-tendent les dérives islamistes »**

Ce qui nous menace, ce ne sont pas les propos de Jean-Michel Blanquer, qu'il faut au contraire féliciter d'avoir pris conscience de la gravité de la situation : **c'est la persistance du déni. La CPU affirme dans son communiqué que « la recherche n'est pas responsable des maux de la société, elle les analyse ».** Nous n'en sommes pas d'accord : les idées ont des conséquences et les universités ont aussi un rôle essentiel à jouer dans la lutte pour la défense de la laïcité et de la liberté d'expression. Aussi nous étonnons-nous du long silence de Frédérique Vidal, la ministre de l'enseignement supérieur, de la recherche et de l'innovation, qui n'est intervenue le 26 octobre que pour nous assurer que tout allait bien dans les universités. Mais nous ne sommes pas pour autant rassurés.

Nous demandons donc à la ministre de mettre en place des mesures de détection des dérives islamistes, de prendre clairement position contre les idéologies qui les sous-tendent, et d'engager nos universités dans ce combat pour la laïcité et la République en créant une instance chargée de faire remonter directement les cas d'atteinte aux principes républicains et à la liberté académique. Et d'élaborer un guide de réponses adaptées, comme cela a été fait pour l'éducation nationale.

**Premiers signataires : Laurent Bouvet**, politiste, professeur des universités ; **Jean-François Braunstein**, philosophe, professeur des universités ; **Jeanne Favret-Saada**, anthropologue, directrice d'études honoraire à l'École pratique des hautes études ; **Luc Ferry**, ancien ministre de l'éducation nationale (2002-2004) ; **Renée Fregosi**, politiste, maîtresse de conférences HDR en science politique ; **Marcel Gauchet**, philosophe, directeur d'études émérite à l'École des hautes études en sciences sociales ; **Nathalie Heinich**, sociologue, directrice de recherche au CNRS ; **Gilles Kepel**, politiste, professeur des universités ; **Catherine Kintzler**, philosophe, professeure honoraire des universités ; **Pierre Nora**, historien, membre de l'Académie française ; **Pascal Perrineau**, politiste professeur des universités ; **Pierre-André Taguieff**, historien des idées, directeur de recherche au CNRS ; **Pierre Vermeren**, historien, professeur des universités

Liste complète des signataires : [manifestedes90.wixsite.com/monsite](https://manifestedes90.wixsite.com/monsite)

# Une centaine d'universitaires alertent : « Sur l'islamisme, ce qui nous menace, c'est la persistance du déni »

## TRIBUNE

### Collectif

Dans une tribune au « Monde », des professeurs et des chercheurs de diverses sensibilités dénoncent les frilosités de nombre de leurs pairs sur l'islamisme et les « idéologies indigénistes, raciales et décoloniales », soutenant les propos de Jean-Michel Blanquer sur « l'islamo-gauchisme ».

Publié le 31 octobre 2020 à 03h47 - Mis à jour le 31 octobre 2020 à 06h49 Temps de Lecture 3 min.

**Tribune.** Quelques jours [après l'assassinat de Samuel Paty](#), la principale réaction de l'institution qui est censée représenter les universités françaises, la Conférence des présidents d'université (CPU), est de « *faire part de l'émotion suscitée* » par des propos de Jean-Michel Blanquer sur Europe 1 et au Sénat le 22 octobre. Le ministre de l'éducation nationale avait constaté sur Europe 1 que « *l'islamo-gauchisme fait des ravages à l'université* », notamment « *quand une organisation comme l'UNEF cède à ce type de choses* ». Il dénonçait une « *idéologie qui mène au pire* », notant que l'assassin a été « *conditionné par des gens qui encouragent cette radicalité intellectuelle* ». Ce sont des « *idées qui souvent viennent d'ailleurs* », le communautarisme, qui sont responsables : « *Le poisson pourrit par la tête.* » Et au Sénat, le même jour, Jean-Michel Blanquer confirmait qu'il y a « *des courants islamo-gauchistes très puissants dans les secteurs de l'enseignement supérieur qui commettent des dégâts sur les esprits. Et cela conduit à certains problèmes, que vous êtes en train de constater* ».

Nous, universitaires et chercheurs, ne pouvons que nous accorder avec ce constat de Jean-Michel Blanquer. Qui pourrait nier la gravité de la situation aujourd'hui en France, surtout après le récent attentat de Nice – une situation qui, quoi que prétendent certains, n'épargne pas nos universités ? Les idéologies indigéniste, raciale et « décoloniale » (transférées des campus nord-américains) y sont bien présentes, nourrissant une haine des « Blancs » et de la France ; et un militantisme parfois violent s'en prend à ceux qui osent encore braver la doxa antioccidentale et le prêchi-prêcha multiculturaliste. Houria Bouteldja a ainsi pu se féliciter début octobre que son parti décolonial, le Parti des indigènes de la République [*dont elle est la porte-parole*], « *rayonne dans toutes les universités* ».

La réticence de la plupart des universités et des associations de spécialistes universitaires à désigner l'islamisme comme responsable de l'assassinat de Samuel Paty en est une illustration : il n'est question dans leurs communiqués que d'« *obscurantisme* » ou de « *fanatisme* ». Alors que le port du voile – parmi d'autres symptômes – se multiplie ces dernières années, il serait temps de nommer les choses et aussi de prendre conscience de la responsabilité, dans la situation actuelle, d'idéologies qui ont pris naissance et se diffusent dans l'université et au-delà. L'importation des idéologies communautaristes anglo-saxonnes, le conformisme intellectuel, la peur et le politiquement correct sont une véritable menace pour nos universités. La liberté de parole tend à s'y restreindre de manière drastique, comme en ont témoigné récemment nombre d'affaires de censure exercée par des groupes de pression.

## « Nous demandons à la ministre de prendre clairement position contre les idéologies qui sous-tendent les dérives islamistes »

Ce qui nous menace, ce ne sont pas les propos de Jean-Michel Blanquer, qu'il faut au contraire féliciter d'avoir pris conscience de la gravité de la situation : c'est la persistance du déni. La CPU affirme dans son communiqué que « *la recherche n'est pas responsable des maux de la société, elle les analyse* ». Nous n'en sommes pas d'accord : les idées ont des conséquences et les universités ont aussi un rôle essentiel à jouer dans la lutte pour la défense de la laïcité et de la liberté d'expression. Aussi nous étonnons-nous du long silence de Frédérique Vidal, la ministre de l'enseignement supérieur, de la recherche et de l'innovation, qui n'est intervenue le 26 octobre que pour nous assurer que tout allait bien dans les universités. Mais nous ne sommes pas pour autant rassurés.

Nous demandons donc à la ministre de mettre en place des mesures de détection des dérives islamistes, de prendre clairement position contre les idéologies qui les sous-tendent, et d'engager nos universités dans ce combat pour la laïcité et la République en créant une instance chargée de faire remonter directement les cas d'atteinte aux principes républicains et à la liberté académique. Et d'élaborer un guide de réponses adaptées, comme cela a été fait pour l'éducation nationale.

**Premiers signataires :** **Laurent Bouvet**, politiste, professeur des universités ; **Jean-François Braunstein**, philosophe, professeur des universités ; **Jeanne Favret-Saada**, anthropologue, directrice d'études honoraire à l'Ecole pratique des hautes études ; **Luc Ferry**, ancien ministre de l'éducation nationale (2002-2004) ; **Renée Fregosi**, politiste, maîtresse de conférences HDR en science politique ; **Marcel Gauchet**, philosophe, directeur d'études émérite à l'Ecole des hautes études en sciences sociales ; **Nathalie Heinich**, sociologue, directrice de recherche au CNRS ; **Gilles Kepel**, politiste, professeur des universités ; **Catherine Kintzler**, philosophe, professeure honoraire des universités ; **Pierre Nora**, historien, membre de l'Académie française ; **Pascal Perrineau**, politiste professeur des universités ; **Pierre-André Taguieff**, historien des idées, directeur de recherche au CNRS ; **Pierre Vermeren**, historien, professeur des universités

Liste complète des signataires : [manifestedes90.wixsite.com/monsite](http://manifestedes90.wixsite.com/monsite)

DEUTSCHE KLIMAPOLITIK:

# Hambi-Hype und Kohle-Farce

- EIN KOMMENTAR VON REINER BURGER
- -AKTUALISIERT AM 13.05.2021-12:46



Tagebau Garzweiler, im Hintergrund das Braunkohlekraftwerk Niederaußem Bild: dpa

Kampagnen zum Wohle des Klimas stecken voller Widersprüche und Kurzsichtigkeit. Das gilt für den Atomausstieg, den Kohleausstieg und auch für den „Hambi“.

Schnell, schneller, am schnellsten. Nach dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts ist es den Grünen gelungen, Union und SPD in einen neuen Wettlauf um den Kohleausstieg zu zwingen. Nicht spätestens 2038 – wie erst vor wenigen Monaten beschlossen – soll Schluss sein mit der Verstromung des fossilen Energieträgers, sondern acht Jahre früher. Grundsätzlich leuchtet das ein, weil das Verfeuern von (Braun-) Kohle die bei Weitem klimaschädlichste Form der Stromerzeugung ist. Will man in großen Schritten den CO<sub>2</sub>-Ausstoß reduzieren, liegt es nahe, so rasch wie nur möglich anzusetzen. Eigentlich.

Auf dem Weg der von vielen Widersprüchen geprägten Energiewende sind entscheidende Probleme nicht gelöst. Noch immer mangelt es etwa an Stromnetzen und Speicherkapazitäten, die auf erneuerbare Energien ausgerichtet sind. Um das zu kompensieren, braucht man eine Brückentechnik. Viele Länder haben sich entschieden, zunächst an der Atomkraft festzuhalten, weil das Ziel sein muss, unter allen Umständen die Erderwärmung zu begrenzen, um eine globale Katastrophe abzuwenden. Auch bei Klimaschützern erlebt die Atomkraft deshalb gerade eine Renaissance. Nur nicht in Deutschland.

## Politisch-moralisches Sperrgebiet

Womit man wieder bei den Grünen ist. Über den Kampf gegen die Atomkraft entstand einst die Partei. Im Laufe der Jahrzehnte gelang es ihr, den Atomausstieg als unumstößlichen Glaubensgrundsatz immer fester und breiter in der Gesellschaft zu verankern. Die letzte Pointe war: Unter dem Eindruck der Tsunami-Folgen im japanischen Fukushima vor zehn Jahren beschleunigte eine ursprünglich atomfreundliche schwarze Bundesregierung den Anfang des Jahrtausends von Rot-Grün beschlossenen Atomausstieg noch einmal. 2022, also im kommenden Jahr, ist Schluss.

Seit Fukushima ist die Kernkraft in Deutschland zum politisch-moralischen Sperrgebiet geworden. Das hatte einen happyen Preis: Klimakiller Kohle avancierte plötzlich zur Brückentechnik. En passant legte sich Deutschland auf eine klimaschädliche Ausstiegsreihenfolge fest.

Wie Maßstäbe und Prioritäten verrutschen, zeigt sich nun auch beim Kohleausstieg. Jahrzehntlang kämpften die Grünen in Nordrhein-Westfalen gegen Garzweiler II. Vor sieben Jahren gelang es ihnen, dem damaligen Koalitionspartner SPD eine Verkleinerung des Braunkohletagebaus im Rheinischen Revier abzutrotzen. Ein historischer Erfolg, zumal die Heimat von 1400 Anwohnern nicht abgebaggert wird.

## Fünf weitere Dörfer hätte man retten können

Dafür waren die Grünen bereit, eine bittere Pille zu schlucken: Sie stimmten der Abholzung des Hambacher Forsts zu. An diesen Kompromiss hätte man anknüpfen müssen, als die von der Bundesregierung eingesetzte Kohlekommission 2018 darum rang, den Ausstieg von 2045 auf 2038 vorzuziehen. Eine weitere drastische Verkleinerung von Garzweiler II hätte erreicht werden können, fünf weitere Dörfer hätte man retten können.

Doch nun waren Umweltverbände und auch die Grünen auf den „Hambi“ fixiert. Um möglichst rasch Druck auf die Kohlekommission aufzubauen, pushten sie das Wäldchen am Tagebau Hambach nach allen Regeln der modernen Kampagne-Ökonomie zum neuen klimapolitischen Symbol. 2018 überrollte der Hambi-Hype die Politik. So kam es, dass Bäume wichtiger wurden als Menschen und ihre Dörfer.

Anders als von manchem behauptet, gibt es nach dem Klimaurteil des Bundesverfassungsgerichts keinen politischen Zwang, den [Kohleausstieg](#) auf 2030 vorzuziehen. Der mühsam ausgehandelte Kompromiss entspricht im Gegenteil den vom Gericht definierten Auflagen zur Generationengerechtigkeit: Der Löwenanteil der Kraftwerksschließungen und damit der Kohlendioxidminderung findet schon bis 2030 statt. Der Kohleausstieg gelingt also wahrscheinlich schon früher. Das liegt aber nicht am Ausstiegsgesetz, sondern am Emissionshandel und an den EU-Klimazielen, die Kohle schneller unwirtschaftlich machen.

## Kommt der Ausstieg schon 2035?

Umso eher wird eine im Gesetz vorgesehene Option greifen: Die allerletzten Kraftwerke können vom Staat schon 2035 stillgelegt werden, ohne dass die Energieversorger in den west- und ostdeutschen Revieren dafür zusätzliche Entschädigungen verlangen können. Zudem bleiben sie in der Pflicht, die Tagebaue zu rekultivieren – ein Grund mehr, warum es fahrlässig ist, den Kohlekompromiss aus einer Wahlkampfstimmung heraus in Frage zu stellen. Die Menschen in den betroffenen Regionen haben ein Anrecht darauf, dass ihre durchwühlten Landschaften wieder hergerichtet werden.

Die während des Hambi-Hypes aus dem Blick der Politik geratenen Anwohner der fünf Orte am Tagebaurand von Garzweiler jedoch trifft es bitter. Selbst wenn der Ausstieg schon 2030 stattfinden sollte, bringt ihnen das nichts mehr. Ihren langen Kampf um die Heimat haben die meisten mittlerweile aufgegeben. Mehr als 86 Prozent der Grundstückseigentümer in den fünf Orten haben schon an den Energiekonzern RWE verkauft. Immer mehr Häuser stehen leer – und werden nun vielleicht doch nicht abgebaggert.

## Israël-Palestine : pour Valls, «une partie de la gauche» se sert du conflit pour «justifier l'antisémitisme»

L'ancien premier ministre socialiste estime que Gérard Darmanin a «bien fait» d'interdire les manifestations pro-palestiniennes à Paris.

Par **Pierre Lepelletier**

Publié à l'instant

Contrairement à une grande partie de la gauche, l'ancien premier ministre socialiste Manuel Valls a salué la décision du gouvernement d'interdire les manifestations pro-Palestine à Paris. «*C'est une décision grave mais justifiée*», a-t-il jugé vendredi 14 mai sur LCI. La veille, Gérard Darmanin, le ministre de l'Intérieur, a expliqué sa décision sur Twitter en rappelant les «*graves troubles à l'ordre public*» qui «*furent constatés en 2014*», alors qu'un nouveau conflit israélo-palestinien était en cours.

### «**Cela aurait été une nouvelle fois une manifestation 'pro-Hamas'**»

À l'époque, Manuel Valls était à Matignon. L'ancien premier ministre rappelle qu'il y avait eu «*dans les rues de Paris, pour la première fois depuis la Libération, des cris de 'Morts aux juifs'*». «*On parle de soutien aux Palestiniens, mais comme en 2014, cela aurait été une nouvelle fois une manifestation 'pro-Hamas'*», a assuré Manuel Valls, dénonçant cette «*organisation terroriste puissamment armée*». L'ex-candidat aux municipales de Barcelone en a profité pour épinglez «*une partie de la gauche ou l'extrême gauche*» qui «*prend prétexte de ce conflit pour justifier l'antisémitisme*».

Face à l'enlisement du conflit, Manuel Valls estime qu'il «*faut toujours espérer une solution, qui passera*», selon lui, «*par deux États*». «*Ça devient irréaliste mais c'est pourtant la seule solution, attendue par la communauté internationale, par les deux parties*», a-t-il certifié. L'ancien premier ministre a surtout mis en garde contre l'exportation du conflit en France, «*comme cela dure depuis 20 ans*». «*Je l'ai vu moi-même comme maire d'Évry dans nos quartiers, sur notre territoire*», a-t-il souligné.

# Sciences Po: c'est la stupeur pour les excellents candidats recalés sur Parcoursup

Par [Emma Ferrand](#) • [Claire Conruyt](#) • Publié le 14/05/2021 à 06:00 • Mis à jour le 14/05/2021 à 10:01



Cette année, plus de 15 000 élèves ont envoyé leur candidature à Sciences Po Paris. *Crédits photo: sdetarle*

## Des élèves de terminale recalés ne comprennent pas les nouveaux critères d'admission de Sciences Po. Certains soupçonnent même l'institut de ne pas avoir lu leur dossier.

C'est une histoire largement relayée sur les réseaux sociaux cette semaine. Un candidat à Sciences Po aurait été admissible à l'oral sans même avoir rempli correctement son dossier sur Parcoursup. «*J'ai discuté avec un élève hier qui m'a expliqué n'avoir rempli aucun des trois écrits personnels demandés*», rapporte furieux Vincent, élève en terminale et non admissible. Une injustice aussi pour Thibault qui lui, «*a mis ses tripes*» dans la rédaction de ses essais.

## Plus de 15 000 candidatures en 2021

À l'annonce des résultats d'admissibilité à Sciences Po Paris, l'incompréhension règne chez les candidats qui malgré un excellent dossier ont été recalés. L'institut ayant supprimé cette année son concours d'entrée et intégré Parcoursup, la procédure d'admission repose désormais sur quatre évaluations, chacune notées sur 20: les résultats obtenus au bac, la performance académique du candidat, les écrits personnels à joindre au dossier et enfin, l'oral. Et si Sciences Po assure que 800 examinateurs ont scruté avec soin les 15 284 dossiers validés (en augmentation de 103% par rapport à 2020), nombreux reprochent l'opacité de la sélection.

Tout d'abord, un candidat peut-il être déclaré admissible sans avoir rempli son dossier? Pour Sciences Po ce n'est pas impossible. «*Dans certains cas très exceptionnels, un dossier qui ne*

*réunirait pas toutes les pièces demandées peut être retenu par le jury pour passer l'oral, au regard de son excellente qualité générale», explique l'institution.*

## **«Une grosse surprise»**

À l'inverse, beaucoup de jeunes ne comprennent pas pourquoi ils ont été refoulés malgré un dossier solide. Excellent niveau scolaire, engagement associatif, Diane cochant toutes les cases. Première de sa classe depuis la seconde, elle excelle dans toutes les matières. Cette jeune fille de 17 ans a donné des cours de français à des migrants tout en étant bénévole à l'Unicef. Pourtant, ce mardi, les espoirs de Diane ont été douchés. *«Une grosse surprise pour moi», avoue la jeune fille.*

Ceux qui en plus, ont investi dans une prépa privée sont amers. *«Mes parents m'ont payé une prépa depuis la première qui affichait l'année dernière un taux de réussite de 39% d'admis. Cette année, il n'y a que 5 élèves admissibles sur 35»,* explique Baptiste. Élève dans un lycée privé catholique du Val-de-Marne, il avait 16,5/20 de moyenne générale depuis le début de l'année, et de très bonnes notes les années précédentes. Il pensait *«être au moins admissible»*.

## **Sciences Po submergé par le nombre de candidats?**

Lilou\*, élève d'un bon lycée de la capitale, prépare Sciences Po depuis deux ans en suivant une prépa. *«En seconde j'avais 14 ou 15 de moyenne, en première j'avais 16, et en terminale, j'avais 16,8 au premier trimestre et plus de 17 au deuxième. J'étais première de ma classe.»* Mais elle non plus n'a pas reçu sa convocation aux oraux.

Sciences Po a-t-il été submergé par le nombre de candidatures? *Pour l'institut, cela n'a pas été le cas. «On s'attendait à cet afflux de candidatures. L'idée de la réforme des admissions était justement d'élargir le vivier afin de diversifier les profils»,* répond l'institution.

*«J'ai le sentiment que cette année, les évaluateurs se sont concentrés sur les notes, ce qui n'est pas dans les gènes de Sciences Po»*

*Vincent, élève de terminale*

Certains candidats estiment aussi que les essais personnels n'ont pas été pris en compte. *«J'ai le sentiment que cette année, les évaluateurs se sont concentrés sur les notes des candidats, ce qui n'est pas dans les gènes de Sciences Po»,* regrette Vincent, élève recalé lui aussi. *«D'habitude, l'institution privilégie la personnalité du candidat. J'estimais avoir mes chances».* Lilou

renchérit: *«Certes ils ont choisi de bons élèves, mais pas forcément ceux qui visaient Sciences Po en particulier.»* Et ironise: *«Payer 150 euros de frais de candidature pour se faire corriger à la manière d'un algorithme, ça fait un peu beaucoup je trouve»*. Là aussi, Sciences Po se défend: *«Les candidatures ont été étudiées minutieusement. Le service d'admission est formel: chacun des dossiers a bénéficié d'une double examination»*.

L'autre reproche, récurrent, est que l'école boycotterait les lycées privés. *«Sciences Po Paris ne semble plus intéressé par les candidatures des élèves de Stanislas du fait de leur nouvelle politique de sélection»*, lâche la direction de l'établissement parisien. Mais les très bons lycées publics sont également concernés comme l'indiquent nos témoignages.

## **10 % des places pour les lycées partenaires issus des zones d'éducation prioritaire**

La politique de discrimination positive mise en place par l'école a-t-elle contribué à l'éviction de certains brillants bacheliers issus des grands lycées? L'école a noué depuis 2001 des partenariats avec des lycées via les CEP (conventions d'éducation prioritaire). Cette année, ces lycéens sont passés par Parcoursup comme les autres mais *«sont suivis de manière spécifique»*, Ainsi, *«10 % des places leur sont réservées cette année et 15 % le seront en 2023»*, déclare l'école.

*«La moitié au moins d'entre eux seront issus des lycées liés à Sciences Po par des Conventions Éducation Prioritaire (CEP), dont le nombre sera doublé afin de mieux couvrir les zones périurbaines, les régions rurales et les territoires d'Outre-Mer. Notre population étudiante présentera ainsi un reflet plus fidèle de la diversité de la société française»*, peut-on lire sur le site de Sciences Po.

*\* Ces prénoms ont été modifiés, par souci d'anonymat*

**Le Figaro, no. 23865**

Le Figaro, vendredi 14 mai 2021 739 mots, p. 15

## Opinions

**« La mode est à la victimisation »**

Devecchio, Alexandre

**Dans son livre *Les Nostalgériades (Le Cerf)\**, l'enseignante et essayiste analyse les discours victimaires qui, argumente-t-elle, instrumentalisent le malaise identitaire de la jeunesse issue de l'immigration algérienne**

LE FIGARO : « Les Nostalgériades » , pourquoi ce titre de votre livre ?

**Fatiha AGAG-BOUDJAHLAT** : Beaucoup de sociologues ont évoqué le mot « nostalgie » , ce sentiment très particulier chez les enfants d'immigrés algériens, cette nostalgie douloureuse par rapport au pays de leurs parents, un pays qu'ils connaissent très peu. J'ai rajouté « jérémiades » qui veut aujourd'hui dire « doléances, plaintes incessantes » , mais ce terme est tiré du nom du prophète Jérémie qui ne cessait d'annoncer des malheurs et des châtements divins. La nostalgie vis-à-vis d'un pays qu'ils ne connaissent pas se traduit paradoxalement par un ressenti vis-à-vis du pays qu'ils connaissent : la France.

**Comment l'expliquer ?**

C'est aussi une façon de se faire pardonner la colère ou le mépris qu'ils ont pu ressentir vis-à-vis de nos parents immigrés, parlant pas ou mal le français, ayant des emplois jugés indignes. C'est pourquoi je parle de transfuges de classe au carré. Or, lorsqu'ils vont en Algérie, ils sont très facilement identifiables et identifiés comme étrangers et pourvoyeurs de devises européennes. C'est une schizophrénie dont il faudrait sortir par le haut.

**La mémoire déformée de la guerre d'Algérie complique-t-elle pour eux l'intégration ?**

En classe, dès que ces élèves savent que le sujet va être abordé, ils fanfaronnent. Ils s'identifient à cette histoire dont ils ne savent rien et manifestent une sorte de fierté mal placée. À l'égard de la France, mais aussi des autres pays maghrébins. Mon frère a résumé cette forme d'arrogance en une phrase : « Le Marocain, c'est le paysan, l'algérien, le combattant, et le tunisien, c'est la femme. » En tant que professeur, j'essaie de rétablir la complexité de l'histoire. Or je constate la création, l'inculcation et l'instrumentalisation d'un traumatisme.

**Qui est responsable de cette « création-inculcation- instrumentalisation » d'un traumatisme ?**

C'est évidemment le discours des autorités algériennes. Dès qu'elles sont confrontées à un problème concret, elles incriminent la guerre d'Algérie et la colonisation. Mais ce discours a peu de rapport avec les réalités que vivent les Algériens. Mon frère me disait toujours « *one, two, three, viva Algérie* » puis, un jour, il a découvert comment ça fonctionnait, l'Algérie. Notre père avait attrapé une maladie à l'hôpital public en Algérie. Et mon frère était désemparé du traitement des malades là-bas. C'est aux familles du patient de le laver, de changer les draps, de ramener la nourriture, de laver la chambre. C'est grâce à des versements de pots-de-vin que l'on obtient les médicaments. Le décalage avec la France est saisissant. Il faut faire comprendre aux enfants issus de l'immigration algérienne cette réalité.

En France, le traumatisme que j'évoquais est également instrumentalisé par des prescripteurs d'opinion tel Pascal Blanchard, pour qui il s'agit d'un juteux business. Certains professeurs sont aussi concernés. Le jour de l'hommage à Samuel Paty à Toulouse, j'avais arboré un drapeau français. Je suis allé voir le délégué syndical du SNES qui avait pris la parole pour lui demander pourquoi il n'avait pas déclaré que Paty avait été victime d'un attentat terroriste islamiste. Il m'a regardée, a pris le drapeau et m'a répondu : « Toi, avec ton drapeau de tortionnaires en Algérie » ... J'étais estomaquée. C'était le monde à l'envers.

La mode est à la victimisation et à l'attaque de la France. J'ai des élèves en 6e, qui ne sont pas dans la haine de la France, et ils le deviennent en 3e. Il se passe quelque chose entre-temps.

### **La France n'a-t-elle pas une part de responsabilité dans cette « haine de soi » ?**

J'ai toujours mis dans ma salle de classe le drapeau français et La Marseillaise. Or bien des professeurs se moquent ou même hurlent au nationalisme. Pour nombre d'enseignants, aimer la France est un gros mot. Et les mêmes trouvent naturel d'arborer des drapeaux de la Palestine ! Le patriotisme est accepté quand il s'agit d'autres pays, mais pas avec la France.

### **Les discours victimaires seraient donc contre-productifs ?**

Je trouve insupportable cette mise en scène racoleuse de la souffrance. C'est pour ça que certains sociologues ne veulent pas débattre avec moi. Ils ne pourraient pas me renvoyer le discours qu'ils véhiculent auprès des autres. Mes propos ne correspondent pas à la grille de lecture et au storytelling qu'ils veulent mettre en place.

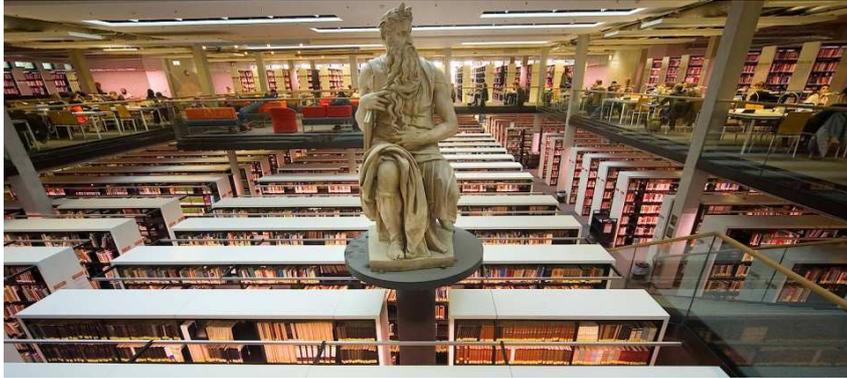
\* « *Les Nostalgériades : Nostalgie-Algérie- Jérémiades* », de Fatiha Agag-Boudjahlat (Éditions du Cerf, 142 p., 16 euros).

<https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/hoersaal/geisteswissenschaften-der-fluch-der-interdisziplinaritaet-17337079.html?GEPC=s5&premium=0xc1312faafad19fcf3fc678b32810403d&premium=0xc1312faafad19fcf3fc678b32810403d>

GEISTESWISSENSCHAFTEN:

# Der Fluch der Interdisziplinarität

- VON JENS LOENHOFF
- -AKTUALISIERT AM 13.05.2021-10:15



Abguss der Skulptur von Michelangelo in der Georg Forster Bibliothek auf dem Mainzer Uni Campus. Bild: Marcus Kaufhold

Fächerübergreifend war Forschung in den Geisteswissenschaften schon immer – aber nicht als Selbstzweck, der Schaden anrichtet. Ein Gastbeitrag.

An unseren Universitäten gehören Schlagworte wie „Interdisziplinarität“, „Verbundprojekte“ oder „Querschnittsthemen“ mittlerweile zur Familie der einspruchsimmunen und maximal zirkulationsfähigen Hochwertbegriffe. Es gibt praktisch kein Konzeptpapier, in dem Interdisziplinarität nicht als angekündigt, berücksichtigt oder gewünscht ausgewiesen wird. Jenseits der zwischen sachgerechten Begründungen und rhetorischen Leerformeln schwankenden Bekenntnisse zu „Querschnitt“ und „Inter“ gibt es eine Reihe ernstzunehmender Fragen an diese Programmatik, insofern sie die Identität und den Fortbestand der oft auf lange Traditionen zurückblickenden Fächer betreffen.

Immer schon haben nicht gelöste Probleme dazu geführt, dass die Wissenschaften über ihren eigenen Tellerrand hinweg nach Lösungen suchten, gehörte also das gemeinsame Bearbeiten von Themen über Fächergrenzen hinaus zum Selbstverständnis wissenschaftlichen Arbeitens. Doch wird die Interdisziplinarität (oder gar Transdisziplinarität) zum Selbstzweck erklärt, verliert sie ihren guten Sinn, also Forschung voranzutreiben. Sie wird in dieser normativen Überhöhung immer erkaufte mit der Abwertung der eigentlichen fachwissenschaftlichen Forschung. Die unbedingte Forderung nach der Erschließung von Querschnittsthemen und der damit verbundenen Interdisziplinarität, insbesondere als Hauptbestandteil von Denominationen, hat dann gravierende Konsequenzen für die Fachkulturen, ganze Studiengänge und die akademische Lehre, sei es als unbeabsichtigte Nebenfolge, sei es als gezielter wissenschaftspolitisch motivierter Eingriff in bestehende Strukturen.

## Überaus anspruchsvolle Form wissenschaftlichen Arbeitens

Sicher ist zu berücksichtigen, dass im Gesamtspektrum der ausdifferenzierten Wissenschaften mit arbeitsteilig organisierten Unterdisziplinen die interdisziplinäre Forschungskooperation unterschiedlich sinnvoll und fruchtbar sein kann. So weisen die Geistes- und Kulturwissenschaften eine weitaus größere Methodenvielfalt und begriffliche Differenzierung auf als die Natur- und Technikwissenschaften. So sind Begriffe wie Denken, Sprache, Kunst oder Glauben für Philosophie, Psychologie, Linguistik, Geschichts-, Literatur-, Kunst- oder Sozialwissenschaft entlang unterschiedlicher disziplinärer Vorentscheidungen unter

Umständen erst einmal etwas ganz anderes, während die Begriffe Energie, Kraft, Lichtgeschwindigkeit oder Evolution für die Naturwissenschaften relativ stabile Konzeptualisierungen ihrer Gegenstände darstellen.

Es ist deshalb auch kein Zufall, dass das zeitgenössische Modell der interdisziplinär zu beforschenden Querschnittsthemen ursprünglich von den Natur- und Technikwissenschaften her gedacht war, die sich nicht in gleicher Weise in den Paralleluniversen der durch ganz unterschiedliche Theorien und Moden strukturierten Erkenntnisinteressen bewegen müssen und vollkommen andere Evidenzkulturen pflegen. Eine weitere Modellfunktion übernahmen die eigens zu diesem Zweck gegründeten außeruniversitären Forschungseinrichtungen, die allerdings mehrheitlich ebenfalls einen naturwissenschaftlichen Hintergrund hatten. Dabei ist durchaus zu betonen, dass die interdisziplinäre Zusammenarbeit eine überaus anspruchsvolle Form wissenschaftlichen Arbeitens darstellt, denn sie verlangt nicht nur eine überaus gründliche Beherrschung der eigenen Disziplin und ein umfangreiches Wissen über die Forschung anderer Fächer, sondern auch eine ausgeprägte Fähigkeit zu einer begrifflichen und methodologischen Übersetzungsleistung.

Das Problem liegt also keineswegs in den sachlich begründeten und immer schon praktizierten Formen der Interdisziplinarität, sei es als komplementäre Kooperation oder als konkurrierender Zugriff auf Forschungsgegenstände, ohne die sich das zeitgenössische Wissenschaftssystem seit dem späten 18. Jahrhundert nicht hätte entwickeln und ausdifferenzieren können. Vielmehr sind es zunehmende Ungleichgewichte und die zu beobachtende Abwertung von Disziplinarität, die zu einer Beschäftigung mit dem Thema Anlass geben.

### „Kontrast zum Lob des Interdisziplinären“

Dies ist auch der Tenor eines Papiers des Wissenschaftsrates dazu, das die Wahrnehmung einer zunehmenden Asymmetrie zum Ausdruck bringt. Sie besteht darin, dass Interdisziplinarität durchgehend positiv konnotiert ist, Disziplinarität demgegenüber als provinziell oder gar rückständig, bei der geforderten Problemlösungskapazität oder erwarteten Anwendungsbezügen gar als überholt erscheint. Diese Zuschreibungen würden durch die Akademisierung von Berufsfeldern, Bedürfnissen des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt durch die Hochschulleitungen begünstigt.

Der Wissenschaftsrat stellt dazu fest: „Im wissenschaftspolitischen Diskurs ist von Disziplinarität – wenn überhaupt – meist nur als Gegenbegriff zu Interdisziplinarität die Rede. Normativ aufgeladen wird der Begriff im Kontrast zum Lob des Interdisziplinären. Der Wissenschaftsrat hält diese Aufladung nicht für zweckmäßig und angemessen. Er betrachtet wissenschaftliche Disziplinen als Ort, an dem fachliche Standards für Forschung und Lehre erarbeitet und vor allem kontinuierlich, dem neuesten Stand der Forschung und Methodik entsprechend fortentwickelt werden.“

Interessant sind im Papier des Wissenschaftsrates auch einige Daten und Fakten, die als Indikatoren dieser Asymmetrie interpretiert werden können. Sie benennen die strukturellen Hintergründe des Ungleichgewichts von Disziplinarität und Interdisziplinarität, deren schwerpunktmäßige Förderung eines der programmatischen Ziele der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) war und ist. Nicht nur flossen insgesamt rund 60 Prozent der Mittel in die interdisziplinäre Verbundforschung. Auch die Unterstützung interdisziplinär ausgerichteter Graduiertenkollegs lag bei 49 Prozent, im Vergleich zu 12 Prozent der Fördermittel für disziplinäre Ausrichtungen.

### Vor allem Juniorprofessuren betroffen

Noch deutlichere Ungleichgewichte zeigen sich bei der Bewilligung von Exzellenzclustern: 57 Prozent dieser Cluster waren interdisziplinär angelegt und nur 8 Prozent als disziplinär ausgewiesen. Analog fordern Hochschulleitungen kontinuierlich, neue interdisziplinäre Studiengänge zu entwickeln, nach aufmerksamkeitssträchtigen Querschnittsthemen Ausschau zu halten und entsprechend der Förderpraxis der DFG die Finanzierung interdisziplinärer Forschergruppen und Sonderforschungsbereiche zu beantragen.

Ob es indessen innerhalb der Philosophischen Fakultäten immer auch ein entsprechendes Problembewusstsein gibt, welche längerfristigen Folgen es haben kann, wenn Interdisziplinarität im Sinne

einer Abwertung von spezifischer Fachlichkeit gepriesen und darüber hinaus etwa zum zentralen Bestandteil von Denominationen gemacht werden soll, steht also zur Diskussion. Bezogen auf die Besetzung von Professuren, heißt es denn auch im Positionspapier des Wissenschaftsrates: „Wenn eine interdisziplinäre Ausrichtung der Professur bevorzugt wird, besteht die Gefahr, dass damit in der fachlichen Lehre nur ein Ausschnitt abgedeckt wird. Bei einer interdisziplinären Denomination ist außerdem zu bedenken, ob die Ausrichtung auf eine Schnittstelle zwischen zwei Fächern eine starke Verengung von möglichen Entwicklungen in Forschung und Lehre bedeutet.“

Von dieser Problematik dürfen vor allem auch die Juniorprofessuren betroffen sein, deren Stellenprofile oftmals besonders stark mit Aktualitätsbezügen verbunden sind und vor dem Hintergrund des legitimations- und reputationsträchtigen Versprechens, aktuelle Probleme zu lösen, gleich in Gänze Spezialthemen gewidmet werden, von denen heute niemand weiß, ob sie nicht in zehn Jahren durch die dann aktuellen Problemlagen verdrängt sein werden.

Wenn neu berufene Kollegen, die in dem Fach, an das sie institutionell gebunden sind, keine Grundlagenvorlesung mehr halten können, weil sie ihre akademische Sozialisation in Kontexten erhalten haben, in denen es nur Querschnittsthemen, aber keine Fächer mehr gibt, hat dies natürlich auch Konsequenzen für den Normalbetrieb an unseren Fakultäten, etwa für die Abdeckung fachlich grundlegender Lehraufgaben, die Begutachtung von Qualifikationsschriften oder die Auswahl von Professoren in Berufungsverfahren. Es geht um die Sensibilisierung bei der Umwidmung von Professuren (und der damit oft verbundenen Aufforderungen, sich neue Studiengänge auszudenken). Und es geht um die Aufforderung an die Hochschulleitungen, Auswirkungen von Profil- und Strukturentscheidungen auf die „alten“ Disziplinen zu bedenken, deren Pflege den Fakultäten obliegt.

*Der Autor lehrt am Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Duisburg-Essen.*

## The pandemic

# Ten million reasons to vaccinate the world

**Our model reveals the true course of the pandemic. Here is what to do next**

[Leaders](#) [May 15th 2021 edition](#)

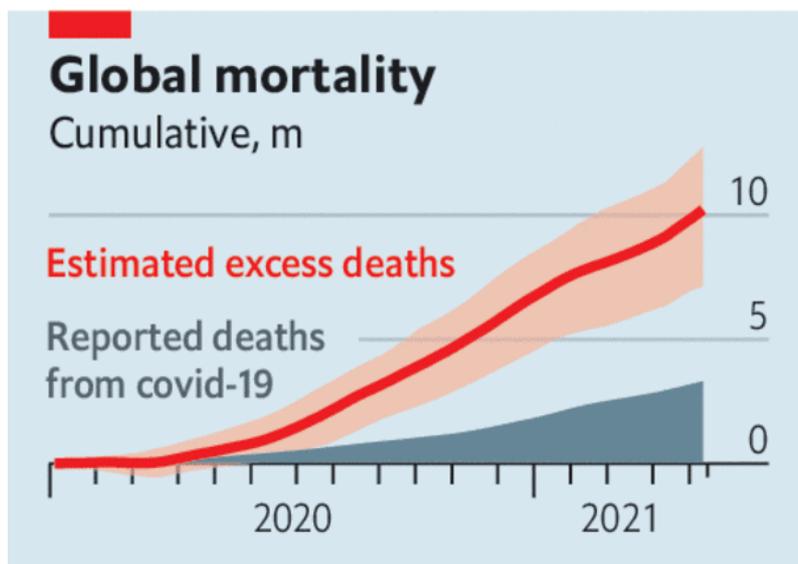
This week we publish our estimate of the true death toll from covid-19. It tells the real story of the pandemic. But it also contains an urgent warning. Unless vaccine supplies reach poorer countries, the tragic scenes now unfolding in India risk being repeated elsewhere. Millions more will die.

Using known data on 121 variables, from recorded deaths to demography, we have built a pattern of correlations that lets us fill in gaps where numbers are lacking. Our model suggests that covid-19 has already claimed 7.1m-12.7m lives. Our central estimate is that 10m people have died who would otherwise be living. This tally of “excess deaths” is over three times the official count, which nevertheless is the basis for most statistics on the disease, including fatality rates and cross-country comparisons.

The most important insight from our work is that covid-19 has been [harder on the poor than anyone knew](#). Official figures suggest that the pandemic has struck in waves, and that the United States and Europe have been hit hard. Although South America [has been ravaged](#), the rest of the developing world seemed to get off lightly.

Our modelling tells another story. When you count all the bodies, you see that the pandemic has spread remorselessly from the rich, connected world to poorer, more isolated places. As it has done so, the global daily death rate has climbed steeply.

Death rates have been very high in some rich countries, but the overwhelming majority of the 6.7m or so deaths that nobody counted were in poor and middle-income ones. In Romania and Iran excess deaths are more than double the number officially put down to covid-19. In Egypt they are 13 times as big. In America the difference is 7.1%.



The Economist

India, where about 20,000 are dying every day, is not an outlier. Our figures suggest that, in terms of deaths as a share of population, Peru’s pandemic has been 2.5 times worse than India’s. The disease is working its

way through Nepal and Pakistan. Infectious variants spread faster and, because of the tyranny of exponential growth, overwhelm health-care systems and fill mortuaries even if the virus is no more lethal.

Ultimately the way to stop this is vaccination. As an example of collaboration and pioneering science, covid-19 vaccines rank with the Apollo space programme. Within just a year of the virus being discovered, people could be protected from severe disease and death. Hundreds of millions of them have benefited.

However, in the short run vaccines will fuel the divide between rich and poor. Soon, the only people to die from covid-19 in rich countries will be exceptionally frail or exceptionally unlucky, as well as those who have spurned the chance to be vaccinated. In poorer countries, by contrast, most people will have no choice. They will remain unprotected for many months or years.

The world cannot rest while people perish for want of a jab costing as little as \$4 for a two-dose course. It is hard to think of a better use of resources than vaccination. Economists' central estimate for the direct value of a course is \$2,900—if you include factors like long covid and the effect of impaired education, the total is much bigger. The benefit from an extra 1bn doses supplied by July would be worth hundreds of billions of dollars. Less circulating virus means less mutation, and so a lower chance of a new variant that reinfects the vaccinated.

Supplies of vaccines are already growing. By the end of April, according to Airfinity, an analytics firm, vaccine-makers produced 1.7bn doses, 700m more than the end of March and ten times more than January. Before the pandemic, annual global vaccine capacity was roughly 3.5bn doses. The latest estimates are that total output in 2021 will be almost 11bn. Some in the industry predict a global surplus in 2022.

And yet the world is right to strive to get more doses in more arms sooner. Hence President Joe Biden has proposed waiving intellectual-property claims on covid-19 vaccines. Many experts argue that, because some manufacturing capacity is going begging, millions more doses might become available if patent-owners shared their secrets, including in countries that today are at the back of the queue. World-trade rules allow for a waiver. When invoke them if not in the throes of a pandemic?

We believe that Mr Biden is wrong. A waiver may signal that his administration cares about the world, but it is at best an empty gesture and at worst a cynical one.

A waiver will do nothing to fill the urgent shortfall of doses in 2021. The head of the World Trade Organisation, the forum where it will be thrashed out, warns there may be no vote until December. Technology transfer would take six months or so to complete even if it started today. With the new mRNA vaccines made by Pfizer and Moderna, it may take longer. Supposing the tech transfer was faster than that, experienced vaccine-makers would be unavailable for hire and makers could not obtain inputs from suppliers whose order books are already bursting. Pfizer's vaccine requires 280 inputs from suppliers in 19 countries. No firm can recreate that in a hurry.

In any case, vaccine-makers do not appear to be hoarding their technology—otherwise output would not be increasing so fast. They have struck 214 technology-transfer agreements, an unprecedented number. They are not price-gouging: money is not the constraint on vaccination. Poor countries are not being priced out of the market: their vaccines are coming through covax, a global distribution scheme funded by donors.

In the longer term, the effect of a waiver is unpredictable. Perhaps it will indeed lead to technology being transferred to poor countries; more likely, though, it [will cause harm](#) by disrupting supply chains, wasting resources and, ultimately, deterring innovation. Whatever the case, if vaccines are nearing a surplus in 2022, the cavalry will arrive too late.

## **A needle in time**

If Mr Biden really wants to make a difference, he can donate vaccine right now through covax. Rich countries over-ordered because they did not know which vaccines would work. Britain has ordered more than nine doses for each adult, Canada more than 13. These will be urgently needed elsewhere. It is wrong to put

teenagers, who have a minuscule risk of dying from covid-19, before the elderly and health-care workers in poor countries. The rich world should not stockpile boosters to cover the population many times over on the off-chance that they may be needed. In the next six months, this could yield billions of doses of vaccine.

Countries can also improve supply chains. The Serum Institute, an Indian vaccine-maker, has struggled to get parts such as filters from America because exports were gummed up by the Defence Production Act (dpa), which puts suppliers on a war-footing. Mr Biden authorised a one-off release, but he should be focusing the dpa on supplying the world instead. And better use needs to be made of finished vaccine. In some poor countries, vaccine languishes unused because of hesitancy and chaotic organisation. It makes sense to prioritise getting one shot into every vulnerable arm, before setting about the second.

Our model is not predictive. However it does suggest that some parts of the world are particularly vulnerable—one example is South-East Asia, home to over 650m people, which has so far been spared mass fatalities for no obvious reason. Covid-19 has not yet run its course. But vaccines have created the chance to save millions of lives. The world must not squander it.

## A revolution and a rematch

# Four decades after Mitterrand's victory, France's left is in trouble

And so is the mainstream right



[May 15th 2021 edition](#)

PARIS

FORTY YEARS ago on May 10th, François Mitterrand made history, becoming France's first Socialist president since before the second world war. At next year's presidential election, the party the wily leader carried triumphantly to power in 1981 could make history again, but for rather a different reason. The Socialist Party runs the risk of failing to make it to the final run-off vote twice in a row.

A year ahead of any election, polls need to be treated with caution. French history is littered with early favourites—Alain Juppé, Dominique Strauss-Kahn—who never made it to the Elysée. A year before the presidential vote in 2017, the name Emmanuel Macron had not been tested in a single poll. An average of polls this year, which assume that Anne Hidalgo, the mayor of Paris, will be the Socialists' candidate, suggests that the party would get just 8% in the first round. This would not be enough to get her through to the run-off. Worse, were she in fact to make it through and face [Marine Le Pen](#), the leader of the far-right National Rally (RN), polls say Ms Le Pen would win.

Four years after Mr Macron upended French politics, the country's formerly dominant forces—on both the left and the right—have never looked so weak or unstable. The left remains divided. The greens (Europe Écologie Les Verts) captured some big cities at municipal elections last year. But nationally they struggle, and disagree among themselves. Polls say that Yannick Jadot, who is widely predicted to be the greens' presidential candidate, would also lose to Ms Le Pen in a run-off. Last month he organised a meeting in Paris with other parties of the left to try to chart a way to a common candidate. The effort failed, not least because Jean-Luc Mélenchon, leader of the left-wing Unsubmissive France, was absent, defying lockdown with a jaunt to Latin America to check on Bolivian socialism.

Matters look little better on the right. The Republicans are again bleeding talent. Mr Macron poached many of their moderates to serve in his government, including two prime ministers (Edouard Philippe and now Jean Castex) and a finance minister, Bruno Le Maire. Last week, amid high local drama, Christian Estrosi, the mayor of Nice and a former minister, quit the Republicans too. Ahead of regional elections next month, he was furious that the party had refused an electoral deal with Mr Macron's La République en Marche (LREM) in the Provence region, in order to thwart Ms Le Pen's candidate there.

As it is, neither of the two strongest candidates for the presidency on the right is even a card-carrying member of the Republicans any more. Xavier Bertrand, head of the Hauts-de-France region in the north, and Valérie Pécresse, head of the Paris region, have both quit the party. At the heart of the Republicans' bitter internal row is how, and whether, to fight the far right. When he walked out, Mr Estrosi declared that a right-wing faction with an ambiguous attitude to the RN had "taken the party hostage". The Republicans, he said, needed to state publicly that their priority is to keep the RN out of power, at all times.

What to make of this volatility? First, parties in France, which lack the tribal loyalty once enjoyed by those in Britain, say, or Germany, are no longer a determining factor in electoral politics. Michel Barnier, the European Commission's former Brexit negotiator, may be hoping to stage a bid for the presidency from within the Republicans. But, "over the past five years," says Emmanuel Rivière, of Kantar, a polling group, "the party that most of the French feel the closest to is 'no party'." Mr Macron exploited the tools offered by the Fifth Republic's constitution, including the two-round election, to run for president without one. Mr Bertrand, who has declared his candidacy, is trying to do the same in 2022. If a candidate emerges who consistently polls better than Mr Macron against Ms Le Pen, this—rather than party backing—could be the basis of a serious presidential bid.

Second, there has been a "*droitisation*", or shift to the right, among the French electorate. Since 2017, the share of voters describing themselves as being on the right has risen by five points, to 38%, according to the Fondation pour l'Innovation Politique, a think-tank; that on the left has dropped by a point, to 24%. This too has blurred traditional voting patterns. In his time, Mitterrand could count on the votes of the Communist Party, then deeply rooted in industrial and mining areas, to help him win in the run-off. Today, the main beneficiary of the working-class vote is Ms Le Pen's RN. Fully 48% of blue-collar workers told a poll they would back her next year in the first round; just 2% would vote for Ms Hidalgo and 4% for Mr Jadot.

Third, this shift has been accompanied by a growing convergence of views on cultural values between Republican and RN supporters. According to a study by the Fondation Jean Jaurès, a think-tank, there is now almost no gap between the two electorates on security, law and order, and attitudes to Islam. When a group of (mostly) retired military officers, many linked to the far right, signed a petition last month in favour of the army stepping in to restore order, an astonishing 71% of Republican voters approved. This convergence is exactly what Ms Le Pen hopes to exploit, and use to split the Republican party.

The collapse of traditional parties, which he himself engineered, could help Mr Macron. Polls suggest that in 2022 he is again likely to face Ms Le Pen in a run-off. Yet where the candidate in 2017 embodied a balance of left- and right-leaning views, the president has in office followed the electorate's rightwards shift, appointing not only two prime ministers from the centre-right but Gérald Darmanin, his hard-line interior minister.

This [carries a risk](#): that disillusioned voters on the left refuse to back Mr Macron in the second round, even against Ms Le Pen. For exactly this reason, polls currently give Mr Macron a far slimmer victory over her than he managed in 2017. "He's really got to reach out to the left," says one LREM deputy. For all the other parties' disarray, Mr Macron remains on uncertain ground. And, as France remembers Mitterrand's first election, one feature in particular will doubtless be in Ms Le Pen's mind. She is on her third election campaign—just as Mitterrand was when he triumphed in 1981.

## Whatever it took?

# Can the European Union learn from its fiscal mistakes?

A gathering economic recovery shows it sometimes can

## Europe

May 15th 2021 edition



“Americans can always be counted on to do the right thing,” Winston Churchill is supposed to have quipped, “after they have exhausted all other possibilities.” There are two problems with the quotation. First, there is no evidence Churchill ever said it. Second, today the phrase applies better to Europe’s leadership than to their friends across the Atlantic.

Take the European Union’s recovery from the pandemic. For the first time since last spring, economic optimism is in the air. Across Europe, vaccines are going into arms, summer holidays are being booked and bars are opening up. The European Commission has just jacked up its growth forecasts for 2021 and 2022, citing the bloc’s €750bn (\$910bn) recovery fund as one of the reasons why. This cash should start appearing in European treasuries later this year. As a whole, the eu’s gdp will be back at its pre-pandemic level by the end of 2021. This is slightly faster than expected and is due to happen only a few months behind America, which has had the benefit of Donald Trump and Joe Biden’s blockbuster stimulus packages. In the ten-year gap between their initially bungling response to the euro-zone crisis and the pandemic, European leaders seem to have learned some lessons, even if they still have not learned them thoroughly enough.

Where the European Central Bank was actively making things worse a decade ago, it is now helping governments out of their hole. In the spring of 2011 the bank was raising rates and worrying about a brief flurry of inflation, rather than stagnant growth. It was not treated as a lender of last resort until a year later, when Mario Draghi finally pledged to do “whatever it takes” to save the euro. Then began Mr Draghi’s long, slow crusade to make the ecb adopt unorthodox measures, such as quantitative easing. As a result the bank is able today to print money, (largely) ignore inflation hawks and keep interest rates at historic lows. Its official mandate of price stability has been replaced by an unofficial creed of supporting economic growth, reducing unemployment and doing “whatever it takes”.

If the technocrats have changed their tune, so, to some extent, have the politicians. Long-held political certainties have been revisited. During the previous crisis common debt was suggested as a necessary step to guarantee the future of the euro, only to be dismissed by the likes of Angela Merkel, Germany's chancellor. Mrs Merkel reversed course last May. After a year of haggling, the commission will begin to issue up to €750bn of the stuff, which will be dished out to countries in the form of cheap loans and grants. True, on a continental level, the scheme is tiny. But for some of the individual countries most in need of the cash it is significant. In Germany, it is a piddling 1% of its gdp. For Italy, though, the figure is about 11% of gdp. Greece, meanwhile, is due €32bn of loans and grants—a useful sum for an economy of roughly €170bn.

For rich countries, eu funds are a fiscal aperitif. It is up to national governments to pump up their economies in the post-crisis era. Here, again, attitudes have changed, though not yet enough. In contrast to a decade ago, spending is now more likely to be seen as a solution than a sin. Countries such as Greece endured economic vivisection, forced to slash spending rather than stimulate their economies. This approach failed either to reduce Greek debt or to produce faster growth. These days, advocates of a return to austerity are thinner on the ground.

With luck, political circumstance could embed this new attitude permanently in the eu's own rules on government spending. Although temporarily suspended during the pandemic, eu countries are obliged to keep deficits below 3% and national debt below 60% of gdp. In an age when the national debt of Italy, the third-largest eu economy, stands at about 160% of gdp, these rules can seem quaint. Europe's struggling southern economies have called for an overhaul ever since the previous crisis. Now they may get their wish. France's president, Emmanuel Macron, has long advocated more forgiving fiscal rules. So has Mr Draghi, now the prime minister of Italy. Meanwhile the rise of the Green Party means that the next German government will probably be the most profligate in a generation. It is a rare alignment which could, just possibly, lead to a more permanent shift.

## **Here comes the boom!**

Boom-mongers have not yet routed the doom-mongers. There is plenty of opportunity to muck things up. Inflation still haunts European politics. While the noises coming from the ecb suggest that a modest rise in inflation this year will be brushed off, this claim will only be properly tested when German politicians start screaming. (The upcoming election will give plenty of excuses for such hysterics.) An improved economic outlook may lessen the pressure on countries to overhaul the eu's spending rules. Rather than turning the recovery fund into a permanent scheme, ready to issue more debt if needed, some governments will try to keep it a temporary one, setting up a needless drama about rebuilding it in the next crisis. The tyranny of low expectations hangs over the eu. In the previous crisis, mere survival was enough, never mind prosperity. Now waddling only slightly behind America's economy—never mind China's—is being held up as an achievement. For a bloc with designs on being a superpower, that is not enough.

Yet the eu is stronger than its critics allow. It can correct its errors, albeit slowly. It took a decade to unpick the mistakes of the previous crisis. So long as the eu is not a state, it will not have the speed, power or flexibility of one. Across the Atlantic Mr Biden can launch a plan to spend trillions, knowing he has the power to do so. By contrast, eu politics is kaleidoscopic. Consensus must be cooked up among a rotating cast of ministers and amid ever-changing alliances. Reluctant countries have to be slowly cajoled. A stronger, more coherent eu is coming, but not for a while. It could still take a lot longer to exhaust the other options.

## Protection racket

# The EU is trying to become a welfare superstate

But its powers to deliver on its “social pillar” are limited

## Europe

May 15th 2021 edition



Europe is to the welfare state what Canada is to ice hockey: the birthplace and the summit of the art. The European Union boasts a “unique social market economy” that “protects us against the great risks of life”, Ursula von der Leyen, president of the European Commission, told a summit of eu leaders on May 7th. They had met in Porto, Portugal’s second city, to approve a plan for turning the union into a bulwark of social protection, with targets for raising employment, improving job training and reducing poverty, as well as looser goals such as fighting gender inequality and regulating the gig economy.

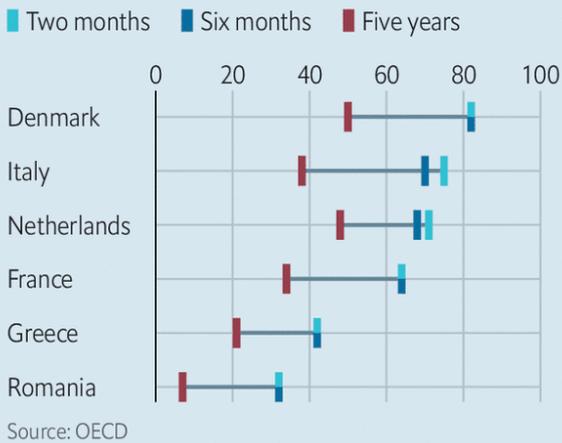
Yet Europe’s welfare states are administered by national governments, not by the eu. The European Commission’s powerful regulatory authority rarely extends to social policy. As for eu spending, even with a new €750bn (\$910bn) covid-19 recovery fund added to its regular €1.1tn seven-year budget, it amounts to less than 2% of the bloc’s gdp over the period. That pales in comparison to members’ social spending alone, which runs from 13% of gdp (Ireland) to 31% (France). Pensions, unemployment, health care, minimum wages and collective bargaining are national affairs.

That is why the level of social protection varies so much. In Romania, Emil Iliuta, an unemployed 63-year-old locksmith, has been drawing benefits since December. He gets 140 lei (\$35) a month, along with occasional food donations. In exchange he performs 11 hours a month of community labour such as digging graves.

## Uneven support

### Unemployment or minimum income benefits

% of previous income, by time after first payment, 2020



The Economist

In the Netherlands, meanwhile, Sascha Blokzijl has been drawing benefits since January after losing her job at a data-analytics company. She gets €2,135 per month after taxes; the minimum for an adult living alone is €1,233. Rather than digging graves, Ms Blokzijl was initially required to report just one work-search activity per week. Having decided to start a business herself, she must now simply get her plan approved by the employment office.

The eu's new social emphasis marks a reversal from the financial and euro crises between 2007 and 2011, when it required members to enact tough austerity measures. After Britain's vote to leave in 2016, policymakers concluded that they needed to offer citizens more tangible benefits to stop anti-eu populism. "The whole idea of 'a Europe that protects' is linked to that wake-up call," says Luuk van Middelaar of Leiden University. A summit in Gothenburg in 2017 adopted a "European social pillar" with 20 lofty-sounding rights, from lifelong training to work-life balance. The Porto summit was supposed to start achieving them.

Portugal's Socialist government, which convened the summit as the current holder of the eu's rotating presidency, is a fan of the social pillar. But other countries are less enthusiastic. Before the summit, 11 members issued a statement warning the commission not to interfere in social policy. They included fiscal hawks such as the Netherlands as well as the Nordic countries, who think eu rules might undercut their own standards.

The new action plan does not promise to equalise benefits. But it does aim by 2030 to raise the eu's overall employment level to 78% of the population aged 20-64, a level now met only by countries like Germany, and to reduce the number of citizens in poverty by at least 15m. It also pledges annual skills training for 60% of all adults. This may be feasible for countries like Denmark, which pioneered such training and job-search efforts, known as "active labour market programmes". For Romania and Italy it will be harder.

Backers hope the social pillar will nudge weaker member states to mimic the success of others. "The strength of Europe is in sharing best practices," says Sofia Fernandes of the Delors Institute, a think-tank in Paris. The targets will become part of the European Commission's system of scolding members to improve their economies. And money from the €750bn recovery fund can be used for social-pillar goals.

Yet perhaps the most successful new eu social programme is not part of the social pillar. The €100bn sure programme, launched at the start of the pandemic, helps poorer countries pay their unemployment bills by letting the commission borrow money on their behalf, taking advantage of the eu's strong collective credit. But making sure permanent is not under discussion. Nicolas Schmidt, the eu commissioner for jobs and social rights, says that with the economy recovering from covid-19, it is time to focus on employment rather than joblessness.

One measure being discussed is an eu-wide social-security number or id card. This would help ensure that companies that send workers across borders pay social-insurance premiums to the countries they work in. It would also help workers get the benefits they are entitled to, says Agnes Jongerius, a Dutch member of the European Parliament.

Another candidate for European regulation is the platform economy. Drivers for Uber and programmers on Fiverr tend to fall into a regulatory gap between employees and contractors, and lose out on labour rights. Different national approaches have created confusion, and the European Court of Justice has been forced to step in. The commission aims to come up with a legislative proposal by the end of the year.

Defining platform workers' social-security status would be just the sort of concrete benefit European officials hope to bring about. But in most areas of social insurance the eu finds it hard to step in, says Bo Rothstein, a Swedish expert on the welfare state. Countries have dramatically different systems with deep local roots. No one thinks they will harmonise them. Ms Von der Leyen is right that Europeans want protection from economic hazards. But the eu may not be their mightiest defender